Geschäftsbericht 2012 | 2013

DER PARITÄTISCHE BERLIN

Die ehrenamtliche Fotografin Kerstin Wüstenhöfer-Loges und drei Betreuerinnen, die in der Ausstellung im Portrait zu sehen sind | Foto: Andreas Thiele
Umschlagbild: Lebensfreude! | Kitakinder Johannisches Sozialwerk e. V. | Foto: Kerstin Wüstenhöfer-Loges

Fotoausstellung »Portraits ehrenamtlicher Betreuerinnen und Betreuer«

In der visuellen Gliederung des Geschäftsberichts finden sich in diesem Jahr ausgewählte Fotos von ehrenamtlichen Betreuern und ihren Betreuten. Sie stammen aus der Fotoausstellung »Portraits ehrenamtlicher Betreuerinnen und Betreuer«, die zum 20. Jubiläum des Betreuungsrechts im Jahr 2012 entstand.

Die Ausstellung vermittelt einen ganz persönlichen Blick auf Menschen, die bereit sind, umfangreiche Verantwortung für andere Menschen zu übernehmen. Dieses Engagement wäre ohne die Unterstützung durch die Betreuungsvereine nicht denkbar. Die ehrenamtliche rechtsverbindliche Verantwortung führt häufig zu sehr persönlichen Kontakten. Oft entsteht das rechtliche Betreuungsverhältnis auch aus tiefer freundschaftlicher oder familiärer Verbundenheit.

Die Portraits von 28 Betreuern mit ihren Betreuten sind ehrenamtlich entstanden:
Es fotografierten Rais Khalilov, Kerstin Wüstenhöfer-Loges, Martin Thoma und Michael Janda – vier aus dem ehrenamtlichen Fotoreporter-Team der Pressestelle.

Im Text zu den einzelnen Fotos der Ausstellung erläutern die Abgebildeten ihre Motivation. »Jeder kann in die Situation kommen und einen engagierten Betreuer benötigen«, sagt einer der Betreuer.

Unter dem Dach des Paritätischen sind 15 von 19 Betreuungsvereinen in Berlin tätig. Die Vereine beraten die Ehrenamtlichen bei der Bewältigung ihrer Aufgaben, sie informieren über die jeweiligen Rechtslagen und geben ihnen Rückhalt. 2012 wurden circa 3250 Betreuerinnen und Betreuer bei den Betreuungsvereinen gezählt. Für die Zukunft gilt es die Herausforderung zu meistern, die Gewinnung und Förderung Ehrenamtlicher durch die Betreuungsvereine gemeinsam nachhaltig zu sichern.

Mehr unter www.berliner-betreuungsvereine.de

Paritätischer Wohlfahrtsverband Berlin
Geschäftsbericht Juli 2012 – Juni 2013

Inhalt

Verbandspolitische Entwicklungen

6 Profil
11 Schwerpunkte der Verbandspolitik
48 Personelle und finanzielle Verbandssituation
52 Mitgliederbewegung

Aus den Fachreferaten

56 Kindertagesstätten
58 Jugendhilfe
60 Schulbezogene Jugendhilfe
62 Schule
64 Familie, Frauen, Mädchen
66 Ältere Menschen
68 Menschen mit Behinderung
70 Migration
72 Menschen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten
74 Straffälligen- und Opferhilfe
76 Queere Lebensweisen
78 Gesundheit
80 Hilfe bei HIV/Aids und Hepatitiden
82 Suchthilfe
84 Psychiatrie
86 Ambulante Pflege
88 Pflegebedürftige Menschen in Heimen
90 Hospize
92 Krankenhäuser
94 Nachbarschaftszentren und Selbsthilfe-Kontaktstellen
96 Geschäftsstelle Bezirke

Service für Mitglieder

102 Finanz- und Serviceangebote für Mitglieder
111 Paritätische Beteiligungen
116 Telefonverzeichnis
118 Impressum

»Da man ja nie weiß, ob es einen selbst mal trifft, wollte ich nicht nur meckern, sondern selbst ein guter Betreuer sein …«
Zitat aus der Fotoausstellung »Portraits ehrenamtlicher Betreuerinnen und Betreuer« | Foto: Michael Janda

Vorwort

Liebe Mitglieder, sehr geehrte Damen und Herren

Auch wenn Berlin durch den letzten Zensus plötzlich 180 000 Einwohner verloren hat – an den Berliner Kindern liegt es jedenfalls nicht. Entgegen dem Bundestrend steigt in Berlin die Anzahl der Kinder zwischen 0 und 6 Jahren stetig. Seit 2007 sind 21 000 Kinder hinzugekommen und die Anzahl der Kinder im Kita-Alter wird von 188 000 im Jahr 2013 auf 201 000 im Jahr 2016 steigen. Berlin ist für Familien attraktiv – und dazu tragen die freien Träger unter dem Dach des Paritätischen mit ihren Bildungs- und Familienangeboten besonders viel bei.

Über 41 000 Kinder werden in 470 Kitas Paritätischer Mitglieder betreut und gebildet. Die Ganztagsbetreuung von über 11 000 Schülern an 86 Grundschulen und die Jugendsozialarbeit an 149 Schulen wird von Paritätischen Trägern geleistet. Und 3900 Schülerinnen und Schüler gehen in 19 freie allgemeinbildende Schulen unter Paritätischem Dach. Über 200 Paritätische Träger sind in der Jugendhilfe aktiv, darunter 80 Träger mit Hilfen zur Erziehung, 70 in der offenen Jugendarbeit, 20 Träger in der Jugendberufshilfe und weitere in der Eingliederungshilfe.

Seit 2008 wurden 23 000 Kitaplätze neu geschaffen – allen voran von Paritätischen Trägern – eine Riesenleistung! Sie nahmen und nehmen dabei mancherlei unternehmerische Risiken auf sich, was ihnen vom Land Berlin nicht immer gedankt wird. Das muss sich bessern, wenn der Kita-Ausbau zügig weitergehen soll! Und das Landesförderprogramm »Auf die Plätze Kitas los!« muss aufgestockt werden.

Eine gerechte Finanzierung und Förderung freier Schulen und ihre Gleichstellung zu staatlichen Schulen wird weiterhin unser Thema bleiben. Hier geht es nur in ganz kleinen Schritten voran – wenn überhaupt. Eine Wertschätzung zivilgesellschaftlichen Bildungsengagements, wie es die freien Schulen und Gründungsinitiativen verkörpern, sieht anders aus. Eigentlich unverständlich, da viele Schulen aus allen Nähten platzen und Berlin Schulplätze dringend braucht!

Paritätische Träger sind auch aktiv, um den Fachkräftemangel zu beheben: Sieben freie Erzieherfachschulen sind jetzt unter Paritätischem Dach in Betrieb. Nicht zu vergessen ist die Paritätische Bundesakademie gGmbH, die in Kooperation mit der Alice-Salomon-Hochschule umfassende Angebote der Aus- und Weiterbildung für Fachkräfte der sozialen Arbeit realisiert. Sie wurde 2013 zu 100 Prozent vom Paritätischen Berlin übernommen und heißt ab 2014 Paritätische Akademie Berlin gGmbH.

Liebe Mitglieder, manche Diskussionen müssen mit dem Wechsel der politischen Akteure und im Wandel der Zeit immer wieder neu geführt werden. Zum Beispiel die vermeintlich überhöhten und steigenden Ausgaben für die freien Träger der Eingliederungshilfe in Berlin.

Schon vor zehn Jahren wurde nach einem gelungenen Stadtstaatenvergleich in einer gemeinsamen Presseerklärung der Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz und der Liga der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in Berlin erklärt: »Unstrittige Prognosen gehen davon aus, dass die Anzahl der Menschen, die in den kommenden Jahren auf die Behindertenhilfe angewiesen sind, zunehmen wird. Liga und Senatssozialverwaltung sehen in der Fallsteuerung und Budgetierung einen wichtigen Ansatzpunkt, die künftige Kostenentwicklung für steigende Fallzahlen in den Griff zu bekommen.« (Mai 2003)

Der Stadtstaatenvergleich vor zehn Jahren hat gezeigt, dass Berlin bundesweit über ein fachlich beispielhaftes und kostengünstiges System der Behindertenhilfe verfügt. Berlin hatte damals von allen Stadtstaaten die geringsten Nettoausgaben pro Einwohner für Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung – ebenso wie heute.

Mittlerweile scheint das alles vergessen und und muss in den Verhandlungen um den Berliner Rahmenvertrag Soziales immer wieder neu dekliniert werden.

Dicke Bretter zu bohren gilt es auch bei den Tarifanpassungen in Zuwendungsprojekten.

Eine große Enttäuschung gab es für die Gesundheits- und Sozialprojekte. Obwohl im Haushalt Verstärkungsmittel bereitgestellt wurden, ging die große Mehrzahl leer aus, aufgrund einer besonders restriktiven Vergabepraxis.

Verbandsvorsitzende
Barbara John
Foto: Walter Weber

Es geht auch anders. Die Gehälter der Beschäftigten in den Zuwendungsprojekten der Straffälligen- und Opferhilfe zum Beispiel konnten an die tarifliche Entwicklung im Öffentlichen Dienst angepasst werden. Justizsenator Heilmann bezeichnete die Bereitstellung der zusätzlichen Mittel in einem Schreiben an unseren Verband, der die Mittel für die Projekte treuhänderisch verwaltet, »als Anerkennung für die engagierte Arbeit der Beschäftigten in vielen Projekten, die jeden Tag zum Gelingen des Rechtsstaats in unserer Stadt beitragen.«

Liebe Mitglieder, viele von ihnen erfahren täglich, dass es immer schwieriger wird, Wohnraum für betreutes Wohnen zu finden und Menschen aus der stationären Versorgung in eigene Wohnungen zu bringen. Die Wohnungspreise und Mieten sind in den letzten Jahren explodiert. Für Geringverdiener und Empfänger von Arbeitslosengeld gibt es kaum bezahlbaren Wohnraum. Der Verband setzt sich dafür ein, dass Betreutes Wohnen Bestandsschutz erhält, das Geschützte Marktsegment ausgeschöpft und vergrößert wird und Wohnungen zu bezahlbaren Mieten gesichert und neu gebaut werden. Die Wohnhilfen des Landes sind so auszurichten, dass sie einer Verdrängung schlechter gestellter Bevölkerungsgruppen in Stadtrandghettos entgegenwirken. Und schließlich brauchen wir eine Liegenschaftspolitik des Landes Berlin, die es erlaubt, dass freie Träger Immobilien zu annehmbaren Preisen erwerben und nutzen.

Unser Verband und seine Träger engagieren sich für Lösungen. Die Häuser der Parität sind nur einige Beispiele von vielen. Im März 2013 wurde mit Förderung des Verbandes ein sechstes Haus der Parität in Trägerschaft unserer Mitgliedsorganisation Prowo e. V. eröffnet. Das Haus der Parität am Urban bietet Wohnraum und Betreuung für psychisch kranke Mütter mit ihren Kindern und beherbergt kiezbezogene soziale Dienste weiterer paritätischer Träger.

Das Paritätische Themenheft »Wohn(T)räume«, das im Sommer 2013 erschien, dokumentiert die Aktivitäten des Verbandes und seiner Träger zur Wohnversorgung sehr anschaulich.

Eine weitere Publikation möchte ich hervorheben: »Mädchen und Jungen vor sexueller Gewalt in Institutionen schützen«. Keine Paritätische Publikation wurde so oft nachgefragt wie die »Handlungsempfehlungen zur Prävention von sexuellem Missbrauch in Institutionen der Jugendhilfe, Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen, Schule und Kindertagesbetreuungseinrichtungen«.

Dieser Leitfaden wurde in diesem Jahr zum fünften Mal überarbeitet und ist seit 2010 über 10 000 Mal bundesweit verteilt und verschickt worden. Mein besonderer Dank geht an die Expertinnen und Experten unserer Mitgliedsorganisationen Wildwasser e. V. Berlin, Strohhalm e. V. und Tauwetter e. V., die das Autorenteam stellten. Sie haben mit ihrer speziellen Expertise einen unschätzbaren Beitrag zur Sensibilisierung vieler Einrichtungen in Bezug auf sexuelle Gewalt und zur Förderung trägerspezifischer Kinderschutzkonzepte geleistet.

Die aktuelle Flüchtlingspolitik ist ein Desaster.

Ein angemesseneres Verfahren zur Aufnahme von Flüchtlingen in Europa steht bisher aus. Und in Deutschland ist der Umgang mit Asylsuchenden derart überreguliert, dass sich nur schwer pragmatische, humane Lösungen für die Nöte von Asylsuchenden in unserer Stadt finden lassen. Mein Dank geht an unsere Mitglieder, die vor Ort dafür sorgen, dass die Stimmen von Flüchtlingen gehört werden und sie nachbarschaftliche Hilfe und Unterstützung erfahren.

Liebe Mitglieder, in diesem Jahr hat der NSU-Prozess begonnen. Ich danke dem Verband, dass er meine Tätigkeit als Ombudsfrau der Bundesregierung für die Opfer der Morde des Nationalsozialistischen Untergrunds unterstützt.

Ihnen allen danke ich für Ihre engagierte Arbeit zum Wohle hilfebedürftiger Menschen in unserer Stadt. Und ganz besonders bedanken möchte ich mich bei den vielen Freiwilligen, die sich unterm Dach des Paritätischen engagieren.

Ihre

Barbara John

Profil

Paritätischer Wohlfahrtsverband Berlin – Dach- und Spitzenverband der freien Wohlfahrtspflege

Im Paritätischen Wohlfahrtsverband Berlin…

… sind über 700 eigenständige, gemeinnützige Organisationen und Selbsthilfegruppen zusammengeschlossen.

Sie sind in der Bildung, der Kinder-, Jugend-, Alten- und Familienhilfe, in der ambulanten und stationären Pflege, in der sozialen und psychosozialen Versorgung, in der Behindertenhilfe, der interkulturellen Arbeit und Migrationssozialarbeit, der Aids-Hilfe, der Drogen- und Suchthilfe und in der Gesundheitsförderung und -versorgung tätig. In den circa 4000 Projekten, Einrichtungen und Diensten der Paritätischen Mitgliedsorganisationen in Berlin sind rund 49 000 hauptamtliche und viele Tausende ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt.

Grundsätze für die Arbeit des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes sind:

- konfessionelle, weltanschauliche und parteipolitische Unabhängigkeit
- humanitäre Verantwortung und Hilfsbereitschaft
- Wahrung der Eigenständigkeit der Mitglieder
- eine Stimme für jede Mitgliedsorganisation, unabhängig von deren Größe
- Offenheit, Toleranz, Respekt und Vielfalt

Der Paritätische als Dachverband …

… fördert die Arbeit seiner Mitglieder durch:

- Beratung, Service und Bildungsangebote zu fachlichen, betriebswirtschaftlichen und juristischen Fragen sozialer Arbeit
- fachliche und regionale Vernetzung sozialer Hilfeangebote
- Förderprogramme der Stiftung Parität Berlin
- Hilfen bei der Akquise von Stiftungsmitteln
- Beratung zu Fundraising und Sozial-Sponsoring
- Optimierung eines Krisenmanagements
- Unterstützung der Öffentlichkeitsarbeit und PR-Serviceleistungen
- Hilfen bei der Vereinsgründung und Übernahme von Einrichtungen
- Information und Service zu Freiwilligendiensten, Informationen über Praktikumsplätze und Anerkennung von Praxisstellen
- Beratung zu öffentlich geförderter Beschäftigung
- Beratung zu Zuwendungsrecht und Finanzen
- Transparenz-Beratung
- Bereitstellung von Versammlungsräumen und Arbeitsmitteln in den Geschäftsstellen

Der Paritätische als Spitzenverband …

setzt sich anwaltlich für Menschen mit Hilfebedarf ein.

Er vertritt die Interessen seiner Mitglieder in Gesellschaft, Politik und Verwaltung und bringt sein Expertenwissen in die Berliner Sozial-, Finanz- und Gesellschaftspolitik ein.

Mit der Wahrnehmung zentraler Steuerungsaufgaben ist der Verband maßgeblich an der Gestaltung einer bedarfsgerechten sozialen Versorgung in Berlin beteiligt.

Im Sinne einer aktiven Bürgergesellschaft fördert und unterstützt der Paritätische ehrenamtliches Engagement, Freiwilligenarbeit und Bürgerengagement.

Zu seinen Aktivitätsfeldern zählen:

- die Förderung ehrenamtlichen Engagements
- Verhandlungen von Rahmenvereinbarungen und Verträgen zur Finanzierung sozialer Arbeit mit dem Land Berlin und anderen Kostenträgern
- die kritische Begleitung von Gesetzesvorhaben
- die Beteiligung an sozialplanerischen Vorhaben
- die Information über Versorgungsangebote
- die sachkundige Begleitung der Haushaltsplanung des Landes und der Bezirke
- die kritische Begleitung der Umsetzung von Hartz IV und von Arbeitsförderprogrammen

Einweihung | Haus der Parität am Urban | Acht Träger unter einem Dach
Foto: Martin Thoma

Bezirkspolitische Netzwerkarbeit

Dies ist die Aufgabe der Paritätischen Bezirksbeauftragten. Ihre Arbeit zielt auf:

- die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in den Bezirken
- die Stärkung der fachlichen und ökonomischen Kompetenzen der Mitglieder
- die Unterstützung der Mitglieder beim Ausbau, bei der Sicherung und Umstrukturierung der sozialen Angebote in den Bezirken
- die Einbindung von Mitgliedsorganisationen in bezirkspolitische Meinungsbildungsprozesse
- die Gewinnung und Qualifizierung von Personen aus den Mitgliedsorganisationen für die bezirkliche Gremienarbeit
- die Stärkung der Projekte durch Lobbyarbeit, Informationen und Beratungen

Bei der Geschäftsstelle Bezirke liegt zudem die Federführung für die Kooperation zum Förderprogramm Stadtteilzentren mit dem Land Berlin.

Stiftung Parität Berlin

Zweck der Stiftung Parität Berlin ist die Förderung des Wohlfahrtswesens. Mit der Stiftung fördert der Paritätische Wohlfahrtsverband Berlin das bürgerschaftliche Engagement und die Einbindung Freiwilliger in die soziale Arbeit seiner Mitgliedsorganisationen. Dazu gehört das Förderprogramm Fahrkostenzuschüsse für Ehrenamtliche. Zentraler Schwerpunkt der Stiftung ist die Förderung ausgewählter Projekte von Mitgliedsorganisationen. Ein weiterer Förderschwerpunkt ist das Programm KinderZukunft, das Stipendien und Sachmittel für begabte Kinder aus armen bildungsfernen Familien finanziert.

Paritätische Beteiligungen

Der Paritätische Wohlfahrtsverband Berlin ist an zwölf sozialen Versorgungs- und Dienstleistungsunternehmen beteiligt. Dazu gehören zum Beispiel die Paritätische Bundesakademie gGmbH und die gemeinnützige GmbH Bürger aktiv – Paritätische Gesellschaft zur Förderung von Bürgerengagement.

Häuser der Parität

Der Verband verfügt über vier Häuser der Parität:

- die Landesgeschäftsstelle in der Brandenburgischen Straße 80 in Wilmersdorf
- das Haus der Parität in der Tucholskystraße 11 in Mitte
- das Haus der Parität in der Kollwitzstaße 94–96 in Prenzlauer Berg
- das Haus des Älteren Bürgers in der Werbellinstraße 42 in Neukölln

Weitere Häuser sind in Eigenregie von Mitgliedern mit Förderung des Verbandes entstanden: Das fünfte Haus der Parität besteht seit 2009 in Regie des Bürgerhaus e. V. in der Schönholzer Straße 11 in Pankow. Das sechste Haus der Parität liegt nahe dem Urbanhafen in Kreuzberg, Grimmstraße 16. Es wurde im Frühjahr 2013 eröffnet und läuft unter der Regie von Prowo e. V.

Der Paritätische Wohlfahrtsverband Berlin ist Mitglied …

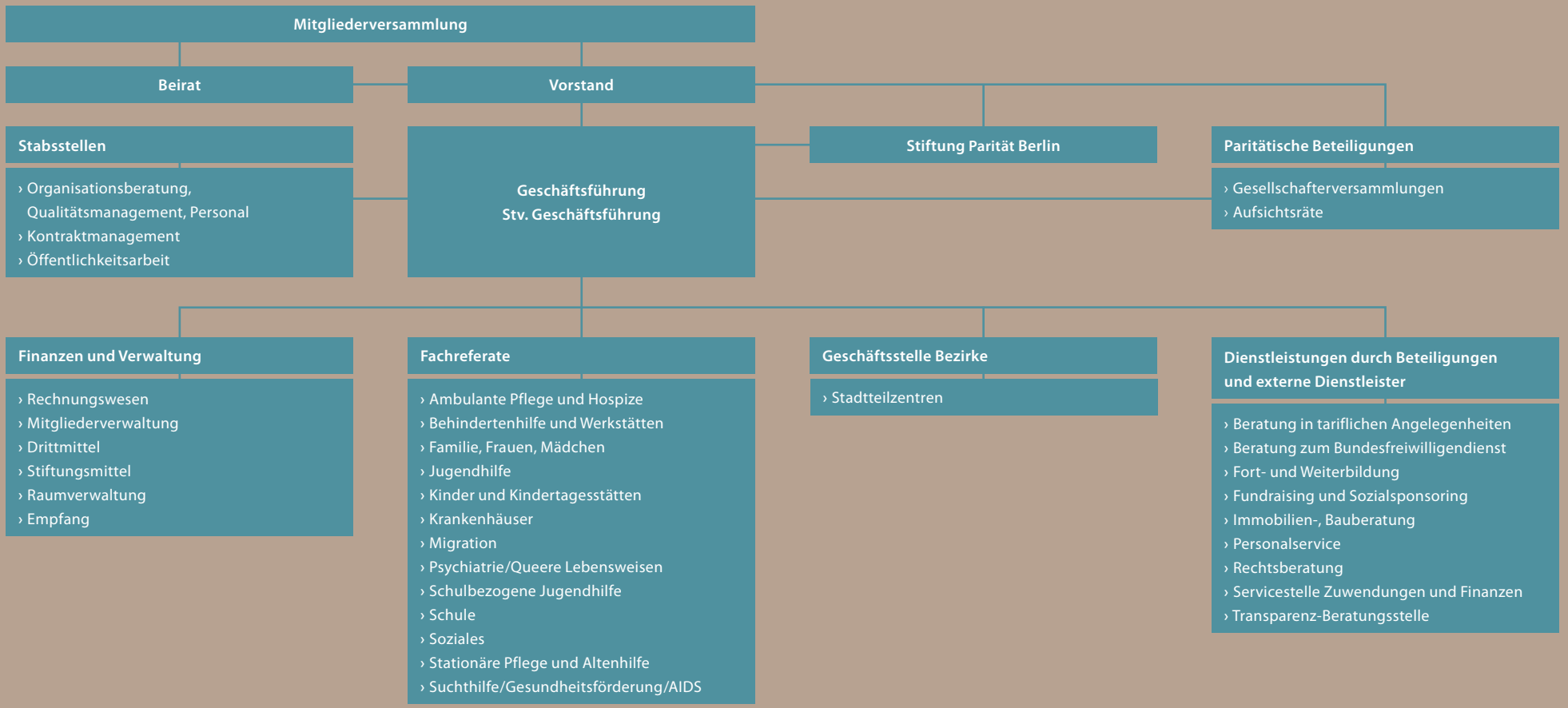
- im Paritätischen Gesamtverband mit Sitz in Berlin. In ihm sind 144 überregionale gemeinnützige Organisationen und 15 Paritätische Landesverbände mit über 10 000 regional tätigen Mitgliedsorganisationen zusammengeschlossen.
- Der Paritätische Berlin gehört zur LIGA der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in Berlin
- und ist Mitglied der Vereinigung der Unternehmensverbände in Berlin und Brandenburg (UVB).

Verbandspolitische Entwicklungen

»Die von mir betreuten Menschen sollen ein möglichst normales und erfülltes Leben leben können.«
Zitat aus der Fotoausstellung »Portraits ehrenamtlicher Betreuerinnen und Betreuer« | Foto: Michael Janda

Übersicht: Die Struktur des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Berlin

Stand: Juni 2013



Schwerpunkte der Verbandspolitik

Themen 2012 | 2013

12 Bildung ist die beste Strategie gegen Armut!
14 Berliner Doppelhaushalt 2014/15
16 Bezirkliche Haushaltsplanung auf Kosten der Jugendarbeit?
17 Berliner Rahmenvertrag (BRV) Soziales
19 Rahmenfördervertrag für Sozial- und Gesundheitsprojekte
22 Initiative Transparente Zivilgesellschaft
23 Stiftung Parität Berlin
25 4. Berliner Stiftungswoche
26 Freiwilligenengagement
30 Bundesfreiwilligendienst – positive Bilanz nach dem ersten Jahr
32 Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigung in Berlin
34 Bezahlbaren Wohnraum schaffen!
36 Internationale Kooperation: 15 Jahre Fachaustausch der Jugendhilfe Berlin und Ishewsk
37 Barbara John – Ombudsfrau für die Opfer und Hinterbliebenen der NSU-Mordserie
38 Paritätisches PR-Forum 2013
39 Forum Ausbilderinnen und Ausbilder 2012/13
39 Paritätisches Forum Personal
40 Paritätische Qualitätsentwicklung 2012/13
41 Paritätischer Berlin und Leadership Programme
42 Jahresempfang 2013: »Lust auf die eigene Zukunft«
43 Ehrungen
43 Mitgliederversammlung 2012
45 Vorstand, Geschäftsführung und Gremien
48 Personelle und finanzielle Verbandssituation
52 Mitgliederbewegung: die 700er-Marke ist überschritten!

Fraktionsvorsitzende des Bündnis 90/Die Grünen, Ramona Pop auf Kitabesuch | Boot e.V.
Foto: Michael Janda

Bildung ist die beste Strategie gegen Armut!

In einer Stadt wie Berlin, in der jedes dritte Kind in einer armen Familie aufwächst, müssen die Bildungsinstitutionen alles dafür tun, um diesen Kindern den Weg aus der Armut zu ebnen. Der Paritätische und seine Träger stehen hier mit den Kitas, der schulbezogenen Jugendarbeit, den freien Schulen, der Jugendarbeit, den Hilfen zur Erziehung und den gemeinnützigen Ausbildungsträgern mit in der Verantwortung.

Frühkindliche Bildung: Paritätischer Wohlfahrtsverband im Kitabereich ganz vorn!

Über 41 000 Kinder werden in rund 470 Kitas Paritätischer Träger betreut und gebildet. Darunter zweisprachige Europa-Kitas, Kitas mit Gesundheitsförderung nach Kneipp, Kitas mit Hochbegabtenförderung, Kitas mit erweiterten Öffnungszeiten abends und an Wochenenden, Wald-Kitas, Kitas mit Montessori oder Waldorfprofil und weiteren vielfältigen Konzepten. 390 Kitas betreuen behinderte und nichtbehinderte Kinder gemeinsam. Damit arbeiten die Kitas inklusiv – sie sind Häuser für alle Kinder!

Paritätische Träger schaffen Kita-Plätze

Entgegen dem Bundestrend steigt in Berlin die Anzahl der Kinder zwischen 0 und 6 Jahren stetig. Seit 2007 sind 21 000 Kinder hinzugekommen, bis 2016 wird die Anzahl der Kinder im Kita-Alter von 188 000 (2013) auf 201 000 steigen. Vor allem durch freie Träger – allen voran Träger unter Paritätischem Dach – wurden seit 2008 23 000 Kitaplätze neu geschaffen! Neben Bundesmitteln wird der Kita-Ausbau seit Mitte 2012 auch durch das Landesförderprogramm »Auf die Plätze, Kitas, los!« gefördert. Die Mittel reichen jedoch nicht aus. Der Paritätische drängt deshalb darauf, weitere Mittel für den Kita-Ausbau in den Doppelhaushalt 2014/15 einzustellen.

Familienzentren an Kitas

Viele Kitas haben sich in den letzten Jahren durch eigenes Engagement zu Familienzentren weiterentwickelt. Seit Ende 2012 gibt es nun ein Landesprogramm, das den Ausbau von weiteren 24 Familienzentren an Kitas fördert. Paritätische Träger waren auch hier erfolgreich: 13 dieser neuen Familienzentren sind bei Mitgliedsorganisationen entstanden. Der Paritätische fordert, dass das Programm ausgebaut wird, zukünftig auch bestehende Familienzentren berücksichtigt und ihre Finanzierung sichert.

Maßnahmen gegen Fachkräftemangel

Neben dem Kita-Platzmangel stellt sich in Berlin ein weiteres Problem: Es fehlt an Fachkräften! Der Verband und seine Träger zeigen Initiative: Sieben freie Erzieherfachschulen sind allein von Trägern im Paritätischen Bereich in Betrieb genommen worden. Um Fachkräfte zu gewinnen, werden Trägermessen durchgeführt. Vielfältige Kooperationen und Konzepte werden realisiert, um auch Angehörige anderer Berufsgruppen durch Qualifizierung für den Einsatz in Kitas fit zu machen. Der Verband fordert auch mehr Unterstützung und Initiative vom Land Berlin – unter anderem eine stärkere Werbung für den Erzieherberuf. Abstriche vom Fachkräftegebot in Kitas lehnt der Verband ab.

Qualitätsverbesserungen

Interne und externe Evaluationen begleiten die Kitas bei ihrer Qualitätsverbesserung. Die Einschulungsuntersuchungen machen die Erfolge sichtbar: Je länger die Kinder die Kita besuchen, desto besser sind ihre Sprachkenntnisse bei Start der Schule!

Schulbezogene Jugendarbeit

Mit 11 200 Plätzen in der ergänzenden Förderung und Betreuung kooperieren 27 Paritätische Träger mit 86 Grundschulen, um einen Ganztagsbetrieb zu ermöglichen. Rund 95 Paritätische Träger gewährleisten unterschiedliche Angebote der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit an zahlreichen Berliner Schulen aller Schularten. Dazu gehören zum Beispiel Schulstationen und Schülerclubs. An 149 Schulen agieren 35 Träger im Rahmen des Programms Jugendsozialarbeit an Berliner Schulen. Der Paritätische fordert eine Ausweitung der Jugendsozialarbeit, beginnend mit mindestens einer Stelle an jeder Berliner Schule! Der Paritätische bringt sich aktiv in jugend- und bildungspolitische Diskussionsprozesse ein, wie zum Beispiel zur Kooperation Jugend-

hilfe und Schule, zur inklusiven Schule und zur konzeptionellen Gestaltung der Berliner Ganztagsschule.

Freie Schulen

Unter Paritätischem Dach finden sich 15 Träger, die 19 Schulen für über 3900 Schülerinnen und Schüler betreiben. Obwohl die freien Schulen zur Vielfalt des Schulangebots beitragen, erhalten sie vom Land nur 60 Prozent der Gesamtkosten refinanziert. So zwingt die Politik die freien Schulinitiativen, von Eltern Geld zu verlangen, um diesen Tatbestand als soziale Auslese umso mehr zu kritisieren.

Der Verband unterstützt weiterhin die Volksinitiative »Schule in Freiheit«. Die Initiative greift wesentliche Inhalte auf, die der Paritätische seit 2008 auch mit seinem Konzept der Bürgerschule vertritt:

- Schulen sollen die Inhalte und Qualitätsmaßstäbe ihrer Arbeit selbstständig gestalten können.
- Die Schulen in staatlicher und freier Trägerschaft sollen ohne Schulgeld zugänglich sein.
- Alle Schulen, die es wollen, sollen die weitestgehende organisatorische Selbstständigkeit erhalten.

In der Folgezeit entsteht eine Arbeitsgruppe aus Schul- und Finanzverwaltung sowie freien Trägern, die ein neues Finanzierungsmodell erarbeitet, das künftig auch die Sachkosten und nicht nur die Personalkosten freier Schulen berücksichtigt. Besondere Schwierigkeiten bereitet aber die Ermittlung der Kosten eines staatlichen Schulplatzes. Im Frühjahr 2013 legen der Paritätische und der Dachverband der Berliner Kinder- und Schülerläden ein eigenes Berechnungsmodell für eine gerechtere Finanzierung freier Schulen vor, das in einer parlamentarischen Anhörung vorgestellt wird.

Freie Bürgerschule Wedding

Mittlerweile wird über das Konzept der Bürgerschulen nicht nur diskutiert. Die Bürgerplattform Wedding/Moabit – ein Zusammenschluss aus 40 deutschen, türkischen, arabischen, asiatischen und afrikanischen Gruppen, Moschee- und Kirchengemeinden unterschiedlichster Glaubensrichtungen, sozialer Träger und Bürgervereine – bereitet konkret die Gründung der »Freien Bürgerschule Wedding« (Sekundarschule) vor. Der Paritätische unterstützt diese Initiative und fordert vom Land Berlin, die geplante Schule als Modellprojekt für bürgerschaftliches Engagement in sozial benachteiligten Gebieten zu unterstützen.

Jugendarbeit und Hilfen zur Erziehung

Der Paritätische setzt sich für einen umfassenden Bildungsbegriff ein und wirbt dafür, die Hilfen zur Erziehung auch als Angebote und Einrichtungen zu begreifen, die einen wichtigen Bildungsbeitrag leisten. Ebenso die Angebote der offenen Jugendarbeit. Unter Paritätischem Dach sind 200 Jugendhilfeträger aktiv, darunter 80 Träger von Erziehungshilfen und 70 Träger der Jugendarbeit. Der Verband setzt sich dafür ein, dass diese Angebote finanziell nachhaltig gesichert werden. In diesem Kontext propagiert der Verband schon seit langem budgetorientierte Steuerungsansätze wie zum Beispiel im österreichischen Graz praktiziert. Dadurch angeregt wird im Bezirk Steglitz-Zehlendorf an einem Modell mit dem Titel »Sozialraumorientierung 2.0« gearbeitet, das der Paritätische mit seinen Trägern unterstützt.

Jugendberufshilfe, Aus- und Weiterbildung

Renommierte Ausbildungsträger für Jugendliche und junge Erwachsene schließen den Kreis der Paritätischen Bildungsangebote, die mittlerweile von der Krippe bis zur Regel- und Hochschule reichen. 20 Träger unter Paritätischem Dach sind in der Jugendberufshilfe engagiert. Die Jugendarbeitslosigkeit in Berlin ist alarmierend. Dennoch wird die Jugendberufshilfe vom Land immer mehr abgebaut. Der Paritätische lässt ein Rechtsgutachten erstellen, das Finanzierungsmöglichkeiten für Leistungen für junge Menschen bis zum 25. Lebensjahr erörtert. Dies stärkt die Verhandlungsposition des Verbandes und seiner Träger.

Ein wichtiger Akteur im Paritätischen Bildungsspektrum ist die Paritätische Bundesakademie gGmbH, die in Kooperation mit der Alice-Salomon-Hochschule umfassende Angebote der Aus- und Weiterbildung für Fachkräfte der sozialen Arbeit realisiert.

Tabelle: Eckwerte der mittelfristigen Finanzplanung des Landes Berlin bis 2017
Angaben in Milliarden Euro

	2013	2014	2015	2016	2017
Personalausgaben	6,877	7,108	7,283	7,521	7,751
Konsumtive Sachausgaben	11,705	12,100	12,174	12,293	12,510
Investitionsausgaben	1,568	1,536	1,490	1,400	1,400
Zinsausgaben	2,309	2,116	2,120	2,150	2,200
Schuldenstand	63,030	63,150	63,050	62,610	61,850
Nettokreditaufnahme	0,485	0,154	-0,680	-0,413	-0,734

Berliner Doppelhaushalt 2014/15

Anfang Juni 2013 sorgen die Ergebnisse des Mikrozensus bei den Haushältern für einen Schock: Berlin hat 180 000 Einwohner weniger als bisher allen Kalkulationen zugrunde lag. Ein harter Schlag für die Einnahmeseite des Berliner Haushalts!

Danach muss das Land künftig dauerhaft mit Mindereinnahmen von rund 470 Millionen Euro pro Jahr rechnen. Aufgrund der teilweise rückwirkenden Anwendung bis 2011 belastet dies das bereits laufende Haushaltsjahr mit etwa einer Milliarde Euro (940 Millionen). Technisch gesehen wird das Geld nicht zurückgezahlt, vielmehr verringern sich die Zuweisungen aus der Abrechnung der Umsatzsteuerverteilung und des Finanzausgleichs.

Vorerst keine Haushaltssperre

Sofort nach Bekanntwerden der Zensusergebnisse wird der schon festgezurrte Haushaltsentwurf wieder aufgeschnürt und alle Ressorts werden aufgerufen, aus dem laufenden Haushalt Sparvorschläge zu machen. Auf eine sofortige Haushaltssperre verzichtet der Senat, um ein reguläres Verfahren zur Verabschiedung des Doppelhaushalts 2014/15 zu gewährleisten. Für den Fall, dass die Sparvorschläge nicht ausreichen, bleibt aber offen, ob der Finanzsenator im Zuge der Haushaltswirtschaft in der zweiten Jahreshälfte oder im nächsten Jahr eine Haushaltssperre aussprechen wird.

Ausgaben-Eckwerte im Rahmen der Finanzplanung bis 2017

Trotz des Zensus-Schocks verabschiedet der Senat Ende Juni 2013 den neuen Haushaltsentwurf mit geringfügiger Verzögerung. Auch von dem ehrgeizigen Ziel, bereits ab 2015 ohne Neuverschuldung auszukommen, ist die Planung nicht abgerückt.

Die Ausgaben sind für 2014 mit 22,838 Milliarden und für 2015 mit 23,002 Milliarden Euro angesetzt. Die Eckdaten der mittelfristigen Finanzplanung des Landes Berlin bis 2017 finden sich in der Tabelle 1 oben.

Die Personalausgaben steigen weiterhin an von 6,8 auf 7,7 Milliarden Euro in 2017. Dies ist vorrangig bedingt durch die Tariferhöhungen für die Angestellten des öffentlichen Dienstes sowie durch die feste Zusage für Beamtinnen und Beamte, die Besoldung unabhängig von Tarifverhandlungen um 2,5 Prozent pro Jahr zu erhöhen, jeweils zum 1. August.

Die konsumtiven Sachausgaben zeigen ebenso eine steigende Tendenz – von 11,7 Milliarden Euro in 2013 auf 12,5 Milliarden in 2017. Hier sind neben echten Sachausgaben auch die gesamten Ausgaben für die Arbeit der freien Träger enthalten – Sach- und Personalkosten.

Die Investitionsausgaben zeigen eine fallende Tendenz – von 1,5 auf 1,4 Milliarden Euro in 2017. Allerdings sind sie in jedem Jahr um ein Vielfaches höher als die Nettokreditaufnahmen, so dass die Verfassungsmäßigkeit des Haushalts gewährleistet ist.

Die Zinsausgaben oszillieren geringfügig um einen Wert von 2,15 Milliarden Euro – keine geringe Summe, aber durch das niedrige Zinsniveau vorerst verhältnismäßig günstig für das Land Berlin angesichts eines Schuldenstands von gut 63 Milliarden Euro.

Nach Aussagen des Finanzsenators setzt der Haushaltsentwurf klare Schwerpunkte. **Bildung:** Im Bereich Bildung wird auch im Jahr 2014/15 mehr Geld für Kitas, Schulen und Hochschulen ausgegeben. Für die Kita-Betreuung und den -ausbau stehen rund 2,5 Milliarden Euro für beide Jahre zur Verfügung (+7,2 Prozent). Das Schulsanierungsprogramm in Höhe von 64 Millionen Euro jährlich wird fortgesetzt. Zusätzlich werden Brennpunktschulen mit 14 Millionen Euro pro Jahr unterstützt. Für die Hochschulen werden rund 3 Milliarden Euro im Doppelhaushalt eingestellt (+7,5 Prozent).

Bezirke: Die Bezirke werden weiterhin mit 50 Millionen Euro pro Jahr gestärkt und sind vom Ausgleich der Zensus-Verluste ausgenommen.

Wohnen: Der Senat richtet ab 2014 einen Wohnungsneubaufonds mit einem Volumen von 320 Millionen Euro ein, aus dem vorrangig den städtischen Wohnungsbaugesellschaften Kapital für den Neubau von Wohnungen bereitgestellt werden soll.

Maßnahmenpaket zur Stärkung der Einnahmen: Spätestens mit Inkrafttreten des Doppelhaushalts am 1. Januar 2014 soll die CityTax eingeführt sowie die Grunderwerbssteuer von 5 auf 6 Prozent erhöht werden. Zusätzlich ist eine Erhöhung des Be-

Pressekonferenz zur Unterstützung der HIV-Schnelltestkampagne
Foto: Rita Schmid

grüßungsgelds für Studierende von einmalig 50 auf 100 Euro vorgesehen, wenn sie sich mit Erstwohnsitz in Berlin anmelden. Auf diese Weise sollen Neubürger gewonnen werden, die positiv beim Länderfinanzausgleich zu Buche schlagen.

Berliner Ausgabenzuwachs seit über zehn Jahren bundesweit am geringsten

Nicht überall in Deutschland hat die Vereinigung derartige finanzielle Belastungen und Einschränkungen mit sich gebracht. Im Kontext des Länderfinanzausgleichs wird in den Medien gern darüber diskutiert, wie Berlin es sich auf Kosten anderer Länder gutgehen lässt. Der Faktencheck der Finanzverwaltung spricht jedoch eine andere Sprache: Der bundesweite Vergleich des Ausgabenwachstums je Einwohner für die letzten zehn Jahre zeigt, dass Berlin mit 2,3 Prozent Ausgabenwachstum je Einwohner absolutes Schlusslicht hinter Mecklenburg-Vorpommern (5,7 Prozent) ist. In Bayern, Hessen und Saarland hingegen wuchsen die Ausgaben zwischen 20 und 30 Prozent! Aufs Jahr bezogen beträgt der Berliner Ausgabenzuwachs 0,25 Prozent. Die Ausgaben des Landes Berlin sind seit mehr als zehn Jahren nahezu eingefroren!

Berlin ab 2015 ohne neue Schulden

Trotz der Mindereinnahmen aus dem Länderfinanzausgleich will Berlin ab 2015 ohne neue Schulden auskommen. Der Konsolidierungskurs für den Berliner Haushalt soll weiter konsequent durchgezogen werden. Dies bedeutet unter anderem, dass die Netto-Ausgaben nur um 0,3 Prozent anwachsen dürfen. Im Vorfeld der Haushaltsverhandlungen werden sogar Stimmen laut, von einem Nullwachstum der Ausgaben auszugehen.

Die aktuell günstige Zinsentwicklung sowie das positive Wirtschaftswachstum in Berlin sind günstige Rahmenbedingungen für den geplanten Konsolidierungskurs. Im Haushaltsjahr 2015 soll mit einem Plus von 65 Millionen Euro ein ausgeglichener Haushalt erreicht werden. Ab diesem Wendepunkt will sich Berlin daran machen, das enorme strukturelle Haushaltsdefizit in Höhe von rund 63 Milliarden Euro abzubauen.

Haushaltsrelevante Forderungen mit Nachdruck vertreten!

Der Paritätische Berlin befürwortet grundsätzlich den Kurs des Landes Berlin, den Berliner Haushalt zu konsolidieren und das strukturelle Haushaltsdefizit abzubauen. Der Verband fordert aber ein, dass Belastungen sozial verträglich verteilt werden. Angesichts des enormen Spardrucks geht es nicht an, dass Haushaltsmittel mit der Wasserkanone an Prestigeprojekte – zum Beispiel für den BER oder eine Landeszentralbibliothek – ausgeschenkt werden, während die Mittel für freie Träger und deren Beschäftigte mit der Pipette in die Trägerlandschaft geträufelt werden.

Auch die Beschäftigten der freien Träger sollen nach Aussagen der Regierungskoalition angemessen bezahlt werden. Hiervon sind besonders die Beschäftigten vieler Zuwendungsprojekte noch weit entfernt.

Der Paritätische wird die Haushaltsverhandlungen kritisch begleiten und Finanzierungsengpässe in der sozialen Arbeit thematisieren. Dies betrifft beispielsweise

- die Refinanzierung tariflicher Bezahlung der Beschäftigten im Zuwendungsbereich
- das Kita-Ausbauprogramm, das mit dem Berliner Kinderzuwachs nicht Schritt hält
- die mangelhafte Finanzierung des Programms »Kitas zu Familienzentren«
- die Finanzlücken, die sich auftun durch das Auslaufen von EU-Förderprogrammen Ende 2013 und wichtigen Projekten der schulbezogenen Jugendhilfe den Boden unter den Füßen wegziehen
- die verschobenen Programmmittel für die inklusive Schule
- die systematische strukturelle Unterfinanzierung freier Schulen
- die fehlenden Mittel, um an jeder Berliner Schule eine Stelle für Jugendsozialarbeit einzurichten
- die absolut unterfinanzierte Investitionsplanung für die freigemeinnützigen Krankenhäuser
- die ungesicherte Finanzierung wegweisender Projekte wie die HIV-Schnelltests und
- vieles mehr!

Das Paritätische Jugendhilfe-Blog www.jugend-bewegt-berlin.de ist seit Mai 2013 am Start. Intention/Über uns:»Auf diesem Blog wollen wir einen Einblick in die alltägliche Arbeit der Mitgliedsorganisationen der Jugendhilfe des Paritätischen Landesverbandes Berlin e.V. bieten, unsere Vorstellungen und Positionen zu Feldern der Kinder- und Jugendhilfe wie den Hilfen zur Erziehung, der Jugendarbeit oder der Jugendsozialarbeit einbringen, Fragen beantworten, unterhalten, all jenen eine Plattform bieten, die sich beteiligen wollen, zu Diskussionen rund um das Thema Jugendhilfe anregen und uns mit aktuellen politischen Entwicklungen der Sozialwirtschaft auseinandersetzen.«

jugendhilfe-bewegt-berlin

PARITÄTISCHER Wohlfahrtsverband Berlin e.V.

Bezirkliche Haushaltsplanung auf Kosten der Jugendarbeit?

Im November 2012 senden der Jugendhilfeausschuss und die Träger der Jugendarbeit in Mitte SOS: 330.000 Euro will der Bezirk im Haushalt 2013 bei der Jugendarbeit einsparen! Der Verband unterstützt den Protest vor Ort und richtet einen Appell an die Entscheidungsträger – nachstehend im Wortlaut dokumentiert:

»Ausblutung der Jugendarbeit im Bezirk Mitte muss gestoppt werden!

Der Paritätische Wohlfahrtsverband Berlin fordert die Bezirksverordneten von Mitte auf, die geplante Einsparung von 330.000 Euro bei der Jugendarbeit in Mitte bei der BVV-Sitzung am 22. November zurückzunehmen. Der Prozess der Ausblutung von Kinder- und Jugendprojekten in Mitte und ganz Berlin muss gestoppt werden!«

Der Paritätische unterstützt die Jugendprojekte in Mitte, die sich wehren und mit Transparenten und Protestaktionen Alarm schlagen. Sie alle treffen sich am 22. November um 16:30 Uhr am Rathaus in der Karl-Marx-Allee 31 vor der BVV-Sitzung. Die Medien sind zu dieser Aktion herzlich eingeladen! Schluss mit Einsparungen auf Kosten der Kleinsten und Schwächsten!

Schon im kommenden Januar müssten 5 bis 7 Kinder- und Jugendprojekte schließen, wenn der Entwurf des Haushaltsplans für 2013 nicht geändert wird! Die Situation ist dramatisch: Innerhalb von drei Jahren hat der Bezirk Mitte ein Viertel der Mittel für Jugendarbeit gekürzt! 10 von 60 Jugendprojekten und Freizeiteinrichtungen mussten in den letzten drei Jahren bereits schließen. Weitere Jugendprojekte mussten Mitarbeiter entlassen und mit noch weniger Mitteln auskommen.

Betroffen sind vielbesuchte Treffpunkte für Kinder, Jugendliche und Mädchen, Jugendkulturhäuser, offene Clubs, Schülerläden, Lückekinderprojekte, Schulsozialarbeit, Schulgärten und Straßensozialarbeit.

Die Präventionsarbeit, die die Jugendsozialarbeiter vor Ort leisten, ist gerade in den sozial hoch belasteten Brennpunktgebieten Wedding, Gesundbrunnen und Moabit unverzichtbar. Die Situation der Familien ist unverändert prekär: Armut, Arbeitslosigkeit, Krankheit und Suchtprobleme sind ihre Hauptbelastungen. Über zwei Drittel der Kinder wachsen in Hartz-IV-Haushalten auf. In der Region Gesundbrunnen leben rund 70 Prozent der Einwohner von staatlichen Unterstützungsleistungen – doppelt so viele wie im Berliner Durchschnitt.

Die Kinder und Jugendlichen aus diesen Familien sind auf kostenlose und sinnvolle Förder- und Freizeitangebote zwingend angewiesen! Der Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses von Mitte hat in einem verzweifelten Schreiben an die Bezirksverordneten davor gewarnt, dass die entstehenden Lücken durch Gangstrukturen gefüllt werden.

Der Paritätische Wohlfahrtsverband Berlin appelliert an alle politisch Verantwortlichen, die Warnungen der Experten aus der Praxis ernst zu nehmen und von weiteren Kürzungen auf Kosten von Kindern und Jugendlichen abzulassen.

Proteste erfolgreich

Letztlich sind alle Appelle und Protestaktionen zusammen von Erfolg gekrönt: Der Bezirk nimmt von den geplanten Streichungen bei der Jugendarbeit Abstand!

Tabelle: Übersicht Ist-Ausgaben für Leistungen freigemeinnütziger, gewerblicher und sozialer Träger (SenFin 2010)

Gerundete Summen Entgeltbereich (Angaben in Millionen Euro)	
340,7	Hilfe zur Pflege
603,0	Eingliederungshilfe
408,5	Hilfen zur Erziehung
40,2	Hilfen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten

Gerundete Summen Zuwendungsbereich (Angaben in Millionen Euro)	
12,9	ISP-Projekte
11,6	IGP-Projekte
3,8	Stadtteilzentrenvertrag

Berliner Rahmenvertrag (BRV) Soziales

Der Berliner Rahmenvertrag Soziales regelt die Vergütung und die Rahmenbedingungen, unter denen gemeinnützige freie Träger und gewerbliche Anbieter sozialer Dienstleistungen für das Land Berlin sozialstaatliche Leistungen erbringen, auf die der Bürger im Einzelfall einen Anspruch hat. Die Leistungen sind nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) XII garantiert. Es geht dabei um die Wahrnehmung von sozialstaatlichen Verpflichtungen, um Menschen, die in Not geraten sind, die für sie notwendige individuelle Hilfe zur Selbsthilfe zu ermöglichen und ihnen Chancen zur Teilhabe an der Gesellschaft und zur Förderung zu geben.

Im Dezember 2012 werden weite Teile des Berliner Rahmenvertrags von der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales gekündigt. Die Kündigung würde 2014 wirksam werden. Das Jahr 2013 steht deshalb für den Paritätischen und seine Träger sowie für die Ligaverbände insgesamt unter dem Zeichen intensiver Verhandlungen, um für 2014 einen Vertrag auszuhandeln, der für alle Akteure akzeptabel ist.

Leistungs- und Kostentransparenz für Leistungen nach SGB XII

Bereits seit Frühjahr 2012 läuft im Paritätischen Berlin ein Projekt, das den stärker werdenden Forderungen des Landes Berlin nach mehr Kostentransparenz und umfassenderen Kontrollen Rechnung trägt und diese neuen Entwicklungen konstruktiv-sachlich und konzeptionell begleitet. Gemeinsam mit den Mitgliedsorganisationen des Paritätischen Berlin und mit Hilfe externer Unterstützung (JAKAB Consulting und MOBISS Unternehmensberatung) werden bestehende Kostenstrukturen in den Bereichen Behindertenhilfe, Psychiatrie, Drogen/Sucht, Hilfen für Menschen mit besonderen Schwierigkeiten analysiert und strukturiert ausgewertet. Die dabei gewonnenen Erkenntnisse über die Strukturen in der Leistungserbringung und den dahinterliegenden Kosten bilden die Grundlage für die Entwicklung eines homogenen, fairen und durchgängigen Kostennachweissystems – ein zentraler Verhandlungsgegenstand für die Entgeltverhandlungen mit den Fach- und Finanzressorts des Landes Berlin für die Jahre 2014 und 2015.

Anhörung im Ausschuss für Gesundheit und Soziales im Abgeordnetenhaus von Berlin

In einer Anhörung zum Thema »Rolle der Freien Wohlfahrtspflege und Weiterentwicklung der Zusammenarbeit« im März 2013 erhält der Paritätische Wohlfahrtsverband Berlin, vertreten durch Reinald Purmann, Referent für Behindertenhilfe und Vertreter des Verbandes in der Berliner Vertragskommission für Soziales (KO75), die Gelegenheit, zu aktuellen Fragen der Kooperation und Kostenentwicklung im Entgeltbereich Stellung zu beziehen und die Abgeordneten ausführlich zu informieren. Ebenso eingeladen ist der Geschäftsführer des Diakonischen Werkes Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz, Martin Matz, als aktueller Liga-Federführer.

Debatte zu Vergütungen für Leistungen der Sozialhilfe nach SGB XII

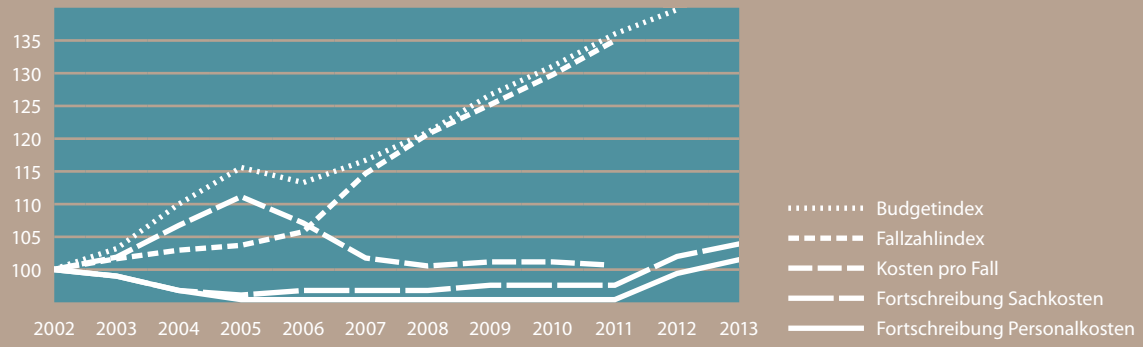
Folgende Fragen stehen im Raum:

- Was ist die Ursache der steigenden Transfer-Ausgaben?
- Wie lassen sich die steigenden Kosten für diese Ausgabe in den Griff bekommen?
- Gibt es einen dringenden Handlungsbedarf zu weitergehenden Prüfungen bei Leistungserbringern nach SGB XII?

Dazu werden von Seiten des Verbandes und der Liga folgende Positionen vertreten:

- Über Prüfverfahren sind einvernehmliche Vereinbarungen zu treffen.
- Es ist kein Grund erkennbar, warum aktuell Einzelprüfungen zusätzlich zu den gegebenen anlassbezogenen Prüfmöglichkeiten anzusetzen sind. Die Verfahren der Qualitätsprüfung und Wirtschaftlichkeitsprüfung sind im aktuell gültigen Rahmenvertrag vereinbart.
- Über mögliche Änderungen der Prüfverfahren wird in den Rahmenvertragsverhandlungen seit Februar 2013 verhandelt.
- Weitere Änderungen der Prüfverfahren sind im Zuge des Gesetzgebungsverfahrens für ein neues Leistungsgesetz auf

Grafik: Kosten- und Fallzahlentwicklung in der Berliner Eingliederungshilfe
(Angaben in Prozent)



Bundesebene zu erwarten – nach ASMK-Empfehlung und Absicht des Bundesministeriums.

Die Liga wendet ein, dass Prüfungen nach noch nicht geschaffenen gesetzlichen Grundlagen, wie sie von der Senatsverwaltung Gesundheit und Soziales angestrebt werden, neben grundsätzlichen Rechtsstaatsfragen zu unproduktiven und langwierigen Auseinandersetzungen führen.

Sie widersprechen auch dem geforderten Prinzip der partnerschaftlichen Zusammenarbeit von Staat und Wohlfahrtsverbänden. Die Liga-Verbände sind aber bereit, mit einer qualifizierten Leistungsdokumentation mehr Transparenz zu schaffen. Denn: Die Träger der Sozialwirtschaft sind in besonderem Maße zur Transparenz verpflichtet. Deswegen unterstützt der Paritätische Berlin die Initiative Transparente Zivilgesellschaft und wirbt bei seinen Trägern um Anschluss an diese Initiative (siehe Seite 22).

Prüfungen um Kosten zu senken?

Der Senat begründet seine Absicht, vermehrt vertiefte Prüfungen der Verträge mit frei-gemeinnützigen Anbietern durchzuführen, mit dem Ziel, dem Anstieg der Sozialausgaben entgegenzuwirken. Dies impliziert, dass die Kosten pro Fall gestiegen seien. Dies ist jedoch nicht der Fall.

Fallkosten im Städtevergleich niedrig

Der Vergleich der drei Stadtstaaten Berlin, Hamburg, Bremen zeigt, dass Berlin die geringsten Nettoausgaben der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen je Einwohner (2009) aufbringt: Berlin 164 Euro, Hamburg 175 Euro und Bremen 223 Euro. Im Vergleich zu den Flächenländern mit »westlichem« Tarifniveau liegt Berlin in der Mitte (Quelle: Statistisches Bundesamt 2009, Statistik der Sozialhilfe, Eingliederungshilfe für behinderte Menschen, Seite 35).

Fallkosten über 10 Jahre konstant bis sinkend

Die Kostenentwicklung der Eingliederungshilfe der letzten 10 Jahre zeigt zudem, dass die Fallkosten in Berlin nahezu konstant geblieben sind – bei circa 26.500 Euro pro Fall. In den Jahren 2006–2009 sind sie sogar um über 7 Prozent gesunken (siehe Grafik). Für diesen Zeitraum haben die gemeinnützigen Träger unter dem Dach der Liga Einsparungen in Höhe von 25 Millionen Euro bei den Entgelten angeboten und umgesetzt – als Beitrag zur Konsolidierung des Not leidenden Berliner Haushalts.

Kosten steigen durch wachsende Fallzahlen

Der Ausgabenanstieg ist nicht fallkostenbedingt sondern durch eine Steigerung der Fallzahlen verursacht: von 19 000 Fällen in 2002 auf über 25 500 in 2011. Die Fallzahlentwicklung zeigt, dass 2011 35 Prozent mehr Menschen mit Eingliederungshilfen versorgt wurden als 2002 (siehe Grafik; Quelle: Stadtstaatenvergleich con_sensus 2003 und Amt für Statistik Berlin-Brandenburg). Dafür gibt es verschiedene Ursachen:

- Die Zahl älterer Menschen mit Hilfebedarf steigt, der Hilfebedarf wird größer.
- Die Lebenserwartung von Menschen mit Hilfebedarf ist höher.
- Arbeitende Menschen mit Behinderung benötigen mehr Unterstützung.
- Die Unterstützungsmöglichkeiten durch Familienstrukturen nehmen ab.
- Nicht zuletzt hat die Abkehr vom Psychiatriebudget die Fallzahlen in die Höhe getrieben.

Kostendämpfung durch Steuerung der Fallzahlen

Aus Sicht des Paritätischen ist die Steuerung der Fallzahlen der wesentliche Ansatzpunkt, um die Ausgaben des Landes zu dämpfen. Dies wäre die Aufgabe, an der gemeinsam mit dem Land Berlin zu arbeiten ist. Dem steht augenblicklich entgegen, dass die Steuerungsbemühungen des Landes sich allein auf die Vergütungen beziehen, obwohl diese für die Budgetsteigerungen überhaupt nicht verantwortlich sind.

Vergütungen: Personalkosten der letzten zehn Jahre unter dem Niveau von 2002

Die Vergütungen sind zwischen 2002 und 2012 nahezu konstant geblieben – die Personalkosten lagen von 2003 bis 2012 sogar unter dem Niveau von 2002 (siehe Grafik) Hier bildet sich die extreme Haushaltsnotlage des Landes Berlin ab, auf die auch die Träger sozialer Einrichtungen und Dienste reagiert haben.

Für die Träger stellt sich allerdings zunehmend die Frage, wie angesichts von Preissteigerungen und Inflationsraten und der vom Land Berlin eingeforderten tariflichen Bezahlung diese Leistungen noch erbracht werden können wie damals.

Modelle zur Steuerung der Transferausgaben

Aus Sicht des Paritätischen geht es darum, einen Weg zu finden, wie man individuell verbriefte Leistungsansprüche und fiskalische Zwänge zusammenbringt. Beispielhaft gelang dies durch das Psychiatriebudget als Teil des Psychiatrieentwicklungsplans 2004 und 2011, das auf Beschluss der Kommission 75 eingeführt wurde. Es ist damit gelungen, das Budget zu kontrollieren und sogar den Anstieg der Fallzahlen im System zu steuern.

Der Paritätische und seine Träger kritisieren, dass das Land Berlin dieses erfolgreiche Programm 2009 gecancelt hat. Sie stehen bereit, über eine Wiederaufnahme der Budgetsteuerung in der Psychiatrie zu verhandeln.

Mittlerweile hat der Paritätische mit seinen Trägern ein Konzept zur Budgetsteuerung der psychiatrischen Hilfen vorgelegt.

Dämpfung der Fallzahlen durch Förderung vorgelagerter Hilfen

Die zuwendungsfinanzierten Angebote bieten die Chance, weitergehende Hilfebedarfe zu vermeiden oder zu vermindern. Im günstigsten Fall tragen sie dazu bei, Fälle zu vermeiden. Zum Beispiel tragen die zuwendungsgeförderten Mobilitätshilfedienste aus dem Integrierten Sozialprogramm (ISP) wesentlich dazu bei, dass alte Menschen in ihrer Häuslichkeit verbleiben. Der Abbau derartiger Hilfen wird die Fallzahlen in der stationären Betreuung steigern.

Dies gilt es zu bedenken, wenn in die Programme des Rahmenfördervertrags für die zuwendungsfinanzierten niedrigschwelligen sozialen Angebote immer wieder neue Projekte aufgenommen werden, ohne die Budgets zu erhöhen.

Rahmenfördervertrag für Sozial- und Gesundheitsprojekte

Für die rund 300 gesamtstädtischen Sozial- und Gesundheitsprojekte aus den auslaufenden Treuhandverträgen unterzeichnete der Paritätische Wohlfahrtsverband Berlin gemeinsam mit den anderen Liga-Verbänden Ende 2010 einen Rahmenfördervertrag mit einer Laufzeit von 5 Jahren. Vertragspartner waren die damaligen Senatsverwaltungen Integration, Arbeit und Soziales sowie Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz. Heute sind die Ressorts Gesundheit und Soziales in einer Senatsverwaltung zusammengefasst.

Unterzeichnung Rahmenfördervertrag

Der Paritätische und die anderen Liga-Verbände gingen den Kompromiss ein, den Rahmenfördervertrag zu unterzeichnen, um das Ihre zu tun, die Haushaltsmittel für die Projekte für fünf Jahre zu sichern. Es wurden drei Förderprogramme aufgelegt, die für 2013 mit folgenden Jahresbudgets ausgestattet wurden:

- das Integrierte Gesundheitsprogramm (IGP) mit 11.663.000 Euro
- das Integrierte Sozialprogramm (ISP) mit 12.919.000 Euro - darunter 3.300.000 Euro für die zentralen Aufgaben der Wohlfahrtsverbände und
- das Infrastruktur-Förderprogramm Stadtteilzentren (IFP STZ) mit 3.771.000 Euro

Das Integrierte Gesundheitsprogramm(IGP)

fördert 103 Projekte in drei Handlungsfeldern:

- Verbundsystem Drogen/Sucht
- HIV/AIDS, sexuell übertragbare Erkrankungen und Hepatitiden
- chronische Erkrankungen und besondere gesundheitliche Bedarfslagen

Nach dem Auslaufen des Treuhandvertrags wird das Budget des Integrierten Gesundheitsprogramms aufgestockt, um einige neu hinzugekommene Projekte zu fördern.

Das Integrierte Sozialprogramm (ISP)

fördert 115 Projekte der Altenarbeit, der Behindertenhilfe, Mobilitätshilfedienste für Ältere und Menschen mit Behinderung, Hilfen für Wohnungslose, Haftentlassene, Schuldnerberatung, Selbsthilfe- und Freiwilligenprojekte sowie die Migrationssozialdienste.

Das Infrastruktur-Förderprogramm Stadtteilzentren

beinhaltet Projekte zur Förderung des sozialen, bürgerschaftlichen Engagements, der Nachbarschaftsarbeit und der Selbsthilfe.

Zuwendungen durch LaGeSo

Alle Zuwendungen werden vom Landesamt für Gesundheit und Soziales (LaGeSo) gewährt.

Um seine Mitglieder beim Vollzug der Förderprogramme zu unterstützen, richtet der Verband eine Servicestelle für Zuwendungsrecht und Finanzen ein.

Kritische Einschätzung des Paritätischen hat sich bewahrheitet

Alle drei früheren Verträge wurden auf Verlangen der Senatsverwaltung unter dem gemeinsamen Dach des neuen Rahmenfördervertrages zusammengeführt. Die Kritik, die der Paritätische bereits zum Auslaufen der Treuhandverträge und zur Konstruktion des Rahmenfördervertrags geäußert hatte, hat sich bewahrheitet: Es hat sich in den zurückliegenden Jahren eine hochbürokratische Verfahrensform entwickelt, die die frühere – wenn auch damals schon zu geringe – Flexibilität der Einzelverträge endgültig beendet hat.

Lenkungsgremium als Alibi

Zur Umsetzung des Rahmenfördervertrages wurde ein Lenkungsgremium eingerichtet, das aus den Leitungsebenen der Vertragspartner besteht und über grundlegende Entwicklungen und Fragestellungen des gesundheits- und sozialpolitischen Versorgungssystems in Verbindung mit dem Rahmenfördervertrag und den Kooperationsvereinbarungen zur Umsetzung des Integrierten Sozialprogramms (ISP), des Infrastrukturförderprogramms Stadtteilzentren (IFP STZ) und des Integrierten Gesundheitsprogramms (IGP) beraten soll.

Das Lenkungsgremium hat jedoch in über zwei Jahren erst zweimal getagt, Sitzungsdauer jeweils unter einer Stunde. Ergebnisse wurden nicht erarbeitet. Faktisch wird das Gremium von der Senatsverwaltung genutzt, die Wohlfahrtsverbände für Beschlüsse zuungunsten von Projekten in die Mitverantwortung zu nehmen – auch wenn die Beschlüsse nicht einvernehmlich gefällt wurden.

Fachliche Steuerung nicht erwünscht

Zwar wurden die Fördersummen aus dem letzten Jahr der Treuhandverträge ungekürzt für den gesamten Zeitraum von 2011 bis 2015 zur Verfügung gestellt. Keinen Einfluss mehr aber haben die Verbände darauf, welche und wie viele neue Projekte zu fördern sind. Eine kooperative fachliche Steuerung der Verträge findet nicht statt. Es setzt sich zunehmend eine »politische« Steuerungslogik durch. Politik und Verwaltung legen ohne fachpolitischen Diskurs mit den Verbänden die neu zu fördernden Projekte fest. Bei gegebenem Budget sollen dann durch Kürzungen und Schließungen bei anderen Projekten die Mittel aufgebracht werden. Hierbei wird dann die Mitverantwortung der Verbände eingefordert. Alles nach dem Motto: Für das »Gute« sind Politik und Verwaltung zuständig, für das »Schlechte« tragen die Verbände die Verantwortung.

Frauen sollen für Frauen blechen? Kürzungsabsichten lösen Widerstand aus
Foto: Martin Thoma

Dieser Verantwortungslogik wird sich der Paritätische verweigern und weiterhin eine Mittelsteuerung nach fachlichen Gesichtspunkten einfordern.

Frauen sollen für Frauen blechen?

Ein Beispiel für den willkürlichen Umgang mit den Fördermitteln des Gesundheitsprogramms geben die mitten im Jahr 2013 angekündigten Kürzungen von jeweils 15.000 Euro bei der Lesbenberatung Berlin e. V. und dem Familienplanungszentrum BALANCE e. V. Mit Hilfe dieser Mittel soll eine Beratungsstelle für psychisch kranke wohnungslose Frauen finanziert werden. Die Verwaltung betont explizit, dass diesen Kürzungen keine fachliche Entscheidung, sondern rein finanzielle Erwägungen zugrunde liegen. Der Paritätische unterstützt seine beiden Mitgliedsorganisationen darin, auf medialer, politischer und rechtlicher Ebene gegen dieses gutsherrliche Verfahren vorzugehen. Begleitet von einer Protestwelle der betroffenen Frauenprojekte führen alle Bemühungen gemeinsam zum Erfolg: Die Abgeordneten beschließen, die Kürzungen zurückzunehmen und die Mittel anderweitig bereitzustellen.

Transparenz gemindert – unzureichende Jahresberichte ohne Beteiligung der Verbände

Für die Liga war die jährliche Präsentation der Leistungsbilanz der Treuhandverträge im Abgeordnetenhaus von Berlin selbstverständlicher Teil der Transparenzsicherung und Qualitätsentwicklung innerhalb der Förderverträge. Nun präsentiert die Senatsverwaltung Soziales und Gesundheit im Januar 2013 Jahresberichte für die Umsetzung des Rahmenfördervertrags mit der Liga, für das Gesundheitsprogramm (IGP) und das Sozialprogramm (ISP) – ohne Beteiligung der Verbände. Der Paritätische moniert dies in einem Brief an den Vorsitzenden des Hauptausschusses: »Der Paritätische Wohlfahrtsverband Berlin – wie auch die anderen Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege – setzen sich als freigemeinnützige Organisationen aus eigenem Auftrag und mit eigenen Ressourcen für das Gemeinwohl und den sozialen Zusammenhalt in der Stadt Berlin ein. Diese übergreifenden Aufgaben der Verbände werden im Bericht der Senatsverwaltung unzureichend dargestellt.« Auch zu anderen Sachverhalten habe der Verband andere Wertungen und Auffassungen. Die Einbeziehung der Verbände hätte dem Bericht besser Genüge getan.

Erfolgsmodell Treuhandverträge ohne adäquate Nachfolge

Der Paritätische Wohlfahrtsverbands Berlin stellt mit Bedauern fest, dass das Land Berlin ohne Not auf ein bundesweit anerkanntes Erfolgsmodell der kooperativen treuhänderischen Förderung der gesamtstädtischen Zuwendungsprojekte verzichtet und es vorgezogen hat, Fachlichkeit durch Politik und einen erheblichen Mehraufwand an Bürokratie zu ersetzen.

Tarifanpassungen für Beschäftigte in Zuwendungsprojekten

Dies bleibt auch im Jahr 2013 ein unerfreuliches Thema. Am politischen Willen mangelt es nicht:

Die Abgeordneten hatten im vergangenen Jahr 1,3 Millionen Euro und für 2013 1,8 Millionen Euro zur Refinanzierung von Tarifanpassungen im Zuwendungsbereich zur Verfügung gestellt.

Keine ausreichende Summe aber immerhin ein Anfang. Dem Zuwenig an Geld wurde aber durch ein Zuviel an Bürokratie begegnet. So ist leider nur ein Bruchteil dieser Mittel abgeflossen.

Online-Petition zu Tarifanpassungen

Die Geschäftsführer der Stadtteilzentren haben sich deshalb mit einer Online-Petition an das Abgeordnetenhaus gewendet, die vom Paritätischen Wohlfahrtsverband Berlin unterstützt wird.

Unter dem Motto »Gute Arbeit auch im Zuwendungsbereich sichern – Beschäftigte von freien Trägern nicht von Tarifsteigerungen abkoppeln!« wurde folgender Mustertext ans Abgeordnetenhaus geschickt und jeder Mitgliedsorganisation zur Verfügung gestellt:

»Zuwendungsempfänger erfüllen Aufgaben, die im Interesse des Landes Berlin liegen. Sie übernehmen immer häufiger öffentliche Aufgaben, zum Beispiel im Sozialbereich und in der Kinder- und Jugendfreizeitarbeit. Zuwendungsempfänger tragen mit eigenen finanziellen Mitteln, mit bürgerschaftlichem Engagement und mit der Einwerbung von Drittmitteln dazu bei,

dass für das Land Berlin und seine Bürger über die Fördermittel hinaus ein Mehrwert entsteht. Deshalb fordern wir:

1. Die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses zur Tarifentwicklung bei freien Trägern müssen vom Senat konsequent umgesetzt werden.
2. Es muss sichergestellt werden, dass die Summen, die das Abgeordnetenhaus zur Aufstockung der Personalkosten der freien Träger bewilligt, ausreichend sind und auch bei den Beschäftigten ankommen. 2012 und 2013 war dies wegen hoher bürokratischer und zuwendungsrechtlicher Hürden sowie wegen unterschiedlicher Verfahren und prozentualer Steigerungen in den Bezirken und jeweiligen Senatsverwaltungen nur zum Teil der Fall.
3. Die Höhe der Zuwendungssummen muss eine Bezahlung der Beschäftigten vergleichbar dem Tarifvertrag des Landes (TVL) ermöglichen.
4. Die Bewilligung der Personalkosten der freien Träger in vergleichbarer Höhe des TVL muss in allen Bezirken und von allen Senatsverwaltungen einheitlich erfolgen.«

Der Paritätische unterstützt diese Initiative mit einem Rundschreiben an alle Mitglieder.

Initiative Transparente Zivilgesellschaft

Bundesweit haben sich im Sommer 2013 insgesamt 430 (2012: 328) gemeinnützige Organisationen der Initiative Transparente Zivilgesellschaft (ITZ) angeschlossen – ein Zuwachs von einem Drittel innerhalb eines Jahres.

Paritätischer Berlin stellt die meisten Unterzeichner

Rund ein Fünftel der Unterzeichner (rund 90) sind beim Paritätischen Wohlfahrtsverband Berlin angesiedelt. Er vertritt damit die meisten Unterzeichner der ITZ bundesweit. Der Paritätische Berlin gehörte im Sommer 2010 zu den Erstunterzeichnern und Gründern der Transparenzinitiative – neben renommierten Initiativen wie Transparency International Deutschland e. V. und dem Deutschen Zentralinstitut für soziale Fragen (DZI).

Um das Logo der ITZ verwenden zu dürfen, muss jede Mitgliedsorganisation eine Selbstverpflichtung unterzeichnen, zehn standardisierte Themenfelder bearbeiten und deren Ergebnisse auf der eigenen Website veröffentlichen.

Transparenz-Beratungsstelle

Dazu bietet die Paritätische Transparenz-Beratungsstelle, die der Verband kurz nach dem Start der Initiative eingerichtet hat, fachlichen Service und Hilfe an, etwa in Fragen zu Gremienstrukturen und Qualifizierung, Transparenz nach außen, Führung und Steuerung auf der Grundlage von Corporate-Governance-Grundsätzen. Die Basisberatung ist für die Mitglieder kostenfrei. Die Beratung ist vor allem für Vorstände und Geschäftsführungen der Mitglieder geeignet. Drei Berater arbeiten unabhängig von der Geschäftsstelle des Landesverbandes und wahren Vertraulichkeit (siehe Seite 110).

Vorträge, Diskussionen und Einzelberatungen

Neben Gesprächen in Fachgruppen werden in individuellen Beratungsgesprächen Einzelheiten zur Teilnahme an dieser freiwilligen Initiative geklärt. Nicht zuletzt aufgrund dieser Beratungsleistung ist der Paritätische Berlin mit seinen Mitgliedsorganisationen am häufigsten von allen Dachverbänden in der Initiative Transparente Zivilgesellschaft vertreten und somit in Deutschland führend, was die freiwillige Transparenz angeht.

Anschluss an die ITZ immer wichtiger

Der Paritätische Wohlfahrtsverband Berlin ruft alle seine Mitglieder, die diesen Schritt noch nicht getan haben, auf, sich der Initiative Transparente Zivilgesellschaft zügig anzuschließen. In diversen Rahmenvereinbarungen und -verträgen mit den Senatsverwaltungen hat sich der Verband verpflichtet, seine Mitglieder für die ITZ zu gewinnen. Für die Mitglieder gilt: Je eher dabei, desto besser! Unter www.transparente-zivilgesellschaft.de sind weitere Informationen über die Initiative abzurufen.

Oswald Menninger beim Eintrag ins Gästebuch
Foto: Michael Janda

Stiftung Parität Berlin

Die Stiftung Parität Berlin wurde 2005 errichtet. In das Stiftungsvermögen wurden die Verkaufserlöse aus dem Anteilsverkauf Paritätischer Unternehmensverbund (jetzt: Sana Berlin-Brandenburg) eingebracht. Der Zweck der Stiftung ist die allgemeine Förderung des Wohlfahrtswesens.

Stiftungsvorstand

Der fünfköpfige Vorstand der Stiftung wird zu Beginn jeder Amtsperiode des Verbandsvorstandes neu bestimmt. In der Sitzung des Verbandsvorstandes am 19. Dezember 2012 wurde für den Stiftungsvorstand der bisherige Vorstand erneut bestimmt: Prof. Barbara John, Helmut Forner, Georg Zinner, Dirk Brandes und Oswald Menninger. Auf seiner konstituierenden Sitzung am 18. März 2013 wählte der Vorstand der Stiftung Barbara John und Oswald Menninger zum geschäftsführenden Vorstand. Die Amtszeit des Vorstandes endet im November 2015 mit der Neuwahl des Verbandsvorstandes.

Der Vorstand arbeitet auf der Grundlage einer Geschäftsordnung und ist ehrenamtlich tätig.

Keine Verwaltungskosten

Bei der Stiftung entstehen keine Verwaltungskosten, weil die Förderprogramme über den Landesverband umgesetzt werden. Der Jahresabschluss 2012 wurde von der Wirtschaftsprüfgesellschaft PricewaterhouseCoopers (pwc) geprüft; den Prüfbericht erhielten die Vorstandsmitglieder der Stiftung und des Landesverbandes und ebenfalls die Mitglieder des Verbandsbeirates.

Über die Förderung der Stiftung in den ersten fünf Jahren seit ihrer Gründung 2005 informiert ein Sonderheft der Nachrichten Parität 03/2010. Diese Broschüre gibt einen guten Überblick über die Förderprogramme der Stiftung, stellt geförderte Projekte vor und ist beim Landesverband erhältlich.

Stiftungszweck

Zweck der Stiftung ist »die Förderung des Wohlfahrtswesens«. Der Zweck wird verwirklicht durch »die Beschaffung von Mitteln für Zwecke der amtlich anerkannten Verbände der freien Wohlfahrtspflege im Sinne des § 58 Nr. 1 der Abgabenordnung«. In diesem Sinne wird der Stiftungszweck realisiert durch die Förderung von Aktivitäten, die der Zwecksetzung des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Berlin entsprechen. Insbesondere durch die Förderung

- des bürgerschaftlichen Engagements
- der Jugendhilfe
- der Altenhilfe
- des Gesundheitswesens sowie
- durch die Förderung sozial-pflegerischer Arbeit

Neben den Stiftungserträgen werden zur Verwirklichung der Stiftungszwecke auch zweckgebundene Spenden eingesetzt, die der Stiftung übertragen werden. Satzungsgemäß kann die Stiftung sowohl wohlfahrtspflegerische Aktivitäten des Verbandes als auch seiner Mitgliedsorganisationen fördern. Aufgrund der momentan gesicherten Finanzierung des Verbandes werden die Stiftungserträge und Spenden zur Unterstützung der Mitglieder eingesetzt.

Stiftungsvermögen

Die Stiftung Parität Berlin hatte am Ende des Jahres 2012 ein Gesamtvermögen (Aktiva) von 24 Millionen Euro. Das Stiftungsvermögen (Passiva) setzte sich am Bilanzstichtag 2012 aus 21,5 Millionen Euro Stiftungskapital, 2,1 Millionen Euro vorgetragener Mittel aus Zinserträgen und 400.000 Euro an zweckgebundenen Spenden zusammen, die am Bilanzstichtag für die Spendenzwecke noch nicht abgeflossen waren.

Stiftungserträge

Der Jahresüberschuss der Stiftung betrug 2012 rund 363.000 Euro. Die Stiftungserträge mit insgesamt 1.361.000 Euro setzten sich aus Sonstigen betrieblichen Erträgen (zum Beispiel Sana-Dividende) mit 630.000 Euro und Kapitalerträgen mit 731.000 Euro zusammen. Von den Erträgen insgesamt mit 1.361.000 Euro werden die gesamten Aufwendungen mit 998.000 Euro abgezogen. Die Aufwendungen setzen sich aus Ausgaben für Stiftungszwecke (Förderung) in Höhe von 914.000 Euro, betriebliche Aufwendungen in Höhe von

Einstimmung auf das Rollstuhltanzfestival »Dance Days Berlin« 2013
Mit-Mensch e.V. | Foto: Walter Weber

50.000 Euro und Abschreibungen auf Wertpapiere in Höhe von 34.000 Euro zusammen. Vor dem Hintergrund der Finanzkrise konnten die guten Kapitalerträge durch eine breite Streuung der Anlagen erwirtschaftet werden. Dies erhöhte einerseits die betrieblichen Aufwendungen bei den Kosten der Finanzanlagen und andererseits führten die unsicheren Rahmenbedingungen auf dem Kapitalmarkt zu Kursschwankungen bei den Wertpapieren. Sinkt der Kurs eines Wertpapieres unter den Einstiegswert am Bilanzstichtag kommt es zu Abschreibungen. Kurssteigerungen dagegen werden bilanziell nicht berücksichtigt und führen zu stillen Reserven.

Förderung der Stiftung aus zweckgebundenen Spenden und Stiftungserträgen 2011/2012

Aus den Mitteln der Dividende 2011 von Sana Berlin-Brandenburg wurden der Stiftung in 2012 Mittel in Höhe von 577.000 Euro als zweckgebundene Spende durch den Verband zur Verfügung gestellt. Aus Kapitalerträgen der Stiftung wurde die Spende um 223.000 Euro erhöht. Somit standen für die Förderung von Projekten der Mitgliedsorganisationen des Verbandes im Jahr 2012 erneut Mittel in Höhe von 800.000 Euro zur Verfügung.

Im ersten Halbjahr 2012 wurden aus übertragenen Fördermitteln aus dem Förderprogramm 2011 für Mitgliedsorganisationen 437.000 Euro für 57 Projekte eingesetzt. Hier bewegten sich die Fördersummen zwischen 330 Euro für Malutensilien der Selbsthilfegruppe Malen für psychisch beeinträchtige Teilnehmer der Wuhletal – Psychosoziales Zentrum gGmbH und 24.000 Euro für das Projekt »merhaba«, ein interdisziplinäres Kulturprojekt der GrenzKultur gGmbH. Der Träger arbeitet hier in einem sozialen Brennpunkt mit verschiedenen Schulen mit einem hohen Anteil an Kindern mit Migrationshintergrund zusammen.

Ab dem zweiten Halbjahr 2012 wurden Mittel aus dem neuen 2012 beschlossenen 800.000-Euro-Förderprogramm eingesetzt. Bis Ende 2012 wurden hieraus 29 Projekte mit einem Fördervolumen von 315.500 Euro gefördert. Auch hier wurde mit 800 Euro die Interessengemeinschaft Künstliche Niere und Transplantation e. V. für ihre Selbsthilfegruppe mit 300 Mitgliedern gefördert. Mit 35.000 Euro wurde das Mentoring-Projekt »Hürdenspringer« am Übergang Schule und Beruf der Unionhilfswerk Sozialeinrichtungen gGmbH unterstützt.

Insgesamt wurde 2012 mit den Mitteln der Stiftung die ganze Palette wohlfahrtspflegerischer Arbeit in 86 Projekten mit 752.500 Euro unterstützt. Neben Investitionen und Ausstattung wurden Projekte, die neue Wege in der sozialen Arbeit erproben, finanziert und viele Ehrenamtsprojekte gefördert.

Die nicht verbrauchte Fördersumme 2012 in Höhe von 495.500 Euro wurde auf das Haushaltsjahr 2013 übertragen und wird in diesem Jahr für die laufende Förderung von Projekten bei Mitgliedsorganisationen eingesetzt.

Der Verband hat der Stiftung 2007 ebenfalls zweckgebunden Mittel in Höhe von 500.000 Euro übertragen für die Förderung von Häusern der Parität. 2008 wurde als Haus der Parität das Stadtteilzentrum Pankow in Trägerschaft des Bürgerhaus e. V. finanziell mit 250.000 Euro unterstützt. Für ein weiteres Haus der Parität in Kreuzberg in Trägerschaft von PROWO e. V. wurde 2010 eine Förderung in Höhe von 250.000 Euro geleistet. Dieses Haus wurde im Frühjahr des Jahres 2013 baulich fertiggestellt und eröffnet und kann nun für wohlfahrtspflegerische Zwecke genutzt werden (siehe Seite 114).

Programm KinderZukunft – Paritätische Hilfe für Kinder und Jugendliche 2012

Armut, soziale Benachteiligung und Ausgrenzung von Bildungsmöglichkeiten betrifft Kinder und Jugendliche in besonderem Maße. Zahlreiche Studien belegen dies immer wieder in erschreckender Deutlichkeit. Das Programm war auf drei Jahre angelegt und von 2006 bis 2008 wurden jährlich 50.000 Euro eingesetzt. Durch Beschluss des Vorstandes wurde das Programm verlängert. Die Hilfe umfasst Kinderstipendien zur Entwicklung von Talenten, wie zum Beispiel Musikunterricht, Nachhilfe, Zeichenkurse et cetera und Hilfen als Einzelförderungen für notwendige Anschaffungen wie zum Beispiel Bekleidung, Schulsachen, Sportsachen et cetera. Anträge zur Unterstützung von Kindern bis 16 Jahren können von allen Mitgliedsorganisationen bei einem Nachbarschaftsheim pro Bezirk gestellt wer-

Sich entwickeln | Zirkus Cabuwazi vom Verein Grenzkultur
Foto: Michael Janda

den. 2012 stellten 68 Mitgliedsorganisationen Gutscheine für bedürftige Kinder aus. Insgesamt wurden 697 Kinder gefördert. 627 Kinder erhielten Einzelförderung bis zu 50 Euro und 70 Kinder Stipendien bis zu 270 Euro. Für 2013 wurde die Fortsetzung des Programms beschlossen.

Fahrkarten für Ehrenamtliche 2012

Mit diesem Förderprogramm griff der Paritätische die Klagen vieler Ehrenamtlicher auf, dass sie die Fahrkosten für ihre Einsätze häufig aus eigener Tasche finanzieren müssen. Der Paritätische bietet seinen Mitgliedern an, quartalsweise für namentlich benannte Ehrenamtliche übertragbare Monatskarten der BVG kostenlos zur Verfügung zu stellen.

Das erste Förderprogramm Fahrkostenzuschüsse wurde 2006 beschlossen und sollte nach mehreren Verlängerungen 2012 auslaufen. Nach der Ankündigung des Auslaufens dieses Programms gab es sehr viele Anfragen und Bitten von Mitgliedsorganisationen, das Programm zu verlängern. Die Stiftung hat deshalb beschlossen, dieses Förderprogramm nicht zu beenden.

2012 wurden 1080 Monatskarten für Ehrenamtliche bei 75 Mitgliedsorganisationen im Wert von 58.000 Euro zur Verfügung gestellt. Von 2006 bis 2012 wurden bereits insgesamt 387.000 Euro für dieses Förderprogramm eingesetzt.

Weitere Förderung 2013

Der Vorstand des Verbandes hat beschlossen, die Dividende Sana von 2012 wieder auf die Stiftung zur Förderung der Mitgliedsorganisationen zu übertragen. Die Summe in Höhe von 577.000 Euro wird durch Zinserträge der Stiftung auf 1.000.000 Euro aufgestockt werden, sodass in Zukunft das Förderniveau der Stiftung gehalten werden kann. Dazu muss der Vorstand der Stiftung noch die entsprechenden Beschlüsse fassen.

Förderung der Stiftung seit Gründung

Die Stiftung hat seit ihrer Gründung 2005 bis Ende 2012 Fördermittel in Höhe von 7.714.000 Euro vergeben. Davon entfielen auf zweckgebunden zugeführte Spenden 4.881.000 Euro. Aus Zinserträgen wurden 2.883.000 Euro für Projektförderungen ausgeschüttet.

Um die Leistungsfähigkeit der Stiftung langfristig zu erhalten, hat der Vorstand die Absicht, als Inflationsausgleich einen Teil der Stiftungserträge dem Grundstockvermögen zuzuführen. Die gültige Stiftungssatzung sieht diese Möglichkeit nicht vor und muss dafür aus gemeinnützigkeitsrechtlichen Gründen ergänzt werden.

4. Berliner Stiftungswoche

Zum vierten Mal luden die Initiatoren – zu ihnen gehört auch der Paritätische Berlin – vom 4. bis 14. Juni 2013 zur Berliner Stiftungswoche ein, um Berliner Bürgern die Vielfalt und die Möglichkeiten von Stiftungsarbeit zu zeigen und neue Vorhaben anzustoßen. In diesem Jahr hieß der Titel: »Europa sind WIR! … und nun?«. 120 Stiftungen präsentierten sich, darunter auch die Stiftung Parität Berlin, die vom Paritätischen Landesverband Berlin getragen wird. 86 Einzelprojekte und Maßnahmen förderte die Stiftung Parität Berlin im Jahr 2012.

Innovative, kreative, integrative Initiativen

Vier Leuchtturmprojekte aus diesem Förderprogramm der Stiftung Parität Berlin wurden anlässlich der Berliner Stiftungswoche 2013 präsentiert. Sie machen in Berlin innovative, kreative, integrative und aktuelle Initiativen möglich, die sonst auf der Strecke blieben.

nueva®

Das nueva-Konzept der Lebenshilfe Bildung gGmbH hat in der Behindertenhilfe für Furore gesorgt. Menschen mit Lernschwierigkeiten wurden und werden so ausgebildet, dass sie nach zwei Jahren beruflich fit sind, um soziale Dienstleistungen im Behindertenbereich zu bewerten, zu evaluieren.

Bornitz 101

Das interkulturelle Konzept von Bornitz 101 in Trägerschaft des Publicata e. V. in Lichtenberg, das internationale Jugendbegegnungen, Workshops, Seminare und Projekte für junge Migrantinnen und Migranten vorsieht, etwa Deutschintegrationskurse. Im Bornitz 101 wird den Jugendlichen – viele kommen aus Flüchtlingsfamilien – Orientierung fürs Berufsleben angeboten, zum Beispiel in der Holz-, Druck-, Medien- und Kfz-Werkstatt.

Jugendzirkus Cabuwazi

Spielerisch, artistisch und circensisch geht es beim Jugendzirkus Cabuwazi zu, wo Jugendliche in ihrer Freizeit ganz nebenbei lernen können, sprachliche und kulturelle Hürden abzubauen und gleichzeitig Selbstbewusstsein und -verantwortung zu stärken, wenn sie öffentlich auftreten.

Hotline Kinderschutz – mehrsprachig

Die Stiftung Parität Berlin ermöglicht auch die »Hotline Kinderschutz – mehrsprachig«, die seit Herbst 2012 am Netz ist. In Regie des Trägers Lebenswelt, einer Paritätischen Mitgliedsorganisation, berät die »Hotline Kinderschutz – mehrsprachig« neuerdings auch in arabischer, türkischer und russischer Sprache. Erfahrene Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen organisieren Plakatkampagnen zum Thema und halten Kontakt zu Geburtskliniken, Ärzten, Ämtern und der Polizei, um die (inter-)kulturellen Aspekte von Gewalt in der Erziehung zu thematisieren.

Freiwilligenengagement

Der Paritätische Wohlfahrtsverband Berlin und seine Mitglieder haben in den vergangenen Jahren viel dafür getan, um noch mehr Freiwilligenengagement in Berlin möglich zu machen.

Seit ihrer Gründung im Jahr 2005 fördert die Stiftung Parität Berlin Ehrenamtsprojekte ihrer Mitglieder und Strukturmaßnahmen für freiwilliges Engagement, zum Beispiel Fahrkostenzuschüsse für Ehrenamtliche. Zusätzlich konnten BVG und S-Bahnbetriebe zur Förderung des Ehrenamts gewonnen werden. Zum vierten Mal ist der Paritätische Berlin Partner für die Fahrkartenspende von BVG und S-Bahnbetrieben zur Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements von Menschen mit geringem Einkommen.

Berliner Medien machen fürs Ehrenamt mobil

Fast täglich bringen die Berliner Medien – ob per Funk, Druck oder Internet – Berichte über Berliner und Berlinerinnen, die sich in sozialen Projekten freiwillig und unbezahlt engagieren. Viele von ihnen wirken in Paritätischen Mitgliedsorganisationen. Auch für Spendenaktionen ist der Paritätische ein wichtiger Ansprechpartner, der interessante Projekte, engagierte Ehrenamtliche und kompetente Gesprächspartner vermittelt.

Erstmalig hat auch das Berliner Abendblatt 2012 über die Weihnachtstage in seinen 18 Regionalausgaben 36 Spendenprojekte vorgestellt, die von der Pressestelle des Verbandes recherchiert worden sind.

6 Millionen Euro hat der Tagesspiegel seit 20 Jahren an Spenden für Berliner Projekte eingeworben; die Tagesspiegel-Weihnachtsaktion ist zur Tradition des bürgerschaftlichen Engagements in der Hauptstadt geworden.

Dank an Tagesspiegel-Leserinnen und -leser

Stellvertretend für viele Initiativen, die sich über die Unterstützung der Leserinnen und Leser des Tagesspiegels freuen durften, bedankte sich der Drogennotdienst, dessen Klienten monatelang an dem Naturschutzprojekt »Bienen und Fledermäuse in Berlin« gehämmert und geschreinert hatten. »Unsere Klienten lernen in unseren Arbeitsprojekten Teilhabe und gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen«, freut sich die dankbare Drogennothilfe.

Eine ähnliche Hilfewelle geht regelmäßig vom »Menschen helfen e. V.« aus, einer Paritätischen Mitgliedsorganisation, die vor Jahren von der Berliner Morgenpost initiiert wurde. Der Verein sammelt Spenden und verteilt sie als Hilfen für Menschen in Not, an Projekte Freiwilliger und für hilfreiche Projekte.

Viele interessante Porträts von Menschen, die den sozialen Zusammenhalt in dieser Stadt aktiv mitgestalten, haben für Respekt und Ansehen gesorgt, aber auch dafür, dass gute Ideen nicht lange unterfinanziert bleiben müssen.

Freude über die erneute Spende von 10 000 Fahrscheinen
v. l. n. r. Dr. Winfried Kramer, Oswald Menninger, Michael Büge und Peter Buchner
Foto: Martin Thoma

Roncalli-Freikartenspende in Kooperation mit dem Tagesspiegel

Bereits zum zweiten Mal vermittelte der Tagesspiegel eine Spendenaktion des Circus Roncalli. 700 Freikarten für die Weihnachtsvorstellung am 24. Dezember 2012 erhielt der Paritätische vom Tagesspiegel. Die Karten wurden über die Jugendhilfeträger des Verbandes an Kinder in Heimen und betreutem Wohnen und an bedürftige Familien mit ihren Kindern vergeben, die sich niemals einen Besuch von Roncalli leisten könnten. Der Paritätische dankt Roncalli und dem Tagesspiegel.

S-Bahn Berlin und Berliner Verkehrsbetriebe spendeten 10 000 Tickets

Die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) und die S-Bahn Berlin stellen wieder insgesamt 10 000 Einzelfahrscheine für Ehrenamtliche kostenlos zur Verfügung.

Der Paritätische Wohlfahrtsverband Berlin hat unterschiedliche Berliner Nachbarschaftszentren damit betraut, die Fahrscheine an gemeinnützige Vereine, Projekte und Einrichtungen im Kiez zu verteilen. Die ehrenamtlichen Aktivitäten, die über die Fahrschein-Spende gefördert werden, sind vielfältig – darunter Lesepaten an Grundschulen, Stadtteilmütter, Besuchsdienste für Pflegebedürftige, Hausaufgabenhilfe, Freizeitangebote für Kinder mit Behinderung, Familienhilfe in der Hospizarbeit mit Kindern und vieles mehr.

Ihnen soll die notwendige Mobilität ermöglicht werden, um sich für das Wohl bedürftiger Menschen einzusetzen. Initiiert wurde diese Unterstützung im Jahr 2009 durch die Berliner Sozialsenatsverwaltung.

»Finanzielle Entlastung für Ehrenamtliche«

Im ersten Halbjahr 2012 haben 178 gemeinnützige Vereine Fahrscheine erhalten und an ihre Ehrenamtlichen weitergegeben. Darunter Biffy Berlin, die Freiwilligenagentur in Kreuzberg, der Kurdistan Kultur- und Hilfsverein e. V. und der Silberstreif-Krisendienst für Frauen e. V. Stellvertretend für viele Engagierte schrieben die Ehrenamtlichen von Silberstreif: »Wir, die ehrenamtlichen Mitarbeiter bedanken uns herzlich, dass wir vierteljährlich kostenlose Fahrscheine erhalten. Sie sind eine finanzielle Entlastung für uns Ehrenamtliche. Wir hoffen, dass die BVG noch recht lange in der Lage ist, uns Fahrscheine kostenlos zu überlassen …«

Berliner Freiwilligentag am 28. September 2012

Der Paritätische Wohlfahrtsverband Berlin, die Sternenfischer, Gute-Tat.de und die Paritätische Akademie riefen wieder zum Berliner Freiwilligentag auf. Rund 50 soziale Projekte luden die Berliner ein, sich an ehrenamtlichen Mitmach-Aktionen zu beteiligen. Je nach Neigung und Fähigkeiten konnte man auswählen aus den Bereichen Handwerk und Bau, Kreativ und Bunt, Kultur und Lesen, Natur und Garten sowie Soziales und Betreuung.

Handwerker ebenso willkommen wie Menschen mit grünem Daumen

Ein Beispiel: Wer sich gern handwerklich betätigt, konnte bei der Nordberliner Werkgemeinschaft für und mit Menschen mit Behinderung den Speiseraum malern. Wer einen grünen Daumen hat, konnte rund ums Pflegewohnheim am Plänterwald auf Einladung des Unionhilfswerks die Gärten verschönern. Oder Baumscheiben bepflanzen bei der Kiezspinne in Lichtenberg. Auch das Kreativhaus auf der Fischerinsel freute sich über ehrenamtliche Helfer für verschiedene Aktivitäten. In einem Seniorenklub war der Herbstputz fällig, begleitet von herbstlichen Basteleien mit den Bewohnern. In einer Einrichtung des Comes e. V. konnten Freiwillige mit anpacken, um das Parkdeck zu einem Garten zu begrünen, die Aids-Hilfe brauchte viele Helfer, um die unterschiedlichsten Post- und Büromaterialien mit ihrer neuen Schöneberger Adresse zu bekleben. Immer wieder bot der Freiwilligentag die Gelegenheit, das soziale Berlin kennenzulernen und für ein paar Stunden daran mitzuwirken. Eine Aktion, die Gewinn für alle Beteiligten brachte: Während interessierte Bürger mit anpackten, erfuhren sie gleichzeitig etwas über die Freiwilligenarbeit von Einrichtungen, Organisationen und Initiativen in Berlin. Der Tag wurde mit einer bunten Party im Berliner Rathaus beendet.

Das Konzept Reinschnuppern, Mitmachen und dabei Neues erfahren hat sich während der Freiwilligentage in den vergangenen Jahren gut bewährt und wird fortgesetzt.

Freiwilligentag im Roten Rathaus | Stand des Vereins Freunde alter Menschen
Foto: Volker Tosch

Berliner Freiwilligenbörse des Treffpunkts Hilfsbereitschaft

1800 Neugierige kamen am ersten Mai-Wochenende 2013 ins Rote Rathaus, um sich über die vielfältigen Möglichkeiten ehrenamtlichen Engagements gezielt zu informieren. Initiator der Börse ist der Treffpunkt Hilfsbereitschaft, dessen Träger Mitglied im Paritätischen ist. An 100 Ständen präsentierten sich Vereine und Projekte und informierten über ihre Freiwilligenarbeit. Unter den Besuchern gab es viele, die sehr entschlossen und direkt in ein Engagement zu vermitteln waren. Auch Vertreter von Firmen und Institutionen waren unter den Gästen, um sich über Möglichkeiten freiwilligen Engagements zu erkundigen, etwa Lehrer, die nach Einsatzstellen für Schüler suchten.

Stiftung Gute-Tat.de

Die Stiftung Gute-Tat.de ist Mitglied im Paritätischen Berlin und mit ihrer Internetplattform »Heute ein Engel« für freiwillige Kurzzeiteinsätze und mit ihren Aktivitäten zur Gewinnung von Unternehmen für bürgerschaftliches Engagement ein wichtiger Partner des Paritätischen bei der Förderung des Ehrenamts. Anfang 2013 begrüßte die Stiftung ihren zehntausendsten »Engel«. Ehrenamtliche können auf den Internetseiten der Stiftung regelmäßig aus 800 sozialen Projekten auswählen. Von der Initiative für Kurzzeitengagement »Heute ein Engel« fühlen sich besonders jüngere Menschen angesprochen. Ein Drittel der über die Stiftung Gute-Tat.de Vermittelten ist unter 30 Jahre alt.

7. Gute-Tat-Marktplatz

Auf dem 7. Gute-Tat-Marktplatz am 20. November 2012 konnten Berliner Betriebe direkt mit sozialen Projekten der Stadt zusammenkommen und Vereinbarungen über freiwillige Hilfen schließen. Der Marktplatz bildete zugleich den Hintergrund für den 1. Berliner CSR-Tag (Corporate Social Responsibility), zu dem sich Teilnehmer aus 52 sozialen Organisationen mit etwa ebenso vielen Unternehmen im Ludwig-Erhard-Haus trafen. Nach zwei lebhaften Stunden konnte eine Vielzahl schriftlicher Vereinbarungen für soziale Projekte ausgehandelt werden. Im Mittelpunkt der vereinbarten Projekte standen Beratungs- und Weiterbildungsangebote, Bewerbungstraining und Coaching für Jugendliche, Hilfen bei Renovierungs- und Reparaturarbeiten, die Pflege und Aktualisierung von Webseiten sowie die Erstellung von Informationsmaterial.

Das Ehrenamtsnetz Berlin

Das Ehrenamtsnetz ging 2006 aus einer Initiative des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Berlin hervor. Seit 2008 ist das Internetportal unter www.berlin.de/buergeraktiv/engagement/ehrenamtsnetz auf der offiziellen Seite des Landes Berlin aufzufinden und bei der Senatskanzlei angebunden. Der Paritätische Berlin ist zusammen mit der Paritätischen Bundesakademie und der Stiftung Gute-Tat.de an der Weiterentwicklung des Portals beteiligt. Das Portal bietet ein umfassendes zivilgesellschaftliches und bürgernahes Informations- und Service-Angebot zu den Themen Ehrenamt und Freiwilligenarbeit. Im Ehrenamtsbereich tätige Einrichtungen können sich im Netz vorstellen und für ihre Arbeit werben. Sie können ihre Veranstaltungen ankündigen und Unterstützung finden, wenn sie Hilfe brauchen.

- In der Ehrenamtssuche finden sich individuell nach persönlichen Interessen und Möglichkeiten maßgeschneiderte Angebote für eine konkrete ehrenamtliche Tätigkeit.
- In der Freiwilligendatenbank kann ein persönliches Profil hinterlegt werden, um die Vermittlung in eine geeignete Stelle zu erleichtern.
- Der Ehrenamtsatlas bildet die annoncierten Ehrenamtsstellen im Stadtplan ab und hilft bei der räumlichen Orientierung. Im Veranstaltungskalender sind aktuelle Veranstaltungen der eingetragenen Organisationen abzurufen.
- Die Organisationsdatenbank gibt einen Überblick über in Berlin im Ehrenamtsbereich tätige Organisationen und Einrichtungen.

Zusätzliche Informationsangebote zum Thema »Ehrenamt« und »Freiwilligenarbeit« finden sich in der Infothek.

Ehrenamtsvideothek, -bibliothek und -blog

Die Plattform bietet weiterhin:

- die Ehrenamtsbibliothek (www.ehrenamtsbibliothek.de)
- einen Ehrenamtsblog (www.ehrenamt.blogspot.com)

Dankeschön-Brunch für Ehrenamtliche | Raum für Gespräche
Foto: Martin Thoma

› eine Ehrenamtsvideothek (www.ehrenamt-video.de)
› eine Selbsthilfe-Videothek (www.selbsthilfe-video.de)
› eine App zum Auffinden von Gelegenheiten für ehrenamtliches Engagement
› Weitere Infos unter: http://m.kiezatlas.de/ehrenamt

Schnupperengagement und Corporate Social Responsibility

Das Prinzip »Schnupperengagement« hat sich auch zwischen den Freiwilligentagen durchgesetzt und wird von einigen Paritätischen Mitgliedsorganisationen erfolgreich angeboten. So leisteten acht Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Deutschen Post einen Tag lang Arbeitseinsätze in zwei Berliner Kindertagesstätten des Humanistischen Verbands Deutschland (HVD). Sie räumten und malerten und taten einen guten Dienst im Rahmen einer »niedrigschwelligen« Corporate-Social-Responsibility-Aktion, die in eine dauerhafte Partnerschaft münden könnte. Zu einer ähnlichen Partnerschaft kam es auch zwischen HVD und Mitarbeitern des Pharmakonzerns Bayer-Schering im Kinder- und Jugendgästehaus Heiligensee. Einen Tag stifteten sie ihre Arbeitskraft der Einrichtung, befreiten Spielflächen von Unkraut, reparierten beschädigte Geräte und legten einen Holzzaun frei, der in den letzten Jahren zugewachsen war. Zustande gekommen war die Kooperation auf einem vorausgegangenen Gute-Tat-Stiftungsmarkt in Berlin.

Dankeschön-Brunch für Ehrenamtliche

Seit vielen Jahren ist das Hotel »Sylter Hof« Kooperationspartner für die ehrende Einladung des Wohlfahrtsverbandes zum Dankeschön-Brunch für Freiwillige und ehrenamtliche Mitarbeiter in den Mitgliedsorganisationen des Paritätischen – so auch im Oktober 2012. Vom Hotel wurden wieder die Räume und das Personal kostenlos zur Verfügung gestellt und auch einige weitere Firmen trugen dazu bei, das köstliche Buffetangebot reichhaltig zu gestalten. Um deutlich zu machen, was freiwilliges Engagement bewirken kann, benannte Prof. John in ihrer Begrüßungsansprache beispielhafte Aktivitäten, stellvertretend für die vielen tausend ehrenamtlich Tätigen in den mehr als 700 Mitgliedsorganisationen des Wohlfahrtsverbandes. Die Einladungen zum jährlichen Brunch sind zum festen Bestandteil der Anerkennungskultur des Paritätischen geworden. Die angenehme Atmosphäre lebhaften Gemurmels beim Brunch bestätigte: Die Gäste fühlten sich wohl. Per Los erhielten einige Gäste als besonderes »Bonbon« noch Theaterkarten. Die Einladung zum Brunch wurde unterstützt von: Dewiback Berlin, Vortella Preußisch Oldendorf, Deutsche See Bremerhaven, Weihe Berlin, Darboven Kaffee, Gerolsteiner und Vaihinger Säfte. Ehrenkarten spendeten: das Varieté Wintergarten Berlin, das Tipi am Kanzleramt, das Schlosspark Theater und die UfaFabrik.

Helene-Medaille 2012 für Projekt des Sozialwerks Berlin

Im Dezember 2012 gratulierte der Paritätische Wohlfahrtsverband Berlin dem Projekt »Ältere Menschen ermitteln selbst die Situation in stationären Alten- und Pflegeeinrichtungen« des Sozialwerks Berlin e. V. zur Auszeichnung mit der Helene-Medaille 2012 der Stiftung Oskar-Helene-Heim. Das Projekt ist wegweisend für einen nutzerorientierten Ansatz der Qualitätsprüfung von Einrichtungen. Das Projekt zeigt, was für ein qualitativ anspruchsvolles freiwilliges Engagement Senioren in hohem Alter leisten können. Eine Interviewerin war über 90 Jahre alt!

Wertvolle Anregungen zum Wohnteilhabegesetz

Ältere Menschen waren als Interviewer im Einsatz, um die Lebensqualität in den beteiligten Alten- und Pflegeeinrichtungen zu untersuchen. Diese Interviews lieferten den besuchten Einrichtungen wertvolle Hinweise zur Qualitätsentwicklung. Ältere Menschen künftig viel stärker in die Kontrollen, Bewohnergespräche und Begehungen der Pflegeeinrichtungen einzubinden, lautet die Schlussfolgerung. Das Projekt lieferte auch wertvolle Anregungen zum Wohnteilhabegesetz. Die Stiftung Oskar-Helene-Heim würdigt und unterstützt mit der Helene-Medaille Menschen, die sich in vorbildlicher Weise und ehrenamtlich auf medizinisch sozialem Gebiet engagiert haben. Das mit der Medaille verbundene Preisgeld in Höhe von 10.000 Euro stellt die Helios Kliniken GmbH zur Verfügung.

Ein bisschen konnte der Paritätische sich damit selbst gratulieren: Das mit 10.000 Euro dotierte, ausgezeichnete Projekt ist vom Paritätischen Wohlfahrtsverband Berlin unterstützt und gefördert worden.

Paritätische Ehrenamtsstudie am Start

Freiwilliges Engagement ist ein hohes Gut Paritätischer Arbeit. Im Sommer 2012 startete der Verband mit Unterstützung des Gesamtverbandes und gemeinsam mit den Landesverbänden Thüringen und NRW eine neue empirische Untersuchung zum Thema Umfang, Vielfalt, Management und Entwicklungsstrategien ehrenamtlichen Engagements. Beauftragt ist Prof. Dr. Backhaus-Maul von der Universität Halle, der bereits die Berliner Studie im Jahr 2005 durchgeführt hat. Eine quantitative Erhebung über eine schriftliche Befragung sowie qualitative Expertengespräche wurden durchgeführt. Die Ergebnisse werden in der zweiten Hälfte des Jahres 2013 vorliegen.

Diese Daten werden eine wertvolle Quelle für die Öffentlichkeitsarbeit sein und den Verband als Förderer und Gesprächspartner zum Thema Ehrenamt aufwerten.

Bundesfreiwilligendienst – positive Bilanz nach dem ersten Jahr

Am 1. Juli 2013 wird der Bundesfreiwilligendienst (BFD) zwei Jahre alt. An die Stelle des Pflichtdienstes ist der Bundesfreiwilligendienst getreten. Eine große Umstellung mit vielen Herausforderungen, bei der besonders die Einsatzstellen und deren Träger gefordert sind. Die Zielgruppe der über 27-Jährigen wurde für die geregelten Freiwilligendienste erschlossen und gewinnt zunehmend an Bedeutung. Auch im zweiten Jahr des Bundesfreiwilligendienstes wurden 35 000 Bundesfreiwilligendienstplätze geschaffen. Den Trägerorganisationen ist es gelungen, sich auf die Veränderungen einzustellen und das freiwillige Engagement im Rahmen eines Dienstes zur gesellschaftlichen Wirkung zu bringen.

Neues Format des freiwilligen Engagements

Den Bundesfreiwilligendienst kann jeder leisten, der seine Pflichtschulzeit absolviert hat. In der Regel dauert der Bundesfreiwilligendienst 12 Monate. Der Dienst kann aber auch auf 6 Monate verkürzt oder auf maximal 24 Monate verlängert werden. Die Einsatzstellen zahlen den Freiwilligen ein Taschengeld von bis zu 336 Euro monatlich sowie die Beiträge zur Sozialversicherung. Außerdem können Berufskleidung, Unterkunft und Verpflegung gestellt oder die Kosten ersetzt werden. Dies gilt ebenso für Fahrtkosten. Zuständig für die Durchführung des Bundesfreiwilligendienstes ist das Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA). Um BFDler zu werden, sucht man sich zunächst eine Einsatzstelle, entweder auf direktem Weg oder über den ijgd (Internationale Jugendgemeinschaftsdienste – Landesverein Berlin).

Das neue Format verbindet zwei unterschiedliche Formen des freiwilligen Engagements. Einerseits ist der Bundesfreiwilligendienst in der Logik des Zivildienstes verortet und erstmals betreten staatliche Organisationen das Feld der Freiwilligendienste als Akteure. Andererseits knüpft der BFD an die langjährige Tradition der Jugendfreiwilligendienste an, die sich durch ein Träger- und Einsatzstellensystem und ein spezifisches Bildungskonzept auszeichnen. Die Zusammenarbeit der Geschäftsstelle Bezirke und der Mitgliedsorganisation ijgd Berlin-Brandenburg e. V. bei der Steuerung des Bundesfreiwilligendienstes in Berlin und Brandenburg ist effizient und hat sich bewährt. Der ijgd Berlin-Brandenburg e. V. verfügt über eine vierzigjährige Erfahrung in der Umsetzung des ersten Deutschen Freiwilligendienstes im Auftrag des Verbandes, dem Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ).

Neue Zielgruppe Ü 27

Die Altersgruppe der über 27-Jährigen hat im Bundesdurchschnitt einen Anteil von über 30 Prozent, in allen ostdeutschen

Tabelle: Träger und Tätigkeitsschwerpunkte im Bundesfreiwilligendienst

Anzahl der Träger	Tätigkeitsschwerpunkt der Organisation
15	Pflege
1	Fahrbarer Mittagstisch
5	Mobilitätshilfedienst
8	Behindertenhilfe
4	Psychiatrische Versorgung
5	Drogen/Suchtkrankenhilfe
14	Kita
8	Jugendhilfe
2	Straffälligen- und Obdachlosenhilfe

Anzahl der Träger	Tätigkeitsschwerpunkt der Organisation
2	Krisenhilfe
2	Krankenhaus
1	Aidshilfe
2	Unterstützung sozial Benachteiligter
5	Seniorenarbeit
2	Schwulenberatung
1	Interkulturelle Arbeit
5	Netzwerkarbeit/Mehrgenerationenhaus

Bundesländern überproportional jeweils bei über 50 Prozent. Gut 20 Prozent der Freiwilligen sind älter als 50 Jahre (Bestandszahlen der Freiwilligendienstleistenden im Monat und im Jahresdurchschnitt des BAFzA, Stand 1. Mai 2012). Der Dienst ist dort vor allem für Arbeitssuchende attraktiv. Die Zielgruppe Ü27 bedeutet für die Organisationen eine neue Herausforderung. Hierfür werden neben entsprechenden Bildungskonzepten auch passende Tätigkeitsprofile erarbeitet.

Erste Ideen zeigen, dass der BFD in manchen Bereichen verstärkt für die Gewinnung älterer Freiwilliger genutzt werden kann. Eine Möglichkeit für die Zukunft – und mit Blick auf demographischen Wandel und Fachkräftemangel – könnte auch darin bestehen, mit dem Format gezielt Jugendliche für den ersten Arbeitsmarkt zu qualifizieren.

Nicht jeder Bewerber kann mit einer Stelle im Bundesfreiwilligendienst rechnen

Die Plätze im Bundesfreiwilligendienst sind auf 35 000 Stellen pro Jahr begrenzt. Das Bundesfreiwilligendienstgesetz (BFDG) schreibt dem Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben eine jährliche Mitteilung bis Ende Januar des jeweiligen Jahres vor, wie viele Plätze jede Zentralstelle im nächsten Freiwilligenjahr besetzen kann. Der Bedarf an Plätzen kann im Berichtsjahr nicht gedeckt werden. Der Paritätische Gesamtverband fordert auch für das zweite Jahr des Bundesfreiwilligendienstes eine deutliche Erhöhung des Kontingents, damit der offene Charakter des Freiwilligendienstes, gegenüber Alter, Geschlecht und Herkunft nicht im Wettbewerb verloren geht.

82 Träger mit 178 Plätzen beteiligt

Derzeit sind 82 Träger am Bundesfreiwilligendienst beteiligt und bieten insgesamt 178 Plätze pro Monat an (Angabe ijgd e. V. Berlin-Brandenburg, Stand 22. Mai 2013).

Der Paritätische unterstützt gemeinsam mit dem ijgd e. V. Berlin-Brandenburg den Wunsch weiterer Paritätischer Träger, sich beim zuständigen Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben als BFD-Träger anerkennen zu lassen.

Um der steigenden Nachfrage nach Plätzen zu begegnen, überarbeitet der Paritätische die gemeinsame Webseite www.bundesfreiwilligendienst-berlin-brandenburg.de und ermöglicht so eine zielgenauere Suche nach BFD-Plätzen im Internet.

Senatorin Dilek Kolat spricht zur Arbeitsmarktpolitik
Foto: Uli Schulte Döinghaus

Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigung in Berlin

Im Jahr 2013 beziehen durchschnittlich 4 459 356 Personen in Deutschland Arbeitslosengeld II und 1 707 008 Personen Sozialgeld (beide Hilfeformen werden zusammen umgangssprachlich oft als Hartz-IV bezeichnet). Der Anteil an Hartz-IV-Empfängern im Bundesdurchschnitt liegt im Mai 2013 bei 7,5 Prozent. Der Anteil an der Berliner Bevölkerung ist mit 16,4 Prozent am höchsten im Vergleich der Bundesländer – und betrifft 257 014 Menschen. Die Langzeitarbeitslosen haben auch im Berichtszeitraum vom Aufschwung am Arbeitsmarkt nicht sonderlich profitieren können. Der Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen registrierten Arbeitslosen sank in den vergangenen drei Jahren lediglich von 78 178 auf 70 030 – von 34,9 auf 33,5 Prozent.

Diese als arbeitsmarktfern bezeichnete Gruppe wird von vielen Paritätischen Mitgliedsorganisationen mit Leistungen der Qualifizierung, Begleitung, Beratung, Coaching und Rehabilitation unterstützt.

Einführung der Förderung von Arbeitsverhältnissen (FAV)

Seit dem 1. April 2012 wird als Teil der Instrumentenreform das bisherige Instrument der Arbeitsgelegenheit in der Entgeltvariante mit den bisherigen Leistungen zur Beschäftigungsförderung zu einem neuen Instrument der Förderung von Arbeitsverhältnissen verbunden. Die Jobcenter übernehmen bis zu 75 Prozent der anfallenden Lohnkosten.

Land Berlin und FAV

Das Land Berlin übernimmt in gemeinnützigen Organisationen die verbleibenden 25 Prozent für einen Zeitraum von einem Jahr. Eine Verlängerung ist im Einzelfall möglich. Weiterhin stellt das Land Berlin für Begleitung und für die Organisation der externen Qualifizierung der Erwerbslosen in der Maßnahme einen sogenannten Coach zur Verfügung. Voraussetzung für die Förderung sind die mangelnden Chancen der Erwerbslosen auf eine Eingliederung in den Arbeitsmarkt.

Anfallende Kosten für eine begleitende Qualifizierung in den sozialen Organisationen sowie die administrativen Kosten für die Durchführung der Beschäftigungsmöglichkeiten werden nicht erstattet.

Erfahrungen der Mitgliedsorganisationen mit FAV

FAV ist ein bundesweites Arbeitsförderinstrument und daher auch in jedem Bezirk Berlins bei allen zwölf Jobcentern möglich. Ein einheitliches Verfahren der Jobcenter fehlt bislang. Jedes Jobcenter verwendet eigene Formulare und hat eigene Anforderungen an die sozialen Organisationen, welche sonstigen Unterlagen einzureichen sind. Hinzu kommt, dass offenbar in den Jobcentern keine Organisationsakte geführt wird, sodass für jeden Einzelantrag sämtliche Organisationsunterlagen neu eingereicht werden müssen.

Die Bearbeitung der Anträge dauert teilweise recht lange. Die telefonische Erreichbarkeit der zuständigen Bearbeiter in den Jobcentern ist ein dauerhaftes Problem. So sind sogenannte Projektkoordinatoren zwar für die Verteilung der Anträge zuständig, sind jedoch für Bewilligungen nicht zuständig. Das erschwert aus Sicht unserer Mitgliedsorganisationen nicht nur notwendige Kommunikation, sondern auch den Verfahrensablauf deutlich. Die strukturellen Mängel der Jobcenter und Arbeitsagenturen gestalten die Teilnahme am FAV-Programm für soziale Organisationen eher unattraktiv.

Berliner Joboffensive beendet – Misere bleibt

Mit der Berliner Joboffensive wurde ein zweijähriges Projekt in den Jobcentern bezeichnet, in dem speziell für diese Aufgabe freigestellte Mitarbeiter arbeitsmarktnahe Leistungsbezieher identifizierten, intensiv berieten und betreuten. Ziel war, sie in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Die Berliner Joboffensive endete am 31. Mai 2013 und wird von allen Jobcentern insgesamt als deutlicher Erfolg gewertet. Als erfolgreiche Integration wird bezeichnet, wenn eine Vermittlung über mindestens 6 Monate in den ersten Arbeitsmarkt ohne Hilfebedarf erfolgt. Insgesamt wurde in dem Projekt angestrebt, 20 000 Menschen in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Bereits nach 19 Mo-

Willkommene Hilfe bei der Grünflächenpflege
Foto: Ina Malunat, Kiezspinne FAS – Nachbarschaftlicher Interessenverbund e.V.

naten Laufzeit (Stand Dezember 2012) wurden 17 516 Menschen integriert, davon 6198 in 2011 und 11 318 in 2012.

Nach den Berechnungen der Bundesagentur für Arbeit entfallen auf das Land Berlin Einsparungen von circa 14 Millionen Euro. Abzüglich der entstandenen Kosten wird damit ein rechnerischer Nutzen in Höhe von circa 9 Millionen Euro für das Land Berlin dargestellt (Quelle: Drucksache 17/11554 aus der Antwort der Regionaldirektion Berlin-Brandenburg (RD) zur Kleinen Anfrage (LINKE) vom 11. Februar 2013).

Die Joboffensive wird nicht fortgeführt – damit fallen pro Jobcenter durchschnittlich 27 Stellen von Vermittlern weg.

Wenig Kontinuität bei Jobcentern

Der Schlüssel zum Vermittlungserfolg liegt in einer kontinuierlichen, kundenorientierten Dienstleistung. Durch die wechselnde Personaldecke der Jobcenter in Abhängigkeit von Programmen ist diese Kontinuität jedoch nicht möglich. Den überlasteten Jobcentermitarbeitern fehlt in der Regel die Zeit für die gesetzlich vorgesehenen Beratungsaufgaben, zudem sind die zumeist auf ein halbes Jahr befristeten Stellen wenig attraktiv für Neueinsteiger.

Erste Clearingstelle für Leistungsbezieher soll Zahl der Klagen senken

Das Jobcenter Tempelhof-Schöneberg hat ab dem 1. April 2013 die erste Clearingstelle bundesweit für unzufriedene Leistungsbezieher eingerichtet. Hintergrund ist das Ziel, die steigende Zahl der Widerspruchsverfahren zu reduzieren. Die Clearingstelle ist mit 4 Vollzeitmitarbeitern besetzt und als Pilotprojekt auf einen Zeitraum von zunächst 6 Monaten begrenzt. Die Mitarbeiter wenden sich aktiv an Leistungsbezieher, die ein Widerspruchsverfahren eingelegt haben, um im Gespräch Unklarheiten zu beseitigen und Entscheidungsgründe des Jobcenters nachvollziehbar zu erläutern. Die Ursachen für die Unzufriedenheit sind in den kaum nachvollziehbar formulierten Bescheiden zu sehen und der Scheu des Leistungsbeziehers vor einem Kontakt mit dem Amt. Die Arbeitsverdichtung aufseiten des Jobcenters führt dazu, dass kaum Beratungen zu den Bescheiden geleistet werden können. Der Paritätische begrüßt die Intensivierung des Beratungsansatzes und hofft auf eine Verstetigung des Projektes bei Berliner Jobcentern.

Beteiligung der Träger bei der Gestaltung von Arbeitsmarktpolitik erhöhen

Die Vertreter von Trägern gemeinwohlorientierter Arbeit und Beschäftigung haben nur geringe Gestaltungsmöglichkeiten bei der Strategieentwicklung für eine Berliner Arbeitsmarktpolitik. Der Paritätische fordert eine Beteiligung der Verbände in einer zumindest beratenden Funktion und kontinuierliche Zusammenarbeit mit der fachpolitischen Verwaltung etwa bei der Entwicklung eines bislang fehlenden arbeitsmarktpolitischen Rahmenprogrammes.

Bürokratieaufwand bei den Trägern durch uneinheitliche Vorgehensweise der Jobcenter

Die Träger von AGH- und MAE-Maßnahmen müssen sich auf Jobcenter-individuelle Unterschiede beim Formularwesen, der Antragstellung und Ausrichtung der Maßnahmen einstellen. Der Bürokratieaufwand aufseiten der Träger wird dadurch erhöht und entzieht dem eigentlichen Qualifizierungsprozess dringend benötigte Ressourcen. Während der Bezug von Leistungen nach dem SGB II oder XII zentral geregelt ist und nur sehr geringen Spielraum für verständlichere Formulierungen lässt, erfolgt die Umsetzung der Arbeitsmarktinstrumente leider dezentral mit dem Ergebnis einer unübersichtlichen Vielfalt von Handhabungen und Formularen für die Beschäftigungsträger.

Bezahlbaren Wohnraum schaffen!

Berlin ist en vogue – in Zeiten der Wirtschaftskrise entdeckten Kunstschaffende und junge Kreative, aber auch Menschen auf der Suche nach einer sicheren Geldanlage, die verlockenden Möglichkeiten der Hauptstadt: Im Vergleich zu anderen Großstädten gab es in Berlin noch 2008 Wohnungen mit bezahlbaren Preisen. Das hat sich rasant geändert. Die Wohnungspreise und Mieten sind in wenigen Jahren explodiert. Neben den stetig steigenden Kosten für die Kaltmiete (in Berlin in 2012 ein Anstieg von durchschnittlich 8,1 Prozent), stiegen auch die Kosten für Energie wie für Heizung und Strom zwischen September 2011 und September 2012 in Berlin um fast 7 Prozent. Bei einem Mieterwechsel erhöhen einige Vermieter mittlerweile die Kaltmiete um bis zu 30 Prozent! Der Mieterbund konnte sich mit seiner Forderung nach Höchstgrenzen bei Neuverträgen nicht durchsetzen.

Für Wohnungssuchende mit mittlerem Einkommen ist es inzwischen eine große Herausforderung, eine bezahlbare Wohnung in einem Innenstadtbezirk zu finden, für Menschen mit sozialen Problemen und Hilfebedarf fast unmöglich. Vermieter und Wohnungsbaugesellschaften haben die freie Wahl und bevorzugen meist Menschen mit geregeltem Einkommen, ohne Schufa-Eintrag. Warum behindertengerechte Wohnungen bauen, wenn die Wohnungen auch so zu hohen Preisen vermietet werden können?

Bedroht: Versorgungsprinzip »ambulant vor stationär«

Es wird immer schwieriger, Menschen aus der stationären Betreuung in eigene Wohnungen zu bringen. Das Versorgungsprinzip »ambulant vor stationär« wird durch den angespannten Wohnungsmarkt infrage gestellt. Betroffen sind zum Beispiel:

- Jugendliche aus dem betreuten Jugendwohnen, die mit 18 Jahren aus den Einrichtungen ausziehen müssen
- Menschen, die nach einer längeren psychiatrischen Behandlung aus der Klinik entlassen werden sollen oder aus betreuten Wohngruppen in eigene Wohnungen umziehen können
- ehemalige Straftäter nach Gefängnisaufenthalt
- Flüchtlinge, die in die Normalität einer eigenen Wohnung entlassen werden sollen
- Wohnungslose, die nach Betreuung selbstständig genug geworden sind, um in einer eigenen Wohnung zu leben
- Frauen in Situationen häuslicher Gewalt, die dringend Zufluchtswohnungen benötigen
- Menschen mit Behinderung und Ältere, die auf barrierefreie bezahlbare Wohnungen angewiesen sind

Immer mehr Wohnungsverluste bei Arbeitslosen

Die Berliner Jobcenter richten sich seit Mai 2012 bei der Übernahme der Kosten der Unterkunft nach der neuen Wohnaufwendungenverordnung (WAV). Danach übernimmt das Jobcenter bei einem Überschreiten der Richtwerte die Miete regelmäßig nicht länger als sechs Monate. Danach fordert es die Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft auf, die Wohnung zu wechseln, um die Kosten für das Wohnen zu reduzieren. Die Mietkosten werden dann nur noch zum Teil in einer festgesetzten Höhe übernommen. Die Folge sind Mietschulden und letztlich der Verlust der Wohnung wegen Zahlungsverzug. Die Räumungsklagen sind für die bedürftigen Mieter zudem kostspielig.

Durch die angespannte Wohnungssituation ist es den Betroffenen meist nicht möglich, einen günstigen Wohnraum in der Stadt zu finden.

Eine Konzentration von sozial Benachteiligten am Stadtrand ist die Folge. Zudem haben Empfänger von ALG II und Sozialhilfe schlechte Chancen als Bewerber um eine Wohnung. Die üblicherweise geforderten Nachweise zu Kreditverhalten (Schufa) und Mietschuldenfreiheit fallen häufig negativ aus. So ziehen die Betroffenen letztlich in Notunterkünfte oder, da diese stellenweise überfüllt sind, in Pensionen. Der erhoffte Einspareffekt verkehrt sich so ins Gegenteil!

Die Zahl der Wohnungsverluste stieg von 428 im Jahr 2009 auf 1712 im Jahr 2012 – mehr als das Vierfache! Dabei werden nur die Umzüge innerhalb eines Bezirks erfasst, nicht die Umzüge über die Bezirksgrenzen hinaus.

Es fehlt nach wie vor ein schlüssiges Konzept zur Berechnung von Richtwerten, wie bereits im Urteil des Bundessozialgerichts

Titelbild zur Fotoausstellung Wohn(T)räume von Heike Sievers
Foto: Heike Sievers

(BSG) vom Oktober 2010 festgestellt wird. Das Verfahren ignoriert die aktuelle Wohnraumsituation und lässt den Jobcentern zu wenig individuellen Ermessensspielraum.

Der Paritätische setzt sich für eine Regelung ein, die sich der aktuellen bezirklichen Wohnraumsituation anpasst, die Lebenssituation des Leistungsberechtigten berücksichtigt und die tatsächlich entstehenden Kosten durch Wohnungsverlust gegenrechnet.

Forderungen des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Berlin

Der Verband fordert das Land Berlin auf, wohnungspolitisch schnell und entschlossen zu handeln und gegenzusteuern. Das im September 2012 in Kraft getretene Bündnis für soziale Wohnungspolitik und bezahlbare Mieten ist ein erster und guter Anfang. Weitere Lösungen müssen jedoch zeitnah gefunden und umgesetzt werden. Es gilt Strategien zu entwickeln, die eine sozialräumliche Polarisierung und eine Verdrängung von Menschen mit geringem Einkommen und Hilfebedarf aus der Stadt verhindern:

- Das in 2003 bereits entwickelte Geschützte Marktsegment muss endlich ausgeschöpft und ausgebaut werden. Die Wohnungsunternehmen müssen in die Pflicht genommen werden, der Vereinbarung nachzukommen.
- Bestehende Angebote betreuten Wohnens müssen Bestandsschutz erhalten!
- Die in den nächsten Jahren aus der Bindung durch Landesförderung fallenden Bestände müssen gesichert und der Ankauf neuer Wohnungsbestände vorangetrieben werden, um Wohnraum zu bezahlbaren Mieten zu sichern.
- Das Land Berlin ist gefordert, die Liegenschaftspolitik neu auszurichten und klare eindeutige Regeln zu schaffen, die es freien Trägern ermöglichen, Immobilien zu wirtschaftlich annehmbaren Preisen zu erwerben oder zu nutzen.
- Schließlich ist die WAV so zu überarbeiten, dass sie sich nicht nur an »einfachen Lagen« einer Wohnung berlinweit orientiert, sondern differenziert nach verschiedenen Bezirken, Stadtteilen oder Kiezen. Ein wichtiger Ansatz, um der Verdrängung sozial schlechter gestellter Bevölkerungsgruppen entgegenzuwirken.

Paritätisches Themenheft Wohn(T)räume

Zu Beginn des Jahres 2013 fordert der Verband seine Mitglieder auf, sich zu Worte zu melden zu den Auswirkungen der angespannten Wohnungsmarktlage auf deren Arbeit und ihre Klienten. Die Antworten der Mitglieder sind in dem Themenheft Wohn(T)räume wiedergegeben, das der Verband im Mai 2013 herausgibt. Damit lenkt er die Sicht auf Menschen, die in dieser Debatte oft untergehen: Es sind hilfebedürftige Menschen in schwierigen sozialen Situationen, aber auch Vertreter von Sozialunternehmen, die ihre Lage schildern und Anstöße zum Handeln aufzeigen. Reportagen zu Wohnangeboten für hilfebedürftige Menschen zeigen, welch großen Beitrag Paritätische Mitgliedsorganisationen für eine soziale Durchmischung Berlins leisten. Die Beiträge machen auch deutlich, dass Eigentum und Besitz von Immobilien Mittel zum Zweck sind und dem Gemeinwohl dienen: denn ohne Räume kann sich kein soziales Leben entwickeln.

Download: paritaet-berlin.de/pressemedien/broschueren.html

Internationale Kooperation: 15 Jahre Fachaustausch der Jugendhilfe Berlin und Ishewsk
Foto: Rais Khalilov

Internationale Kooperation: 15 Jahre Fachaustausch der Jugendhilfe Berlin und Ishewsk

Seit 1997 findet alljährlich ein einwöchiger Fachkräfteaustausch der Jugendhilfe zwischen Berlin und Ishewsk statt. Ishewsk ist die Hauptstadt der russischen Teilrepublik Udmurtien und befindet sich ungefähr 1200 Kilometer östlich von Moskau, westlich des Urals im europäischen Teil Russlands.

Betreut wurde der Fachkräfteaustausch von Berliner Seite seit 1997 von Konrad Koschek, dem damaligen Jugendreferenten beim Paritätischen Wohlfahrtsverband Berlin, und Margita Bodrow aus dem Stiftungsbereich des Verbandes.

Ziele des Fachaustauschs sind:

- die Entwicklung einer freien Trägerlandschaft in Russland zu unterstützen
- die Gründung eines Dachverbands der Wohlfahrtspflege in Russland zu unterstützen
- ein Verständnis für die Jugendarbeit des jeweiligen Partnerlands zu entwickeln
- die gesellschaftspolitischen Hintergründe der Jugendhilfe des jeweiligen Partnerlands zu verstehen
- gemeinsame Methoden und Arbeitsansätze herauszuarbeiten

Übertragung an Deutsch-Russischen-Austausch

Im Jahr 2009 übertrug der Paritätische die Durchführung des Fachkräfteaustauschs an den Deutsch-Russischen Austausch e. V. (DRA). Dieser führt ihn seither mit Unterstützung des Paritätischen Berlin, in Zusammenarbeit mit dem Paritätischen Jugendhilfereferenten Andreas Schulz sowie mit Mitteln der Stiftung Deutsch-Russischer Jugendaustausch durch.

Seither wird der Fachkräfteaustausch vom DRA-Projektleiter Holger Löbell und dem udmurtischen Jugendminister Wladimir Solowjow gemeinsam gestaltet und ausgerichtet.

15 Jahre Fachaustausch

Vom 28. Oktober bis 4. November 2012 besuchte eine vierköpfige udmurtische Delegation unter der Leitung des Jugendministers Wladimir Solowjow Berlin. In dem Jahr fand der Fachkräfteaustausch zum 15. Mal statt. Aus diesem Anlass gab es eine Diskussionsrunde, bei der die Vorsitzende des Paritätischen Berlin, Prof. Barbara John, die Gäste aus Ishewsk begrüßte. Die circa 20 Anwesenden diskutierten darüber, welche Veränderungen in der Jugendarbeit der Fachkräfteaustausch in Ishewsk und Berlin bewirkt habe und auf welche Weise der Austausch auch künftig effizient und erfolgreich durchzuführen sei.

Es war das erste Mal seit seinem Amtsantritt als Jugendminister im Jahr 2009, dass Wladimir Solowjow in seiner Funktion als Jugendminister und Projektpartner des DRA die Delegation anleitete. Aus diesem Grund wurde bei der Programmplanung besonderen Wert darauf gelegt, den Teilnehmern ein abgerundetes Verständnis über die Jugendhilfe in Deutschland im Allgemeinen und in Berlin im Besonderen zu vermitteln. Wladimir Solowjow zeigte sich sehr interessiert daran, nicht nur die Jugendarbeit kennenzulernen, sondern auch die gesetzlichen Rahmenbedingungen zu erfahren und die Ziele der Berliner Jugendhilfe zu verstehen.

Gemeinsame Zielvereinbarung unterzeichnet

Am Ende der Fachwoche stand die Unterzeichnung einer gemeinsamen Zielvereinbarung für die nächsten Jahre. Die inhaltliche Entwicklung wurde festgelegt und außerdem der Wille beider Partner bekräftigt, den Fachkräfteaustausch in den nächsten Jahren durchzuführen und inhaltlich weiterzuentwickeln.

Hospitationen für Fachkräfte

Seit 2009 führt der DRA gemeinsam mit dem Jugendministerium von Udmurtien ergänzend zum einwöchigen Fachkräfteaustausch im jährlichen Wechsel eine mehrwöchige Hospitation für Fachkräfte der Jugendhilfe durch. Mit dem Hospitationsprojekt soll den deutschen und russischen Fachkräften die Möglichkeit gegeben werden, die Arbeit, die sie beim einwöchigen, theoretisch ausgerichteten Fachkräfteaustausch kennengelernt haben, im praktischen Alltag zu vertiefen. Davon können sowohl die entsendenden als auch die aufnehmenden Organisationen profitieren – und selbstverständlich die Fachkräfte selbst.

Opfer der NSU-Morde
Enver Şimşek, 38 Jahre alt: Der Inhaber eines Blumenhandels in Schlüchtern wurde am 9. September 2000 in Nürnberg an seinem mobilen Blumenstand niedergeschossen und starb zwei Tage später. Er war seit 1986 in Deutschland.

Abdurrahim Özüdoğru, 49 Jahre alt: Er wurde am 13. Juni 2001 in seiner Änderungsschneiderei in der Nürnberger Südstadt erschossen.

Süleyman Taşköprü, 31 Jahre alt: Der Obst- und Gemüsehändler wurde am 27. Juni 2001 in Hamburg-Bahrenfeld im Laden seines Vaters erschossen.

Habil Kılıç, 38 Jahre alt: Der Inhaber eines Obst- und Gemüsehandels wurde am 29. August 2001 in MünchenRamersdorf in seinem Geschäft erschossen.

Mehmet Turgut, 25 Jahre alt: erschossen am 25. Februar 2004 an einem Döner-Imbiss im Rostocker Ortsteil Toitenwinkel. Zu Besuch bei einem Freund in Rostock, half er spontan im Imbiss aus.

İsmail Yaşar, 50 Jahre alt: Der Inhaber eines Döner-Kebab-Imbisses wurde am 9. Juni 2005 in seinem Geschäft in Nürnberg erschossen.

Theodoros Boulgarides, Grieche, 41 Jahre alt: Der Mitinhaber eines Schlüsseldienstes wurde am 15. Juni 2005 in seinem Geschäft in München erschossen.

Mehmet Kubaşık, 39 Jahre alt: Der Besitzer eines Kiosks wurde am 4. April 2006 in seinem Geschäft in Dortmund erschossen. Er war Deutscher türkischer Herkunft.

Halit Yozgat, 21 Jahre alt: Er vertrat seinen Vater in dessen Internetcafé in Kassel, wo er am 6. April 2006 erschossen wurde. Er war Deutscher türkischer Abstammung. Er besuchte eine Abendschule, um sein Abitur nachzumachen.

Polizeibeamtin Michèle Kiesewetter, 28 Jahre alt: am 25. April 2007 in Heilbronn im Streifenwagen erschossen.

Barbara John – Ombudsfrau für die Opfer und Hinterbliebenen der NSU-Mordserie

Anfang 2012 wurde ich von der Bundesregierung gebeten, als Ombudsfrau für die Opfer und Hinterbliebenen der beispiellosen rassistischen Mordserie, verübt von zwei jungen Deutschen aus Thüringen, tätig zu werden. Der Gedanke, eine Ombudsperson für die schwer geprüften Familien zu berufen, stammt vom Bundespräsidenten a. D. Christian Wulf, der schon kurz nach der Zufallsentdeckung der wahren Tathintergründe noch im November 2011 die Familien ins Schloss Bellevue eingeladen hatte. Er war sich wohl im Klaren darüber, dass die Familien mit ihren jahrelang nicht berücksichtigten Nöten und Anliegen bei Behörden auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene Unterstützung von außen brauchten.

Ich machte mich an die Arbeit, nahm brieflichen Kontakt zu den etwa 72 Personen auf, fragte nach den drängendsten Problemen, machte Vorschläge, was wichtig sein könnte, und erstellte für jeden ein Hilfeprofil. Zusammengenommen umfassten die Anliegen sehr konkrete Fragen aus allen Lebensbereichen: unter anderem Passbeschaffung, Einbürgerung, Aufenthaltsstatus, Schadenregulierung, Job- und Wohnungssuche, Stipendienbeschaffung, Schuldenberatung und vieles mehr. Auch nach so vielen Monaten gibt es fast täglich neue Anfragen und zu lösende Probleme. Bei allen Anliegen kam es aus meiner Sicht darauf an, Ergebnisse zu erzielen, und zwar schnell. Hatten nicht diese Familien schon zu lange ohne öffentliche Unterstützung sich selbst helfen müssen, als Ermittler und Öffentlichkeit noch mit dem Finger auf sie zeigten und die Taten dem »Ausländermilieu« zuordneten? Nun – so mein Ziel – sollte alles getan werden, damit sie wieder aktiv am Leben teilnehmen können, befreit von jeder Verdächtigung. Geachtet und anerkannt.

Meine Aufgabe erfordert viel Zeit, ständige Erreichbarkeit und permanente Intervention bei allen Behörden auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene, inklusive den Ermittlungsbehörden, Kontakte zu Rechtsanwälten, zu Spendern, zu Medien.

Ich arbeite ehrenamtlich; eine große Hilfe ist Taha Kahya, der eine kleine Aufwandsentschädigung vom Justizamt bekommt. Ohne die Unterstützung des Paritätischen Landesverbandes Berlin würde die Arbeit nicht gelingen. Hier steht mir aufgrund meiner Funktion als Landesvorsitzende des Verbandes mein Büro zur Verfügung. Viele Anfragen werden vom Sekretariat und der Pressestelle koordiniert – alles zusammen eine unersetzliche, großartige Hilfe, ohne die ich meine Aufgabe nicht leisten könnte.

Aus meiner Arbeit als Ombudsfrau resultieren einige Forderungen.

Aufklärung und Dokumentation aller Vorgänge rund um die NSU-Mordserie: Alle Vorgänge im Zusammenhang mit den NSU-Morden sind restlos zu klären und aufzuarbeiten, um sie für Aufklärungsarbeit und zur Weiterbildung in Behörden, insbesondere bei der Polizei zu nutzen. Dies ist ein unverzichtbarer Beitrag zur Dokumentation und Prävention rechter Gewalt in unserer Gesellschaft. Wir benötigen eine bessere Zusammenarbeit der Behörden, die gegen rechte Gewalt ermitteln und einen Opferschutz, der seinen Namen verdient.

Anerkennung von Rassendiskriminierung als Offizialdelikt wie in der Schweiz: Rassendiskriminierung ist in der Schweiz ein Offizialdelikt (Art. 261 StGB), das verfolgt werden muss bei einer begründeten Anzeige. Die Bundesrepublik ist kein rassistisches Land. Aber es hat auch keine entschiedene, aktive Gesellschaft, die Rassismus in allen Erscheinungsformen – vom »bürgerlich-anständigen« Rechtspopulismus bis zum Terror – aufmerksam wahrnimmt und aktiv ahndet. Bei Gewalt gegen Einwanderer sollte künftig als polizeiliche Standardaufgabe immer auch gegen Rechts ermittelt werden. Und nicht nur, wie bisher, wenn »Bekennersymbole« am Tatort zu finden sind.

Schaffung einer Ombudsstelle gegen polizeiliches Fehlverhalten: Bei den NSU-Morden haben die Behörden vorurteilsgeleitet ermittelt, sind die Opfer und Angehörigen in unerträglicher Weise in Täternähe gerückt worden. Eine unabhängige Ombudsstelle als Clearing- und Beschwerdestelle gegen polizeiliches Fehlverhalten ist einzurichten, um derartigen Tendenzen Einhalt zu gebieten.

Fachaustausch im PR-Forum
Foto: Petra Engel

Paritätisches PR-Forum 2013

Das Paritätische PR-Forum zielt darauf ab, die Öffentlichkeitsarbeit der Mitglieder und des Verbandes zu optimieren und mittelfristig ein Kompetenznetz Öffentlichkeitsarbeit zu entwickeln. Das Forum ist für interessierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus Paritätischen Mitgliedsorganisationen gedacht, in deren Aufgabengebiet die Öffentlichkeitsarbeit liegt.

Konkrete Ziele sind:

- Qualifizierung der PR-Forum-Teilnehmer durch fachlichen Input über Expertenvorträge
- Erfahrungsaustausch und Zusammenführung unterschiedlicher, aber gleichwertiger Kompetenzen – als Peer-Counselling
- Vertiefung des Kontakts zu den Medien und Verstärkung der Medienpräsenz von Verband und Mitgliedern
- effektiveres Agenda-Setting
- Vereinbarungen zu Ansprechpartnern für Medienkontakte – für Interviews und TV-Aufnahmen
- Aktivierung und Bündelung von Ressourcen und Kompetenzen der Öffentlichkeitsarbeit bei Mitgliedern und Geschäftsstelle zugunsten trägerübergreifender Themen, Aktionen, Kampagnen

Jedes der dreistündigen Foren teilt sich in Vortrag und Diskussion mit einem Experten aus dem Bereich Medien und Kommunikation sowie in einen Erfahrungsaustausch zu PR-Aktionen der Mitglieder, bezogen auf das aktuelle Thema.

Evaluation von Print- und Online-Medien durch User-Statistik und Leser-/User-Befragung

Dieses Thema stand im Januar 2013 auf der Tagesordnung.

Zwei Experten gaben den fachlichen Input: Jakob Kneisel von Netigate Deutschland stellte die Netigate-Software für Online-Befragungen mit integrierter Auswertung vor und Andreas Benthin von der Multimedia Agentur Zone35 erläuterte die Bandbreite von User-Statistiken. Beispielhaft wurden einige Auswertungsergebnisse zum Webauftritt des Paritätischen gezeigt.

Social Media im Alltag – Facebook, Tumblr, Twitter

Mit diesem Thema befasste sich das Paritätische PR-Forum im März 2013.

Anhand konkreter Beispiele aus einer Mitgliedsorganisation stand die Wirkung der Social-Media-Präsenz zur Diskussion. Die PR-Fachfrau des Stadtteilzentrums Steglitz, Anna Schmidt, berichtete aus ihrer Praxis im Umgang mit der Facebookpräsenz des Stadtteilzentrums. Eine Diskussion mit regem Austausch weiterer Erfahrungen aus anderen Mitgliedsorganisationen schloss sich an.

Resonanz und Effekte

Das Paritätische PR-Forum stößt auf eine sehr positive Resonanz bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Das PR-Forum bietet die Gelegenheit, Informationen aus erster Hand von wichtigen Medienpartnern zu erhalten und Expertenwissen zu wichtigen Fragestellungen der Öffentlichkeitsarbeit zu erhalten. Durch die Experteninputs und den Erfahrungsaustausch wird die eigene Arbeit ein Stück qualifizierter. Mit der Vernetzung verbinden die Paritätischen Öffentlichkeitsarbeiter die Erwartung, sich bei trägerübergreifenden PR-Aktionen und Kampagnen gegenseitig besser unterstützen zu können, Kompetenzen und Ressourcen zu bündeln und stärker die öffentliche Kommunikation zu beeinflussen.

Forum Ausbilderinnen und Ausbilder 2012/13

Das Referat Jugendhilfe des Paritätischen Berlin und der Berliner Verband für Arbeit und Ausbildung (bvva) starteten in Kooperation mit der Paritätischen Bundesakademie 2010 mit einem Fortbildungsangebot für Mitgliedsorganisationen beider Verbände, die im Bereich Berufsorientierung und berufliche Ausbildung für benachteiligte/beeinträchtigte Jugendliche tätig sind.

Insbesondere für die Zielgruppe der Ausbilderinnen und Ausbilder sollte ein Forum des Austauschs, der Wissensvermittlung und der Vernetzung zur Verfügung gestellt werden. In Gesprächsrunden aller Beteiligten wurden Seminarthemen identifiziert, die erweiterte Handlungsmöglichkeiten im Ausbildungsalltag in den Fokus stellen.

Da die Auszubildenden durch ihre soziale Situation belastet und häufig psychisch beeinträchtigt sind oder mit Suchtproblemen zu kämpfen haben, besteht bei den Ausbilderinnen und Ausbildern ein großes Interesse, sich mit diesbezüglichen Themen fachlich auseinanderzusetzen. Ebenso spielt die Förderung der sozialen Kompetenz und die Alltagsbewältigung der Jugendlichen eine wesentliche Rolle.

Seit Beginn der Fortbildungsreihe fanden 9 Seminare mit einer Beteiligung von jeweils 18 – 20 Teilnehmenden statt.

Im Zeitraum 2012 – 2013 wurden folgende Seminare von der Paritätischen Bundesakademie durchgeführt:

- Konstruktive Konfliktlösung im Arbeitsalltag
- Handlungsstrategien im Umgang mit psychisch beeinträchtigten Auszubildenden (Vulnerabilitäts-Stress-Modell, Borderline, Krisenmanagement)
- Psychotische Störungen und Symptome/Angst- und Zwangsstörung/tragfähige Beziehungsgestaltung
- Motivation und Förderung von Auszubildenden und Wie motiviere ich mich als Ausbilder/in immer wieder neu – Teil 1 (Ressourcenorientierung/lösungsorientierte Zusammenarbeit/Selbstvertrauen und Zielerreichung), Teil 2 (Polarität: Engagement versus Abgrenzung/Rollenidentität; Methoden der kollegialen Beratung/Fallbearbeitung)

Die Akzeptanz und Zufriedenheit der Teilnehmenden sind hoch und der Wunsch nach Fortsetzung der Seminarreihe wurde einstimmig formuliert. Der Erkenntnisgewinn neuer Handlungsansätze, die Reflexion und Vernetzungsmöglichkeiten sind den Ausbilderinnen und Ausbildern in diesem Forum inzwischen sehr wichtig.

Paritätisches Forum Personal

Das Forum Personal bietet den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Paritätischen Mitgliedsorganisationen die Möglichkeit, sich mit zentralen Fragestellungen im Bereich Personal auseinanderzusetzen. Ziel ist die Optimierung der Personalarbeit. Über Veranstaltungen, Fortbildungen und Erfahrungsaustausch wird der Wissenstransfer organisiert. Das Paritätische Forum Personal wurde vor acht Jahren ins Leben gerufen und hat sich als ein zentraler Bestandteil des Paritätischen Dienstleistungsangebotes etabliert.

Kontinuierliche Nachfrage

Die Angebote des Paritätischen Forums Personal wurden im Berichtszeitraum Juli 2012 bis Juni 2013 von 852 Teilnehmern besucht, was gegenüber 2011/12 auf eine kleine Steigerung verweist. Die Angebote des Forums werden von einem Kern von Mitgliedern regelmäßig nachgefragt. Die Kundenbefragungen und die rege Nachfrage vermitteln, dass die Dozenten ihr Wissen in den Arbeitskreisen und Workshops qualifiziert und praxisnah vermitteln.

Themen im Berichtszeitraum

- Lohn und Gehalt – Ausfallzeiten
- Das Mitarbeiter-Jahresgespräch in der Personalarbeit
- Arbeitsrecht von A – Z

› Konsequent führen – wichtige Aufgaben der Führungskraft
› Grundlagen für betriebliche Datenschutzbeauftragte
› Ethik und Compliance (Transparenz)
› Neue Entgeltordnung: Eingruppierung und Stellenbewertung
› Lohn und Gehalt – Sachbezüge (Halbtages-Seminar)
› Lohn und Gehalt – geringfügige Beschäftigungen (Halbtages-Seminar)
› Datenschutz übersichtlich (Checklisten, Hilfsprogramme)
› Herbstrunde Arbeitsrecht
› Arbeitsrecht-Frühstück
› Konsequent führen – wichtige Aufgabe der Führungskraft
› Beendigung von Arbeitsverhältnissen
› Die ersten 100 Tage als Datenschutzbeauftragter
› Der Angleichungs-TV Land Berlin – Überleitungs- und Mantelrecht
› Altersvorsorge
› Datenschutz im Arbeitsverhältnis
› Jahresendtagung – Ausblick 2013
› DS-Frühstück
› Sinnvolle Lohngestaltung zum Nutzen für Betrieb und Belegschaft
› Jahresendtagung – Ausblick 2013
› Tag des Paritätischen Personalforums
› EGO-Praxisworkshop
› Aktuelles zur SV
› Geringfügig entlohnte und kurzfristige Beschäftigungen; Gleitzone
› Aufzeichnungspflichten; Betriebsprüfung durch die Rentenversicherungsträger
› Das Recht auf Befristung
› Aktuelles zum Datenschutz
› Die Top 10 der wichtigsten Gesetze des Arbeitsrechts
› Der ehrenamtliche Vorstand (Teil 1)
› Konflikte in der Personalarbeit konstruktiv ansprechen (Teil 1)
› Konsequent führen in der Personalarbeit
› Arbeitsverträge gestalten
› Kündigungs-ABC, Abmahnung und Aufhebungsvertrag
› Rechte des Betriebsrats in Tendenzbetrieben
› Grundlagen der SV (Personalbüro)
› Schüler, Studenten, Aushilfskräfte, FSJ, BFD
› TVL-Praxisworkshop
› Frühjahrsrunde Arbeitsrecht
› Datenschutz im Umgang mit Kunden, Klienten, Patienten, Kindern
› Von der Stellenausschreibung bis zur Einstellung
› Betriebliches Gesundheitsmanagement
› Interkulturelle Kompetenz am Arbeitsplatz
› Grundlagen der wertschätzenden Kommunikation
› Der ehrenamtliche Vorstand (Teil 2)

Paritätische Qualitätsentwicklung 2012/13

Viele Paritätische Träger haben in den letzten Jahren einen Qualitätsentwicklungsprozess absolviert, wofür unterschiedliche Angebote wie DIN EN ISO 9001, EFQM und der Paritätische Qualitäts-Check (Q-Check) zur Verfügung stehen.

In den letzten Jahren steht bei der Qualitätsentwicklung des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Berlin der Q-Check im Vordergrund. Der Q-Check ist ein spezielles Angebot zur Qualitätsentwicklung für kleinere und mittlere Organisationen der Sozialwirtschaft auf der Basis von DIN EN ISO und EFQM. Das System wurde im Laufe der Jahre stetig angepasst.

In 2012/2013 wurden zahlreiche Organisationen personell und materiell bei der externen Auditierung des Qualitäts-Testates unterstützt. Neben zahlreichen Einzelberatungen steht die Anpassung und Überarbeitung von Qualitätsmanagementsystemen (PQ-Sys) auf Landesebene im Vordergrund. Dies geschieht in Kooperation mit der Bundesebene des Verbandes (Paritätische Qualitätsgesellschaft) und den Mitgliedern des Landesverbandes. Die Ergebnisse der Arbeit fließen in die zukünftige Beratungstätigkeit zum Qualitätsmanagement ein. Neue Anforderungen im Kontext des QM werden vermittelt und in den Organisationen implementiert. Der Paritätische Berlin wird auch in den nächsten Jahren diesen Prozess – wie bisher – engagiert unterstützen.

Prof. Barbara John | Engagiert bei Common Purpose Berlin
Foto: Gerhard F. Ludwig

Paritätischer Berlin und Leadership Programme

Common Purpose

Die gemeinnützige Common Purpose GmbH bringt in ihren Programmen Führungskräfte aus den Bereichen Wirtschaft, öffentlicher Dienst und gemeinnütziger Sektor zusammen. In den Programmen setzen sich die Teilnehmer mit aktuellen Themen ihrer Stadt oder Region auseinander und wechseln die Perspektive. Ziel ist, Interesse und Engagement für gesellschaftliche Anliegen zu fördern und erfahrbar zu machen, wie ganzheitliches Denken und sektorübergreifendes Miteinander auf vielen Ebenen zu neuen Lösungen führen kann. Aus der Initiative der Teilnehmer entstehen Aktivitäten, die dem Gemeinwohl der Stadt dienen.

Ein Beispiel dafür sind die Berliner Schulpaten.

Paritätischer unterstützt Common Purpose

Prof. Barbara John, Vorstandsvorsitzende des Paritätischen Berlin, ist im Kuratorium von Common Purpose Berlin vertreten. Der Paritätische Berlin unterstützt Common Purpose, indem er Stipendien finanziert, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus den Mitgliedsorganisationen des Verbands zugutekommen. Zwischen 1000 und 4000 Euro kostet es, eins der Programmangebote zu nutzen, das sechs bis acht Tage dauert. Während der Programmtage finden Diskussionen, Gespräche und Besuche ungewöhnlicher Orte statt, darunter das Bundespräsidialamt, Moscheen, freie Schulen oder gemeinnützige Projekte. Immer geht es auch darum, mittlere Führungskräfte aus der freien Wirtschaft, aus dem öffentlichen Dienst und aus Non-Profit-Institutionen zusammenzubringen, Diskurse zu initiieren, Netzwerke zu knüpfen und vielleicht sogar gemeinsame Projekte zu entwickeln. Mit Erfolg – wie die bisher sieben Teilnehmer an Common-Purpose-Angeboten berichten, die vom Paritätischen Berlin unterstützt wurden.

»Im Rahmen der Veranstaltungen wurden Kontakte geknüpft, die teilweise weiter gepflegt werden. Man sollte und konnte tatsächlich einen Einblick in die anderen Sphären unserer Gesellschaft bekommen.« So lautete das dankbare Fazit einer Stipendiatin, die in Berlin an Angeboten der gemeinnützigen Common Purpose teilgenommen hatte. Kontakte auch jenseits des eigenen Tellerrandes zu knüpfen, ohne Scheuklappen andere Perspektiven einzunehmen – genau darum geht es dieser Organisation, die ursprünglich aus Großbritannien stammt und in 50 Städten rund um die Welt und im Jahr 2009 in Berlin Fuß gefasst hat.

Leadership Berlin – Netzwerk Verantwortung

Ein ganz ähnliches Programmangebot macht Leadership Berlin – Netzwerk Verantwortung e. V., der im September 2011 von 13 Berliner Führungskräften und Selbständigen gegründet wurde. Im Beirat des Vereins ist auch Iris Hölling vertreten, die Geschäftsführerin von Wildwasser Berlin e. V. Ziel von Leadership Berlin ist es, im Sinne des Gemeinwohls nach tragfähigen Lösungen für gesellschaftliche Herausforderungen zu suchen und sich für die nachhaltige Stärkung einer Kultur der Verantwortung in Berlin einzusetzen. Leadership Berlin ist überzeugt: Für viele Bereiche der Gesellschaft könnten durch Kooperationen bessere Lösungen gefunden werden als durch isoliertes Handeln. Die Probe aufs Exempel konnten 2013 fünf Führungskräfte aus Mitgliedsorganisationen mit finanzieller Förderung des Paritätischen machen. Unter anderem während eines Programmtages zum Generalthema »Armut, Ohnmacht und Anerkennungskultur«, der in der Justizvollzugsanstalt Berlin-Moabit stattfand.

»Lust auf die eigene Zukunft« | Gastredner Prof. Dr. Rolf Rosenbrock
Foto: Walter Weber

Jahresempfang 2013: »Lust auf die eigene Zukunft«

Der Paritätische Jahresempfang 2013 fand wieder einmal in der Auferstehungskirche in Friedrichshain statt. Auf dem Programm standen eine Rede des Vorsitzenden des Paritätischen Gesamtverbandes Prof. Rolf Rosenbrock und die Ehrung von vier Ehrenamtlichen. Die Tanzgruppen Rock & Wheels von Mitmensch e. V. und Donegal-Ladies vom Frauenzentrum Matilde sorgten mit beeindruckenden Performances für einen abwechslungsreichen Nachmittag.

Prävention und Gesundheitsförderung heute

Nach der Begrüßung durch die Landesvorsitzende Prof. Barbara John sprach Prof. Rosenbrock, ein bundesweit renommierter Experte für Gesundheit und Gesundheitspolitik, unter dem Titel »Herausforderungen sozialer Arbeit« über das, was Prävention und Gesundheitsförderung heute bedeuten.

Mehr gesunde Jahre in einem längeren Leben

In der Gesundheitsprävention gebe es drei Megatrends.

Erstens: In Deutschland werden die Menschen immer älter und sie werden immer gesünder älter. Motto: »Mehr gesunde Jahre in einem längeren Leben«. Im Gegensatz zur landläufigen Meinung, so Prof. Rosenbrock, liege dies nicht in erster Linie an der besser werdenden Medizin. Sie trage nur zu maximal 30 Prozent zur erhöhten Lebenserwartung bei. Der Rest sei Public Health und soziale Arbeit, mithin die Summe aus »besseren Lebensbedingungen, besserer Bildung, besseren Arbeitsbedingungen, besseren Wohnbedingungen, besserer Ernährung – und einem durch diese Verhältnisse insgesamt verbesserten Gesundheitsverhalten«.

Dreiviertel aller Todesfälle durch Krankheiten verursacht, die präventiv vermeidbar wären

Der zweite Trend: eine relativ kleine Anzahl von sechs bis sieben Krankheitsgruppen sei für drei von vier Krankheits- und Sterbefälle verantwortlich: Herzkreislaufkrankheiten, Krebserkankungen, Muskelskeletterkrankungen, Diabetes, Lungenerkrankungen und psychische Erkrankungen. Diesen Krankheiten sei gemeinsam, dass wenn man sie hat, man sie meistens sein Leben lang habe. Und: Sie seien großteils präventiv vermeidbar.

Zunehmende soziale Ungleichheit

Der letzte für die Gesundheitspolitik entscheidende Trend, den Prof. Rosenbrock in seiner Rede aufzeigte, ist die zunehmende sozial bedingte Ungleichheit. In Deutschland lebten Männer unter der Armutsgrenze im Durchschnitt zehn Jahre kürzer als wohlhabende Männer, führte er aus, und mehr als 14 Jahre weniger lang gesund. Dieses Missverhältnis sei erwiesenermaßen nicht primär ein Problem ihres Gesundheitsverhaltens.

»Die beste Prävention ist die Lust auf die eigene Zukunft«

Vor dem Hintergrund dieser Trends stellte Prof. Rosenbrock die Frage, wie man Gesundheit erhalten und dabei besonders den sozial benachteiligten Gruppen helfen könne. Antwort: Besonders durch die Stärkung von Ressourcen – ein stabiles Selbstwertgefühl, ein Selbstwirksamkeitsgefühl und die Verankerung in sozialen Netzen. Hier leisteten die Mitglieder des Paritätischen unverzichtbare, wertvolle Arbeit, die von staatlichen Institutionen und der Schulmedizin so nicht geleistet werden kann.

»Die beste Prävention«, so Rosenbrock – »ist die Lust auf die eigene Zukunft.«

Zum Schluss seiner Rede kam Prof. Rosenbrock auf die mangelhafte Finanzierung dieser Aufgaben zu sprechen und sagte, dass soziale Arbeit eine notwendige gesellschaftliche Aufgabe sei: »Wenn wir also auf angemessene staatliche Unterstützung für unsere Arbeit dringen, sind wir keine Bittsteller.«

Schuldenkrise ist Bankenkrise

Rosenbrock kritisierte die bisher ergriffenen Maßnahmen gegen die »sogenannte Schuldenkrise«, die eine Bankenkrise sei. Alle Maßnahmen liefen auf ein weiteres Auseinandergehen der Schere zwischen Arm und Reich hinaus. 2,8 Billionen Euro Staatsschulden stellte Rosenbrock 4,8 Billionen Euro privatem Geldvermögen in Deutschland gegenüber, von denen die oberen zehn Prozent der Bevölkerung etwa die Hälfte besäßen, während

Anerkennung | Oliver Schruoffeneger überreicht die silberne Ehrennadel an Alexandra von Gersdorff-Bultmann

Ausgezeichnetes Engagement v. l. n. r.: Prof. Barbara John, Jörg Weber, Christa Fischer, Alexandra von Gersdorff-Bultmann, Holger Kühne
Fotos: Walter Weber

die unteren zehn Prozent zum Großteil nur Schulden hätten. Deshalb engagiert sich der Gesamtverband mit der Kampagne Umfairteilen.

Ehrungen

Im feierlichen Rahmen des Jahresempfangs wurden traditionsgemäß vier ausgewählte Ehrenamtliche ausgezeichnet, die sich bei Paritätischen Mitgliedsorganisationen teilweise seit Jahrzehnten freiwillig für ihre Mitmenschen engagieren.

Jörg Weber bekam eine Ehrennadel in Gold. Der Steuerberater übernahm 1975 als 27-Jähriger ehrenamtlich die Buchhaltung des gerade gegründeten Vereins Hilfe für das autistische Kind, heute Verein Autismus Deutschland, LV Berlin. »Als ich angefangen habe, mich für Autisten zu engagieren, wussten die meisten Menschen noch nicht einmal, wie das Wort geschrieben wurde. Sie schrieben es mit ›th‹ oder sie sagten ›authentisch‹«, erinnert sich Herr Weber in seiner Dankesrede.

Ebenfalls eine Ehrennadel in Gold erhielt Holger Kühne, der seit mehr als zehn Jahren ehrenamtlich Verantwortung als Erster Vorsitzender des Vereins zur Förderung von beruflicher und sozialer Rehabilitation in Steglitz trägt. Der Beginn seines Engagements für eine gemeindenahe psychiatrische Versorgung reicht aber bis in die 80er Jahre zurück. Die Strukturwende konzipierte er maßgeblich mit.

Alexandra von Gersdorff-Bultmann, die Gründerin des Vereins PS Art, Verein für psychosoziale Gesundheit e. V, erhielt eine Ehrennadel in Silber für ihren Einsatz dafür, dass bildende Künstler mit psychischer Behinderung als Künstler von der Kunstwelt wahr- und ernstgenommen werden. Gersdorff-Bultmann betreibt mit der Galerie Art Cru die erste Galerie für Outsider-Kunst in Berlin.

Christa Fischer, die bis zu ihrem 70. Lebensjahr als kaufmännische Direktorin für das Hotel Palace im Europa Center tätig war, ist seit elf Jahren ehrenamtlich Schatzmeisterin des Sozialwerks Berlin e. V. Für dieses verantwortungsvolle Engagement überreichte Prof. Barbara John der fast 89-Jährigen die Ehrennadel in Silber.

Bei feierlichen Anlässen in ihren Mitgliedsorganisationen wurden zwei weitere Personen für ihr herausragendes ehrenamtliches Engagement ausgezeichnet:

Michaela Hamann von Morus 14. e. V. und Günter Pause von der Berliner Aids-Hilfe e.V. erhielten die Paritätische Ehrennadel in Silber.

Mitgliederversammlung 2012

Am 21. November 2012 fand die jährliche Mitgliederversammlung statt – auch diesmal wieder im Auditorium Friedrichstraße. Verbandsvorsitzende Barbara John eröffnete die Versammlung und hieß als 700. Mitglied die GRIPS Werke e. V. herzlich willkommen im Paritätischen Landesverband Berlin. Als Ehrengäste begrüßte Barbara John den neuen Vorsitzenden des Paritätischen Gesamtverbandes Prof. Dr. Rolf Rosenbrock und Farhad Dilmaghani (SPD), Staatssekretär in der Berliner Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen – mittlerweile nicht mehr im Amt. Der renommierte Gesundheitswissenschaftler Rosenbrock war Ende April 2012 zum Vorsitzenden des Paritätischen Gesamtverbandes gewählt geworden.

Prof. Rosenbrock: »Paritätischer Berlin ist ganz vorn«

In seinem Grußwort bezeichnete Rosenbrock den Berliner Paritätischen als einen Verband, von dem viele Impulse ausgingen und der damit »inhaltlich ganz vorn« sei, etwa in Sachen Einwanderungspolitik, Inklusion oder sozialer Arbeit in Stadtquartieren, aber auch Bürgerengagement und effizienter Sozialwirtschaft. Rosenbrock ermunterte seine Berliner Kolleginnen und Kollegen, auf diesem Weg weiter zu gehen, und erinnerte seine Zuhörer an eine Losung der bewegten 80er Jahre: »Seid realistisch – fordert das Unmögliche.«

Der neue Vorstand v. l. n. r.: Christian Thomes, Oliver Schruoffeneger, Prof. Barbara John, Ute Hiller, Stefan Dominik Peter, Ellis Huber, Dr. Heidemarie Arnhold, Helmut Forner, Georg Zinner
Foto: Sharon Adler

Auch Staatssekretär Farhad Dilmaghani würdigte die Verdienste der Mitgliedsorganisationen unter dem Dach des Paritätischen, und er sprach von den 4000 Projekten dieser Vereine und Gesellschaften, die in dieser Stadt von ihnen mit »Optimismus und Tatkraft« gestemmt würden: »Sie sind das soziale Rückgrat dieser Stadt.« Viele Mitgliedsorganisationen seien mittelbar oder direkt an der Initiative »BerlinArbeit« beteiligt, die die Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen angeschoben habe.

Wann gibt Berlin die rote Laterne der Arbeitslosigkeit ab?

Die Kampagne habe sich unter anderem zum Ziel gesetzt, dass Berlin die »rote Laterne der Arbeitslosigkeit« endlich abgeben könne. Mit 11,4 Prozent Arbeitslosigkeit bildet Berlin das Schlusslicht unter allen Bundesländern (Bayern: 3,4 Prozent; Bundesdurchschnitt: 6,5 Prozent). Noch verheerender fallen die Berliner Jugendarbeitslosenzahlen aus (13,7 Prozent; Bund: 6,1 Prozent). Die Aussichten, so Dilmaghani, seien ermutigend, er sehe »leicht optimistisch in die Zukunft«, wenn auch die bundespolitische Weichenstellung die Situation eher verschlechtert habe. Im Zuge der sogenannten »Instrumentenreform« gebe es 70 Millionen Euro Bundesmittel weniger für die Förderung des Berliner Arbeitsmarktes als noch im vergangenen Jahr 2011. Nicht jeder Berliner Beschäftigte verdient auskömmlich – 126 000 Arbeitnehmer sind sogenannte Aufstocker. Dilmaghani: »Sozial ist, was gute Arbeit schafft.«

Programme besser bekannt machen

Das Ziel der Senatsverwaltung sei es, die Arbeitslosenzahl in Berlin bis 2014 unter 200 000 zu bringen (aktuell: 201 325) und die Jugendarbeitslosigkeit unter 10 Prozent. Um dies zu erreichen, sei es vonnöten, die erfolgversprechenden arbeitsmarktpolitischen Initiativen und Kampagnen überhaupt erst einmal bekannt zu machen. Selbstkritisch machte der Staatssekretär dies am Beispiel des Arbeitsmarktförderungsprogramm FAV deutlich. Es steht für »Förderung von Arbeitsverhältnissen« und unterstützt Arbeitgeber mit einem Zuschuss zum Arbeitsentgelt, wenn sie förderungsbedürftige und zugewiesene Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einstellen, deren Vermittlung auf dem Arbeitsmarkt aus individuellen Gründen sehr erschwert ist. Eine besondere Bedeutung hätten die Arbeitslosen mit Einwanderungsvergangenheit, deren Quote doppelt so hoch wie die der deutschstämmigen Arbeitslosen sei. Vier von zehn Ausländern, die in Berlin lebten, seien arbeitslos – ein Vorhaben, diese Zahl zu reduzieren, sei eine »interkulturelle Öffnung der Jobcenter«.

Solidarität mit Helmut Forner

Dem arbeitsmarktpolitischen Vortrag schloss sich eine Aussprache an zu Anschuldigungen gegenüber Helmut Forner, dem stellvertretenden Vorsitzenden des Verbandes. Sie betrafen seine ehemalige Tätigkeit als Geschäftsführer bei den Nordberliner Werkstätten nbw, die ohne Aussprache direkt an die Presse lanciert worden waren. Auch die Verbandsspitze des Paritätischen hat von der Mitgliedsorganisation, die ihren Ex-Geschäftsführer nunmehr beschuldige, keine Informationen erhalten, die es erlaubt hätten, den Sachverhalt zu prüfen.

Forner entkräftete alle Vorwürfe im Einzelnen. Viele, die das Wort ergriffen, sprachen dem Betroffenen volles Vertrauen aus und bekräftigten seine erneute Kandidatur in den Vorstand.

Einige Wochen später wurde das Verfahren von der Staatsanwaltschaft mangels Tatverdacht eingestellt.

Oswald Menningers Botschaft: Wir schreiben schwarze Zahlen

Abschließend stellte Oswald Menninger den Jahres- und Rechenschaftsbericht vor, der eine Vielzahl von Initiativen, Aktivitäten und Kampagnen auflistet, die im vergangenen Geschäftsjahr unter dem Dach des Paritätischen gestartet oder fortgeführt wurden. Eine zentrale Botschaft brachte Oswald Menninger unter dem beifälligen Nicken der Versammelten wie schon in den Jahren zuvor so auf den Punkt: »Wir schreiben schwarze Zahlen.« Die legte er anschließend in einer Erläuterung von Soll und Haben, Verlust und Gewinn im Einzelnen dar.

Verbandsvorsitzende
Barbara John
Foto: Walter Weber

Stv. Vorsitzender
Georg Zinner
Foto: Sharon Adler

Stv. Vorsitzender
Helmut Forner
Foto: Sharon Adler

Vorstand, Geschäftsführung und Gremien

Vorstand

Dem Vorstand des Paritätischen Landesverbandes Berlin gehören laut Satzung neun Mitglieder an. Der Beiratsvorsitzende Thomas Grahn nimmt an den Vorstandssitzungen teil, ebenso die Stellvertretung Iris Hölling. Bei der Mitgliederversammlung 2013 fanden Wahlen für den Vorstand statt.

Prof. Barbara John wird mit überwältigender Mehrheit erneut zur Vorsitzenden gewählt.

Folgende Personen gehören dem Vorstand des Paritätischen Landesverbands Berlin an:

Prof. Barbara John
Vorstandsvorsitzende

Dr. Heidemarie Arnold
Geschäftsführerin Arbeitskreis Neue Erziehung e. V.

Helmut Forner
i. R., ehemals Geschäftsführer Nordberliner Werkgemeinschaft gGmbH (NBW)

Ute Hiller
Geschäftsführerin Berliner Aids-Hilfe e. V.

Dr. Ellis Huber
Arzt, Organisationsberater

Stefan Dominik Peter
Vorsitzender Berliner Behindertenverband e. V.

Oliver Schruoffeneger
Stadtratsreferent Steglitz-Zehlendorf, Abt. Jugend, Gesundheit, Umwelt, Tiefbau

Christian Thomes
Geschäftsführer Zuhause im Kiez (ZiK) gGmbh

Georg Zinner
Geschäftsführer Nachbarschaftsheim Schöneberg e. V.

Den stellvertretenden Vorsitz nehmen Georg Zinner und Helmut Forner wahr.

Aufgaben des Vorstands

Der Vorstand bestimmt laut Satzung die Grundzüge der Verbandspolitik. Im Berichtszeitraum finden 10 Sitzungen mit jeweils circa 10 Tagesordnungspunkten statt.

Der Vorstand entscheidet über die Aufnahme in den Verband. Im Berichtszeitraum werden 17 Organisationen aufgenommen.

Die Vorstandsvorsitzende und Mitglieder des Vorstands besuchen Fachgruppen und Mitgliedsorganisationen, um mit den Mitgliedern über die Verbandspolitik zu sprechen, bei feierlichen Anlässen zu gratulieren und die Arbeit zu würdigen. Mehrere Vorstandsmitglieder sind in den Gesellschafterversammlungen und Aufsichtsräten Paritätischer Beteiligungen, um die Unternehmenspolitik mitzugestalten. Prof. Barbara John ist im Vorstand des Gesamtverbandes vertreten. Ute Hiller und Christian Thomes haben die Aufgabe als Finanzbeauftragte übernommen.

Aufgabenfelder der Vorstandsmitglieder

Veranstaltungen von besonderem verbandspolitischem Interesse
alle Vorstandsmitglieder

Bildung/Schule
Dr. Heidemarie Arnhold, Stefan Dominik Peter, Oliver Schruoffeneger, Christian Thomes, Georg Zinner

Bürgerschaftliches Engagement
Helmut Forner, Ute Hiller, Dr. Ellis Huber, Georg Zinner

Gesundheit, Soziales, Jugend, Frauen, Familie,
Dr. Heidemarie Arnhold, Helmut Forner, Ute Hiller, Dr. Ellis Huber, Oliver Schruoffeneger

Geschäftsführer
Oswald Menninger
Telefon: (030) 860 01-104
menninger@paritaet-berlin.de
Foto: Eberhard Auriga

Stv. Geschäftsführerin
Elke Krüger
Telefon: (030) 860 01-101
krueger@paritaet-berlin.de
Foto: Eberhard Auriga

HIV, AIDS, Hepatitiden, STD
Ute Hiller, Christian Thomes

Krankenhäuser
Dr. Ellis Huber

Menschen mit Behinderung
Helmut Forner, Stefan Dominik Peter

Migration
Dr. Heidemarie Arnhold, Oliver Schruoffeneger

Pflege
Dr. Ellis Huber, Georg Zinner, Christian Thomes

Psychiatrie, Suchthilfe
Oliver Schruoffeneger, Christian Thomes

Queere Lebensweisen
Ute Hiller

Stadtteilzentren, Nachbarschaftsarbeit und Selbsthilfe
Helmut Forner, Dr. Ellis Huber, Georg Zinner

Senioren
Helmut Forner

Geschäftsführung

Zur Führung der Verbandsgeschäfte und zur Leitung der Landesgeschäftsstelle hat der Vorstand des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes zwei Geschäftsführer bestellt: Oswald Menninger als Geschäftsführer und Elke Krüger als Stellvertreterin. Die Geschäftsführung ist für ihr Aufgabengebiet Vertreter des Verbandes gemäß § 30 BGB.

Beirat

Der Beirat erörtert zentrale Themen der Verbandspolitik und spricht Empfehlungen an den Vorstand aus.

Der Beiratsvorsitzende Thomas Grahn und die Stellvertretende Iris Hölling nehmen beratend an den Vorstandssitzungen teil. Der Beirat tritt außerhalb der Schulferien in zweimonatigem Rhythmus zusammen. Im Berichtszeitraum finden fünf Sitzungen statt.

Der Beirat besteht aus 7 Mitgliedern; gewählt davon werden 4 Mitglieder, 3 weitere werden vom Vorstand berufen.

Gewählte Mitglieder

Manfred Becker
Vorstandsvorsitzender Stadtteilzentrum Kiezspinne FAS e. V.

Thomas Grahn
Geschäftsführer Albert-Schweitzer-Kinderdorf Berlin e. V.

Iris Hölling
Geschäftsführerin Wildwasser e. V.

Sabine Philbert-Hasucha
Schulleiterin Campus Berufsbildung und Vorstandsmitglied DBfK Nord-Ost

Berufene Mitglieder

Birgit Angermann
Geschäftsführerin Verein für Rehabilitation Behinderter e. V.

Wolfgang Ratajczak
Geschäftsführer Bürgerhilfe e. V.

Peter Stawenow,
Leiter des Kompetenzzentrums Offene Altenarbeit Sozialwerk Berlin e. V.

September-Sitzung 2012

Der Beirat tagt gemeinsam mit dem Finanzausschuss, um im Vorfeld der jährlichen Mitgliederversammlung den Jahresabschluss 2011 und den Wirtschaftsplan 2013 zu erörtern. Oswald Menninger, der Geschäftsführer des Paritätischen, stellt Jahresabschluss und Wirtschaftsplan vor. Die Ergebnisse der Erörterung fließen in die Vorstandssitzung ein, in der die Materialien für die Mitgliederversammlung beraten werden.

November-Sitzung 2012

In der November-Sitzung 2012 befasst sich der Beirat mit der Themenplanung für 2012/13. Im Anschluss wird das Thema »Sozialassistent – Helferberuf für Pflege und Erziehung« erörtert. Die Ausbildung zu diesem Beruf läuft in Berlin seit 2008 an öffentlichen und privaten Schulen. Der Beirat diskutiert über mögliche Einsatzfelder der Sozialassistenten im Erzieherbereich, in der Pflege und der Hauswirtschaft. Der Beirat formuliert im Endergebnis Fragen zu Perspektiven dieses Berufs, die zur Klärung an die Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung adressiert werden.

Januar-Sitzung 2013

Zum Jahresauftakt trifft sich der Beirat zum informellen Gedankenaustausch bei einem gemeinsamen Arbeitsessen.

März-Sitzung 2013

In der März-Sitzung 2013 befasst sich der Beirat mit dem Thema »Förderung sozialer Projekte durch die Pharmaindustrie«. Der Beirat hat dieses Thema auf Anregung von Mitgliedern aus dem Gesundheitsbereich auf die Tagesordnung gesetzt.

Wo ist die Grenze, um sich nicht vereinnahmen zu lassen, und was wahrt die Glaubwürdigkeit gegenüber Mitgliedern und Klienten? Der Beirat verständigt sich darauf, dass ein Fragenkatalog erarbeitet wird, der den Mitgliedsorganisationen Orientierung geben soll, Sponsorenangebote besser zu beurteilen.

Mai-Sitzung 2013

In der Mai-Sitzung 2013 stehen die seniorenpolitischen Leitlinien auf der Tagesordnung. Intention des Beirats ist es, sich einen Überblick zu Stand und Handhabung der Entwurfsfassung der Leitlinien von der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales zu beschaffen. Dr. Klaus Sack, Vorstandsmitglied des Landesseniorenbeirats Berlin, ist als Gast geladen und erläutert den Sachstand des Verfahrens und weist eine Reihe kritischer Punkte auf. Zum Beispiel werde Altersarmut zu wenig berücksichtigt. Ebenso mangele es an Aussagen zum Ausbau eines Marktsegments bezahlbarer altengerechter Wohnungen. Auch das bürgerschaftliche Engagement älterer Menschen komme zu kurz. Der Beirat wird das Thema weiter im Blick behalten.

Wahlausschuss

Dem Wahlausschuss gehören an:

Tilman Adolph
Universalstiftung Helmut Ziegner

Martina Spitzl
Pfefferwerk – Gesellschaft zur Förderung der Stadtkultur mbH

Miriam Ehbets
Volkssolidarität Landesverband Berlin e. V.

Stellvertretende Mitglieder sind:

Birgit Hannemann
Offensiv 91 e. V.

Michael Witte,
Neuhland e. V.

Waltraud Ziolko
Unionhilfswerk Landesverband Berlin e. V.

Berufungsausschuss

Mitglieder des Berufungsausschusses sind:

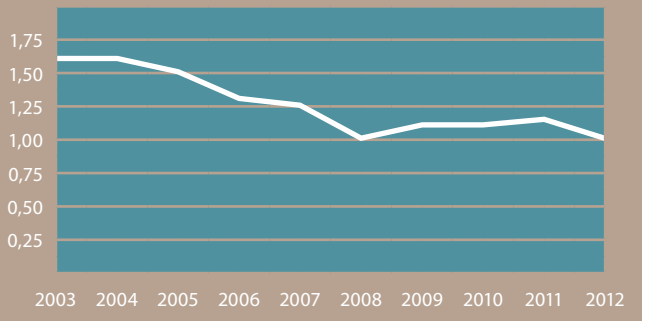
Fevzi Aktas
Kurdistan Kultur- und Hilfsverein e. V.

Gabriele Geißler
Kiek in e. V.

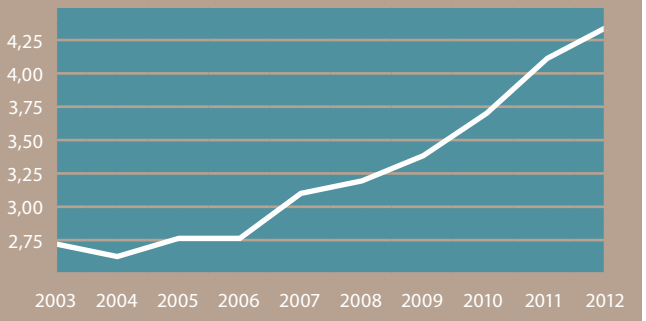
Heinrich B. Pieper
Pfefferwerk – Gesellschaft zur Förderung der Stadtkultur mbH

Personelle und finanzielle Verbandssituation

Grafik 1: Entwicklung der Zuwendungen
2003 – 2012, Angaben in Millionen Euro



Grafik 2: Entwicklung der Mitgliedsbeiträge
2003 – 2012, Angaben in Millionen Euro



Aufwand und Ertrag

Oswald Menninger, Verbandsgeschäftsführer, berichtet:
Bereits lange bevor die Forderung nach Transparenz als politisches Allheilmittel die gesellschaftliche Debatte prägte, haben wir als Landesverband ab 1997 in den Geschäftsberichten unter dieser Rubrik in Tabellen unsere wirtschaftlichen Daten bezüglich Ertrag und Aufwand, Zuwendungen, Mitgliedsbeiträge, Personalstellen und -aufwand und Bilanzzahlen veröffentlicht.

Transparenz schafft Vertrauen

Auf diese Vorreiterrolle sind wir stolz. Wir haben damit bewiesen, dass wirtschaftliche Transparenz nicht schadet. Das Gegenteil ist der Fall: Wirtschaftliche Transparenz lässt keinen Raum für Spekulationen der verschiedenen Adressatengruppen des Verbandes. Sie schafft Vertrauen und zeigt darüber hinaus, dass wirtschaftlicher und verbandspolitischer Erfolg zwei Seiten einer Medaille sind. Deshalb war es für uns eine Selbstverständlichkeit, dass wir uns der bundesweiten »Initiative Transparente Zivilgesellschaft« (ITZ) angeschlossen haben und als einer der ersten Wohlfahrtsverbände das Transparenz-Logo der Initiative auf unserer Homepage www.paritaet-berlin.de führen können (siehe Seite 22). Dort sind aufgrund der Transparenz-Selbstverpflichtung zusätzliche Daten abgebildet.

Jahresüberschuss

Der Jahresabschluss für 2012 weist einen Überschuss in Höhe von 1.258.763 Euro aus (siehe Tabelle 1). Der sehr hohe Überschuss 2012 ist das Ergebnis gestiegener Mitgliedsbeiträge und gesunkener Personal- und Sachkosten. Dazu kamen einmalige Effekte auf der Ertragsseite durch die Auflösung von Rückstellungen.

Rücklage aus Überschüssen zur Investitionsförderung von Mitgliedern

Das Ergebnis 2012 liegt über dem wirtschaftlichen Ziel des Verbandes, durch angemessene jährliche Überschüsse seine Leistungsfähigkeit und wirtschaftliche Stabilität zu sichern. Aus diesem Grunde wurden 600.000 Euro des Überschusses in eine zweckgebundene Rücklage für die Förderung von Investitionen bei Mitgliedsorganisationen eingestellt und werden als Förderprogramm bereits ausgeschüttet. Weitere 278.000 Euro, die aus Überschüssen der Vermietung der Häuser der Parität resultieren, wurden ebenfalls in eine zweckgebundene Investitionsrücklage für diese Häuser eingestellt. 380.000 Euro verbleiben als Bilanzgewinn. Insgesamt schwanken die Erträge im Vergleich der letzten 10 Jahre wegen der vielschichtigen Finanzierungsstruktur des Verbandes. Der Aufwand konnte diesen Schwankungen entsprechend angepasst werden, sodass keine Verluste entstanden sind.

Tabelle 1: Aufwand und Ertrag

2003 – 2012, ohne durchfließende Zuwendungsmittel für Mitgliedsorganisationen, Angaben in Euro

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Ertrag	6.069.206	6.137.527	6.225.698	5.625.909	6.452.797	5.873.705	6.343.295	6.512.175	6.209.039	6.593.927
Aufwand	5.856.337	5.768.135	5.229.761	5.287.023	6.155.394	5.709.157	6.010.316	6.102.473	5.807.797	5.335.164
Überschuss	212.869	369.392	995.937	338.886	297.403	164.548	332.979	409.702	401.242	1.258.763

Erträge

Die Erträge 2012 setzen sich aus Zuwendungen (15,1 Prozent), Mitgliedsbeiträgen (65,8 Prozent), Leistungsentgelten (8,7 Prozent) und sonstigen Erträgen (10,4 Prozent) zusammen.

Zuwendungen mit einer Million Euro 15,1 Prozent des Verbandsetats

Die gesamten Zuwendungen betrugen 2012 insgesamt 1 Million Euro. Sie sind damit von 1,61 Millionen Euro 2003 bis 2012 um 610.000 Euro gesunken (Grafik 1). Während die Zuwendungen von 2003 auf 2004 noch leicht anstiegen, sind sie ab 2005 erheblich gesunken. Daran hat der leichte Anstieg 2009 bis 2011 nichts geändert. Ihr Anteil an der Gesamtfinanzierung ist von 60,6 Prozent 1995 auf jetzt 15,1 Prozent kontinuierlich gefallen.

0,9 Millionen Euro für Zentrale Aufgaben

Die größte Einzelzuwendung des Verbandes kommt vom Land Berlin für »Zentrale Steuerungsaufgaben der Verbände«. Sie ist als Folge der ersten Konsolidierungsschritte des Landes bereits ab 1997 stetig gesunken. Diese Zuwendung betrug 1997 noch mit circa 1,47 Millionen Euro erheblich zur Verbandsfinanzierung bei und ist bis 2012 mit circa 0,9 Millionen Euro stark gesunken.

Mitgliedsbeiträge mit 4,3 Millionen Euro 65,8 Prozent des Verbandsetats

Die Mitgliedsbeiträge sind 2012 um 253.000 Euro gegenüber dem Vorjahr auf 4,334 Millionen Euro gestiegen. Damit haben die Mitgliedsbeiträge einen weiteren Höchststand erreicht (siehe Grafik 2). Mit einer Ausnahme in 2004 sind die Mitgliedsbeiträge in den letzten 10 Jahren stetig gestiegen. Der Anteil der Beiträge an der Gesamtfinanzierung lag zu Beginn der 90er Jahre noch bei unter 10 Prozent. 1997 lag der Anteil bereits bei 36 Prozent, und mittlerweile tragen die Mitgliedsbeiträge mit 65,8 Prozent den Hauptanteil an der Gesamtfinanzierung.

Die Strategie des Verbandes, sich bei der Finanzierung von staatlichen Mitteln unabhängig zu machen, ist sehr erfolgreich gewesen. Die Beitragsentwicklung ermöglicht es, die Verbandspolitik unabhängig von möglichen Sanktionen durch Zuwendungsgeber zu verfolgen. Dafür ist die wirtschaftliche Unabhängigkeit des Paritätischen als Verband der freien Wohlfahrtspflege eine unabdingbare Voraussetzung. Die hohe Abhängigkeit des Verbandes von den Beiträgen der Mitgliedsorganisationen stellt heute sicher, dass der Verband sein Leistungsprofil auf die Anforderungen und Erwartungen der Mitgliedsorganisationen ausrichtet. Aus diesem Grunde werden wir an dem Ziel festhalten, die Verbandsleistungen überwiegend aus Beiträgen zu finanzieren.

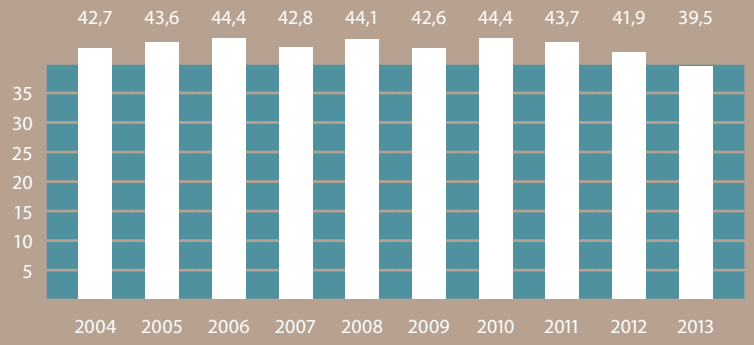
Stiftung Parität Berlin

An dieser Strategie wird auch die Stiftung Parität nichts ändern (siehe Stiftung Parität Berlin auf Seite 23). Die Stiftung ermöglicht es dem Verband, seine Mitgliedsorganisationen umfangreich zu fördern. Würden die Stiftungserträge für die Verbandsfinanzierung eingesetzt, könnten sie aber keinesfalls die Beitragsfinanzierung ersetzen. Wie in den vergangenen Jahren werden auch in diesem Jahr die Stiftungs- und Dividendenerträge für die Förderung der Mitglieder eingesetzt.

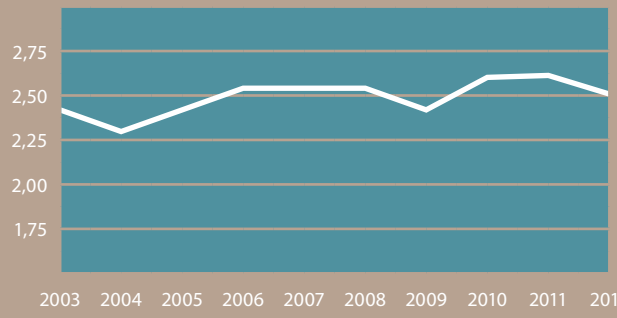
Anteil Leistungsentgelte und sonstige Erträge 19,1 Prozent des Verbandsetats

Die Leistungsentgelte betrugen 573.000 Euro 2012. Die Leistungsentgelte setzen sich im Wesentlichen aus Mieteinnahmen (circa 506.000 Euro) und Gebühren für Verwaltungsdienstleistungen (circa 67.000 Euro) zusammen. Alle anderen Erträge, die den obigen Kategorien nicht zuordenbar sind, werden als sonstige Erträge erfasst. Die sonstigen Erträge betrugen 2012 circa 459.000 Euro. Der Anteil der Leistungsentgelte und der sonstigen Erträge trug 2012 mit einem Anteil von 19,1 Prozent zu den Gesamterträgen bei. Der Anteil dieser beiden Ertragskategorien an den Gesamterträgen schwankte in den letzten Jahren immer um 20 Prozent.

Grafik 3: Personelle Entwicklung
Vollzeitstellen 2004 – 2013 (mit umgerechneten Teilzeitstellen)



Grafik 4: Personalaufwendungen
Vollzeitstellen 2003 – 2012[1], Angaben in hunderttausend Euro



1: nach Gewinn- und Verlustrechnung

Aufwand

Der gesamte Aufwand in 2012 betrug 5.335.164 Euro. Er ist gegenüber dem Vorjahr um 472.000 Euro gesunken. Der Aufwand ist unterteilt in Personal- und Sachkosten. 2012 betrugen die Personalkosten 2,505 Millionen Euro und die Sachkosten 2,829 Millionen Euro. Der Anteil der Personalkosten an dem Gesamtaufwand betrug 47 Prozent und der Sachkosten 53 Prozent.

Personelle Situation

Nach der grundsätzlichen Reorganisation des Verbandes Mitte der 90er Jahre wurde das personalpolitische Ziel, mit circa 40 Vollzeitstellen bei externer Unterstützung die Verbandsaufgaben zu bewältigen, modifiziert.

39,5 Vollzeitstellen in 2013

Die Expansion des Verbandes (siehe Mitgliederbewegung auf Seite 52) erforderte hier eine Anpassung, um die zunehmenden Anforderungen an den Verband trotz Verlagerung von Aufgaben auf externe Dienstleister personell bewältigen zu können.

Von 2004 bis 2012 schwankte der Personalbestand zwischen 44 und 42 Vollzeitstellen. Für das Jahr 2013 stehen dem Verband personelle Kapazitäten in Höhe von 39,5 Vollzeitstellen zur Verfügung (siehe Grafik 3), weil der Wegfall der Zivildienstvermittlung zu einem Stellenabbau führte.

Personalkosten 2,5 Millionen Euro

Die Personalaufwendungen haben sich entsprechend der Zahl der Personalstellen über die Jahre hinweg parallel bewegt (siehe Grafik 4). Ab 2010 sind sie durch tarifliche Anpassungen gestiegen. Die Beschäftigten des Verbandes sind zu 95 Prozent auf der Grundlage eines Haustarifvertrages mit der Gewerkschaft HBV angestellt. Das Tarifwerk ist auf der Homepage des Verbandes eingestellt. Trotz Tarifsteigerungen fielen durch den Wegfall von Stellen 2011/2012 die Personalkosten von 2011 mit 2,66 Millionen Euro auf 2,5 Millionen Euro 2012.

Geschäftsführervergütung

In den Personalkosten ist das Gehalt des Geschäftsführers enthalten. Der Geschäftsführer erhält ein Arbeitnehmer-Bruttojahresgehalt einschließlich einer betrieblichen Altersvorsorge in Höhe von 112.500 Euro. Zusätzliche Bezüge durch Funktionen in Organen von Beteiligungen des Verbandes und anderer Gesellschaften werden nicht erzielt. Es steht weder ein Dienstwagen zur Verfügung, noch werden andere Privilegien durch den Verband gewährt. Der Geschäftsführer wird Ende 2015 aus dem Dienst ausscheiden. Weil sein Gehalt seit 2003 bis zu seinem Ausscheiden unverändert bleibt, wurde die Altersvorsorge aufgebessert.

Zusammenfassung

Trotz der Schwankungen bei Ertrag und Aufwand in den letzten 10 Jahren sind eindeutige Trends erkennbar: In allen Jahren wurde ein ausreichender Überschuss erzielt. Die hohen Überschüsse 2005 und 2012 führten zur hälftigen Ausschüttung der Überschüsse durch Förderprogramme für die Mitgliedsorganisationen.

Auf der Ertragsseite sanken die Zuwendungen bei gleichzeitig stetiger Steigerung der Mitgliedsbeiträge. Auf der Aufwandsseite war der Personalkostenanteil am Gesamtaufwand stabil unter 50 Prozent und im hohen Sachkostenanteil bildet sich der weitere Zukauf von Dienstleistungen zur Erfüllung der Verbandsaufgaben ab. Im Ergebnis führte dies zu einer enormen Flexibilität des Verbandes bei der Erfüllung seiner Aufgaben.

Entwicklung der Bilanzen

Die Entwicklung des Verbandsvermögens ist in der Entwicklung der Bilanzwerte abgebildet. Die Bilanzsumme für 2012 ist gegenüber dem Vorjahr gestiegen und betrug zum Bilanzstichtag 22,177 Millionen Euro (Tabelle 2).

Anlagevermögen gesunken – Umlaufvermögen gestiegen

Das Anlagevermögen im Aktiva ist 2012 gegenüber dem Vorjahr durch planmäßige Abschreibungen um 416.000 Euro auf 17,793 Millionen Euro gesunken. Das Umlaufvermögen ist durch die Zunahme liquider Mittel auf 4,384 Millionen Euro

Tabelle 2: Entwicklung der Bilanzen
2003 – 2012, Angaben in tausend Euro

	31.12.2003		31.12.2004		31.12.2005		31.12.2006		31.12.2007		31.12.2008		31.12.2009		31.12.2010		31.12.2011		31.12.2012	
Anlagevermögen		16.851		16.619		18.128		17.717		17.441		19.408		19.036		18.623		18.209		17.793
Umlaufvermögen		1.631		1.724		2.877		3.576		2.086		2.392		2.554		3.532		3.208		4.384
Vermögen/Mittelverwendung		18.482		18.343		21.005		21.293		19.527		21.800		21.590		22.146		21.417		22.177
Eigenkapital	2.053		2.422		7.988		8.328		8.125		10.667		11.000		11.409		11.810		13.069	
Sonderposten 50 %	3.638		3.531		3.423		3.316		3.290		3.177		3.063		2.950		2.837		2.723	
Eigenkapital i.e.S.		5.691		5.953		11.411		11.644		11.415		13.844		14.063		14.350		14.647		15.792
Fremdkapital		12.791		12.390		9.594		9.649		8.112		7.956		7.527		7.787		6.770		6.385
Kapital/Mittelherkunft		18.482		18.343		21.005		21.293		19.527		21.800		21.590		22.146		21.417		22.177

gestiegen. Auf der Aktivseite wird das Gesamtvermögen in seiner Verwendung angezeigt, während die Passivseite die Mittelherkunft abbildet. Dadurch wird auf der Passivseite nach Abzug des Fremdkapitals vom Vermögen das Eigenkapital ersichtlich. Bevor die Entwicklung der Passivseite erläutert wird, muss eine bilanzielle Besonderheit bei zuwendungsgeförderten Vermögenswerten von gemeinnützigen Einrichtungen dargestellt werden.

Während auf der Aktivseite die öffentlich geförderten Investitionen im Anlagevermögen in der Verwendung angezeigt werden, wird auf der Passivseite die Position »Sonderposten für Zuschüsse zum Anlagevermögen« gebildet. Bei dieser Mittelherkunftsposition kann in der Zuordnung weder eine eindeutige Eigenkapital- noch eine eindeutige Fremdkapitalbeziehung hergestellt werden. Denn bis zur zukünftigen Erfüllung der zuwendungsrechtlichen Zweckbindung der Investitionen bleibt eine anteilige schwebende Rückzahlungsverpflichtung bestehen. Aus diesem Grunde gilt die ökonomische Faustregel, dass 50 Prozent der Bilanzposition »Sonderposten für Zuschüsse zum Anlagevermögen« zum Eigenkapital und die andere Hälfte zum Fremdkapital gerechnet werden können. In der Tabelle 2 sind daher 50 Prozent des Sonderpostens dem Eigenkapital zugerechnet und insgesamt als Eigenkapital im erweiterten Sinne dargestellt.

Rund 13 Millionen Euro Eigenkapital

Das Eigenkapital 2012 beträgt 13,069 Millionen Euro und hat sich gegenüber 2011 um den Jahresüberschuss in Höhe von 1,259 Millionen Euro erhöht.

Der Anteil der Sonderposten am Eigenkapital im erweiterten Sinne ist mit 2,723 Millionen Euro weiterhin rückläufig, da ab 2000 keine wesentlichen Investitionen des Verbandes durch öffentliche Mittel oder Stiftungen gefördert wurden.

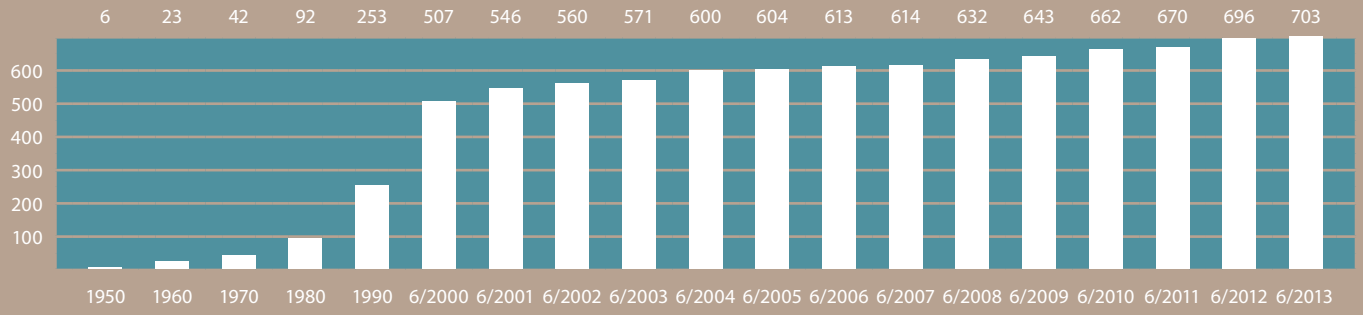
Fremdkapital reduziert

Das Fremdkapital hat sich 2012 um 385.000 Euro auf 6,385 Millionen Euro gegenüber 2011 reduziert. Bei der Höhe des Fremdkapitals muss außerdem berücksichtigt werden, dass bei dem Fremdkapital 50 Prozent aus dem Sonderposten (2,723 Millionen Euro) eingerechnet sind, die bei der Einhaltung der zuwendungsrechtlichen Nutzungsbindung der Verbandsimmobilien nicht zurückgezahlt werden müssen.

Bankdarlehen auf 1,9 Millionen Euro reduziert

Die wesentlichen verbleibenden Verbindlichkeiten im Fremdkapital sind Bankdarlehen des Verbandes. Sie betragen 2012 nur noch 1,9 Millionen Euro und betreffen ausschließlich Kredite für die Häuser der Parität. 2000 hatte der Verband noch Bankschulden aus der Immobilienfinanzierung in Höhe von circa 5,7 Millionen Euro. Deshalb bestehen jetzt in Bezug auf die Immobilien-Finanzierung für den Verband keine Risiken mehr.

Grafik: Mitgliederentwicklung
Anzahl der Mitglieder seit 1950



Mitgliederbewegung: die 700er-Marke ist überschritten!

Auch in diesem Berichtsjahr ist die Zahl neuer Mitglieder höher als die Zahl beendeter Mitgliedschaften. Das Wachstum des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Berlin setzt sich moderat fort. Von Juli 2012 bis Juni 2013 werden 17 Organisationen aufgenommen. 10 Organisationen lösten sich auf oder fusionierten. Damit endet ihre Mitgliedschaft. Unterm Strich gewinnt der Paritätische 7 neue Mitglieder hinzu. Bei der Mitgliederversammlung im November 2012 wird mit GRIPS Werke e. V. die 700er-Marke feierlich überschritten! Im Juni 2013 zählt der Verband 703 Mitglieder.

Wir begrüßen folgende neue Mitglieder (bis Juni 2013):

› Advent-Wohlfahrtswerk e. V. Hannover – Advent Kinderhaus Waldfriede Berlin
› Compass – Gesellschaft für Integration und Teilhabe mbH
› Culturales interactive e. V.
› Verein zur interkulturellen Bildung und Gewaltprävention
› GRIPS Werke e. V.
› GskA gemeinnützige Gesellschaft für sozial-kulturelle Arbeit mbH
› Interkulturelle Initiative e. V.
› KfK KIETZ für Kids Kinderbetreuung gGmbH
› Kulturloge Berlin – Schlüssel zur Kultur e. V.
› Kuwo-Kita gGmbH
› Kinderladen Marienkäfer gemeinnützige UG (haftungsbeschränkt)
› KJSH-Stiftung für Kinder-, Jugend- und Soziale Hilfen
› Notmütterdienst e. V.
› Ökumenische Arbeitsgruppe Homosexuelle und Kirche (HuK) e. V.
› RC reweca Berlin gemeinnützige GmbH
› Stiftung Bildung
› Zentrum für bewegte Kunst e. V.
› Zusammen Geht Alles Besser – ZuGABE e. V.

»Vor 15 Jahren erkrankte ein ehemaliger Arbeitskollege schwer. Ich übernahm die Betreuung und wuchs mit den Aufgaben. Heute betreue ich Peter und es macht viel Freude.«
Zitat aus der Fotoausstellung »Portraits ehrenamtlicher Betreuerinnen und Betreuer« | Foto: Michael Janda

Aus den Fachreferaten

»Unser Vater ist früh erkrankt. Die rechtliche Betreuung wurde überraschend notwendig. Wir sind froh, dass dieses Amt in der Familie bleibt, denn wir kennen ihn genau und können und wollen in seinem Sinne handeln.«
Zitat aus der Fotoausstellung »Portraits ehrenamtlicher Betreuerinnen und Betreuer« | Foto: Kerstin Wüstenhöfer-Loges

Kindertagesstätten

Themen 2012 | 2013

› Ausreichend Kitaplätze? – Bevölkerungsprognose und Rechtsanspruch
› Konsequente Fortführung von Investitionsprogrammen
› Nachsteuern nötig! 1-Euro-Kauf oder Nutzungs- und Erbpachtverträge
› Dem Fachkräftemangel entgegenwirken

Morgenkreis | Spielend musizieren in der Kita Johannisches Sozialwerk e. V.
Foto: Marcus Luttmer

Der Engpass an Kitaplätzen bei gleichzeitigem Mangel an Fachkräften sind aktuell die bestimmenden Themen der Berliner Kita-Landschaft. Zumindest bis 2016 ist mit einem Geburtenanstieg zu rechnen und auch die Quote der Inanspruchnahme wird mit der Einführung des Rechtsanspruches zum 1.8.2013 weiter steigen.

Der Kitaplatzausbau läuft auf Hochtouren und Paritätische Träger sind Vorreiter beim Ausbau. Trotz dieser vielfältigen Herausforderungen gilt es weiterhin, die Qualität der pädagogischen Arbeit auszubauen und zu sichern. Neben dem wichtigen Bereich der Evaluation ist hier die Weiterentwicklung von Kitas zu Familienzentren zu nennen (siehe Seite 12).

Ausreichend Kitaplätze? – Bevölkerungsprognose und Rechtsanspruch

Entgegen dem Bundestrend ist in Berlin die Anzahl der Kinder zwischen 0 und 6 Jahren seit 2007 um rund 21 000 Kinder (12,6 Prozent) auf 188 000 gestiegen. Diese an sich positive Entwicklung wird weiter anhalten (2016 wird mit etwa 201 000 Kindern der Altersgruppe gerechnet). Das hat Auswirkungen auf die Nachfrage nach Kita-Plätzen, wobei sich die Frage nach der tatsächlich benötigten Anzahl von Plätzen nicht ganz leicht beantworten lässt. Folgende Faktoren haben darauf signifikanten Einfluss: Inanspruchnahme von Plätzen mit dem Rechtsanspruch ab dem 1. 8. 2013, Anteil der Schulrücksteller eines Jahrgangs, mögliche Änderung des jetzigen Einschulungsalters. Durch den

Unter Paritätischem Dach

› 114 Kita-Träger mit über 468 Kindertagesstätten (Kitas) bieten insgesamt 41 373 Plätze für Kinder im Alter von null bis zum Schuleintritt. Rund 390 dieser Kitas betreuen Kinder mit und ohne Behinderungen gemeinsam. Die kleinsten Einrichtungen sind Elterninitiativen mit rund 15 Plätzen, große Träger betreiben bis zu 26 Kitas mit circa 2900 Plätzen.

Fachreferentin/Fachreferenten
Claudia Gaudszun
Telefon: (030) 860 01-179
gaudszun@paritaet-berlin.de

Martin Hoyer
Telefon: (030) 860 01-161
hoyer@paritaet-berlin.de

Marcus Luttmer
Telefon: (030) 860 01-178
luttmer@paritaet-berlin.de
Fotos: Privat | M. Luttmer | Privat

Platzmangel steht das Land Berlin vor (sozial-)politischen Herausforderungen: Die Konkurrenz um einen Kita-Platz wird größer. Das beeinflusst die Möglichkeiten der Vereinbarkeit von Beruf und Familie ebenso wie die Teilhabe von Kindern aus »benachteiligten« Familien, für die der Kita-Besuch besonders wichtig ist. Faktisch wird so auch das Wahlrecht der Eltern und der mit dem Kita-Gutscheinsystem gewollte Qualitätswettbewerb unter den Kitas beschränkt.

Fortführung von Investitionsprogrammen

Fast ausschließlich durch das engagierte Handeln freier Träger sind seit 2008 rund 23 000 Kitaplätze neu geschaffen worden. Unterstützt wurde und wird dieser massive Ausbau durch Fördermittel des Bundes für unter Dreijährige (87,4 Millionen Euro in den Jahren 2008 – 2012 sowie mit der Neuauflage in 2013/2014 27 Millionen Euro) und seit Mitte 2012 auch durch das Landesprogramm »Auf die Plätze, Kitas, los« (insgesamt 20 Millionen Euro). Die zur Verfügung stehenden Mittel werden jedoch nicht ausreichen, um den bestehenden Bedarf abzudecken. Daher fordert der Paritätische, das Landesprogramm mit den benötigten Mitteln im Doppelhaushalt 2014/2015 auszustatten, um den Ausbau konsequent weiterzuführen.

Qualitätsentwicklung kommt gut an

Die Erfolge des Prozesses der internen und externen Evaluation werden von der pädagogischen Fachpraxis inzwischen bestätigt. Diese guten Ergebnisse zeigen auch die Erfahrungen mit dem Paritätischen Verfahren »KiQu – Qualität für Kinder« (www.kiqu-paritaet.de): Kitas nutzen die Ergebnisse der internen und externen Evaluation als gezielte Unterstützung der Qualitätsentwicklung.

Nachsteuern nötig! 1-Euro-Kauf oder Nutzungs- und Erbpachtverträge

Paritätische Träger betreiben Kitas in Gebäuden, die vom Land Berlin über Jahrzehnte baulich vernachlässigt wurden. Über den Einsatz von investiven Mitteln hinaus ist es daher dringend erforderlich, bei den Nutzungsverträgen von öffentlichen Kitagebäuden nachzusteuern, um schon bestehende Kitaplätze auf Dauer zu erhalten. Der Träger muss die Möglichkeit haben, diese Gebäude in einen sicheren Zustand zu versetzen. Mittel und Wege sind vorhanden. Es scheitert allerdings häufig am Votum der Bezirke, zum Beispiel in Bezug auf die unzureichend oder gar nicht genutzte Möglichkeit, Kita-Liegenschaften an Träger für 1 Euro zu veräußern oder einen Abschluss von langen Nutzungsverträgen mit einer Laufzeit von mindestens 20 Jahren abzuschließen. Kurze Nutzungsvertragslaufzeiten nehmen Trägern die Chance, einen abschreibungsfähigen Kredit zu erhalten. Alternativ wäre für die Träger die Sicherheit durch eine Vergabepraxis von Grundstücken in Erbpacht mit null Prozent Zins denkbar. Letztendlich gehen die Träger immer ein hohes wirtschaftliches Risiko ein, da nicht in jedem Fall gesichert ist, dass ein Bedarf für eine Kita genauso lange besteht, wie die benötigten Laufzeiten für die Finanzierung der Sanierungsmaßnahmen.

Der Paritätische hat mehrfach darauf hingewiesen, dass Investitionen und Sanierungen, die die Träger an landeseigenen Gebäuden mit erheblichen Eigenmitteln umsetzen, in erster Linie im Interesse des Landes sind und kein Geschenk an den Träger!

Dem Fachkräftemangel entgegenwirken – Standards flexibler handhaben

Schon jetzt können immer wieder Plätze nicht belegt werden, weil das Personal dafür fehlt. In den Jahren 2007 bis 2012 stieg die Zahl der beschäftigten Fachkräfte auf rund 22 000 durch die Möglichkeiten des sogenannten Quereinstiegs in den Erzieherberuf und die Aufstockung von Ausbildungskapazitäten an den Fachschulen. Hier waren viele freie Träger initiativ und haben Erzieherschulen gegründet, allein im Mitgliederbereich gibt es nunmehr sieben Fachschulen. Bis 2016 wird die Zahl der Absolventen wohl trotzdem nicht ausreichen.

Der Paritätische fordert eine deutlich stärkere Unterstützung des Landes durch eine Kooperation der Kita-Aufsicht mit freien Trägern, die auf Anerkennung und Vertrauen der Fachlichkeit der Träger beruht. Bisher vermissen unsere Mitglieder vielfach eine pragmatische Handhabung im Einzelfall. Der Paritätische fordert eine aktive Werbung für den Erzieherberuf sowie eine Anlaufstelle beim Land, die über die Ausbildungsmöglichkeiten und passende Qualifizierungswege informiert.

Jugendhilfe

Themen 2012 | 2013

› HzE: Einheitliche Fachleistungsstunde und Weiterentwicklung
› Jugendarbeit 2014/2015 sichern
› Jugendberufshilfe: Münder-Gutachten liegt vor
› Sozialraumorientierung entwickelt sich weiter
› Pilotphase Web 2.0: »jugendhilfe-bewegt-berlin«
› Neue Veröffentlichungen

Anleitung erwünscht | Projekt Wohnführerschein | Lernen für die eigene Wohnung | Jakus e.V.
Foto: Michael Janda

Die im Frühsommer 2012 begonnene Kostenanalyse Hilfen zur Erziehung (HzE) bringt im ambulanten Bereich Ergebnisse zu den Sachkosten in der Fachleistungsstunde. Es zeigt sich, dass in diesem Bereich schon längere Zeit eine Unterfinanzierung stattfindet. Die Ergebnisse fließen ab Frühjahr 2013 in den Ausschuss Entgelte der Vertragskommission Jugend, der sich mit dem Thema Sachkosten beschäftigt.

Die Kostenanalyse im stationären Bereich der HzE muss nach einem ersten Durchlauf eine Konkretisierung erfahren. Mit Ergebnissen, die auch in die Verhandlungen mit dem Land Berlin eingehen, wird im Frühsommer 2013 gerechnet.

Die Zusammenarbeit mit dem Land Berlin im Bereich der Qualitätsdialoge setzt sich im Herbst 2012 mit einem gemeinschaftlichen Qualitätsdialog der Legastheniezentren zum Thema Integrative Lerntherapie fort. Aus dem Qualitätsdialog entsteht, wie auch nach den früheren Gemeinschaftsdialogen, eine Dokumentation.

HzE: Einheitliche Fachleistungsstunde und Weiterentwicklung

Der Prozess zur Weiterentwicklung und Steuerung der Hilfen zur Erziehung, der bundesweit stattfindet, wird im Referat verfolgt. Im April 2013 spricht Dr. Thomas Meysen, Fachlicher Leiter des Deutschen Instituts für Jugendhilfe und Familienrecht e. V. (DIJuF), zu diesem Thema in der Paritätischen Fachgruppe Jugendhilfe. Deutlich wird, dass an vielen Stellen erst

Unter Paritätischem Dach

› 200 Träger, davon: › 80 mit ambulanten, teilstationären und stationären Angeboten der Hilfen zur Erziehung › 70 mit Angeboten der offenen Jugendarbeit › 20 zur Jugendberufshilfe › weitere Organisationen sind im Bereich der Eingliederungsleistungen nach dem SGB XII tätig oder engagieren sich im Bereich von Patenschafts- und Mentoringprojekten für Kinder und Jugendliche.

Forum Jugendhilfeausschüsse
Paritätische Mitglieder in den bezirklichen Jugendhilfeausschüssen (JHA) treffen sich mehrmals im Jahr zum Forum JHA. Teils beteiligen sich daran auch die anderen Referate aus dem Kinder-, Familien- und Jugendbereich. Jedes Forum endet mit rechtlichen und praktischen Inputs zur Arbeit in einem Jugendhilfeausschuss.

Trägerversammlung zu Inklusion
Auf der jährlichen Trägerversammlung der Referate Jugendhilfe und schulbezogene Jugendhilfe im Dezember 2012 spricht der Jugendhilfereferent des Paritätischen Gesamtverbandes, Norbert Struck, zum Thema Inklusion. Damit soll die Diskussion einer inklusiven Jugendhilfe weiterbefördert werden.

Fachreferent
Andreas Schulz
Telefon: (030) 860 01-162
schulz@paritaet-berlin.de
Foto: Marcus Luttmer

eine gemeinsame Sprache zu vielen Belangen der Hilfen zur Erziehung gefunden werden muss und zur Kinder- und Jugendhilfe insgesamt. Endlich findet die Vertragskommission Jugend 2012 zu einer Einigung: ab 2013 gilt ein berlinweiter Fachleistungsstundensatz in den ambulanten Hilfen zur Erziehung.

Jugendarbeit 2014/2015 sichern

Im Frühjahr 2013 beschließt der Rat der Bürgermeister (RdB) für den kommenden Doppelhaushalt für die »Allgemeine Kinder- und Jugendförderung« das bisherige Planmengenmodell zugunsten eines Budgets auszusetzen. Zudem sollen die Bezirke mit der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft bis zur Aufstellung des Haushaltes 2016/17 »ein Modell für die nachhaltige Sicherung von fachlichen, personellen und sächlichen, sowie strukturellen Standards der bezirklichen Jugendarbeit auf der Grundlage einer standardgerechten Finanzierung erarbeiten«. Ein Hoffnungsschimmer für die in den vergangenen Jahren insbesondere durch die Kosten-Leistungs-Rechnung (KLR) gebeutelte Jugendarbeit, wenn das Abgeordnetenhaus dem RdB-Beschluss folgt.

Jugendberufshilfe: Münder-Gutachten liegt vor

Für das Jahr 2012 werden allein aus Berlin über 70 Millionen Euro an Eingliederungsmitteln im SGB II nicht abgerufen. Die Jugendarbeitslosigkeit ist nach wie vor ein großes Thema in Berlin. Die Jugendberufshilfe nach dem SGB VIII wird weiter abgebaut. Projekte in Kooperation zwischen Jugendamt und Jobcenter/Arbeitsagentur mit sinnvollen Ansätzen und einem Ernstnehmen der freien Trägerlandschaft müssen sich immer wieder mit Rechts- und Verfahrensfragen auseinandersetzen oder scheitern daran. Aus diesen Gründen haben das Referat Jugendhilfe des Paritätischen Berlin und der Fachverband der evangelischen Jugendhilfen e. V (fej) ein Gutachten bei Prof. Dr. Johannes Münder in Auftrag gegeben. Das Gutachten zu »Finanzierungsmöglichkeiten von Leistungen nach SGB VIII und SGB II (SGB III) für junge Menschen bis zum 25. Lebensjahr« erscheint im Frühjahr. Auch wenn es nicht alle Erwartungen in Bezug auf flexible Kooperation zwischen den Akteuren der einzelnen Sozialgesetzbücher befriedigt, bietet es doch einen guten Überblick zu den einzelnen Finanzierungsformen und spricht sich für eine enge Kooperation an deren Schnittstellen aus.

Sozialraumorientierung entwickelt sich weiter

Der Beirat zur Weiterentwicklung sozialräumlicher Arbeit in der Berliner Jugendhilfe stellt sich neu auf. So werden das Senatsverwaltungsreferat zur Jugendarbeit und auch der Landesjugendhilfeausschuss zukünftig vertreten sein. Im Oktober 2012 folgt eine weitere Reise nach Graz, dieses Mal mit Vertreterinnen und Vertretern der freien Jugendhilfe aus Steglitz-Zehlendorf. Es wird an einem vielversprechenden Modell zur Steuerung und Vernetzung unter dem Namen Sozialraumorientierung 2.0 gearbeitet, welches das Referat interessiert weiterbegleiten wird.

Pilotphase Web 2.0: »jugendhilfe-bewegt-berlin«

Im Mai 2013 startet »jugendhilfe-bewegt-berlin«. Mit dem Blog und begleitenden Auftritten in Facebook und Twitter beginnt eine Pilotphase im Umgang mit dem Web 2.0. Ein eigener Youtube-Kanal rundet das Angebot ab. Dort werden die Filme zur Paritätischen Jugendhilfe aus dem Kreise der Mitgliedsorganisationen über einzelne Arbeiten, Projekte oder auch Trägervorstellungen gebündelt präsentiert.

Neue Veröffentlichungen

Über das Referat Jugendhilfe erscheinen die Dokumentationen »Qualitätsdialog zur Integrativen Lerntherapie« sowie das Münder-Gutachten. Mit Unterstützung der Pressestelle und in Kooperation mit dem Referat Familie, Frauen und Mädchen veröffentlicht das Referat Jugendhilfe eine »Arbeitshilfe zur Ambulanten Familienpflege (§ 20 SGB VIII)« sowie die 5. Auflage der Handlungsempfehlungen »Mädchen und Jungen vor sexueller Gewalt in Institutionen schützen«. Eine Neuauflage erfährt auch die Broschüre »Jugend, Bildung & Reisen – Häuser in Berlin-Brandenburg unter dem Dach des Paritätischen Berlin«. Alle Veröffentlichungen sind auf www.jugendhilfe-bewegt-berlin.de im Download-Bereich zu finden.

Themen 2012 | 2013

› Schulen auf dem Weg zur Inklusion?
› Neuordnung des schulischen Mittagessens
› Ganztag in Sekundarschulen
› Jugendarbeit an Berliner Schulen
› Jugendsozialarbeit an Berliner Schulen
› Paritätischer Fachtag »Bildungs- und Teilhabepaket (BuT)«

Schulbezogene Jugendhilfe

Eine hohe Bedeutung kommt im Frühjahr 2013 den Kostenblattverhandlungen für das Schuljahr 2013/2014 zur Übernahme des »Ganztagsangebotes« in Grund- und Sekundarschulen zu. In beiden Feldern gelingt die Übernahme der tariflichen Entwicklungen des Landes Berlin. Dies ist verbunden mit der Verabredung, dass ab dem Schuljahr 2014/15 die Rahmenvereinbarungen einer gemeinsamen Prüfung auf Anpassung zu unterziehen ist. Gründe hierfür liegen einerseits im entsprechenden Interesse der seit 2012 neu einzubindenden Entgeltstelle soziale Dienstleistung (ESD) der Senatsfinanzverwaltung in die Verhandlungen. Diese definiert ihre Aufgabe unter anderem in der Aufdeckung von Kostensenkungspotenzialen, der Einführung von transparenten Kostenstrukturen bei der Leistungserbringung und der fiskalischen Steuerung im entgeltfinanzierten Bereich sozialer Dienstleistungen. Andererseits drängen im Bereich der Sekundarschulvereinbarung die Träger ebenfalls auf strukturelle Anpassungen.

Schulen auf dem Weg zur Inklusion?

Mit dem Konzept »Inklusive Schule« beabsichtigt Berlin die UN-Behindertenrechtskonvention umzusetzen. Ein von der zuständigen Senatorin berufener Beirat erarbeitet Empfehlungen für die Überarbeitung des vorliegenden Senatskonzeptes, die im Februar 2013 veröffentlicht werden. Der Paritätische ist hier für die Liga der Wohlfahrtsverbände eingebunden. Aus Sicht des Verbandes bieten die Empfehlungen trotz aller Einwände gute

Gelungen | Schulsozialarbeit der ersten Gemeinschaftsschule Schöneberg
Foto: Nachbarschaftsheim Schöneberg

Unter Paritätischem Dach

› 27 Träger mit 11 200 Plätzen kooperieren im Ganztag mit 86 Grundschulen in öffentlicher und freier Trägerschaft › 95 Paritätische Träger sind im Ganztag von Sekundarschulen tätig und mit unterschiedlichsten Angeboten der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit als Partner von zahlreichen Berliner Schulen aller Schularten aktiv › 35 Träger an 149 Schulen sind im Rahmen des Landesprogrammes Jugendsozialarbeit an Berliner Schulen aktiv.

Paritätischer Fachtag »Bildungs- und Teilhabepaket« (BuT)
Die mit über 80 Personen aus dem ganzen Bundesgebiet besuchte Fachveranstaltung in Kiel im November 2012 beleuchtet die Umsetzung der »Schulsozialarbeit« durch Mittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket des Bundes. Ergebnisse unter: www.jugendsozialarbeit-paritaet.de/xd/public/content/index._cGlkPTE0NjQ_.html

Fachreferentin
Elvira Kriebel
Telefon: (030) 860 01-166
kriebel@paritaet-berlin.de
Foto: Privat

Grundlagen für eine positive Weiterentwicklung. Bedeutsam hierbei ist der Aspekt einer empfohlenen dauerhaften Begleitung durch ein breites Fachgremium.

Im Zuge der Haushaltsverhandlungen 2014/2015 muss die Bildungssenatorin im Juni 2013 die Verschiebung des Konzeptes um zwei Jahre bekanntgeben. Ein flächendeckendes System von bezirklichen Beratungs- und Unterstützungssystemen sowie Lehrerfortbildung sollen den Inklusionsprozess dennoch weiter befördern. Der Paritätische und seine Mitgliedsorganisationen werden sich entsprechend weiterhin engagieren, um einen Rahmen zu schaffen, der eine gelingende schulische Inklusion für alle Schülerinnen und Schüler ermöglicht.

Neuordnung des schulischen Mittagessens

Vor dem Hintergrund der öffentlichen Diskussionen um die Qualität des Schulmittagessens hat die Senatsverwaltung einen Gesetzesentwurf »über die Qualitätsverbesserung des Schulmittagessens« vorgelegt. Die geplante Umsetzung ist zum Februar 2014 angekündigt. Damit sollen unter anderem die Beteiligungsmöglichkeiten von Eltern und Schulen gestärkt werden. Auf alle Eltern kommen zeitgleich deutlich höhere Kostenbeteiligungen zu. Der Paritätische begrüßt die Entwicklungen vom Grundsatz her, fordert aber entsprechende Unterstützungsangebote für die Eltern ein, die ihren Beitragszahlungen nicht mehr nachkommen können. Mit Blick auf die mit den Änderungen einhergehenden Ausschreibungsverfahren setzt sich der Verband im Weiteren für Verfahren ein, die freien Trägern auch weiterhin eine Übernahme der Mittagsverpflegung ermöglichen. Die Auswirkungen auf die Kostensätze im Kostenblatt bei Förderung in trägereigenen Räumen stehen zum Berichtszeitraum noch nicht fest. Entsprechende Gespräche zwischen der Senatsverwaltung und den Verbänden sind im Gange.

Ganztag in integrierten Sekundarschulen

Auch im Schuljahr 2012/2013 »kämpfen« Träger und Schulen im Vorfeld ihrer Kooperationsverträge mit »problematischen« Verwaltungsabläufen im Schnittfeld zuständige Senatsverwaltung und regionale Außenstellen der Schulaufsichten. Besondere Schwierigkeiten bereiten den Partnern die auch nach Schuljahresbeginn fehlende Transparenz über die Höhe der entsprechenden Zuweisung der Schulbudgets für den Ganztag auf die Schulkonten. In Folge leisten die Träger über mehrere Wochen, ohne entsprechende Finanzierungen zu erhalten. Mit einem neuen Verfahren soll jetzt der Start ins Schuljahr 2013/2014 besser gelingen.

Auch die konzeptionelle Entwicklung des Ganztags soll laut Senatsverwaltung im neuen Schuljahr verbessert werden. Die veröffentlichten »Eckpunkte für eine gute Ganztagsschule« als Ergebnis einer professionsübergreifenden Arbeitsgruppe auf Landesebene sollen entsprechende Prozesse befördern. Hier war der Paritätische eingebunden.

Jugendarbeit an Berliner Schulen

Über die Förderrichtlinie Jugendarbeit an Berliner Schulen stehen den freien Trägern rund 1,2 Millionen Euro (Lotto-)Mittel zur Verfügung. Diese sind zunächst nur bis Schuljahresende bewilligt. Gründe sind das Anliegen des Landesjugendhilfeausschusses (LJHA), die Angebote unter anderem hinsichtlich des Fachkräfteeinsatzes und der ergänzenden Finanzierung aus den Bereichen Jugendhilfe und Schule zu überprüfen. Das steht Ende Mai zwar noch aus, der LJHA empfiehlt dennoch die Weiterfinanzierung, um den Trägern Planungssicherheit zu geben.

Jugendsozialarbeit an Berliner Schulen

Grundsätzlich können die Entwicklungen im Landesprogramm Jugendsozialarbeit (JSA) an Berliner Schulen positiv bewertet werden. Auch was die Weiterfinanzierung der rund 90 Stellen, die bis Ende 2013 mit einem Volumen von circa 4,5 Millionen Euro aus Mitteln des Bundes (Bildungs- und Teilhabepaket) zur Verfügung stehen, betrifft, zeichnet sich die Übernahme in den Haushalt ab. Entsprechende Haushaltsanmeldungen sind getätigt, eine Zustimmung des Abgeordnetenhauses scheint sicher. Der LJHA unterstützt dieses Anliegen und erneuert sein Votum aus 2011, mindestens eine Stelle Jugendsozialarbeit an allen Berliner Schulen zu schaffen. Problematisch bleibt für die Träger ein hohes Finanzierungsdefizit, was die Regiemittel betrifft. Hierzu hat das Land jetzt Gespräche angeboten.

Schule

Themen 2012 | 2013

› Finanzierung von Schulen in freier Trägerschaft
› Arbeitsgruppe zur Entwicklung eines neuen Finanzierungssystems
› Die Paritätische Bürgerschule lebt
› Lernförderung nach dem Bildungs- und Teilhabepaket

Klasse! | Klax Berlin gGmbH
Foto: Lothar Schiffler/Dusyma

Gute Schulen sind eine gute Armutspolitik. Dort, wo es gelingt, Kinder und Jugendliche auch mit ihren Schulabschlüssen gut auf ein eigenständiges Leben vorzubereiten, sind soziale Hilfen und Transferleistung in geringerem Umfang notwendig. Der Paritätische mischt sich seit dem Jahr 2008 in die Bildungspolitik ein und hat mit dem Vorschlag der Paritätischen Bürgerschule eine Diskussion begonnen, die vermehrt beachtet wird. Ziel ist es, den Schulen in staatlicher Trägerschaft Gestaltungsfreiheiten zu geben, wie sie Schulen in freier Trägerschaft haben, und diesen die wirtschaftliche Sicherheit zu geben, damit sie ein Angebot für alle Kinder, Jugendlichen und Familien machen können. Bisher sind die Möglichkeiten freier Schulen stark eingeschränkt, ihre Finanzierung entspricht nicht dem, was das Land Berlin für die Versorgung der Schülerinnen und Schüler staatlicher Schulen ausgibt.

Die Schulträger im Paritätischen betreiben trotz schwieriger Rahmenbedingungen Schulen mit unterschiedlichsten Konzepten und Ansätzen. Sie leisten damit einen wichtigen Beitrag zu einem vielfältigen Schulangebot in der Stadt.

Der Paritätische unterstützt seine Mitglieder durch die Beratung zur Schulträgerschaft und zur Umsetzung der rechtlichen Grundlagen. Daneben engagiert sich der Verband zusammen mit der Arbeitsgemeinschaft freier Schulen, um die Situation dieser Schulen zu verbessern.

Unter Paritätischem Dach

› 15 Träger mit 19 allgemeinbildenden Schulen für über 3900 Schülerinnen und Schüler › 7 freie berufsbildende Schulen › Neben den bei den Schülerzahlen führenden Waldorfschulen sind vor allem Grundschulen, die sich zum Teil noch im Aufbau befinden, im Paritätischen aktiv. Von den 19 Schulen erhalten vier wegen der Wartefrist keine öffentliche Finanzierung, zwei weitere nur einen reduzierten Zuschuss.

Werbung und Lobbyismus in Schulen
Gemeinsam mit der Stiftung Bildung und anderen Partnern veranstaltet der Paritätische im Juni 2013 eine Diskussionsveranstaltung, in der die zunehmende Werbung in Bildungseinrichtungen kritisch beleuchtet wird.

Tag der freien Schulen
Die Arbeitsgemeinschaft Berliner Schulen in freier Trägerschaft (AGFS) veranstaltet seit 2003 jedes Jahr im September einen Tag der freien Schulen. Auch die Schulen im Paritätischen beteiligen sich regelmäßig daran.

Fachreferent
Martin Hoyer
Telefon: (030) 860 01-161
hoyer@paritaet-berlin.de
Foto: Marcus Luttmer

Finanzierung von Schulen in freier Trägerschaft

Immer wieder wird freien Schulen vorgeworfen, ihr Angebot allein an finanziell Bessergestellte zu richten. Dabei wird übersehen, dass Schulen in freier Trägerschaft einen Zuschuss bekommen, der sich allein an den Personalkosten der staatlichen Schule orientiert. Hiervon erhalten sie 93 Prozent. Alle anderen Kosten müssen durch Elternbeiträge und andere Einnahmen gedeckt werden. Neu gegründete Schulen müssen zudem bis zu fünf Jahre ohne staatliche Zuschüsse wirtschaften. Diese Finanzierungsgrundlage ist die Ursache dafür, dass Schulen in freier Trägerschaft nicht auf Schulgelder der Eltern verzichten können. Der Vorwurf, der den Schulträgern gemacht wird, trifft somit den Gesetzgeber.

Arbeitsgruppe zur Entwicklung eines neuen Finanzierungssystems

Seit mehreren Jahren arbeitet im Auftrag des Parlaments eine Gruppe aus Schul- und Finanzverwaltung sowie Vertretern freier Schulen an einem neuen Finanzierungsmodell. Dabei stellt sich als besonders schwierig heraus, die Kosten eines staatlich organisierten Schulplatzes zu bestimmen. Verschiedene Versuche konnten bislang zu keinem plausiblen Ergebnis führen. Im Frühjahr 2013 legen der Paritätische und der Dachverband der Berliner Kinder- und Schülerläden gemeinsam ein Berechnungsmodell vor, das in einem Workshop der Arbeitsgemeinschaft der Schulen in freier Trägerschaft und in einer parlamentarischen Anhörung diskutiert wird. In Folge wird die Verwaltung vom Parlament erneut beauftragt, ein mit den Schulverbänden abgestimmtes System zu erarbeiten.

Der Gedanke der Paritätischen Bürgerschule lebt

Die Bürgerplattform Wedding/Moabit, ein freiwilliger Zusammenschluss von knapp 40 deutschen, türkischen, arabischen, asiatischen und afrikanischen Gruppen, plant die Gründung einer freien Bürgerschule Wedding. Das Schulkonzept nimmt die Grundsätze der Paritätischen Bürgerschule auf und entwickelt diese, bezogen auf die Zielgruppe von Familien und Jugendlichen in Berlin-Wedding, weiter. Der Paritätische unterstützt diese Initiative und erwartet von den Verantwortlichen in Verwaltung und Politik, die Eltern nicht »im Regen stehen zu lassen«, sondern das Engagement anzuerkennen und zu unterstützen. Er regt an, gemeinsam ein Modellprojekt zu gründen, das insbesondere erprobt, wie bürgerschaftliches Engagement auch in sogenannten sozial benachteiligten Gebieten für die Schulen genutzt werden kann.

»Schule in Freiheit« nimmt einen zweiten Anlauf für eine Volksinitiative. Sie will folgende Grundsätze im Berliner Schulwesen etablieren:

› Pädagogische Freiheit – Schulen sollen die Inhalte und Qualitätsmaßstäbe ihrer Arbeit selbständig gestalten können.
› Gleichberechtigte Finanzierung – Schulen in staatlicher und freier Trägerschaft sollen ohne Schulgeld zugänglich sein.
› Selbständige Organisation – alle Schulen, die es wollen, sollen weitestgehend organisatorische Selbständigkeit erhalten.

Bereits im Jahr 2010 gelang es ihr durch die Sammlung von über 25 000 Unterschriften, eine Anhörung im Parlament zu erwirken. Im Sommer 2013 ist die Initiative erneut aktiv, um auch in dieser Legislaturperiode das Thema im Parlament zu diskutieren. Der Paritätische unterstützt die Initiative.

Fördern nach Bildungs- und Teilhabepaket

Mit der Einführung des Bildungs- und Teilhabepakets (BuT) wurde die Möglichkeit geschaffen, bedürftigen Schülerinnen und Schülern im Rahmen der Schule Unterstützungsleistungen anzubieten, die sich andere Familien zum Beispiel durch zusätzliche, privat finanzierte Nachhilfe organisieren. Freie Träger des Paritätischen haben hierzu Konzepte entwickelt, die speziell an den Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen ansetzen und den Schulerfolg unterstützen. Die Rahmenbedingungen, die das Land Berlin zur Umsetzung dieses grundsätzlich positiven Ansatzes geschaffen hat, führen jedoch dazu, dass dieses Instrument nur unzureichend genutzt wird. Die Verfahren von Bewilligung und Abrechnung gestalten sich als so kompliziert, dass sowohl Schulen als auch Eltern vor dem Verwaltungsaufwand zurückschrecken. Angebote des Paritätischen, die bisherigen Systeme gemeinsam zu überdenken und vernünftige Neuregelungen zu treffen, blieben vom Land bislang ungenutzt.

Familie, Frauen, Mädchen

Themen 2012 | 2013

› Frauen mit Behinderungen vor Gewalt schützen
› Familienbildung aufrechterhalten
› Modellprojekt flexible Kinderbetreuung
› Keine Kontrolle, sondern Unterstützung

Verspannungen lösen lernen | GfG Gesellschaft für Geburtsvorbereitung Familienbildung und Frauengesundheit Bundesverband e. V.
Foto: Malte Sängerer

Frauen mit Beeinträchtigungen und Behinderungen erleben fast doppelt so häufig körperliche und psychische Gewalt im Erwachsenleben wie Frauen im Bevölkerungsdurchschnitt. Referatsübergreifend veranstaltet der Paritätische gemeinsam mit drei Mitgliedsorganisationen einen Fachtag zu diesem Thema.

Familienbildung hat in den vergangenen Jahren einen Bedeutungszuwachs erfahren. Verschiedene Seiten, so auch der Paritätische sowie der Familienbeirat, letzterer als die Senatsverwaltung für Jugend beratendes Organ, kritisieren, dass bei komplexer werdenden Problemlagen von Familien seit dem Jahr 2000 keine finanzielle Anpassung vorgenommen wurde.

Im Gespräch mit der Senatsverwaltung zu flexibler Kinderbetreuung gibt es Fortschritte zu verzeichnen.

Auf Anregung der Fachgruppe des Berliner Landesverbandes entwickelt der Paritätische Gesamtverband ein Formblatt, um junge Mütter in ihrem Widerspruch zum Antrag des Vaters auf ein gemeinsames Sorgerecht zu unterstützen.

Frauen mit Behinderungen vor Gewalt schützen

Unter dem Titel »Frauen mit Behinderungen und Beeinträchtigungen vor Gewalt schützen – Erkenntnisse, Empowermentstrategien, Interventionsmöglichkeiten« veranstaltet der Paritätische gemeinsam mit drei Frauenunterstützungsorganisationen aus dem Mitgliederbereich einen Fachtag. Frauen mit Behinderungen und Beeinträchtigungen tragen ein bis zu dreifach höheres Risiko, Opfer sexueller, körperlicher oder psychischer Gewalt

Unter Paritätischem Dach

› 31 Familienorganisationen und Projekte, davon: › 4 Erziehungs- und Familienberatungsstellen › 40 Einrichtungen für Frauen und Mädchen, davon 9 Frauenzentren › 13 Einrichtungen zur Anti-Gewalt-Arbeit, davon 4 Zufluchtswohnungen und 1 Frauenhaus › 10 Frauen-Gesundheitszentren, davon 5 Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen.

Gemeinsames Sorgerecht
Auf Anregung der Fachgruppe entwickelt der Paritätische Gesamtverband ein Formblatt für den Widerspruch der unverheirateten Mutter gegen den Antrag des Vaters auf Erteilung des gemeinsamen Sorgerechts. Hintergrund dessen ist, dass die Mutter den Widerspruch in einer kurzen Frist von zwei Monaten nach der Geburt des Kindes einzureichen hat und dazu häufig aufgrund der neuen Situation und Anforderungen nicht in der Lage ist. Das Formblatt unterstützt die Frauen bei ihrem Widerspruch. Es soll vor allem erreicht werden, dass die Familiengerichte nicht einzig nach Aktenlage urteilen, sondern sich in einer mündlichen Verhandlung ein eigenes Bild von der familiären Situation verschaffen.

Fachreferentin
Evelyn Selinger
Telefon: (030) 86001-176
selinger@paritaet-berlin.de
Foto: Marcus Luttmer

zu werden als Frauen ohne Behinderungen. Das belegt die Studie der Bundesregierung (BMFSFJ) über die »Lebenssituation und Belastungen von Frauen mit Behinderungen und Beeinträchtigungen in Deutschland«. Der wechselseitige Zusammenhang von Gewalterfahrungen und gesundheitlicher Beeinträchtigung ist nachweisbar.

In der referatsübergreifenden Tagung wird die Situation aufgezeigt und werden Ansätze zur Verbesserung vorgestellt. Das Referat Psychiatrie/Queere Lebensweisen vertieft das Thema in seiner Fachgruppe. Institutionen, in denen Frauen mit Behinderungen und Beeinträchtigungen leben und Organisationen, mit denen sie im Alltagsleben in Kontakt kommen, sollen sensibilisiert und strukturell verändert werden. In verschiedenen Mitgliedsorganisationen ist dies inzwischen geschehen. Beratungskompetenzen innerhalb der Mitgliedsorganisationen zum Thema werden nach der Tagung vermehrt in Anspruch genommen.

Landesweit finanzierte Familienbildung aufrechterhalten

Für die Familienbildung erhalten die Träger Zuwendungen der Senatsverwaltung, die seit zwölf Jahren nicht mehr angepasst wurden. Die Träger sind überwiegend hochspezialisiert und auf die besondere Lage zum Beispiel von Alleinerziehenden, von Eltern mit behinderten Kindern, Migrantenfamilien und Stieffamilien eingestellt. Von diesen spezialisierten Angeboten profitieren Familien in der ganzen Stadt, ebenso Träger von Familienzentren. Im Gespräch von Mitgliedsorganisationen, der Geschäftsführung des Paritätischen und dem Referat Familie mit der Senatsverwaltung wird versucht, letzterer die Notwendigkeit einer finanziellen Verbesserung deutlich zu machen. Die Senatsverwaltung verschiebt das Problem auf die Kooperation mit den neu entstehenden Familienzentren an Kitas. Für diese sollen die Vereine Angebote im Rahmen »früher Hilfen« entwickeln und Honorarverträge abschließen.

Modellprojekt flexible Kinderbetreuung

Konkrete Maßnahmen der Arbeitsförderung ermöglichen seit zwei Jahrzehnten flexiblere Kinderbetreuung für Familien. Die Veränderungen in den Anforderungen der Maßnahmen verhindern, diese Angebote aufrecht zu erhalten. Seit Jahren bezweifelt die Jugendsenatsverwaltung den Bedarf, weil dazu kein statistisches Material vorliegt. Gemeinsam mit dem Verein alleinerziehender Mütter und Väter, kurz VAMV, wird ein Modellprojekt entwickelt und der Senatsverwaltung zusammen mit Trägern und der Geschäftsführung des Paritätischen vorgestellt – zunächst mit geringer Resonanz. Auch der Landesjugendhilfeausschuss diskutiert das Thema. Daraufhin ergreift die Senatsverwaltung die Initiative und gibt ein Merkblatt mit Ansprechpartnern im Bezirk heraus. Die Beratungsvereine legen Statistiken an und verweisen die Frauen an die Bezirke, obwohl dort faktisch keine Hilfe für Tagesmütter angeboten werden kann. Das Thema wird auch im Familienbeirat, der den Jugendsenat berät, weiter verfolgt.

Keine Kontrolle, sondern Unterstützung

Der neue Kinderschutzbeauftragte der Senatsverwaltung für Gesundheit bittet die Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen im Paritätischen um Vorschläge für ein zu überarbeitendes Einlegeblatt für den Mutterpass. Der Entwurf der Senatsverwaltung enthält unter anderem Fragen nach der Personenzahl in der Wohnung und nach der materiellen Situation der Schwangeren. Der Paritätische Arbeitskreis lehnt diesen Entwurf als kontrollierend ab, auch wegen der Unklarheit, ob die Arzthelferin einer gynäkologischen Arztpraxis oder der Arzt selbst mit welcher Qualifikation und Zeit die Frauen befragen soll.

Die Senatsverwaltung kann die Kritik am Entwurf des Einlegeblattes nachvollziehen, der Arbeitskreis legt einen eigenen Entwurf vor, der positiv aufgenommen wird. Der Mutterpass wird darin als Hilfeinstrument verstanden, um durch Informationen über Beratungsaufgaben und Adressen Schwangere frühzeitig auf die unterschiedlichen Unterstützungsmöglichkeiten hinzuweisen.

Themen 2012 | 2013

› Fachgruppe Ältere Menschen konstituiert sich neu
› Fortschreibung der Leitlinien für die Seniorenpolitik
› Neustrukturierung der Mobilitätshilfedienste
› Senioren bestimmen mit
› Bezirkliche Altenplanung

Ältere Menschen

Die Fachgruppe Ältere Menschen als die am längsten existierende Fachgruppe im Paritätischen konstituiert sich neu. Mehr als 38 Jahre leitete Käte Tresenreuter, Vorsitzende des Sozialwerk Berlin e. V., die Fachgruppe ehrenamtlich als Sprecherin und setzte viele Impulse für die Entwicklung der offenen Altenarbeit. Die Mitglieder der Fachgruppe unter der Leitung von Peter Stawenow vom Sozialwerk Berlin sowie den Stellvertretern Annelies Hermann, Unionhilfswerk Berlin e. V., und Dr. Klaus Sack, Volkssolidarität Landesverband Berlin e. V, führen diese Tradition des Vordenkens und der Vorreiterrolle fort. Die Fachgruppe sieht sich als Informationsdrehscheibe und Vernetzungszentrum für die vielfältigen Aufgaben der Mitgliedsorganisationen in der Altenarbeit, den Angeboten und der Beratung Rund ums Alter sowie der seniorenpolitischen Gremienarbeit und Mitgestaltung vor Ort. Schwerpunkte sind neben der offenen Altenarbeit auch die Schnittstellen zur ambulanten, teilstationären und stationären Pflege.

Leitlinien für die Seniorenpolitik

Die Fortschreibung der Leitlinien aus 2005 zieht sich weiterhin in die Länge. Unerwartet legt die Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales im Spätsommer 2012 einen Entwurf vor. Die Fachgruppe Ältere Menschen bezieht dazu Stellung. Der Paritätische leitet das Positionspapier an den zuständigen Senator, der es zur Kenntnis nimmt. Nach Paritätischer Meinung stellt nicht nur das Thema Armut, das zu knapp behandelt wird, ei-

Kreatives Potenzial | Szene aus »Eine viehische Komödie«, Theater der Erfahrungen
Foto: Michael Janda

Unter Paritätischem Dach

› Über 70 Mitgliedsorganisationen sind in einer Vielzahl von Projekten in der offenen und halboffenen Altenarbeit oder mit Angeboten und Hilfen für ältere Menschen tätig, unter anderem mit Besuchsdiensten und Mobilitätsdiensten, Service- und Dienstleistungen, Fortbildungen für Ehrenamtliche, Angeboten zur Erholung, zu Ausflügen, mit generationsübergreifenden und generationenverbindenden Angeboten, Beratungsangeboten sowie Kompetenzzentren Rund ums Alter, Treffpunkten und Begegnungsstätten, Wohnprojekten, Betreuungsvereinen oder in der Migrationsarbeit.

Neue Internetseiten
Auf den ersten Blick werden die Nutzer über die vielfältigen Aktivitäten beider Landesgremien, die auf Grundlage des Berliner Seniorenmitwirkungsgesetzes ehrenamtlich tätig sind, informiert. Die Internetadressen lauten: landesseniorenbeirat-berlin.de und landesseniorenvertretung-berlin.de

Netzwerk alter Talente
Seit September 2012 arbeitet das Theater der Erfahrungen an einem berlinweiten Netzwerk aus verschiedenen Akteurinnen und Akteuren, um neue Impulse für die Seniorenkulturarbeit zu geben. Es versteht sich außerdem als zentrale Anlaufstelle für Fragen rund um Seniorenkulturarbeit. Weitere Informationen unter: theater-der-erfahrungen.nbhs.de

Fachreferent
Dr. Oliver Zobel
Telefon: (030) 31 59 19-30
zobel@paritaet-berlin.de
Foto: Privat

nen Rückschritt bezogen auf die Leitlinien aus dem Jahre 2005 dar. Der Paritätische kritisiert auch das fehlende Zusammenspiel zwischen Senat und Bezirksverwaltungen bei der Entwicklung der Seniorenarbeit sowie die fehlende Bereitschaft, einen offenen Dialog über Politik für ältere Menschen an den Anfang der Neufassung der Leitlinien zu setzen.

Neustrukturierung der Mobilitätshilfedienste

Die Neustrukturierung der Mobilitätshilfedienste in Berlin sorgt für großes Unverständnis. Gewachsenes Vertrauen sollte gesichert und der Bedarf an Angeboten eher ausgebaut anstatt reduziert werden. Umzugsplanspiele der Senatsverwaltung tragen wenig zur Teilhabe mobilitätseingeschränkter insbesondere älterer Menschen bei. Die Auswirkungen des an den bezirklichen Strukturen orientierten sogenannten »12er Modells« im Bereich der zuwendungsgeförderten Mobilitätshilfedienste führt daher nicht nur bei den Trägern sondern auch bei den älteren Menschen zu Verunsicherung. Gewachsene vertrauensvolle Beziehungen zwischen Mobilitätshelfern und Hilfesuchenden werden ohne Not aufgegeben. Als Zwischenfazit kann festgestellt werden, dass Veränderungen auf Grundlage von Leistungs- und Kostenkennziffern nur wenig die relevanten Faktoren wie Vertrauen, regional unterschiedlicher Bedarf an Hilfeleistungen, Wegezeiten und Ehrenamtsstrukturen abbilden. Das Problem der Wartelisten von Menschen mit Mobilitätseinschränkungen, die nicht am Leben teilhaben können, löst die Senatsverwaltung damit nicht.

Berliner Seniorenwoche

Eine gute Tradition hat die jährlich stattfindende Berliner Seniorenwoche mit der Präsentation von Angeboten und Aktivitäten von und für Senioren. Das Motto der 38. Berliner Seniorenwoche im August 2012 lautet »Solidarität zwischen den Generationen«. Die Mitglieder der Landesseniorenvertretung nutzen die dortige Veranstaltung »Senioren debattieren im Parlament«, um für ältere Menschen relevante Fragen an die Landespolitiker zu stellen und eigene Positionen zu vertreten. Dabei beteiligen sich auch Paritätische Mitgliedsorganisationen.

Senioren bestimmen mit

Paritätische Mitgliedsorganisationen arbeiten engagiert im Landesseniorenbeirat mit, der den Senat und das Abgeordnetenhaus bei allen seniorenrelevanten Fragen berät. Sie sind zudem in den Arbeitsgruppen der Landesarmutskonferenz, im Landesnetzwerk für bürgerschaftliches Engagement, dem Arbeitskreis Berliner Senioren und in weiteren bezirklichen Fachgremien vertreten, um Positionen des Paritätischen dort einzubringen.

Bezirkliche Altenplanung

In der Fachtagung »Fortschreibung der Bezirklichen Altenplanung im Sozialraumbezug« im März 2013 stehen die Perspektiven der offenen Altenarbeit im Gemeinwesen im Mittelpunkt. Es zeigt sich, dass der Entwicklungsstand der bezirklichen Altenplanung sehr unterschiedlich ist. Ein grundsätzlicher Impuls zu einer kontinuierlichen Altenplanung in den Bezirken ist notwendig. Neben den Verwaltungen sind insbesondere die bezirklichen Seniorenorganisationen aufgerufen, ihre Altenplanung selbst zu gestalten. Anlässlich der Fachtagung wird eine umfangreiche Materialsammlung zur Altenhilfeplanung in den Bezirken zusammengetragen.

Landesgesundheitskonferenz

Anlässlich der 9. Landesgesundheitskonferenz Berlin »Wir sind da! Potenziale des Alters« im Dezember 2012 legt der Paritätische den Fokus auf die »Gesundheitsförderung trotz Pflegebedürftigkeit«. Die Diskussionsimpulse aus der Sicht älterer Menschen und aus der Praxis der Hilfe und Pflege zeigen die Gesamtaufgabe, vor deren Hintergrund man sich keineswegs Strukturumbrüche wie bei den Berliner Mobilitätshilfediensten leisten kann.

20 Jahre Betreuungsrecht

Das Betreuungsrecht löste vor 20 Jahren das Vormundschaftsrecht ab. Diese Änderung ermöglichte den Betroffenen mehr Mitbestimmung. Betreuungsvereine entstanden, um ehrenamtliche Betreuer und Betreuerinnen zu gewinnen, zu qualifizieren und ihnen beratend zur Seite zu stehen. Für die Jubiläumsveranstaltung der Interessengemeinschaft der Berliner Betreuungsvereine wurde die Fotoausstellung »Portraits Ehrenamtlicher Betreuerinnen und Betreuer« erarbeitet.

Menschen mit Behinderung

Themen 2012 | 2013

› Leistungs- und Kostentransparenz SGB XII
› Arbeitskreis »Pflegefreitag«
› Teilhabeorientiertes Qualitätsmanagement
› Inklusionsprojekt barrierefreie Taxen
› Kulturelle Inklusion von Menschen mit Behinderung
› Virtuelle Gedenkstätte T4

Gedenkort T4 | Tiergartenstraße 4, hier wurde das so genannte »Euthanasie«-Programm geplant und organisiert
Foto: Jörg Hanusch

Im Jahr 2012 startet im Paritätischen Berlin ein Projekt zur Analyse der Kostenstrukturen im Bereich SGB XII, das den stärker werdenden Forderungen des Landes Berlin nach mehr Kostentransparenz und umfassenderen Kontrollen Rechnung trägt und diese neuen Entwicklungen konstruktiv-sachlich und konzeptionell begleitet. Die Verhandlungen um den Berliner Rahmenvertrag Soziales und nötige Abstimmungsverfahren nehmen einen erheblichen Raum ein.

Einige Leuchtturmprojekte erfüllen den Gedanken der Inklusion mit Leben.

Leistungs- und Kostentransparenz für Leistungen nach SGB XII

Gemeinsam mit den Mitgliedsorganisationen des Paritätischen Berlin und mit Hilfe externer Unterstützung werden bestehende Kostenstrukturen in den Bereichen Behindertenhilfe, Psychiatrie, Drogen/Sucht, Hilfen für Menschen mit besonderen Schwierigkeiten analysiert und strukturiert ausgewertet. Die dabei gewonnenen Erkenntnisse über die Strukturen in der Leistungserbringung und den dahinterliegenden Kosten bilden die Grundlage für die Entwicklung eines homogenen, fairen und durchgängigen Kostennachweissystems – ein zentraler Verhandlungsgegenstand für die Entgeltverhandlungen mit den Fach- und Finanzressorts des Landes Berlin für die Jahre 2014 und 2015.

Unter Paritätischem Dach

› 7000 Kinder werden von 5 Trägern in 14 sozialpädiatrischen Zentren zur Frühförderung behinderter oder von Behinderung bedrohter Kinder versorgt › 400 Mitarbeiter, darunter circa 200 Schwerbehinderte, arbeiten in 11 Integrationsunternehmen › 4341 Menschen mit Behinderung arbeiten in Werkstätten von insgesamt 12 Trägern › weitere 1153 Menschen gestalten ihren Tag in Fördergruppen von 11 Trägern › 7459 Menschen mit Behinderung leben in betreuten Wohnformen, darunter 445 Kinder in Heimen › 1209 im betreuten Einzelwohnen › 1078 in Wohngemeinschaften › 2.990 in Wohnheimen und 1650 außerhalb Berlins.

Gedenkort-T4.eu & Ideenwettbewerb »andersARTig gedenken!«
»Wie kann ein Denkmal für die Opfer der NS-›Euthanasie‹ aussehen?« war die Frage des bundesweiten Ideenwettbewerbs »andersARTig gedenken!« der AG gedenkort-T4.eu an Schüler und Schülerinnen der Klassen 9 – 13 aller Schulformen. 47 Schulen beteiligten sich mit 159 Wettbewerbsbeiträgen. Der Wettbewerb wurde unterstützt durch den Paritätischen und seine Stiftung Parität Berlin.

»Kulturelle Inklusion von Menschen mit geistiger und/oder körperlicher Behinderung« war das Thema eines Fachtages, den der Paritätische Berlin zusammen mit der Kulturloge im November 2012 im Haus der Kulturen der Welt veranstaltete.

Fachreferent
Reinald Purmann
Telefon: (030) 860 01-151
purmann@paritaet-berlin.de

Anhörung im Abgeordnetenhaus von Berlin

In einer Anhörung im Ausschuss für Gesundheit und Soziales zum Thema »Rolle der Freien Wohlfahrtspflege und Weiterentwicklung der Zusammenarbeit« im März 2013 erhält der Paritätische Wohlfahrtsverband Berlin, vertreten durch Reinald Purmann, Referent für Behindertenhilfe und Vertreter des Verbandes in der Berliner Vertragskommission für Soziales (KO75), die Gelegenheit, zu aktuellen Fragen der Kooperation und Kostenentwicklung im Entgeltbereich Stellung zu beziehen und die Abgeordneten ausführlich zu informieren (siehe Berliner Rahmenvertrag Soziales auf Seite 17).

Arbeitskreis »Pflegefreitag«

In den Einrichtungen der Behindertenhilfe unter Paritätischem Dach gehören auch Pflegeleistungen zum Alltag.

Im Jahr 2012 hat der Paritätische begonnen, seine Mitglieder zu Pflegeworkshops einzuladen. Die Mitglieder wünschten sich daraufhin, dass dieses Angebot in einen regelmäßig stattfindenden Arbeitskreis Pflege – dem »Pflegefreitag« – mündet. Der »Pflegefreitag« wurde so konzipiert, dass sich Trägervertreter, Qualitätsbeauftragte und interessierte Mitarbeitende vier Mal jährlich treffen, um sich zu einem selbst gewählten Schwerpunktthema einen fachlichen Input durch eine Pflegeexpertin zu holen. Dabei sind Fallbeispiele einzubringen und zu bearbeiteten. Bisher wurden folgende Schwerpunktthemen bearbeitet: »Umgang mit Flüssigkeitsdefiziten«, »Expertenstandard Dekubitusprophylaxe«, »Umgang mit Schmerzen inklusive Schmerzerfassung bei Menschen, die sich nicht äußern können« und »Unterstützungsangebote im Rahmen von Sterbebegleitungen«.

Sofern eine Nachfrage besteht, wird das Angebot durch thematische Ganztags-Fortbildungen ergänzt.

GETEQ nueva® – Gesellschaft für teilhabeorientiertes Qualitätsmanagement

GETEQ nueva beschreibt und prüft die Qualität sozialer Dienstleistungen für Menschen mit Lernschwierigkeiten und Behinderungen. Das Neue und Besondere daran: Alle Fachkräfte haben ebenfalls eine Lernschwierigkeit und Behinderung. Sie wurden im Vorlauf von der Lebenshilfe Berlin in Kooperation mit nueva von atempo aus Graz ausgebildet.

Die GETEQ, an der der Paritätische Berlin und zahlreiche Träger der Behindertenhilfe beteiligt sind, wurde gemeinsam mit atempo aus Graz 2011 mit dem Consozial Management Preis für herausragende Innovationen im Sozialbereich ausgezeichnet.

Im Sommer 2013 informierten sich Delegierte des Hamburger Senates vor Ort bei der GETEQ, um ein Evaluationsunternehmen nach dem Berliner Vorbild aufzubauen. Trägervertreter aus weiteren Bundesländern sowie eine Kommune in Dänemark planen ähnliche Schritte.

GETEQ nueva schafft Facharbeitsplätze mit hohem sozialen Prestige auf dem ersten Arbeitsmarkt für Menschen, die früher als geistig behindert ausgegrenzt wurden. Die GETEQ verhandelt derzeit mit der Berliner Industrie- und Handelskammer über die Anerkennung des Berufsbildes.

Eine stabile Auftragslage und ein steigender Bedarf an Fachkräften zeichnen sich ab. Das Berliner Wohnteilhabegesetz verpflichtet Anbieter von sozialen Dienstleistungen, alle zwei Jahre eine nutzergesteuerte Evaluation durchzuführen. Die Arbeit der GETEQ gGmbH ist hier wegweisend.

Inklusionsprojekt barrierefreie Taxen

Der Verband unterstützt seit Jahren die Forderung nach einem barrierefreien öffentlichen Nahverkehr und somit die Einführung multifunktionaler Taxen, die auch Rollstuhlfahrer befördern können. In diesem Sinne richtete der Paritätische Wohlfahrtsverband Berlin im Juni 2013 im Tagungshaus der Fürst Donnersmarck Stiftung in Berlin Zehlendorf eine Veranstaltung zum »Inklusionsprojekt Einführung barrierefreier Taxen« aus. Der Sozialverband Deutschland, Landesverband Berlin-Brandenburg e. V. (SoVD B-B) leitet das Projekt, das von der Aktion Mensch unterstützt wird. Mit dem Vorhaben soll eine wesentliche Verbesserung der innerstädtischen Mobilität von Menschen mit Behinderungen erreicht werden. Vertreter der Fahrzeugindustrie und -technik, des Taxigewerbes und anderer öffentlicher Verkehrsträger, aus Politik und Organisationen von Menschen mit Behinderungen, aus Tourismus und dem Projekt EnthinderungsTaxi nahmen an der Tagung teil und sind an einer Kooperation interessiert.

Migration

Themen 2012 | 2013

› Neue Zuwanderung aus Süd- und Südosteuropa
› Neue Integrationsbeauftragte für Berlin
› Anerkennung ausländischer Abschlüsse
› Kampagne »Wahlrecht für Alle«
› 20 Jahre »Band für Mut und Verständigung«
› Der »NSU«-Prozess beginnt

Menschen verschiedener Herkunft sind willkommen | Schminkaktion bei ANE
Foto: Magda Richiusa

Seit letztem Herbst protestieren Flüchtlinge mit einem Camp am Oranienplatz in Kreuzberg. Paritätische Organisationen helfen vor Ort, wo Hilfe gewünscht ist. Ob das Camp in seiner derzeitigen Form weiterhin eine sinnvolle Weise des Protestes darstellt, wird kontrovers diskutiert. Letztendlich geht es bei den Protesten aber um die Frage, inwieweit Menschen in Deutschland ein menschenwürdiges Leben zugestanden wird. Dass es sich beim Protestcamp der Flüchtlinge um »rechtswidrige Zustände« handelt, ist formaljuristisch gesehen richtig. Dies rührt daher, dass die Gesetzeslage in verschiedenen Punkten fragwürdig ist und gerade in Bereichen wie Gesundheitsversorgung und Bewegungsfreiheit nicht mit der europäischen Charta der Grundrechte korreliert. Asylsuchende unterliegen in Deutschland europaweit gesehen teilweise einmaligen Restriktionen. Auch das Bundesverfassungsgericht bestätigt, dass das Asylbewerberleistungsgesetz in seiner derzeitigen Form nicht mit dem deutschen Grundgesetz zu vereinbaren ist. Der Paritätische fordert daher eine Verbesserung der Aufnahmebedingungen, die Abschaffung der eingeschränkten Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, eine Aufhebung des Arbeitsverbotes und der Residenzpflicht sowie den vollständigen Zugang zu Krankenversorgung und Sprachkursen.

Neue Zuwanderung aus Süd- und Südosteuropa

Paritätische Mitglieder verzeichnen vermehrt Beratungsbedarfe von Menschen aus Süd- und Südosteuropa, vor allem aus Bul-

Unter Paritätischem Dach

› 63 Träger und mehr als 90 Einrichtungen und Projekte. Die vielfältigen Angebote und Aktivitäten sind angesiedelt bei › 24 Migranten(selbst)-organisationen › 16 Migrations- und Nachbarschaftszentren › 11 Einrichtungen speziell für Migrantinnen › 10 spezialisierten Einrichtungen der Jugendhilfe sowie bei 15 psychosozialen und gesundheitlichen Beratungsstellen für Menschen mit Migrationshintergrund. In der Beratung und Qualifizierung zur Existenzgründung und der Freiwilligenarbeit engagieren sich 2, in der internationalen Zusammenarbeit 5 Organisationen, in der Antidiskriminierungsarbeit 2 Mitglieder sowie in der interkulturellen Suchthilfe 1 Mitglied. 10 Mitgliedsorganisationen bieten Integrationskurse und 4 Organisationen sind Träger der Migrationsberatung für Erwachsene, gefördert vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Themenheft zur interkulturellen Öffnung
Die Broschüre »Vielfalt im Alltag gestalten« erscheint im August 2012. Sie stellt die interkulturelle Öffnung unter dem Dach des Paritätischen Berlin vor. Darin finden sich zahlreiche praktische Beispiele, wie soziale Dienste und Institutionen in der Einwanderungsstadt Berlin gestaltet werden können.

Unter www.paritaet-berlin.de/pressemedien/broschueren.html steht die Broschüre zum Herunterladen bereit. In gedruckter Form ist sie kostenlos über die Paritätische Pressestelle erhältlich.

Fachreferent
Holger Spöhr
Telefon: (030) 860 01-177
spoehr@paritaet-berlin.de
Foto: Gisela Schuster

garien, Rumänien, Spanien, Italien und Griechenland. Sowohl Menschen, die auf der Suche nach Arbeit alleine einreisen, als auch Menschen, die als Familien gemeinsam kommen, sind Teil dieser äußerst heterogenen Gruppe. Auch das Bildungs- und Ausbildungsniveau ist vielfältig und umfasst sowohl handwerkliche als auch akademische Berufe.

Für neu zugewanderte Roma erarbeitet der Senat das Berliner Programm zur Einbeziehung ausländischer Roma. Paritätische Organisationen wie der Polnische Sozialrat, Club Dialog, AspE – Ambulante sozialpädagogische Erziehungshilfen, Gangway , das Nachbarschaftsheim Neukölln, Lebenswelt und Haus der Begegnung M3 bieten vielfältige Beratungsangebote, (Schul-)Sozialarbeit, Familienhilfe und zahlreiche weitere Projekte für diese Zielgruppe. In der Harzer Straße 65 steht das Familienforum von AspE e. V. sowohl neu eingewanderten als auch alteingesessenen Berlinern offen.

Neue Integrationsbeauftragte für Berlin

Nach dem Ausscheiden von Günter Piening hat Berlin eine neue Beauftragte für Integration und Migration: Dr. Monika Lüke. Anfang November 2012 tritt sie ihr Amt an. Anfang Januar 2013 stellt sie als Gast in der Paritätischen Fachgruppe Migration ihre integrationspolitischen Schwerpunkte dar und kündigt an, ein neues Integrations- und Partizipationskonzept zu erarbeiten.

Qualitätsdialog

Unter reger Beteiligung Paritätischer Mitgliedsorganisationen findet der Qualitätsdialog zum Berliner Integrationsprogramm statt. In mehreren Sitzungen wird der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen die Vielfalt und Professionalität der beteiligten Projekte dargestellt, die bisherige Arbeit reflektiert und werden Perspektiven und Schwerpunkte für die Zukunft des Programmes erarbeitet.

Anerkennung ausländischer Abschlüsse

Seit einem Jahr ist das »Gesetz zur Anerkennung im Ausland erworbener Abschlüsse« in Kraft. Das Netzwerk- und Förderprogramm »Integration durch Qualifizierung« (IQ-Netzwerk) nimmt seine Arbeit auf. In Berlin findet eine gute Kooperation mit den Migrationsberatungsstellen des Paritätischen und weiteren Mitgliedsorganisationen statt, etwa mit VIA – Verband für Interkulturelle Arbeit und Club Dialog.

Bei der Anerkennung von reglementierten ausländischen Berufsabschlüssen, gerade in den Feldern mit akutem Fachkräftemangel wie in der Altenpflege und im pädagogischen Bereich, gibt es weiterhin viel Handlungsbedarf.

Kampagne »Wahlrecht für Alle«

Die Fachgruppe Migration beteiligt sich an der Kampagne »Wahlrecht für Alle«. Sie unterstützt mit Diskussionsveranstaltungen, Druckkostenhilfen und einer Fahrraddemonstration die (auch bundesweite) Paritätische Forderung für ein kommunales Wahlrecht für alle Berliner Bürgerinnen und Bürger.

20 Jahre Band für Mut und Verständigung

Die Paritätische Mitgliedsorganisation Büro zur Umsetzung von Gleichbehandlung, kurz BUG, erhält für ihre Arbeit das »Band für Mut und Verständigung 2013«. Die feierliche Preisverleihung findet im Juni des Jubiläumsjahres im Festsaal des Roten Rathauses unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten Joachim Gauck statt.

Neuer Integrationsbeirat nimmt Arbeit auf

Nach seiner Neuwahl führt der Landesbeirat für Integrations- und Migrationsfragen seine Arbeit fort. Paritätisch besetzt ist er über die Liga-Vertretung sowie direkt in der Arbeitsgruppe Arbeit, Bildung, ethnische Ökonomie, inklusive Bundes- und Landesanerkennungsgesetz.

Der »NSU«-Prozess beginnt

Prof. Barbara John, Vorsitzende des Paritätischen Berlin und ehemalige Integrationsbeauftragte Berlins, ist weiterhin als Ombudsfrau für die Hinterbliebenen der Opfer aktiv. Sie begleitet diese beim langwierigen Gerichtsprozess gegen die mutmaßlichen Täter und deren Helfer.

Themen 2012 | 2013

› Neuer Referatszuschnitt
› Berlin – Hauptstadt der Armutsgefährdeten
› Beratungs- und Diskussionsbedarf zur WAV hält an
› AV Wohnen – Entwurf mit erster Bewertung
› Leistungstyp-Verhandlungen für Hilfen nach § 67 SGB XII
› Reform der Insolvenzordnung (InsO)

Menschen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten

Haarschnitt | Jenny de la Torre Stiftung
Foto: Michael Janda

Der Paritätische Gesamtverband stellt mit seiner Daten- und Faktensammlung »Armutsbericht 2012« dar, welche Bündelung an Problemen sich für Berlin und seine Bevölkerung ergeben. Die Aussagen stehen in starkem Kontrast zu Berliner Entwicklungsbeschreibungen wie der Bewertung der Armutsentwicklungen in den »Leitlinien zur Seniorenpolitik«.

Damit wird deutlich, dass eine ausreichende Absicherung des Existenzminimums vieler von Armut bedrohter oder betroffener Menschen nicht mehr nur durch Angebote der sozialen Beratung zu kompensieren ist. Vielmehr bedarf es einer Präventionsstrategie gegen Armut und grundsätzliche sozialpolitische Interventionen, um die Entwicklungen in eine andere Richtung zu leiten. Nach wie vor ist das Thema »Zugang zu bezahlbarem Wohnraum« in enger Verknüpfung mit der Entwicklung von Armut zu sehen. Durch die in der Wohnaufwendungenverordnung (WAV) knapp gesetzten Mietobergrenzen haben Menschen im Transferleistungsbezug kaum eine Chance auf eine bezahlbare Wohnung. Gleichzeitig wird es zunehmend schwieriger, sozial integrative Angebote in allen Bezirken Berlins gleichrangig zu entwickeln, da es mehr Menschen mit Bedarf an preiswertem Wohnraum gibt, als Wohnungen in diesem Preissegment zur Verfügung stehen.

Neuer Referatszuschnitt

Der Bereich wird ab 1. Januar 2013 in das neu geschaffene Referat Soziales integriert und umfasst die Themenfelder Woh-

Unter Paritätischem Dach

› 33 Träger mit 91 Einrichtungen, darunter: › 30 Angebote Wohnungserhalt und Wohnungserlangung › 4 Angebote Betreutes Gruppenwohnen für ehemals Drogenabhängige › 31 Angebote Betreutes Einzelwohnen › 15 Angebote Betreutes Gruppenwohnen › 5 Angebote Betreutes Übergangswohnen › 2 Kriseneinrichtungen › 5 Anlaufstellen mit Leistungsschwerpunkt Schuldner- und Insolvenzberatung.

Die Wohnaufwendungenverordnung in der Kritik
Mit einem Beitrag in der RBB-Abendschau wird am 18. Mai 2013 über die zunehmende Verknappung an bezahlbarem Wohnraum in Berlin berichtet. Der Paritätische fordert in einem Studiointerview eine Überarbeitung der WAV, die Neuberechnung der Mietobergrenzen und die Übernahme der tatsächlichen Heizkosten. In den folgenden Wochen wenden sich viele hilfesuchende Menschen an den Paritätischen, welche an Mitgliedsorganisationen vermittelt werden und dort Unterstützung erhalten.

Fachreferentin
Regina Schödl
Telefon: (030) 86001-171
schoedl@paritaet-berlin.de
Foto: Privat

nungslosenhilfe, Menschen in besonderen sozialen Schwierigkeiten, Schuldner- und Insolvenzberatung, Straffälligen- und Opferhilfe sowie soziale Beratung.

Diskussionsbedarf zur WAV hält an

Die fachpolitischen Diskussionen um die zu knapp gehaltenen Mietobergrenzen der Wohnaufwendungenverordnung dominieren in der Gremienarbeit. Große Rechtsunklarheiten bestehen auch, da das Landessozialgericht Berlin in einem Normenkontrollverfahren die WAV als unwirksam erklärt, da das Entstehen des Bruttowarmmietenkonzepts nicht schlüssig sei. Die Revision wird zugelassen, daher bleibt die WAV bis zum Urteil des Bundesozialgerichts in Kraft. Trotz des Ende Mai 2012 erscheinenden Mietspiegels, an dem sich die WAV orientiert, gibt es nach wie vor nicht genug Wohnraum in den zu knapp bemessenen Mietobergrenzen. Zuzahlungen aus dem Regelsatz, um einem Wohnungsverlust vorzubeugen, und eine Zunahme an ordnungsrechtlichen Unterbringungen in Notunterkünften sind die Folge.

AV Wohnen – Entwurf mit erster Bewertung

Die Bemühungen des Verbandes, in die Entwicklung der »überfälligen« Ausführungsvorschrift (AV) Wohnen einbezogen zu werden, führen zu keinem Erfolg. Leider ist das politische Interesse nicht gegeben, das Erfahrungswissen der Verbände zu nutzen. Lediglich gegen Ende des Jahres 2012 wird den Verbänden die Möglichkeit eingeräumt, zum endlich vorliegenden Entwurf der AV eine Stellungnahme im Beirat gemäß § 116 SGB XII abzugeben.

Bis Ende des ersten Halbjahres 2013 ist die AV Wohnen nach wie vor nicht in Kraft getreten.

Leistungstypverhandlungen für Hilfen nach § 67 SGB XII

In einem konstruktiven Dialog mit den Mitgliedsorganisationen im Leistungsfeld erarbeitet der Verband mit Text- und Denkmodellen Verhandlungspositionen, die für das Leistungsfeld die Bedarfe der Zielgruppe als Grundlage sozialpädagogischen Handelns in den Mittelpunkt stellt und nicht mehr nur die Wohnform in den Fokus nimmt. Dabei tauchte die bedeutsame Frage auf, in welcher Dimension das Vorhalten von Wohnraum durch die leistungserbringenden Organisationen auch als leistungsrechtlicher Refinanzierungsanspruch zu berücksichtigen sei. Die erst eingeführte Systematik mit Übergangskostenblättern bringt dabei keineswegs die Erkenntnis für eine ausreichende Bewertung. Die bislang fehlende inhaltliche Festlegung, für welchen Bedarf die trägerbezogenen Wohnraumangebote unerlässlich sind, macht es schwierig, in den bestehenden Leistungszusammenhängen die erforderliche Klarheit zu schaffen. Insofern ist die im Januar 2013 erklärte Bereitschaft der Senatsverwaltung, sich nun auf eine grundsätzliche Diskussion einzulassen, um das System der Hilfen nach § 67 SGB XII stärker weiterzuentwickeln, ein Schritt in die richtige Richtung.

Reform der Insolvenzordnung (InsO)

Der fachlich gebotene inhaltliche Austausch im Vorfeld angestrebter Rechtsänderungen erfolgt für das Leistungsfeld Schuldnerberatung überwiegend im Liga-Fachausschuss (FA) Soziales. Die Landesarbeitsgemeinschaft der Schuldner- und Insolvenzberatung (LAG SIB) sorgt als ständiges Mitglied im Liga-FA für den erforderlichen Informationstransfer, so auch im aktuellen Zusammenhang mit der Diskussion um die InsO-Reform: Die Berliner Verfahrensvorschläge zur Verkürzung der Restschuldbefreiung und der Hinweis auf die begrenzten Möglichkeiten der überschuldeten Menschen, vom Gesetzgeber angedachte Leistungsquoten zu erreichen, stießen bei der bundesweiten Diskussion um die Rechtsnovelle auf große Beachtung.

Im Nachgang zum Bundestagsbeschluss vom 17. Mai 2013 hat der Bundesrat am 7. Juni 2013 erwartungsgemäß keinen Einspruch gegen das »Gesetz zur Verkürzung des Restschuldbefreiungsverfahrens und zur Stärkung der Gläubigerrechte« eingelegt. Damit wird das Gesetz in seinen wesentlichen Teilen zum 1. Juli 2014 in Kraft treten.

Straffälligen- und Opferhilfe

Themen 2012 | 2013

› Tarifanpassung vollständig umgesetzt
› Eröffnung der Justizvollzugsanstalt (JVA) Heidering
› Paritätischer Fachtag »Restorative Justice«
› Zeugenbetreuung personell aufgestockt
› Modellprojekte freier Träger mit Jobcentern
› Änderungen im Referat

Angebot | Beratung für Männer – gegen Gewalt
Foto: Michael Janda

Die Umstrukturierungen in der Landschaft der Justizvollzugsanstalten gehen weiter. So werden im Rahmen der Fusion die JVAen Plötzensee und Charlottenburg sowie das Justizvollzugskrankenhaus zum 1. Januar 2013 zur JVA Plötzensee zusammengelegt. Die Paritätischen Träger, die in den betroffenen Anstalten Projekte vorhalten, reagieren flexibel auf die Entwicklung und halten ihre Angebote für die veränderten Strukturen aufrecht.

Im November lädt der Paritätische Berlin gemeinsam mit dem Verein der leitenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Justizvollzug des Landes Berlin e. V., der Berliner Vereinigung der Strafverteidiger e. V. und der Vereinigung Berliner Staatsanwälte e. V. zu einer Podiumsdiskussion in das Kammergericht Berlin zum Thema: »Der offene Vollzug in Berlin – Erfolgsmodell der Resozialisierung oder Sicherheitsrisiko für die Berliner Bevölkerung?« Die vom Paritätischen Berlin federführend durchgeführte Veranstaltung stößt auf großes Interesse und zeigt auf, dass der offene Vollzug mehr ein Erfolgsmodell und weniger ein Sicherheitsrisiko für die Berliner Bevölkerung darstellt.

Tarifanpassung im Rahmen des Justizvertrages umgesetzt

Die Träger der freien Straffälligen-und Opferhilfe, deren Projekte im Rahmen des Justizvertrages durch Zuwendungen der Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz (SenJustV)

Unter Paritätischem Dach

› 4 Träger für Beratung und Betreuung von Opfern, Angehörigen und Zeugen › 10 Träger der freien Straffälligenhilfe.

Änderungen im Referat
Das Referat Straffälligen- und Opferhilfe wird ab 1. Januar 2013 mit dem Referat Soziales zusammengelegt mit Regina Schödl als Fachreferentin (siehe dazu Seite 72).

Erster Opferbeauftragter zu Gast im Arbeitskreis
Im Oktober 2012 wird der Rechtsanwalt Roland Weber zum ersten Opferbeauftragten Berlins ernannt. Im Januar 2013 ist er zu Gast im Arbeitskreis Straffälligen- und Opferhilfe.

5 Jahre Stop Stalking
Im April 2013 feiert das Projekt Stop Stalking im Roten Rathaus sein fünfjähriges Bestehen. An dem Fachtag »Das Netzwerk gegen Stalking knüpfen« nehmen über 500 Interessierte teil.

Fachreferentin
Regina Schödl
Telefon: (030) 860 01-171
schoedl@paritaet-berlin.de
Foto: Privat

gefördert werden, sind 2012 in der Lage, die Gehälter ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an die tarifliche Entwicklung im öffentlichen Dienst anzupassen. Bis dahin waren die Gehälter teilweise auf dem Stand aus dem Jahr 2000 eingefroren.

Senator Heilmann bezeichnet die Bereitstellung der zusätzlichen Mittel in seinem Schreiben an den Paritätischen, welcher die Zuwendungen treuhänderisch verwaltet, als »Anerkennung für die engagierte Arbeit der Beschäftigten in vielen Projekten, die jeden Tag zum Gelingen des sozialen Rechtsstaats in unserer Stadt beitragen«.

Evaluation der Projekte im Justizvertrag wird nicht wie geplant durchgeführt

Nachdem ein vom Paritätischen in Auftrag gegebenes Konzept für eine wissenschaftlich begleitete Evaluation im Abgeordnetenhaus präsentiert wird, gibt der Hauptausschuss im März die Zuwendungsmittel für das Haushaltsjahr 2013 frei und hebt damit den qualifizierten Sperrvermerk auf. Die Koalition entscheidet sich jedoch für ein modifiziertes Vorgehen, sodass die Projekte durch die Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz einer (Neu-)Bewertung unterzogen werden sollen. Der Paritätische ist in den Prozess der (Neu-)Bewertung einbezogen. Er weist in diesem Kontext auf das bereits im Rahmen der Umsetzung des treuhänderischen Justizvertrags entwickelte und sich in einem kontinuierlichen Verbesserungsprozess befindliche Berichtssystem hin. Mithilfe dieser Steuerungsinstrumente lassen sich die aktuellen Bedarfe und Weiterentwicklungen in der Angebotsstruktur der freien Straffälligen- und Opferhilfe transparent und nachvollziehbar darstellen.

Eröffnung der JVA Heidering

Im Herbst 2012 informiert die JVA Heidering über den aktuellen Stand bezüglich der Behandlungs-, Ausbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen. Die Eröffnung der JVA findet am 8. März 2013 statt. Deren Belegung wird jedoch aufgrund von technischen Mängeln am Sicherheitszaun auf Mitte Juni verschoben. Dies hat auch Auswirkungen auf Paritätische Träger, die dort Behandlungs- und Bildungsmaßnahmen durchführen.

Paritätischer Fachtag »Restorative Justice«

Im Jahr 2012 formiert sich unter Beteiligung des Paritätischen ein Professions- und Institutionsübergreifender Arbeitskreis mit dem Ziel, ein Angebot des »Täter-Opfer-Ausgleichs« (TOA) im Strafvollzug zu implementieren.

In diesem Zusammenhang veranstaltet der Paritätische am 15. März 2013 einen Fachtag zum Thema »Restorative Justice – Opferbezogene Vollzugsgestaltung – Täter-Opfer-Ausgleich (auch) im Strafvollzug – Was ist das?«.

Modellprojekte freier Träger mit Jobcentern

Als Ergebnis des von dem Straffälligen- und Bewährungshilfe e. V. (sbh) gemeinsam mit dem Paritätischen veranstalteten Fachtages zum Thema »Arbeit statt Strafe – und dann?« werden nun Modellprojekte der sbh und des Freien Hilfe Berlin e. V. einerseits, sowie der Jobcenter Tempelhof/Schöneberg und Steglitz/Zehlendorf andererseits durchgeführt. Durch intensivierte Kooperationen der Fachvermittlungsstellen »Arbeit statt Strafe« mit den Jobcentern wird beabsichtigt, an die positiven Ansätze, die bei der Ableistung gemeinnütziger Arbeit entwickelt werden, besser als bisher anzuknüpfen. Ziel ist es, gemeinsame Klienten aus dem Bereich »Arbeit statt Strafe« durch abgestimmte Maßnahmen besser bei deren Bemühungen, sich wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren, unterstützen zu können.

Zeugenbetreuung personell aufgestockt

Das Angebot der Zeugenbetreuung des Opferhilfe Berlin e. V. im Landgericht Berlin-Moabit wird 2013 personell aufgestockt. Damit erhält das Projekt zusätzliche Kapazitäten, um auf die ständig zunehmende Nachfrage zu reagieren sowie das Angebot auch in den vermehrt in den Nachmittagsstunden stattfindenden Gerichtsverhandlungen zu gewährleisten.

Queere Lebensweisen

Themen 2012 | 2013

› Kampagne zu Pflegefamilien
› Regenbogenfamilienzentrum
› Ansprechpartnerin bei Staatsanwaltschaft
› Kürzungen bei Lesbenberatung verhindert
› Bezirk und Land zeigen Flagge
› Zweites Internationales Inter*Forum

Protest gegen Kürzungen im Zuwendungsbereich
Foto: Martin Thoma

Homophobie, Rassismus und Gewalt gehören nach wie vor zu den Alltagserfahrungen queer lebender Menschen. Lesben, Schwule und Transsexuelle mit Behinderung erleben in besonderem Maße Diskriminierung und Unverständnis – innerhalb der Behindertenhilfe, aber auch innerhalb der lesbisch-schwulen Community. Von voller gesellschaftlicher Teilhabe und Gleichbehandlung ist die Realität trotz gesetzlicher Vorgaben oft weit entfernt. Vorurteile, fehlende Informationen und Berührungsängste behindern den offenen Umgang miteinander und bauen Barrieren. Die Akzeptanz sexueller Vielfalt weiterzuentwickeln und zu befördern sowie jegliche Form von Homo- und Transphobie zu bekämpfen steht nach wie vor im Fokus der Arbeit im Paritätischen. Hier gilt es insbesondere die Bildung, Aufklärung und Jugendarbeit nachhaltig zu stärken. Vielfältige Initiativen und Aktionen setzen Zeichen für Toleranz und Gleichberechtigung. Der Aktionsplan »Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt« gegen Homophobie und Transphobie ist bereits Vorbild geworden für viele andere Bundesländer. Jüngstes Beispiel dafür ist Schleswig-Holstein.

Kampagne zur Gewinnung von Pflegefamilien

»Pflegekinder bringen Lebendigkeit in die Familie« – mit diesem Slogan startet im August 2012 die Plakatkampagne der Familien für Kinder gGmbH und des Lesben- und Schwulenverbandes Berlin-Brandenburg (LSVD). Mit Unterstützung von Paritäti-

Unter Paritätischem Dach

› 14 Vereine, die in vielfältigen Projekten queer lebende Menschen beraten, informieren und in unterschiedlichen Lebenslagen unterstützen und begleiten, gesellschaftliche Aufklärungsarbeit leisten, Konferenzen und Fortbildungen organisieren und eine große Zahl von Freizeitaktivitäten anbieten.

Fachreferent
Christian Reumschüssel-Wienert
Telefon: (030) 86001-122
reumschuessel@paritaet-berlin.de
Foto: Privat

schem und Diakonie sowie allen 12 Berliner Bezirken und allen freien Trägern der Pflegekinderhilfe sollen durch die Plakatkampagne neue Pflegefamilien gewonnen werden.

Gemäß den Ausführungsvorschriften des Landes Berlin kommen unterschiedliche Familienformen als Pflegestellen in Betracht. Mit der Kampagne werden neben verheirateten Paaren daher auch explizit Singles und unverheiratete Paare, Menschen bis 45 Jahre, angesprochen.

Regenbogenfamilienzentrum

Der Lesben- und Schwulenverband Berlin-Brandenburg (LSVD) richtet sich mit einem neuen Beratungsangebot, dem Regenbogenfamilienzentrum, an Familien mit gleichgeschlechtlichen Elternteilen: Inmitten der Debatte um die Gleichstellung homosexueller Paare findet am 15. März 2013 die Eröffnung statt. Bürgermeisterin Angelika Schöttler begrüßt die Gäste. Im Familienzentrum sollen Regenbogenfamilien künftig beraten und unterstützt werden. Es wird Gruppen für schwangere Lesben und schwule Väter geben.

Ansprechpartnerin bei Staatsanwaltschaft

Justizsenator Thomas Heilmann gibt die Ansprechpartnerin für Straftaten gegen die sexuelle Orientierung bei der Berliner Staatsanwaltschaft bekannt. Berlin ist damit in Deutschland das erste Bundesland, das nicht nur hauptamtlich bestellte Ansprechpartner bei der Polizei, sondern auch bei der Staatsanwaltschaft hat.

Kürzungen bei Lesbenberatung Berlin verhindert

Die Kundgebung gegen die Kürzungspläne bei der Lesbenberatung und Balance am 17. Mai 2013 vor der Senatsverwaltung für Gesundheit in der Oranienstraße ist ein Erfolg. Über 100 Menschen folgen dem Aufruf und demonstrieren gegen die Streichungen von je 15.000 Euro im laufenden Jahr bei der Lesbenberatung und dem Familienplanungszentrum Balance! Eine Onlinepetition mit über 3000 Unterschriften und Hunderten von unterstützenden Kommentaren wird an die Staatssekretärin für Gesundheit, Frau Demirbüken-Wegner überreicht (siehe dazu auch die Seiten 21 und 78).

Bezirk und Land zeigen Flagge

Am 30. Mai 2013 hisst der Regierende Bürgermeister von Berlin, Klaus Wowereit, am U-Bahnhof Nollendorfplatz die Regenbogenfahne. Im Juni wird in Berlin an den Bezirksratshäusern traditionell die Regenbogenfahne gehisst. Auf Initiative des LSVD Berlin-Brandenburg wurden im Jahr 1996 erstmals die Rathäuser von Schöneberg, Tiergarten und Kreuzberg beflaggt. Seitdem zeigten von Jahr zu Jahr mehr und mehr Bezirke Flagge gegen Homophobie und für Respekt gegenüber Schwulen und Lesben – im Jahr 2008 beteiligten sich erstmals alle Berliner Bezirke. Aufgrund von Bauarbeiten am Roten Rathaus findet die Flaggenhissung mit dem Regierenden Bürgermeister in diesem Jahr am U-Bahnhof Nollendorfplatz statt.

Zweites Internationales Inter*Forum

In Stockholm findet vom 9. bis 11. Dezember 2012 das zweite Internationale Inter*Forum mit 37 Aktivisten von 33 Inter*Organisationen und unterstützenden Institutionen aller Kontinente statt.

TransInterQueer e. V. (TrIQ) hatte 2012 die Bewilligung für das Netzwerkprojekt »Trans*-Inter*-Sektionalität – sich que(e)r stellen gegen Rassismus« bekommen und ist nun eines der zehn »Netzwerk[e] gegen Diskriminierung«, gefördert von der Antidiskriminierungsstelle des Bundes.

Netzwerkpartner sind ABqueer e. V., Gladt e.V., LesMigraS – Lesbenberatung Berlin e. V., StandUp und QueerLeben der Schwulenberatung Berlin sowie Queer Christ.

Bildungsinitiative Queerformat

Die Paritätischen Bildungsträger ABqueer und KomBi–Kommunikation und Bildung sind mit ihrer Bildungsinitiative Queerformat seit 2010 vom Sozialpädagogischen Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg (SFBB) und der Senatsverwaltung für Bildung beauftragt, den Aktionsplan gegen Homophobie und Transphobie des Berliner Abgeordnetenhauses in den Bereich der Kinder- und Jugendhilfe sowie Schule umzusetzen. Seither finden Informationsveranstaltungen für Schlüsselpersonen in Jugendämtern, Schulen sowie Fortbildungen für Erzieherinnen und Erzieher, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter sowie für Lehrerinnen und Lehrer statt.

Themen 2012 | 2013

› Kürzungen bei Lesbenberatung und Familienplanungszentrum abgewendet
› Aktionsprogramm Gesundheit
› Neue Projektgruppe »Besondere gesundheitliche Bedarfslagen«
› Patientenrechtegesetz tritt in Kraft
› Paritätisches Themenheft »Bewegung hält gesund«

Gesundheit

Gerade noch mal gut gegangen! Mit großer Empörung hat der Paritätische Wohlfahrtsverband Berlin auf die angedrohten Kürzungen bei der Lesbenberatung und dem Familienplanungszentrum Balance reagiert. Um ein ebenso sinnvolles Projekt für psychisch beeinträchtigte wohnungslose Frauen zu finanzieren, beschließt das Abgeordnetenhaus von Berlin die Kürzung anderer Frauenprojekte. Es gäbe keine »fachlichen Gründe« für die Auswahl dieser Projekte, stellt die zuständige Senatsverwaltung in Schreiben an die betreffenden Träger und den Paritätischen Berlin klar. Die Projekte hätten eben mehr Geld als andere, was zu der Entscheidung geführt habe. Ein daraufhin einsetzender und sechs Wochen anhaltender Proteststurm mit unzähligen Schreiben an die Verwaltung, Unterschriftensammlung, einer Online-Petition, Gesprächen mit Berliner Abgeordneten und einer gut besuchten Demonstration vor dem Haus der Gesundheitsverwaltung führt zur Rücknahme der geplanten Kürzungen. Nun spart die Verwaltung bei sich selbst. Die Erleichterung darüber ist groß und auch die Solidarität der Projekte, die im Integrierten Gesundheitsprogramm (IGP) gefördert werden. Ob diese Situation einmalig bleibt, muss abgewartet werden. Im nächsten Doppelhaushalt könnten sich neue Probleme auftun, wenn der Zensus zu Ausgabenkürzungen führen sollte.

Der Muko-Freundschaftslauf – eine Erfolgsgeschichte
Foto: Mukoviszidose LV Berlin-Brandenburg e. V.

Unter Paritätischem Dach

› 28 Träger, darunter: › 16 mit dem Schwerpunkt psychosoziale Beratung und gesundheitliche Hilfe für chronisch kranke Kinder, Jugendliche und Erwachsene › 5 mit gesundheitlichen und psychosozialen Hilfen für bestimmte Zielgruppen (einschließlich gleichgeschlechtliche Lebensweisen) › 1 Organisation für die ambulante medizinische Versorgung Wohnungsloser › 4 Organisationen mit dem Schwerpunkt Wissenstransfer, Gesundheitsbildung und Prävention.

Zwei Träger feiern ihr 30-jähriges Bestehen

Die Psychosoziale Beratungsstelle für Krebskranke und die Multiple Sklerose Gesellschaft kümmern sich seit 30 Jahren in Berlin um die Betroffenen und deren Angehörige und beeinflussen positiv deren Lebensqualität. Eine Krebserkrankung oder die Erkrankung an Multipler Sklerose gelten als chronische Krankheit. Als solche definiert das Robert-Koch-Institut Krankheiten, die lang andauernd und nicht vollständig heilbar sind und – weil sie wiederkehrend sein können – erhöhte Inanspruchnahmen von Leistungen des Gesundheitswesens nach sich ziehen.

Fachreferentin
Heike Drees
Telefon: (030) 86001-168
drees@paritaet-berlin.de
Foto: Anett Bußler

Berliner Parlament beschließt Aktionsprogramm Gesundheit

Das Abgeordnetenhaus von Berlin beschließt, die »Prävention im Land Berlin durch das Aktions-Programm Gesundheit [zu] stärken«. Das Aktionsprogramm soll besonders Menschen ansprechen, die aufgrund höherer Gesundheitsrisiken einen größeren gesundheitlichen Förderbedarf haben, und Menschen mit Migrationshintergrund. Andere Landesprogramme wie »Gesunde Kommune«, »Gesundes Altern« »Präventionsketten für gesundes Aufwachsen« oder »Sport und Bewegung« sollen im Rahmen des Aktionsprogramms koordiniert oder neu aufgelegt werden. Die Beteiligten im IGP werden aufgefordert, »Maßnahmen der Primärprävention für ihr jeweiliges Themenfeld zu benennen«. Innerhalb des IGP soll die Möglichkeit für einen Innovationsfonds geprüft werden. Das Aktionsprogramm Gesundheit wird evaluiert. Woher das Geld zur Finanzierung des Aktions-Programms kommen soll, ist offen.

Neue Projektgruppe »Besondere gesundheitliche Bedarfslagen«

Im Handlungsfeld »Besondere gesundheitliche Bedarfslagen« des IGP wird von der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales eine neue Projektgruppe eingesetzt. Der Paritätische Berlin gehört dazu. Der Arbeitsplan der Projektgruppe enthält unter anderem die Weiterentwicklung von Zielen, Zielgruppen und Maßnahmen, die von der bisherigen Projektgruppe formuliert wurden und Überlegungen zu Wirksamkeit und Erfolg einzelner Maßnahmen.

Patientenrechtegesetz tritt 2013 in Kraft

Das Gesetz zur Verbesserung der Rechte von Patientinnen und Patienten ist im Bundesrat beschlossen. Es geht um mehr Transparenz und um die Begegnung von Arzt und Patient auf Augenhöhe. Im Bürgerlichen Gesetzbuch wird ein Abschnitt aufgenommen, der den Behandlungsvertrag enthält. Dieser regelt das Verhältnis zwischen Arzt und Patient, insbesondere transparente und verständliche Informationen durch den behandelnden Arzt. Der Patientenbeauftragte der Bundesregierung äußert sich positiv zu der neuen Rechtsnorm, mit der Patienten das Recht auf Aufklärung und Information über Untersuchungen, Diagnosen und Therapien erhalten, ebenso wie über die Kosten der Behandlung und etwaige Behandlungsfehler.

Kontinuierliche Arbeit in der Qualitätsgemeinschaft Gesundheit

Die Qualitätsgemeinschaft Gesundheit beschließt, geltende Standards, die der fachlichen Arbeit zugrunde liegen und die in den Qualitätshandbüchern verankert sind, in einem Grundsatzpapier zu veröffentlichen. Dazu gehören Konzepte der Projektarbeit, Leistungsbeschreibungen, Dokumentationssysteme und Verfahren einer Ergebnis- und Erfolgskontrolle. Die Mitglieder der Qualitätsgemeinschaft bitten den Paritätischen Berlin, Sorge dafür zu tragen, dass die in der Qualitätsgemeinschaft erarbeiteten und festgelegten Standards auch für das Handlungsfeld im IGP gelten und von der Senatsverwaltung nicht andere Kriterien zugrunde gelegt werden.

Paritätisches Themenheft »Bewegung hält gesund«

Im Februar 2013 gibt der Verband in Kooperation mit Gesundheit Berlin e. V. ein Themenheft zu präventiven Bewegungsangeboten Paritätischer Mitglieder heraus. Bewegung tut not, um uns gesund zu erhalten. Viele aktuelle Studien zeigen jedoch, dass der Bewegungsmangel in allen Altersgruppen zugenommen hat, bei Menschen in schwieriger sozialer Lage stärker als bei Wohlhabenden. Die gesundheitlichen Ressourcen von Menschen zu stärken ist ein zentrales Anliegen der Mitgliedsorganisationen des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes.

Mit dieser Broschüre werden die Potenziale von Bewegung und Prävention hervorgehoben und gangbare Wege für ihre Realisierung aus dem Kreise Paritätischer Mitglieder aufgezeigt. Zudem enthält sie Anregungen, wie soziale Betriebe mit Bewegungsangeboten dazu beisteuern können, ihrer Mitarbeiterschaft mehr Anerkennung und Ausgleich zu bieten und sie damit gleichzeitig stärker an den Betrieb zu binden, in Zeiten des Fachkräftemangels ein immer wichtiger werdender Aspekt.

Hilfe bei HIV/Aids und Hepatitiden

Themen 2012 | 2013

› Zwischenbilanz Kampagne für Beratungs- und Testangebot
› Ergebnisse Entwicklungskonzept für Prävention
› Neue Arbeitsgruppe HIV/Sucht und Arbeit im Verband
› Gegen Diskriminierung am Arbeitsplatz
› Neuer Leistungstyp Psychosoziale Betreuung

Ausgezeichnete Sicht | Christopher Street Day
Foto: Kalle Henkel

Der Nationale Aids-Beirat der Bundesregierung hat sich zur HIV-Prävention mit antiretroviralen Medikamenten positioniert. Mit Hinweis auf wissenschaftliche Studien stellt der Beirat des Bundesministeriums für Gesundheit fest, »dass bei vorliegender HIV-Infektion eine effektive antiretrovirale Therapie eine HIV-Übertragung verhindert«. Der Infektionsschutz ist weiterhin eine gemeinsame Aufgabe aller Beteiligten und hat nach wie vor eine wichtige Bedeutung für die Verhaltens- und Verhältnisprävention. Das Bundesministerium für Gesundheit weist darauf hin, dass die Schutzwirkung einer effektiven antiretroviralen Therapie auch von einem niedrigschwelligen Zugang zu HIV-Tests und HIV-Beratung abhängt. Bis 2014 ist Berlin gut aufgestellt mit einer durch die Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin finanzierten »Berliner Kampagne für trägerübergreifende Tests und Beratung zu HIV, Syphilis und Hepatitis C«. Danach kann das Angebot nur über eine Finanzierung aus dem Landeshaushalt aufrechterhalten werden. In einer Zwischenbilanz wird ein Fazit der ersten 15 Monate der Testkampagne gezogen. HIV-Infektionen sind heute gut behandelbar und ein selbstbestimmtes Leben mit HIV ist möglich, aber längst keine Selbstverständlichkeit. Zwar ist die Mehrheit der Menschen mit HIV in Deutschland erwerbstätig, aber viele von ihnen erfahren Diskriminierung, werden gemobbt, sogar gekündigt. Dabei besteht kein Risiko einer HIV-Übertragung im Berufsalltag. Diskriminierung von Menschen mit HIV im Berufsleben und am Arbeitsplatz muss überall gestoppt werden.

Unter Paritätischem Dach

› 16 Träger mit zahlreichen Projekten, darunter: › 1 Sonderpflegedienst für Aids-Kranke › 1 Kindertagesstätte für HIV-betroffene Kinder › 2 Projekte zur Arbeitsförderung für HIV-Positive › Wohnangebote von betreuten Wohngemeinschaften und Einzelwohnen für Aids -Erkrankte sowie Wohnvermittlung für HIV-Positive › 1 mobiles Vor-Ort-Präventionsteam › 1 Beratungsprojekt für HIV-positive Migranten › Partnerschaftsarbeit mit Osteuropa › Projekte für Selbsthilfe, Sozialberatung, Prävention, medizinische Informationen und Aufklärung.

Fachreferentin
Heike Drees
Telefon: (030) 86001-168
drees@paritaet-berlin.de
Foto: Anett Bußler

Zwischenbilanz der Berliner Kampagne für ein Beratungs- und Testangebot

Seit September 2011 koordiniert der Paritätische Berlin die Berliner Kampagne für ein Beratungs- und Testangebot. Sie ist inzwischen ein wichtiger und bundesweit anerkannter Bestandteil der HIV- und Hepatitis-C-Virus(HCV)-Prävention. Vier Mitglieder des Verbandes – Berliner Aids-Hilfe e. V., Schwulenberatung Berlin gGmbH, Mann-O-Meter e. V. und Fixpunkt e. V. – sind an der Beratungs- und Testkampagne beteiligt. Die Kampagne und deren Finanzierung enden 2014. Zur Halbzeit wird ein Bericht vorgelegt und ein Zwischenfazit gezogen. In den ersten 15 Monaten werden mehr als 4500 Tests von den freien Trägern durchgeführt. Zu Beginn der Kampagne nehmen rund 220 Teilnehmer monatlich das Angebot in Anspruch, ein Jahr später sind es bereits fast 400 Testteilnehmer im Monat. Der Anteil schwuler und bisexueller Männer liegt bei rund 56 Prozent. Einen Migrationshintergrund weisen rund 30 Prozent aller Testteilnehmer auf. Als Motivation für einen Test geben die meisten Teilnehmer an, eine Risikosituation erlebt zu haben. In den ersten 15 Monaten der Kampagne werden 53 HIV-Infektionen, 52 Syphilis-Infektionen und 30 HCV-Infektionen gefunden. Das Robert-Koch-Institut (RKI) schätzt 2012 die Anzahl bisher unentdeckter HIV-Infektionen in Berlin auf 2300. Mit dem Testangebot hat der Paritätische Berlin mit seinen Mitgliedern neue Wege der Prävention beschritten, die nahtlos in das vom Senat beschlossene Aktionsprogramm Gesundheit passen.

Ergebnisse zum Entwicklungskonzept für Prävention

Auf Einladung des Paritätischen stellen die Senatsverwaltung für Gesundheit und die Katholische Hochschule exklusiv die Ergebnisse der Themenarbeitsgruppen im Handlungsfeld HIV/Aids des Integrierten Gesundheitsprogramms (IGP) der Fachgruppe HIV/Aids, sexuell übertragbare Infektionen (STI) und Hepatitiden vor. Seit 2011 haben sieben Arbeitsgruppen Vorschläge entwickelt für die Umsetzung eines vom Senat beschlossenen Entwicklungskonzepts zur Prävention von HIV/Aids, STI und Hepatitiden. Es wird nun zu entscheiden sein, welche Vorschläge umgesetzt werden sollen.

Neue Arbeitsgruppe HIV, Sucht und Arbeit

Die immer weiter verschärften arbeitsmarktpolitischen Rahmenbedingungen treffen ganz besonders Menschen mit Suchterkrankung und/oder mit HIV. Sie werden auf dem Arbeitsmarkt immer weiter zurückgedrängt. Chancen auf eine Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt bestehen für die wenigsten von ihnen. Freie Träger der Aidsarbeit bitten den Paritätischen Berlin, eine neue Arbeitsgruppe zusammen mit dem Netzwerk Sucht und Arbeit einzurichten. In einer starken gemeinsamen Plattform sollen Möglichkeiten entwickelt werden, die die Zugangschancen von Betroffenen in Arbeit und Beschäftigung verbessern.

Gegen Diskriminierung am Arbeitsplatz

Zum Welt-Aids-Tag 2012 fordert der Paritätische Berlin ein Ende der Diskriminierung von Menschen mit HIV am Arbeitsplatz und mehr Unterstützung von HIV-positiven Menschen bei der beruflichen Orientierung und Jobsuche. Leben und arbeiten mit HIV sollte heute selbstverständlich sein und zur gesellschaftlichen Normalität gehören.

Neuer Leistungstyp Psychosoziale Betreuung

Ende 2012 beschließt die Kommission 75 den Leistungstyp »Psychosoziale Betreuung für seelisch behinderte Menschen mit HIV, Aids und/oder chronischer Hepatitis C (HCV)« als letzten Leistungstyp im Rahmen eines Gesamtpaketes mit betreuten Wohnformen und Tagesstrukturierung. Der neue Leistungstyp ermöglicht sowohl eine frühzeitige Intervention als auch Nachsorge zur Vermeidung eines höheren Hilfebedarfs und aufwendiger Betreuungsleistungen.

Suchthilfe

Themen 2012 | 2013

› Erfahrungsaustausch »Therapie statt Strafe«
› Neue Arbeitsgruppe Sucht/HIV
und Arbeit im Verband
› Zwischenfazit zur Berliner Testkampagne
› Regionale Suchthilfedienste laden zum Gespräch

Schaffenskraft | ADV gGmbH
Foto: Frederic Brueckel

Bei der Vorstellung des neuen Drogen- und Suchtberichtes der Bundesregierung zieht die Drogenbeauftragte der Bundesregierung eine positive Bilanz ihrer bisherigen Drogen- und Suchtpolitik. Jugendliche würden im Vergleich zu den Vorjahren weniger Alkohol, Tabak und Cannabis konsumieren. Dieses Ergebnis sei auf die gute Präventionsarbeit und auf ein sehr gutes Suchthilfesystem mit exzellenten und wirksamen Beratungs- und Therapieangeboten in Deutschland zurückzuführen. Allerdings müssten Menschen mit einem riskanten Suchtmittelkonsum viel früher mit Angeboten erreicht werden. Im aktuellen Jahresbericht der Berliner Senatsverwaltung sind die von ambulanten und stationären Einrichtungen der Suchtkrankenhilfe in Berlin erhobenen Daten zusammengefasst. Die Suchthilfestatistik zeigt auch 2011, dass Patienten mit Störungen aufgrund des Konsums von Alkohol, Opioiden und Cannabis die drei größten Hauptdiagnosegruppen sowohl im ambulanten als auch im stationären Bereich darstellen. Störungen aufgrund des Konsums von Alkohol sind dabei mit 43 Prozent im ambulanten Bereich und 48 Prozent im stationären Bereich die häufigste Hauptdiagnose. Hinsichtlich der absoluten Fallzahlen sind besonders die Hauptdiagnosen Alkohol und Cannabis in Berlin angestiegen. Das Berliner Suchthilfesystem erfüllt mit seinen differenzierten Angeboten wichtige Aufgaben, um Betroffenen in ihrer individuellen Lebenssituation zielgerichtet und effektiv zu helfen.

Unter Paritätischem Dach

› 61 Mitglieder mit folgendem Leistungsspektrum: › 7 Beratungsstellen für Alkohol- und Medikamentenabhängige und -gefährdete › 9 Beratungsstellen für Drogenabhängige und -gefährdete › je 1 Beratungsstelle für Esssüchtige, straffällige Alkoholabhängige, Menschen mit Cannabisproblemen, Kokainabhängige › 2 Drogenkonsumräume und 1 Drogenkonsummobil › 72 Plätze für die Entgiftung bzw. den qualifizierten Entzug › mehr als 1300 Plätze in der stationären und ambulanten Therapie und 48 Plätze in Tageskliniken › 1 Fachklinik für suchtkranke Menschen › 57 Plätze in Kriseneinrichtungen › 101 Plätze in Tagesstätten › über 1200 Plätze in betreuten Wohnformen › psychosoziale Betreuung für über 1500 substituierte Drogenabhängige › 58 Ausbildungsplätze › Selbsthilfeangebote bei 40 Prozent der Träger.

Aktionswoche Alkohol
Unter dem Motto »Alkohol? Weniger ist besser!« beteiligen sich wieder zahlreiche Träger der Suchthilfe mit verschiedenen Veranstaltungen an der bundesweiten Aktionswoche Alkohol.

Jubiläen
Das über Berlin hinaus bekannte Frauen-Wohnprojekt »Violetta Clean« des Trägers FrauSuchtZukunft besteht seit 30 Jahren. Die Ambulanz für Integrierte Drogenhilfe a. i. d Berlin des Notdienst Berlin e. V. in Kreuzberg nahm vor 15 Jahren ihre Arbeit auf, die in Friedrichshain vor 5 Jahren. Die Tagesstätte Trocken-Raum des Trägers Freie Demokratische Wohlfahrt e. V. in Prenzlauer Berg erhält zum 20-jährigen Bestehen Besuch von der Drogenbeauftragten der Bundesregierung.

Fachreferentin
Heike Drees
Telefon: (030) 860 01-168
drees@paritaet-berlin.de
Foto: Anett Bußler

Erfahrungsaustausch »Therapie statt Strafe«

Gleich nach der Fachtagung »Gesundheit und Haft in Berlin« im März 2012 setzen der Verband und seine Mitglieder den Dialog mit den Senatsverwaltungen für Gesundheit und Soziales sowie für Justiz und Verbraucherschutz fort. Ziel ist der Erfahrungsaustausch und die gegenseitige Verständigung über bestehende Versorgungsprobleme und Lücken in der Versorgung, insbesondere bei drogenabhängigen Inhaftierten. Die Gespräche finden im Rahmen der Gremienarbeit des Verbandes statt, zwischenzeitlich beteiligen sich auf Wunsch der Paritätischen Mitglieder auch andere Wohlfahrtsverbände an der Arbeitsgruppe im Paritätischen. Die Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz hat, veranlasst durch die Gespräche, eine Dienstanweisung erlassen, dass Inhaftierte bei Überleitung in eine Einrichtung der medizinischen Rehabilitation in schriftlicher Form ärztliche Informationen erhalten müssen, damit eine medizinische Versorgung nahtlos gewährleistet ist. Es ist frühzeitig und noch in Haft alles zu unternehmen, dass nach einer Entlassung oder Überleitung ein Krankenversicherungsschutz für den Klienten besteht. Schließlich hat die Justizverwaltung ein Formular zur Entbindung der Schweigepflicht vorgelegt, das von den freien Trägern mitgetragen wird. Dieses sind bereits sehr gute Ergebnisse.

Neue Arbeitsgruppe HIV, Sucht und Arbeit

Die sich immer weiter verschärfenden arbeitsmarktpolitischen Rahmenbedingungen betreffen ganz besonders Menschen mit Suchterkrankung und/oder mit HIV. Sie werden auf dem Arbeitsmarkt immer weiter zurückgedrängt. Chancen auf eine Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt bestehen für die wenigsten von ihnen. Freie Träger der Suchthilfe im Verband haben vor einigen Jahren das Netzwerk Sucht und Arbeit ins Leben und damit eine Plattform für die selbstorganisierte Kooperation geschaffen. Freie Träger der Aidsarbeit im Verband regen die Gründung einer neuen Arbeitsgruppe zusammen mit dem Netzwerk Sucht und Arbeit im Paritätischen Berlin an. Im Rahmen einer starken gemeinsamen Plattform sollen Möglichkeiten optimiert und weiterentwickelt werden, die die Zugangschancen von Betroffenen in Arbeit und Beschäftigung verbessern.

Zwischenfazit zur Berliner Testkampagne

Seit September 2011 koordiniert der Paritätische Berlin die Berliner Kampagne für ein Beratungs- und Testangebot, in der neben HIV-Tests auch Tests auf Hepatitis C für Drogenabhängige angeboten werden. Das Angebot von Beratung und Test für Drogenabhängige wird von Fixpunkt e. V. durchgeführt. Die Kampagne und deren Finanzierung enden 2014. Zur Halbzeit wird ein Bericht vorgelegt und ein Zwischenfazit gezogen. In den ersten 15 Monaten werden insgesamt mehr als 4500 Tests von den freien Trägern durchgeführt. In den ersten 15 Monaten der Kampagne werden 53 HIV-Infektionen und 30 HVC-Infektionen gefunden. Mit dem Testangebot hat der Paritätische Berlin mit seinen Mitgliedern neue Wege der Prävention beschritten, die nahtlos in das vom Senat beschlossene Aktionsprogramm Gesundheit passen.

Regionale Suchthilfedienste laden zum Gespräch

Die Regionalen Suchthilfedienste in den sechs Berliner Planungsregionen laden den Paritätischen Wohlfahrtsverband Berlin und die Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales zu den jeweiligen Regionalgesprächen ein. Es handelt sich dabei um einen Austausch über neue Suchtprobleme in der Region, die Versorgungssituation vor Ort sowie über notwendige Weiterentwicklungen in der Suchthilfe.

Neu auf dem Markt

»Suchtprobleme sind kein Grund aufzugeben«, so lautet der Titel der aktuellen Broschüre der Elternkreise Berlin-Brandenburg e. V. mit Kontaktdaten der Selbsthilfegruppen und Elternkreise in Berlin und in Brandenburg. Umfassendes Informationsmaterial zu Suchtthemen und der Arbeit der Elternkreise haben diese auch in polnischer Sprache veröffentlicht. Die Fachstelle für Suchtprävention entwickelt in Zusammenarbeit mit dem Hebammenverband Berlin eine »Schwangerschaftsdrehscheibe« zur Tabak- und Alkoholprävention in der Schwangerschaft.

Themen 2012 | 2013

› Förderung psychiatrieerfahrener Menschen
› Evaluation der Nutzerzufriedenheit
› Entwicklungen im Vergütungsbereich
› Tagung zur Inklusion
› Soziotherapie und integrierte Versorgung
› Zwangsunterbringung

Psychiatrie

Das psychiatrische Hilfesystem ist gegenwärtig einer starken Dynamik unterworfen. Die Menschen mit Psychiatrieerfahrung und ihre Organisationen sind erfolgreich in ihren Aktivitäten – mit Unterstützung des Paritätischen.

Die neuen politischen Strategien und Anforderungen des Landes Berlin, deren Ausdruck, die Kündigung der Berliner Rahmenvereinbarung sowie die Einführung von Kosten- und Leistungsnachweisen stellen große Herausforderungen an die Träger dar.

Im Rahmen eines Kongresses zur »inklusiven« und »sozialräumlichen« Orientierung wollen sich die psychiatrischen Hilfeerbringer und andere auf die fachlichen und konzeptionellen Herausforderungen der nächsten Jahre einstellen. Die Soziotherapie bleibt weiterhin ein problematisches Feld. Die Rahmenbedingungen müssen so gestaltet werden, dass die Zukunft dieser Leistungsart gesichert ist.

Der Berliner Landesverband beteiligt sich an Aktivitäten des Paritätischen Gesamtverbandes. Im Vordergrund steht hier die integrierte Versorgung sowie die UN-Behindertenrechtskonvention.

Förderung psychiatrieerfahrener Menschen

Nach wie vor ist es ein Anliegen des Paritätischen, Menschen mit Psychiatrieerfahrung in ihren Anliegen und in ihren Stärken zu unterstützen. Hierzu gehört nicht nur die Förderung und Teilnahme an dem trialogischen Berliner Schulprojekt »Wahnsin-

Kochen und backen bei »Aladin« | Perspektive Zehlendorf e.V.
Foto: Frederic Brueckel

Unter Paritätischem Dach

› Über 80 Träger mit über 300 Einrichtungen und Diensten mit Angeboten zur Betreuung und Beratung von Menschen mit psychischen Störungen oder seelischen Behinderungen. › Die meisten Träger bieten Betreutes Wohnen an mit mehr als 7000 Klientinnen und Klienten (Stand: 2011). › 26 Kontakt- und Beratungsstellen mit niedrigschwelligen Beratungs-, Gruppen- und Einzelangeboten. › Zahlreiche Zuverdienst- und Integrationsprojekte bieten verschiedene Wege zur Wiedereingliederung in Arbeitszusammenhänge an. › Der Berliner Krisendienst bietet – regional orientiert – stadtweit seine Beratung an. › 6 Organisationen sind im Bereich der Selbsthilfe tätig.

UN-Behindertenrechtskonvention
Der Paritätische ist an der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (BRK) nicht nur im Rahmen der Verbändekonsultation der Bundesregierung beteiligt, sondern auch in der Parallelberichterstattung der ›BRK-Allianz‹ aktiv. Letztere hat ihren Parallelbericht abgeschlossen und an die Vereinten Nationen übermittelt.

Integrierte Versorgung
Der Paritätische Berlin ist aktiv in einer Projektgruppe beim Gesamtverband. Diese formuliert eine Handlungsempfehlung mit grundlegenden Positionen, Anforderungen und Standards zur integrierten Versorgung aus Paritätischer Sicht und stellt sie im Rahmen einer Tagung vor. Im Herbst 2013 soll eine weitere Tagung folgen.

Fachreferent
Christian Reumschüssel-Wienert
Telefon: (030) 86001-122
reumschuessel@paritaet-berlin.de
Foto: Privat

nig normal«, sondern vor allem die Förderung von »Forschungskompetenz« und die Vorbereitung auf den »Inklusionskongress«.

Zur Vorbereitung auf die nutzerkontrollierte Evaluation des Berliner gemeindepsychiatrischen Hilfesystems wird eine Weiterbildung für eine Reihe von qualifizierten Menschen mit Psychiatrieerfahrungen zum Thema »Nutzerkontrollierte Forschung« durchgeführt. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer schließen diesen Kurs im Juni 2013 mit einem Zertifikat ab.

Unter dem Schirm des Paritätischen hat sich eine Gruppe von psychiatrieerfahrenen Menschen und Mitgliedsorganisationen gebildet, die in der Vorbereitung des im Herbst stattfindenden Kongress zur Inklusion eigene Vorstellungen und Positionen entwickeln. Diese sollen auf der Tagung vorgetragen werden.

Evaluation der Nutzerzufriedenheit

Die Träger der psychiatrischen Hilfen sind angehalten, die Zufriedenheit ihrer Nutzerinnen und Nutzer zu erheben. Im Rahmen des Konzeptes der nutzerkontrollierten Evaluation (siehe oben) ist ein Forschungskonzept entwickelt worden, das sich in der Diskussion befindet.

Entwicklungen im Vergütungsbereich

Infolge der Umstellung der Vereinbarungen mit den Trägern auf Plätze hat sich das Hilfesystem im Bereich der Vergütungen, also im Betreuten Wohnen und den Tagesstätten stark ausgeweitet. Hiermit wird der sich dynamisch entwickelnden Bedarfssituation Rechnung getragen.

Als eine besondere Herausforderung stellt sich die Entwicklung der Rahmenbedingungen heraus. Das Land Berlin hat die Berliner Rahmenvereinbarung (§ 75 SGB XII) (teilweise) gekündigt und strebt eine grundsätzliche Umorientierung des Hilfesystems an. Ergänzend hierzu geht es darum, sogenannte Kostenblätter zur Kalkulation von Gestehungskosten und Vergütungen zu entwickeln sowie die Transparenz von Personalausstattung und Leistungsgeschehen zu fördern.

Zusammen mit Mitgliedsorganisationen und Liga-Verbänden hat der Paritätische hier Vorstellungen entworfen und in die Verhandlungen eingebracht. Dies gilt insbesondere für die Kostennachweise, Nachweise für die Vorhaltung des Personals sowie für die eingegebenen Leistungen.

Tagung zur Inklusion und Sozialraumorientierung

Unter dem Motto »Berlin – Alle inklusive?« veranstaltet der Paritätische mit seinen Mitgliedsorganisationen Ende Oktober 2013 eine zweitägige Tagung zur Inklusion und Sozialraumorientierung. In Vorträgen und Workshops zu den Themen Arbeit, Wohnen und Sozialraum, Grundhaltung und Partizipation werden Leuchtturmprojekte vorgestellt. Das Berliner Hilfesystem soll dadurch Impulse erhalten, um seine inhaltliche Arbeit an die Anforderungen, die durch die UN-Behindertenrechtskonvention induziert wurden, anzupassen.

Zwangsunterbringung

Im Zusammenhang mit einigen höchstrichterlichen Urteilen zur Zwangsbehandlung und -unterbringung führt insbesondere die Berliner Gesellschaft für Soziale Psychiatrie mit Unterstützung des Paritätischen im Jahre 2012 zwei Veranstaltungen unter dem Motto »Braucht Berlin geschlossene Heime in der Gemeindepsychiatrie« durch. Anhand von Fallbeispielen wird über Alternativen zur geschlossenen Heimunterbringung beraten.

Soziotherapie und integrierte Versorgung

Die Ende 2012 abgeschlossenen Verhandlungen mit den Leistungsträgern um eine neue Vergütung verliefen erfolgreich.

Da die Soziotherapie auch Teil der neuen, jüngst geschlossenen Verträge zur integrierten Versorgung ist, werden die Verhandlungen auch Auswirkungen auf jene haben.

Die 2012 verabredete Durchführung einer wissenschaftlichen Erhebung zur Ermittlung direkter und mittelbar personenbezogener sowie indirekter Leistungsanteile wird von den Krankenversicherungen jedoch abgelehnt, was neue Verhandlungen notwendig macht und gleichzeitig erschwert.

Ambulante Pflege

Themen 2012 | 2013

› Pflegedemo gegen Preispolitik der AOK Nordost
› Bundessozialgericht zur Kündigung Qualitätszuschlag durch AOK Berlin
› Berliner Erklärung für eine gute Pflege
› Landessozialgericht verneint Berechtigung von Ausschreibung
› Investitionskosten in der ambulanten Pflege

Zeitspanne | Ambulante Pflege | Reha Steglitz gGmbH
Foto: Martin Thoma

Das Pflege-Neuausrichtungs-Gesetz wird am 29. 10. 2012 im Bundesgesetzblatt veröffentlicht. Die neuen Leistungen wie der pauschale Wohngruppenzuschlag oder die verbesserten Pflegeleistungen für Menschen mit eingeschränkter Alltagskompetenz auch in Kombination mit der Tagespflege führen in der Umsetzung zu vielen Problemen. So bestehen bis heute datenschutzrechtliche Bedenken bezüglich der Antragsformulare einzelner Krankenkassen auf den pauschalen Wohngruppenzuschlag. Auch die Veröffentlichung des leistungsrechtlichen Rundschreibens zum SGB XI im April 2013 durch den GKV-Spitzenverband führt nicht dazu, dass die Pflegekassen zum Beispiel die verbesserten Pflegeleistungen für Menschen mit eingeschränkter Alltagskompetenz in Kombination mit der Tagespflege zur Grundlage der Leistungsgewährung machen. Auch die Umsetzung der neuen Leistung »Betreuung« und der Zeitvergütung für Leistungen ambulanter Pflege in den zwischen den Pflegekassen und den Leistungserbringerverbänden beziehungsweise den Pflegediensten zu schließenden Verträgen ist bis dato nicht einvernehmlich erfolgt. Die Wahlmöglichkeit des Pflegekunden zwischen einer Abrechnung nach Leistungskomplexen und nach tatsächlichem Zeitaufwand führt bei den Pflegediensten bei gleicher Leistung zu erheblichen Mindereinnahmen. Der Paritätische Berlin gibt ein Gutachten in Auftrag, das die Wechselwirkungen der beiden Abrechnungsmodelle untersucht.

Unter Paritätischem Dach

› 30 Mitgliedsorganisationen mit Angeboten im Bereich ambulante Pflege und Betreuung von kranken und pflegebedürftigen Menschen. Hierzu gehören: › 49 ambulante Pflegedienste und die Koordinierungsstelle rund um Familien mit schwerkranken Kindern. Einzelne Pflegedienste sind schwerpunktmäßig aktiv in der Versorgung von Menschen mit psychischen Erkrankungen (5) › der Versorgung Aidskranker Menschen (1) und krebskranker Menschen (2) › der Assistenzpflege für Menschen mit Behinderung (2) › in der palliativpflegerischen Versorgung (5) › der ambulanten Intensivpflege (1) sowie der Familienpflege (7).

Investitionskosten in der ambulanten Pflege
Gemäß § 82 Abs. 4 SGB XI ist der Pflegedienst verpflichtet, dem Kunden die Kosten betriebsnotwendiger Investitionen nach dem SGB XI außerhalb der Pflegevergütung gesondert zu berechnen. Im November 2011 erzielen die Verbände der Leistungserbringer und die Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales eine Verständigung darüber, dass die Berliner Pflegedienste ab dem 1. Januar 2013 für hilfebedürftige Pflegebedürftige die Investitionskosten gegenüber dem Sozialhilfeträger pauschal in Höhe von 2,5 Prozent auf die Pflegeleistungen abrechnen können.

Fachreferentin
Ute Zentgraff
Telefon (030) 31 59 19-34
zentgraff@paritaet-berlin.de
Foto: Darren Klingbeil

Pflegedemo gegen Preispolitik der AOK Nordost

Rund 1000 Pflegende ambulanter Dienste und Sozialstationen, vornehmlich aus Berlin und Brandenburg, gehen am 3. September 2012 auf die Straße, gefolgt von einem Autokorso mit rund 100 Pflegedienstautos. Auf einer großen Kundgebung vor der AOK Nordost machen sie ihren Unmut deutlich über deren unverantwortliche Preispolitik, die in die Billigpflege führe. Von dort ziehen sie durch die Innenstadt bis vor das Bundesgesundheitsministerium – eine Demonstration für faire Entlohnung, für Würdigung der Pflege und gegen Preisdumping. Pflegedienste in Berlin und Brandenburg sind von massiven Absenkungen in den Vergütungen bedroht. Das lassen sie sich nicht gefallen. Die Bestimmung einer Schiedsperson durch die Aufsichtsbehörde der AOK Nordost für die Vergütungsvereinbarung »Häusliche Krankenpflege nach § 132 a Abs. 2 SGB V« ist auch im Sommer 2013 noch nicht erfolgt.

Bundessozialgericht zur Kündigung Qualitätszuschlag durch AOK Berlin

Das Bundessozialgericht (BSG) stellt am 22. November 2012 in einer Teilentscheidung fest, dass die von der AOK Berlin ausgesprochene Kündigung der Qualitätsvereinbarung im Sommer 2007 gegenüber den klagenden Pflegediensten zum 31. Januar 2008 unwirksam sei. Das BSG kommt zu dem Schluss, dass ein Schiedsverfahren hätte durchgeführt werden müssen und eine einseitige Kündigung der Qualitätsvereinbarung nicht statthaft sei, weil sie Teil der Vergütung in der häuslichen Krankenpflege war. Bis zum Erlass eines Schiedsspruches gelte die jeweilige Vergütungsvereinbarung weiter, sodass der Qualitätszuschlag nachzuzahlen sei. Die Liga der Spitzenverbände der Wohlfahrtspflege hatte für Pflegedienste der Wohlfahrtsverbände seinerzeit einen Antrag an die Senatorin für Gesundheit und Soziales auf Einleitung eines Schiedsverfahrens gestellt und damit deutlich zu erkennen gegeben, dass sie mit der Kündigung der Qualitätsvereinbarung nicht einverstanden sei. Die aufgrund des Urteils des BSG geltend gemachte Nachforderung der Dienste der Wohlfahrtspflege auf Zahlung des Qualitätszuschlages von drei Prozent ab 2008 wird von der AOK Nordost im Frühjahr 2013 abgelehnt. Die Pflegedienste machen nunmehr ihren Anspruch vor dem Sozialgericht Berlin anhängig.

Berliner Erklärung für eine gute Pflege

Mit der gemeinsamen Berliner Erklärung für eine gute Pflege der Bürgerinnen und Bürger in Berlin gehen die Verbände der ambulanten Pflegedienste im Juni 2013 in eine Vertrauensoffensive. Darin distanzierten sie sich klar und eindeutig von Abrechnungsmanipulation und Betrug. Sie lehnen aber auch pauschalierte Vorverurteilungen ab und fordern einen transparenten und partnerschaftlichen Dialog mit allen Beteiligten ein. Mit der Unterzeichnung der Berliner Erklärung wird die Erwartung ausgesprochen, dass sich Bezirksämter und der Berliner Senat eindeutig an einer vertragskonformen Umsetzung der Versorgung beteiligen. Dies gilt insbesondere auch für ein zügiges und bürgernahes Prüf- und Genehmigungsverfahren für die Leistungen der Hilfe zur Pflege.

Landessozialgericht verneint Berechtigung von Ausschreibung

Das Landessozialgericht Berlin-Brandenburg verneint, dass die Bahn-BKK berechtigt sei, Verträge von Versorgungsleistungen der häuslichen Krankenpflege gemäß § 132 a Abs. 2 SGB V für Versorgungsfälle ab Juli 2012 auszuschreiben. Der Ausschreibung stehe entgegen, dass einzelne Leistungserbringer dem Grunde nach Anspruch auf Abschluss eines Versorgungsvertrages haben. Nur so bleibe die vom Gesetzgeber geforderte Vielfalt der Leistungserbringer gewährleistet. Damit sind die Pflegedienste des Paritätischen weiterhin zur Versorgung der Versicherten der Bahn-BKK zu den im Schiedsspruch des Sozialgerichts Berlin vom 29. Juni 2013 festgelegten Preisen berechtigt.

Pflegebedürftige Menschen in Heimen

Themen 2012 | 2013

› Pflege-Neuausrichtungs-Gesetz (PNG) – kein leichter Start
› Erstmalig zusätzliche Betreuungskräfte für die Tagespflege
› Rahmenverträge gemäß § 75 SGB XI überarbeitet
› Vergütungsrahmen 2013 weitgehend konstant
› Prüfkatalog Heimaufsicht – auf der Suche nach Transparenz im Internet

Bewohnerin
Foto: Werner-Bockelmann Haus gGmbH

Trotz der bescheidenen positiven Effekte des Pflege-Neuausrichtungs-Gesetzes (PNG) für die stationäre pflegerische Versorgung sind die daraus resultierenden »Anpassungszwänge« für die Einrichtungen zu beachten und zu verhandeln. Bezeichnend für das Selbstverständnis der Pflegekassen ist, dass die vom Gesetzgeber im § 87 b SGB XI festgeschriebene graduelle Verbesserung der Versorgung für »Pflegebedürftige mit erheblichem allgemeinen Betreuungsaufwand« erst am 1. März 2013, mehrere Monate vor dem Inkrafttreten der Regelung für den vollstationären Leistungsbereich, refinanzierbar zu machen ist. Auch die erstmalig in der Tagespflege angebotene Leistungsoption zusätzlicher Betreuungskräfte gemäß § 87 b SGB XI bringen die Leistungserbringer zeitnah in die Verhandlungen ein. Eine kurzfristige Umsetzung im erforderlichen Finanzierungsrahmen war nicht vereinbarungsfähig. Mit sechs Monaten Zeitverzug wird eine Vergütung angenähert, die jedoch nicht kostendeckend ist und perspektivisch Einzelverhandlungen erforderlich macht. Mit dem rückwirkenden Abschluss erster Vergütungsvereinbarungen gilt es dennoch, dieses Angebot in der spezifischen Tagespflegestruktur zu erproben.

Pflege-Neuausrichtungs-Gesetz (PNG) – kein leichter Start

Auch wenn sich zahlreiche Neuregelungen im PNG mehr auf die ambulante Versorgung auswirken, ist es doch für den stationären Angebotsbereich wesentlich, das gesamte Änderungspa-

Unter Paritätischem Dach

› 19 Träger vollstationärer Pflegeeinrichtungen mit 36 Pflegeeinrichtungen und rund 5000 Plätzen › 12 Träger in der Tagespflege mit 18 Einrichtungen und rund 300 Plätzen › 4 Träger in der Kurzzeitpflege mit 4 Einrichtungen und rund 60 Plätzen › Unter dem Dach des Paritätischen sind 15 von 19 Betreuungsvereinen in Berlin tätig. www.berliner-betreuungsvereine.de

Quista in der Abschlussphase
Das Forschungsprojekt Quista der Charité startet in seiner letzten Phase, der dritten, mit einem Survey zur subjektiven Lebensqualität in der stationären Pflege in den Einrichtungen des Paritätischen. Nachdem das Instrument in den beiden ersten Phasen des Forschungsprojektes entwickelt und auch unter Einbeziehung älterer Ehrenamtlicher als Interviewer getestet wurde, findet 2012 eine weitere umfangreiche Testung in Bayern im Auftrag des Bayerischen Sozialministeriums statt.

Fachreferent
Dr. Oliver Zobel
Telefon: (030) 31 59 19-30
zobel@paritaet-berlin.de
Foto: Privat

ket zu erfahren und zu bewerten. Einerseits gilt es, die Beratung für an Heimplätzen interessierte Menschen qualifiziert zu leisten, andererseits zu erfahren, welche Nachfrageänderungen sich aus dem neuen Leistungssystem ergeben. Als schwierig erweisen sich kostenträgerseitige Interpretationsspielräume einzelner Regelungen. Erst Ende April 2013 sorgt der Spitzenverband der Gesetzlichen Krankenversicherungen (GKV) mit einem leistungsrechtlichen Rundschreiben für einige Klarstellungen.

Rahmenverträge gemäß § 75 SGB XI überarbeitet

Die Verhandlungen um die Rahmenverträge Tagespflege (Tapf) und Kurzzeitpflege (Kupf)ziehen sich lange hin. Schlussendlich können aber strittige Details in Bezug auf die Leistungsverpflichtungen der Einrichtungen wie Begleitung zu Arztbesuchen oder Datenschutzbelange geklärt werden. Die langwierigen Verhandlungen haben den positiven Nebeneffekt, dass die Grundlagen für die erstmalige Erbringung von Leistungen nach § 7 b noch in den Rahmenvertrag Tapf eingefügt werden können und der neue Richtwert von 1:24 für Kupf als konkrete Angabe ebenfalls schon im nun gültigen Vertrag festgehalten ist.

Investitionsaufwand – Baustelle für Kalkulationen

Die Umsetzung eines Bundessozialgerichtsurteils zur Kalkulation des betriebsnotwendigen Investitionsaufwands von Pflegeeinrichtungen bringt erheblichen Beratungs- und Verhandlungsbedarf mit sich. Über einen längeren Zeitraum war zu befürchten, dass stichtagsgenau zum 1. Januar 2013 gänzlich neue Reglungen anzuwenden seien. Erst kurz vor Ende des Jahres 2012 reagiert der Gesetzgeber auf die zahlreichen Problemmeldungen aus der Pflegelandschaft mit einer rechtlichen Klarstellung zu den Modalitäten der Pflegevergütung. Für Berlin bleibt das Erfordernis bestehen, mit einer längst überfälligen Novellierung der Einrichtungsförderverordnung die Kalkulationssicherheit in rechtlicher Hinsicht für alle zu verbessern. Die zuständige Senatsfachverwaltung zeigt sich bei diesem wie auch bei der Behandlung anderer Sachthemen bisher wenig dialogbereit.

Vergütungsrahmen 2013 weitgehend konstant

Die in 2012 vereinbarten Eckwerte führen zu folgenden Ergebnissen: Es gelten nun auch die Richtwertverbesserungen für die Sozialarbeit 1:150 (zuvor 1:200). Als lineare Fortschreibungsfaktoren für Sachkostensteigerungen sind 1,75 Prozent als Kalkulationsgrundlage vereinbart, bei Personalkostensteigerungen für das Jahr 2013 eine Fortschreibung mit einer Steigerung von 2,55 Prozent. Die zeitnahe Aufnahme der Verhandlungen zur Fortschreibung 2014/15 knüpft hier an.

Prüfkatalog Heimaufsicht – auf der Suche nach Transparenz im Internet

Die Berliner Heimaufsicht überrascht mit einem neuen, sehr umfangreichen Prüfkatalog. Weder im Vorfeld zu den angekündigten Prüfverfahren noch im Nachgang findet eine Einschätzung aus Verbändesicht Gehör. Die Prüfergebnisse in der neuen Prüfform sind zwar im Internet hinterlegt, allerdings an anderer Stelle als die Transparenzberichte nach SGB XI. Die Transparenzoffensive des Berliner Senats in Bezug auf Einrichtungsqualität verlangt daher vom Nutzer in erster Linie eine Menge Aufspürsinn beim Zusammentragen der unterschiedlichen Quellen und Internetverzeichnisse.

Berliner Zusatzerhebungen verbesserungswürdig

Die Berliner Zusatzerhebung, die alle zwei Jahre im Rahmen der amtlichen Pflegestatistik durchgeführt wird, hatte bisher in der Abstimmung und Auswertung zwischen Senatsfachverwaltung und den Verbänden eine gute Grundlage. Anders in 2011/12: Hier ging die Beteiligung der Einrichtungen stark zurück. Besonders bedauerlich ist, dass auch in der Auswertungsphase wichtige Querverbindungen und Kontextaussagen fehlen. So bleibt der stetige Rückgang der im Krankenhaus verstorbenen Bewohner unerwähnt. Dies ist eine zentrale Aussage der Sondererhebung Hospiz- und Palliativkultur. Das kritische Fazit: Nur die gemeinsame Abstimmung und Analyse sowie Bewertung der Ergebnisse werden die Substanz und Akzeptanz der Berliner Zusatzerhebungen zukünftig sichern.

Themen 2012 | 2013

› 15. Berliner Hospizwoche
› Erste Erfolge des Berliner Aktionsbündnisses Ambulante Palliativpflege
› Landespflegeausschuss Berlin
› Richtfest im Berliner Kinderhospiz Sonnenhof
› 10 Jahre Ambulanter Hospizdienst Friedrichshagen
› Theaterstück zu Tod und Sterben

Hospize

Bereits zum 15. Mal veranstaltet der Hospiz- und PalliativVerband Berlin e. V. im Oktober 2012 die Berliner Hospizwoche. Interessierte Besucherinnen und Besucher haben die Möglichkeit, sich in Fachvorträgen, Führungen durch Einrichtungen sowie über Film und Theater dem Themengebiet zu nähern und sich über die Angebote in Berlin kundig zu machen. Hospizliche und palliative Begleitung, Betreuung und Pflege für Menschen mit einer unheilbaren Erkrankung am Lebensende ist in den vergangenen 15 Jahren zum selbstverständlichen Bestandteil des Gesundheitswesens geworden.

Erste Erfolge des Berliner Aktionsbündnisses Ambulante Palliativpflege

Seit Juli 2010 besteht der Rahmenvertrag über die spezialisierte ambulante Palliativversorgung (SAPV) zwischen der Kassenärztlichen Vereinigung Berlin, den Berliner Krankenkassen und dem Home Care e. V. Obwohl Home Care-Ärzte und spezialisierte Pflegedienste seit Jahren in der praktischen Arbeit eng kooperieren, waren letztere als Vertragspartner in dem Rahmenvertrag nicht vorgesehen. Der Unmut vieler spezialisierter palliativpflegerisch tätiger Pflegedienste über diese fehlende Einbindung und eine unangemessene Vergütung führte sie dazu, sich im Berliner Aktionsbündnis ambulante Palliativpflege, kurz BAAP e.V, zusammenzuschließen. Gemeinsam erreichten sie über eine außergerichtliche Einigung mit den Krankenkassen, dass dieses Bündnis Mitte Dezember 2012 über eine Änderungsvereinbarung als

Momente | Ricam Hospiz gGmbH
Foto: Cathrin Bach

Unter Paritätischem Dach

› 12 ambulante Hospizdienste, darunter ein interkultureller Hospizdienst › 5 stationäre Hospize, davon 1 Hospiz für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene › 2 Informations- und Beratungsstellen: Zentrale Anlaufstelle Hospize für alle, die im Zusammenhang mit Sterben, Tod und Trauer Fragen haben oder Orientierung suchen, und eine Koordinierungsstelle rund um Familien mit schwerkranken Kindern.

Fachreferentin
Ute Zentgraff
Telefon (030) 31 59 19-34
zentgraff@paritaet-berlin.de
Foto: Darren Klingbeil

Vertragspartner im SAPV Rahmenvertrag Berlin aufgenommen wurde. Als erstes Ergebnis der noch laufenden Verhandlungen zu einer Neufassung des SAPV-Vertrages einigen sich die jetzigen Verhandlungsparteien auf eine neue Vergütungsvereinbarung für die palliativpflegerische Versorgung. Diese tritt zum 1. Juli 2013 in Kraft. Der Paritätische Berlin, vertreten durch das Referat Ambulante Pflege und Hospize, begleitet die Verhandlungen und stärkt damit die Verhandlungskompetenz aufseiten seiner Mitglieder, den Paritätischen Pflegediensten.

Sonderveranstaltung Landespflegeausschuss Berlin

Der Landespflegeausschuss Berlin veranstaltet gemeinsam mit der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales am 5. November 2012 eine ganztägige Sonderveranstaltung zum Thema »Hospizkultur und Palliativkompetenz in der stationären Altenhilfe – Ansätze aus der Praxis«. Zu den Organisatoren zählen auch Paritätische Mitglieder. Der Einladung folgen rund 200 Personen. In Vorträgen und Arbeitsgruppen werden Ansätze und Erwartungen an die Hospizkultur und Palliative Care-Kompetenz in Berliner Einrichtungen der stationären Altenhilfe erörtert.

Richtfest im Kinderhospiz Sonnenhof

Die Björn Schulz Stiftung baut 2012 das Berliner Kinderhospiz Sonnenhof erheblich aus. Da die vorhandenen zwölf Gästezimmer in den vergangenen Jahren immer voll belegt waren, vergrößert die Stiftung mit großem Kraftaufwand das Haus um vier weitere Gästezimmer sowie zusätzliche Therapieräume, Elternappartements und ein spezielles Trauerzentrum für Kinder. Insgesamt können jetzt 16 lebensverkürzend erkrankte Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene mit ihren Familien im Sonnenhof aufgenommen werden und erleben eine professionelle und liebevolle Betreuung. Der Leitsatz, nach dem die Björn Schulz Stiftung handelt – »wenn ein Kind so schwer erkrankt, ist immer die gesamte Familie betroffen« – wird im Berliner Kinderhospiz sowie in dem ambulanten Kinderhospizdienst, durch die ehrenamtlichen Familienbegleiter, umgesetzt. Spezielle Angebote für die Geschwisterkinder, die Eltern oder auch Großeltern entlasten sie in ihrem schweren Alltag.

10 Jahre Ambulanter Hospizdienst Friedrichshagen

Im Mai 2013 feiert der Ambulante Hospizdienst Friedrichshagen sein zehnjähriges Bestehen. Der ursprünglich für die Sterbegleitung von Bewohnern der stationären Pflegeeinrichtungen der Sozialstiftung Köpenick aufgebaute Hospizdienst begleitet inzwischen mit rund 73 ehrenamtlichen Hospizhelferinnen und -helfern Menschen in ganz Köpenick und den angrenzenden Regionen. Im Rahmen der Jubiläumsfeier werden die in den zehn Jahren beim Ambulanten Hospizdienst Friedrichshagen tätigen und ausgebildeten Hospizhelfer für ihren ehrenamtlichen Einsatz geehrt.

Theaterstück zu Tod und Sterben

Seit 2012 wird das Theaterstück »Bertha, stirb endlich« aufgeführt, bei dem haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Hospiz Schöneberg-Steglitz mit der Altentheatergruppe »Spätzünder« des Theaters der Erfahrungen sich Gedanken zum Thema Sterben und Humor machen. Die Akteure gehen mit dem Theaterstück auch auf Tour, so sind sie zum Beispiel im April 2013 beim Ambulanten Hospizdienst St. Johannisstift e. V. in Paderborn zu Gast.

Krankenhäuser

Themen 2012 | 2013

› Vorbereitung des neuen Krankenhausplanes
› Investitionsfinanzierung der Berliner Krankenhäuser
› Landesbasisfallwert 2013 Krankenhausfinanzierung
› Aktuelle Entwicklungen bei den Mitgliedern

Erfahrung | 100 Jahre Paulinenkrankenhaus | Paulinenhaus Krankenanstalt e. V.
Foto: Martin Kurtenbach

Das Jüdische Krankenhaus, das Paulinenkrankenhaus und die Entzugsstation Count Down des Drogentherapie-Zentrums Berlin sind mit ihren Angeboten unverzichtbarer Teil der Gesundheitsversorgung in Berlin. Die Bettenanzahl ist gesichert. In der Psychiatrie ist eine Erweiterung des stationären Angebotes dringend erforderlich.

Das Paulinenkrankenhaus feiert im Jahr 2013 sein 100jähriges Bestehen. In enger Kooperation mit dem Deutschen Herzzentrum Berlin und der Charité bleibt das Paulinenkrankenhaus die Spezialklinik für die Behandlung herzkranker Patienten.

Die Zukunft der Finanzierung der Krankenhausinvestitionen bleibt unsicher, der Modernisierungsstau nimmt jährlich zu. Die gemeinnützigen Krankenhausträger setzen sich gemeinsam dafür ein, dass ihre Bedarfe neben denen der Landesbetriebe und der Privatanbieter angemessen berücksichtigt werden.

Das neue Landesgremium nach § 90 a SGB V nimmt im März 2013 seine Arbeit auf. Die Direktorin des Jüdischen Krankenhauses Brit Ismer ist als BKG-Vorsitzende in dem Gremium vertreten.

Krankenhausplanung

Der aktuelle Krankenhausplan gilt bis Ende 2015. Die Versorgungsstruktur in Berlin hat sich in den vergangenen Jahren erheblich verändert. Durch zahlreiche Struktur- und Kos-

Unter Paritätischem Dach

› 2 Akutkliniken mit folgender Bettenzahl: Jüdisches Krankenhaus Berlin mit 305 Betten und Paulinenkrankenhaus mit 148 Betten – darunter 21 mit Beatmungskapazität. Das Drogentherapie-Zentrum Count Down bietet mit der Entzugsstation Count Down 12 Plätze für qualifizierte Entgiftung an.

Das neue Landesgremium
nach § 90 a SGB V hat sich im März 2013 konstituiert. Es gibt Empfehlungen zu sektorenübergreifenden Versorgungsfragen und wirkt bei der Sicherung einer wohnortnahen ambulanten haus- und fachärztlichen Versorgung mit. Das Gremium setzte eine Arbeitsgruppe ein, die eine regionale Bedarfsplanung entwickeln soll.

Erfahrungsaustausch
Die Landesverbände bringen ihre Anliegen über die Referentin des Gesamtverbandes in den Vorstand der Deutschen Krankenhausgesellschaft ein. Beim Paritätischen Gesamtverband wird eine neue Gremienstruktur erprobt: Künftig diskutieren die Bereiche Krankenhäuser und Gesundheitsselbsthilfe gemeinsame Themen zweimal jährlich.

Ansprechpartnerin
Elke Krüger, stv. Geschäftsführerin
Telefon: (030) 860 01-101
krueger@paritaet-berlin.de
Foto: Eberhard Auriga

tenreformen hat Berlin mittlerweile im Bundesvergleich die zweitniedrigste Bettenzahl und die zweitniedrigste Fallzahl bezogen auf die Zahl der Einwohner. Bereits im Dezember 2012 beginnt die Diskussion über den neuen Krankenhausplan, der 2016 in Kraft treten soll. Politik, Krankenhäuser und Kassen diskutieren über grundsätzliche Ziele der neuen Planung. Sie soll die Versorgungskette von der Prävention bis zur Rehabilitation gestalten. In der Versorgung sind kooperative Formen zu stärken, insbesondere die Zusammenarbeit mit den Brandenburger Krankenhäusern. In der Altersmedizin soll ein geriatrisches Versorgungskonzept entwickelt werden. Die Berliner Krankenhausgesellschaft sieht dringenden Handlungsbedarf in der Psychiatrie und der Geriatrie. Hier liegt die Bettenauslastung durchgängig bei 100 Prozent, während sonst die durchschnittliche Bettenauslastung bei circa 82 Prozent liegt.

Investitionsfinanzierung

Weiterhin besteht ein dramatischer Investitionsstau bei den Berliner Krankenhäusern. Verschärft wird die Situation durch die Begünstigung der Landesbetriebe. Bereits in der alten Planungsphase 2009 – 2013 reichten die vorgesehenen Mittel für Krankenhausinvestitionen für den gesetzlichen Auftrag des Landes (Krankenhaus-Finanzierungsgesetz) nicht aus. Aus Sicht des Paritätischen sind die Investitionssummen erheblich aufzustocken. In den Beratungen für den Berliner Doppelhaushalt 2014/2015 nimmt die Investitionsfinanzierung der Berliner Krankenhäuser einen erheblichen Raum ein. Dennoch ist zu befürchten, dass die künftigen Mittel erneut weit unterhalb des jährlichen Bedarfes von mindestens 190 Millionen Euro liegen werden. Bisher mussten 34 Millionen Euro jährlich zur Tilgung des Schuldendienstes des früheren Kreditfinanzierungsprogrammes eingesetzt werden. Der Paritätische fordert, dass diese Mittel ab 2015 in voller Höhe für notwendige Investitionen bereitgestellt werden.

Landesbasisfallwert 2013 Krankenhausfinanzierung

Der Landesbasisfallwert 2013 wurde verglichen mit 2012 auf 3015 Euro gesteigert, liegt aber unter dem Bundesdurchschnitt. Seit 2010 wird ein Bundesbasisfallwert ermittelt. Dabei zeigt sich, dass im Berliner Krankenhaussektor überproportional gespart wurde. Die Berliner Krankenhäuser haben insbesondere durch die Tarifabschlüsse erhebliche Kostensteigerungen zu verzeichnen.

Die Kampagne der Deutschen Krankenhausgesellschaft zur finanziellen Entlastung der Krankenhäuser zeitigte Erfolg: Im April 2013 beschloss das Bundeskabinett Finanzhilfen im Volumen von 1,1 Milliarden Euro für 2013 und 2014. Die Umsetzung soll über einen Versorgungszuschlag, eine anteilige Tariflohnfinanzierung, eine Anpassung beim Veränderungswert und zusätzlich über ein Hygieneförderprogramm erfolgen. Allerdings blieben wesentliche Forderungen der Krankenhäuser unberücksichtigt. Die Milliardenüberschüsse der Krankenkassen werden nicht zur Verbesserung der Versorgung der Patienten eingesetzt.

Aktuelle Entwicklungen bei den Mitgliedern

Herzlichen Glückwunsch Pauline! Das Paulinenkrankenhaus blickt auf 100 Jahre bewegte Geschichte zurück: Der Verein »Paulinenhaus für Kranken- und Kinderpflege« eröffnet das Haus im Jahr 1913. Ab 1918 beginnt eine über mehrere Jahrzehnte andauernde Kooperation mit der Firma Siemens. Das Krankenhaus im Westend steht 1972 kurz vor der Schließung, den Erhalt setzt eine Bürgerinitiative durch. Ab 1995 übernimmt das Paulinenkrankenhaus die Nachsorge herzoperierter Patienten des Deutschen Herzzentrums Berlin. Ab 2005 gilt die gleiche Vereinbarung mit der Charité. Im Jahr 2001 bezieht das Paulinenkrankenhaus das ehemalige britische Militärhospital. Heute ist die Pauline die Berliner Spezialklinik für herzoperierte Patienten und für die Zukunft bestens aufgestellt.

Im Jüdischen Krankenhaus

werden die Umbau- und Modernisierungsmaßnahmen fortgesetzt. Die Gesamtmodernisierung des Hauptbettenhauses wird noch einige Zeit in Anspruch nehmen. Mit zwei neuen Chefärzten hat das Jüdische Krankenhaus sein Angebotsspektrum erweitert: Im Dezember 2012 übernahm Dr. Renouard die Klinik für Orthopädie, Unfallchirurgie und Visceralchirurgie. Im März 2013 nahm Priv.-Doz. Dr. Jungehülsing als Chefarzt der Klinik für Neurologie seine Tätigkeit auf.

Nachbarschaftszentren und Selbsthilfe-Kontaktstellen

Themen 2012 | 2013

› Zukunftsinitiative Stadtteil
› Generationenübergreifendes Wohnen im Quartier
› Fachtag Bündnis für soziale Nachbarschaften
› Infrastrukturförderprogramm Stadtteilzentren (IFP StZ)

Tanzeinlage beim internationalen Frühstück
Foto: Mittelhof e. V.

Stadtteilzentren und Selbsthilfe-Kontakt- und Beratungsstellen sind Orte gelebter Nachbarschaften, bieten die Voraussetzungen für soziale Teilhabe und bilden ein Netzwerk für bürgerschaftliches Engagement.

Das Angebot ist vielfältig und an den Bedürfnissen der Bewohnerinnen und Bewohner der Kieze, Stadtteile oder Bezirke ausgerichtet – es reicht über soziale Beratung, Lehr- und Kursprogramme, Selbsthilfegruppen und vieles mehr bis hin zur aktiven Gestaltung der gemeinsamen Lebenswelt.

Über das Infrastrukturförderprogramm Stadtteilzentren (IFP STZ) ist die finanzielle Grundsicherung von berlinweit mehr als 50 Nachbarschaftszentren, Selbsthilfe-Kontakt- und Beratungsstellen, Seniorenprojekten und weiteren auch überregional wirkenden Projekten zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements und der Selbsthilfe bis Ende 2015 mit der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales und dem Paritätischen geregelt.

Zukunftsinitiative Stadtteil nutzt EU-Förderperiode bis 2013

Das Programm zur integrierten Stadtentwicklung »Zukunftsinitiative Stadtteil« der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin strebt den stetigen Abbau ungleicher innerstädtischer Lebensbedingungen an. Die Initiative nutzt die Schwerpunkte der EU-Förderperiode 2007 – 2013 zur Weiterentwicklung gemeinwesenorientierter Strukturen und vorrangig regionaler Netz-

Unter Paritätischem Dach

› 27 Nachbarschaftshäuser in allen Berliner Bezirken › 12 Selbsthilfe-Kontaktstellen, eine pro Bezirk › 16 Senioren- und Selbsthilfeprojekte › 42 zusätzliche EFRE-Projekte der Stadtteilzentren › 5 zusätzliche ESF-Projekte der Stadtteilzentren.

Pestalozzitreff mit neuem Träger
Der Humanistische Landesverband Berlin-Brandenburg e. V. übernimmt das Stadtteilzentrum zum 1. Januar 2013 von der MUT gGmbH.

Marzahn-Hellersdorf bewegt sich!
Unter diesem Motto veranstalten der Verbund der Stadtteilzentren von Marzahn-Hellersdorf und das dortige Bezirksamt Ende Mai 2013 die Gesundheitswoche.

66 Jahre Mittelhof
1947 gegründet zur Linderung der Not, zur Initiierung von Selbsthilfe sowie Erziehung zur Demokratie ist der Mittelhof e. V. heute, mit mehr als 270 Mitarbeitenden und einer großen Zahl von ehrenamtlich tätigen Menschen, in Steglitz-Zehlendorf und Charlottenburg-Wilmersdorf an 25 Berliner Standorten tätig.

Fachreferentin
Dr. Gabriele Schlimper
Telefon: (030) 55 67 05-18
schlimper@paritaet-berlin.de
Foto: Gisela Schuster

werke gegen Isolation, Ausgrenzung und Benachteiligung ausgewählter Bevölkerungsgruppen. Zudem werden Fachkräfte qualifiziert zur Unterstützung und Moderation von Selbstorganisation und gegenseitiger Hilfe. Der Paritätische setzt sich in der Sozialverwaltung und im Sozialausschuss des Abgeordnetenhauses erfolgreich dafür ein, dass die Infrastrukturfördermittel aus den EU Förderprogrammen unseren Mitgliedsorganisationen auch in 2013 zur Verfügung stehen.

Generationenübergreifendes Wohnen im Quartier

Der demografische Wandel führt zu veränderten Familien- und Lebensstrukturen und zu einem stetig ansteigenden Anteil älterer Menschen. Die Zahl der 80-Jährigen wird sich nach Prognosen bis 2030 in Berlin nahezu verdoppeln. Daraus entstehen völlig neue Herausforderungen für den Wohnungsmarkt, denn die meisten Älteren möchten so lange wie möglich selbstbestimmt und eigenverantwortlich leben, sich aber ebenso aktiv in das Kiezleben einbringen.

Wohnungswirtschaft und Politik müssen Ansätze und Lösungen finden, um generationenübergreifendes Wohnen im Quartier möglich zu machen. Zunehmend mehr Menschen haben Interesse an Alternativen zum konventionellen Wohnen alleine oder mit dem Partner und in gemeinschaftlichen Wohnformen.

Fachtag Bündnis für soziale Nachbarschaften

Auf der Veranstaltung im September 2012 in der Jerusalemkirche in Berlin-Kreuzberg werden gemeinsam mit dem Verband für sozial-kulturelle Arbeit e. V., dem Nachbarschaftsheim Schöneberg sowie Vertreterinnen und Vertretern aus Wohnungswirtschaft, Verwaltung und Politik folgende Fragen diskutiert: Wie sieht ein zukunftsgerechtes Stadtquartier aus? Welche Anforderungen gibt es an ein gemeinschaftliches Leben im Quartier? Welche Rolle spielen Wohnungswirtschaft und Stadtteilzentren und wie wirken sie zusammen?

In den Praxisbeispielen und der anschließenden Podiumsdiskussion wird deutlich, dass es zwar erste gute Ansätze gibt, aber die Diskussion dieses Themas in der Breite erst am Anfang steht.

Infrastrukturförderprogramm Stadtteilzentren (IFP StZ)

Auf Initiative des Paritätischen und gemeinsam mit Abgeordneten der Fraktionen des Abgeordnetenhauses gelingt es, dass der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales weitere EU-Fördermittel für das Jahr 2013 für die Förderung der Nachbarschaftsarbeit zur Verfügung gestellt werden.

Nicht ganz unproblematisch gestaltet sich die Zusammenarbeit zwischen dem Zuwendungsgeber Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGeSo) und den geförderten Projekten. Als Grund werden aufseiten Paritätischer Mitgliedsorganisationen die oftmals als überbordend empfundenen bürokratischen Anforderungen des Zuwendungsgebers an die Projekte angesehen. Hinzu kommen die Anforderungen aus den EU-Förderrichtlinien im Rahmen der EFRE Projektförderungen. Besonders hoher Kommunikationsbedarf besteht weiterhin auch im Rahmen der Verwendungsnachweise und deren Prüfungen durch das zuständige Amt.

Verbund der Stadtteilzentren

Der Bezirk Marzahn-Hellersdorf hat neun Stadtteile, in denen jeweils zwischen 20 000 und 45 000 Einwohner leben. Mit mehr als 100 000 Wohnungen ist der Bezirk die größte Siedlung Deutschlands. In jedem dieser Stadtteile sichert ein Stadtteilzentrum wesentliche Aufgaben der sozialen Grundversorgung durch Nachbarschaftsarbeit, Selbsthilfe und bürgerschaftliches Engagement. Für die 9 Stadtteile des Bezirkes Marzahn-Hellersdorf gibt es 8 Stadtteilzentren mit 11 Standorten in unterschiedlicher Trägerschaft. Im Rahmen der Verbundarbeit übernimmt jeder Träger spezifische Aufgaben, die der Bündelung von Ressourcen und Qualifizierung der fachlichen Arbeit aller Stadtteilzentren im Bezirk dienen.

Für den ganzen Bezirk ist die Selbsthilfe-Kontaktstelle der Wuhletal gGmbH Kooperationspartner zur Koordinierung und Unterstützung von Selbsthilfeinitiativen und -gruppen in den Stadtteilzentren und sozialen Projekten.

Als Partner der Stadtteilzentren zum Themenfeld Maßnahmen gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus steht eine Konsultationsstelle bei Babel e. V. zur Verfügung.

Themen 2012 | 2013

› Arbeitsmarktpolitik
› Bundesfreiwilligendienst
› Aus den Bezirken

Geschäftsstelle Bezirke

Die Mitgliedsorganisationen im Paritätischen sind wichtige Partner der regionalen Sozialpolitik. Die Geschäftsstelle Bezirke steht für die Mitglieder des Verbandes im Dialog mit Bürgermeistern, Sozial- und Jugendstadträten, den regionalen Sozialverwaltungen und Jobcentern in den zwölf Bezirken, um eine bedarfsgerechte und ressourcenorientierte soziale Infrastruktur in den Bezirken weiterzuentwickeln, zu begleiten und zu sichern. Dabei geht es insbesondere um die Stärkung der Nachbarschaftsarbeit und des bürgerschaftlichen Engagements.

Aufgaben der Geschäftsstelle Bezirke, zum Teil federführend:

- **Aktivitäten des Verbandes und seiner Mitglieder zur Arbeitsmarktpolitik; Durchführung der Paritätischen Längsschnittumfrage zu Kürzungen in der Arbeitsmarktpolitik**
- **Koordination des Bundesfreiwilligendienstes**
- **Berliner Freiwilligentag**
- **Mitwirkung an der Zukunftsinitiative Stadtteil**
- **Mitwirkung an der Beratung der Berliner Jobcenter**
- **Mitwirkung am Verbund der Stadtteilzentren**
- **Mitwirkung an der Förderung bürgerschaftlichen Engagements**

Arbeitsmarktpolitik

Die Geschäftsstelle Bezirke unterstützt die Verbandsmitglieder bei der Umsetzung von Arbeitsmarktmaßnahmen und setzt sich für die Berücksichtigung von sozial Benachteiligten bei der

Dr. Schlimper zu Besuch bei Mittendrin in Hellersdorf e.V.
Foto: Martin Thoma

Paritätische Präsenz in Ausschüssen

› Kooperationsgremium Stadtteilvertrag des Landes Berlin: Dr. Gabriele Schlimper › Stv. Vorsitzende des Kooperationsgremiums Marzahn-Hellersdorf: Dr. Gabriele Schlimper › AG Stadtteilzentrum in Pankow: Leitung Dr. Gabriele Schlimper und Renate Hilla-zur Horst › Beirat für die vom Bund geförderte Koordinierungsstelle in Pankow gegen Rechtsextremismus: Dr. Gabriele Schlimper und Renate Hilla-zur Horst › Beiräte Jobcenter: Dr. Gabriele Schlimper, Markus Pleyer, Angelika Kelp › Bezirkliche Arbeitsgemeinschaften der Wohlfahrtsverbände »Kleine Ligen«: Renate Hilla-zur Horst, Angelika Kelp, Dagmar Schilling › Bezirkliche Jugendhilfeausschüsse, Sozialausschüsse und Gesundheitsausschüsse: Renate Hilla-zur Horst, Angelika Kelp, Dagmar Schilling.

Leiterin Geschäftsstelle Bezirke
Dr. Gabriele Schlimper
Telefon: (030) 55 67 05-18
schlimper@paritaet-berlin.de
Foto: Gisela Schuster

Umsetzung von Arbeitsmarktinstrumenten ein. Es gilt trotz der massiven Kürzungen, die sich aus der Instrumentenreform ergeben haben, der Ausgrenzung von Langzeitarbeitslosen entgegen zu wirken (Ausführlicheres dazu siehe Seite 32).

Bundesfreiwilligendienst

Der Bedarf und das Interesse am Bundesfreiwilligendienst ist wesentlich größer als das zur Verfügung stehende Kontingent. Die Geschäftsstelle Bezirke übernimmt die Steuerung des Bundesfreiwilligendienstes in Kooperation mit dem Mitgliedsverein Internationale Jugendgemeinschaftsdienste Berlin-Brandenburg e. V. (IJGD).

Aus den Bezirken

Charlottenburg-Wilmersdorf

Der Paritätische hat bis Dezember 2012 im dritten Jahr die Federführung der Arbeitsgemeinschaft der Verbände (AGV), auch kleine Liga genannt. Das Gremium befasst sich mit geplanten Einsparungen im Bezirk und den Übertragungen von zwei Jugendfreizeitstätten in freie Trägerschaft.

Mitgliedsorganisationen kommen im Bereich Arbeitsmarktförderung/Arbeitsmarktpolitik regelmäßig zum Fachaustausch mit den Verantwortlichen des Jobcenters. Die Einrichtungen erhalten frühestmögliche Informationen zu Förderkriterien und Arbeitsmarktprogrammen.

Friedrichshain/Kreuzberg

In der kleinen Liga Friedrichshain-Kreuzberg geht es um geplante Mittelkürzungen im Bezirk, um die aktuelle Situation der Familienzentren sowie um Personaleinsparungen.

Die kleine Liga macht auf die finanziellen Probleme der Einrichtungen aus den Bereichen Suchtberatung, Schuldnerberatung, Wohnungslosenhilfe und soziale Beratung öffentlich aufmerksam.

Lichtenberg

Wiederkehrend behandeln die Liga-Verbände das Thema Allgemeine soziale Beratung. Es gibt kaum noch Anlaufstellen; gleichwohl ist der Bedarf innerhalb der Bevölkerung ungemindert groß. Die Mitgliedsorganisation Kiezspinne hält ein Angebot auf ehrenamtlicher Basis vor. Die Geschäftsstelle Bezirke interveniert mit Erfolg – das Jobcenter kann eine Mittelsperrung zurücknehmen und für Stadtteilzentren Mehraufwandsentschädigungs(MAE)-Kräfte bewilligen.

Marzahn-Hellersdorf

Einzigartig in Berlin ist seit zehn Jahren die konstruktive Zusammenarbeit zwischen dem Bezirksamt, den Abteilungen Soziales und Jugend und dem Paritätischen. Mit der Vertragsunterzeichnung des Stadtteilvertrages wird bis Ende 2013 zum dritten Mal die Arbeit der acht Stadtteilzentren auf eine vertraglich und finanziell stabile Grundlage gestellt.

Die Träger der Migrationsdienste und die Stadtteilzentren bekräftigen ihre bisherige gute Zusammenarbeit durch die erneute Unterzeichnung eines Kooperationsvertrages – ein Beitrag zur interkulturellen Öffnung im Bezirk. Die Fortschreibung der bezirklichen Altenplanung für die Jahre 2012 bis 2016 wird beraten. Die Empfehlungen des »Netzwerkes im Alter« zu Maßnahmen der Altenplanung gilt es umzusetzen. Freie Träger und Stadtteilzentren stehen vor der Aufgabe, ihre Angebote an den demografischen Wandel anzupassen, ohne die generationenübergreifende Ausrichtung zu verlieren.

Mitte

Die kleine Liga Mitte befasst sich mit der schlechten finanziellen Lage des Bezirks. Ein »Nothaushalt« lässt den Verantwortlichen keinen direkten Einfluss mehr. Die Trägerorganisationen im Jugendhilfebereich sind von drastischen Sparmaßnahmen bedroht. Protestaktionen von Mitgliedsorganisationen, betroffenen Personen und Wohlfahrtsverbänden können die Schließung von Einrichtungen und gravierende Einsparungen durch Umschichtungen im Bezirkshaushalt bisher verhindern. Acht Jugendfreizeiteinrichtungen können aus kommunaler Trägerschaft in freie Trägerschaft übertragen werden, so die Planung. Eine Seniorenfreizeitstätte, die von der Schließung bedroht ist, wird beim Umzug in neue Räumlichkeiten erfolgreich begleitet.

Vom Paritätischen fachlich unterstützt wird das »Netzwerk Mitte«. Es geht darum, Einrichtungen aus den Bereichen Ar-

beitsberatung und Kinderbetreuung für die Bedürfnisse Alleinerziehender abgestimmt zu vernetzen.

Neukölln
Erneute Kürzungsandrohungen in der Jugendarbeit sind Thema in regionalen Trägerversammlungen der Mitgliedsorganisationen und im Jugendhilfeausschuss. Proteste der Träger tragen zur Zurücknahme der beabsichtigten Kürzungen bei. Der Paritätische fordert ein jugendpolitisches Gesamtkonzept des Jugendamtes, in dem die Brennpunktthemen weiterhin Wohnungslosigkeit, Spielsucht und Gewalt sind.

Pankow
Das »Rahmenkonzept zur Weiterentwicklung der generationenübergreifenden Arbeit in Pankow« wird erneut unterzeichnet. Damit verpflichten sich die bezirklichen Partner der Fachabteilungen Jugend, Soziales, der Paritätische Berlin und die im Bezirk agierenden Stadtteilzentren zur stadtteilübergreifenden Zusammenarbeit. Die Aufteilung des Bezirkes in vier Regionen mit einem jeweiligen Budget wird die Flexibilität erhöhen. Pro Region wird jeweils ein Stadtteilzentrum in Kooperation mit öffentlichen und freien Trägern generationenübergreifende Angebote bedarfsgerecht weiterentwickeln.

2013 erhält der Bezirk Pankow wieder Mittel aus dem Bundesprogramm »Toleranz fördern – Kompetenz stärken«. 2012 kam es gehäuft zu Vorfällen von Gewalt in der Region Buch. Daher ist geplant, Mittel für Projekte in diesem Ortsteil einzusetzen. Für die Entscheidung der Mittelvergabe in Höhe von 30.000 Euro wird ein Begleitausschuss gebildet, in dem die Geschäftsstelle Bezirke vertreten ist. Für den Herbst 2013 ist eine Veranstaltung »Grenzen überwinden« geplant.

In Kooperation mit dem Bezirk und den Stadtteilzentren werden Angebote der Nachbarschaftseinrichtungen auf inklusive Aspekte überprüft. Im Projekt »Mittendrin« in Weißensee entsteht so ein Kiezatlas für die Region und auch das Stadtteilzentrum Inklusiv in Alt-Pankow analysiert unter dem Blickwinkel der Teilhabe behinderter Menschen den Kiez. Das Projekt wird von der Aktion Mensch gefördert.

Reinickendorf
Die kleine Liga befasst sich mit der finanziellen Lage des Bezirkes, speziell mit Kürzungsabsichten bei freien Trägern. Weitere Themen sind Übertragungen von Einrichtungen aus kommunaler in freie Trägerschaft, Familienzentren und das Thema Arbeitsmarktpolitik.

In Trägerversammlungen unter Beteiligung des Jobcenters erhalten Mitgliedsorganisationen Informationen zu Förderkriterien und Arbeitsmarktprogrammen. Der Paritätische ist Mitglied im bezirklichen Steuerungsausschuss des Bündnisses für Wirtschaft und Arbeit. Hier wird über die Aufnahme von Projekten in den Aktionsplan des Bündnisses entschieden.

Spandau
Die Folgen einer fortschreitenden Gentrifizierung der Berliner Innenbezirke werden spürbar. Immer mehr einkommensschwache Bürgerinnen und Bürger sehen sich gezwungen, in Bezirke mit niedrigeren Mieten zu ziehen. Die soziale Durchmischung ist zunehmend gefährdet. Der Paritätische führt gemeinsam mit dem Gemeinwesenverein Heerstraße Nord eine vierteilige Themenrunde mit dem Titel »Von A wie Armut bis Z wie Zukunft« durch. Zwei Themenrunden starten im ersten Halbjahr 2013. Unter den Schwerpunkten Bildung, Gesundheit, Wohnen und Job werden Herausforderungen und Auswirkungen von Armut auf das Leben der Menschen diskutiert. Für die anspruchsvollen Gespräche können Experten und Politiker sowohl aus dem Bundesgebiet als auch aus der bezirklichen Arbeit gewonnen werden.

Seit 2012 existiert das »Forum Übergangssystem Schule/Beruf«. Die Steuerungsgruppe des Forums setzt sich aus Vertretern des Bezirks, Gremien des Bezirkes, der Schulen, des Jobcenters, des Bündnisses für Wirtschaft und freien Trägern zusammen. Ziel ist es, Jugendliche besser zu erreichen und passgenaue Beratung, Unterstützung und Maßnahmen hin zur Berufsausbildung anbieten zu können.

Steglitz-Zehlendorf
Der Bezirk beschließt im Herbst 2012 die Konzeptionierung und Einführung eines Regionalraumbudgets. Modellhaft soll das in der Region B (Lankwitz/Lichterfelde) umgesetzt werden.

Bezirksbeauftragte
Friedrichshain-Kreuzberg/
Charlottenburg-Wilmersdorf/
Mitte/Reinickendorf
Angelika Kelp
Telefon: (030) 55 67 05-17
kelp@paritaet-berlin.de

Bezirksbeauftragte
Steglitz-Zehlendorf/Pankow/
Spandau/Marzahn-Hellersdorf
Renate Hilla-zur Horst
Telefon: (030) 55 67 05-19
hilla@paritaet-berlin.de

Bezirksbeauftragte
Tempelhof-Schöneberg/Neukölln/
Lichtenberg-Hohenschönhausen/
Dagmar Schilling
Telefon: (030) 55 67 05-16
schilling@paritaet-berlin.de

Bezirksbeauftragte
Treptow-Köpenick
Dr. Gabriele Schlimper
Telefon: (030) 55 67 05-18
schlimper@paritaet-berlin.de

Paritätische Mitgliedorganisationen sind im Steuerungsgremium eingebunden.

Tempelhof-Schöneberg
Im Bezirk wird ein Arbeitskreis aus Vertretern von Paritätischen Bürgerdeputierten und beratenden Mitgliedern im Jugendhilfeausschuss (JHA) aktiviert. Das Gremium ist jugendpolitisch ausgerichtet und will Netzwerkarbeit befördern sowie Raum für Trägerbündnisse ermöglichen.

Treptow-Köpenick
In den Ortsteilen Schöneweide und Johannisthal gibt es seit vielen Jahren Rechtsextremismus. In jüngster Vergangenheit konzentrieren sich in Niederschöneweide rechte Kneipen, Läden und Wohngemeinschaften. Die Anhänger der rechten Szene tragen mit ihrer Präsenz, mit Einschüchterungsversuchen und Angriffen dazu bei, dass Menschen Angst entwickeln und beginnen, den Stadtteil zu meiden. Paritätische Mitgliedsorganisationen vor Ort und der Bezirk reagieren gemeinsam. Berlins erstes »Büro für Vielfalt und Toleranz« eröffnet mit dem Ziel, zivilgesellschaftlich orientierte Akteure im Bezirk in ihrem Engagement für Demokratie und gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit zu unterstützen. Der Verein Offensiv 91 gewinnt das Ausschreibungsverfahren und etabliert eine interkulturelle Begegnungsstätte zur Vernetzung und Förderung von Menschen mit Migrationshintergrund sowie für Minderheiten in Treptow-Köpenick. Das »Büro für Vielfalt und Toleranz« ist im Zentrum für Demokratie Treptow-Köpenick (ZfD) angesiedelt. Träger dieses Zentrums ist ebenfalls Offensiv 91. Der Verein ist seit vielen Jahren mit Nachbarschaftszentren, Beratungsstellen und Kindertagesstätten in der Gemeinwesenarbeit tätig.

Das Bündnis für Demokratie und Toleranz Treptow-Köpenick und der Bezirksbürgermeister veranstalten im Juni 2013 für alle Bürgerinnen und Bürger des Bezirks ein buntes »Fest für Demokratie und Toleranz, gegen Angsträume«, auf dem gezeigt wird, wie vielfältig und lebendig der Bezirk ist. Über 40 Vereine und Initiativen, darunter viele Mitgliedsorganisationen des Paritätischen Berlin sowie Parteien und Unternehmen, die sich für Demokratie und Toleranz im Bezirk einsetzen, präsentieren sich und ihre Arbeit.

Das im Jahr 2012 gestartete Inklusionsprojekt der Nachbarschaftszentren, Einrichtungen der Behindertenhilfe und des Bezirks führt eine Fragebogenaktion zu Freizeitverhalten und Lieblingsorten der Bewohner durch. Die Ergebnisse und die meistgenannten Orte sind Ausgangspunkt für Begehungen und Bewertung der Örtlichkeiten, um sie in einer Broschüre der breiten Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen.

Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser II

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat ein Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser II, Förderzeitraum 2012 bis 2014, aufgelegt. Damit soll die generationsübergreifende Arbeit der Mehrgenerationenhäuser weitergeführt werden. Ein besonderer Schwerpunkt in dieser Förderperiode liegt in der Verbesserung der Situation von Demenzerkrankten und deren Angehörigen. Die vier Förderschwerpunkte sind: Alter und Pflege, Integration und Bildung, Angebot und Vermittlung von Haushaltsnahen Dienstleistungen und Freiwilliges Engagement. Aktuell werden in Berlin acht Mehrgenerationenhäuser gefördert. Alle Träger sind Mitglied im Paritätischen. Die Besonderheit dieser Förderung liegt in der notwendigen Kofinanzierung durch die Kommunen. Sieben Mehrgenerationenhäusern ist es gelungen, eine bezirkliche Kofinanzierung zu erhalten, in einem Fall unterstützt die Senatsverwaltung für Arbeit das Projekt. Der Paritätische unterstützt die Mitgliedsorganisationen bei der Programmumsetzung.

Service für Mitglieder

»Trotz der Erkrankung gehen wir zusammen in Konzerte und Ausstellungen. Für die Betreuung in rechtlichen Angelegenheiten habe ich Unterstützung durch den Betreuungsverein gefunden.«
Zitat aus der Fotoausstellung »Portraits ehrenamtlicher Betreuerinnen und Betreuer« | Foto: Michael Janda

Finanz- und Serviceangebote für Mitglieder

Grafik 1: Direktanträge
01.01.2012 – 30.06.2013

A **Aktion Mensch**
3.066.708 €
145 Direktanträge

B **Deutsches Hilfswerk**
900.000 €
3 Direktanträge

C **Kuratorium Deutsche Altershilfe**
38.157 €
16 Direktanträge

D **Revolvingfonds**
500.000 €
1 Direktantrag

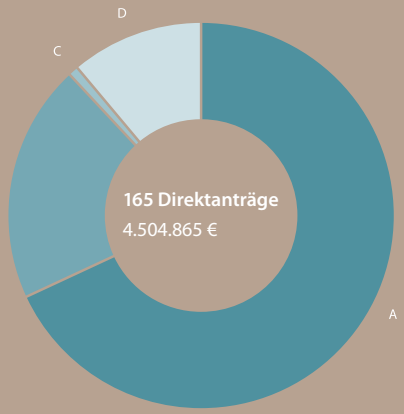


Tabelle 1: 85 bewilligte Inklusionsprojekte über Aktion Mensch e. V. seit Förderbeginn

	Pankow	Betrag in Euro	Projektphase
	Bürgerhaus e. V.	99.642	Hauptantrag
	Bürgerhaus e. V.	5.104	Vorlaufphase
	Fördern durch Spielmittel e. V.	14.273	Vorlaufphase
	Tempelhof-Schöneberg		
	Sozialverband VdK Berlin-Brandenburg e. V.	7.968	Vorlaufphase
	Tempelhof-Schöneberg/Kreuzberg		
	TÄKS e. V.	13.657	Vorlaufphase
	Für ganz Berlin		
	Sozialverband Deutschland LV Berlin-Brandenburg e. V.	5.502	Vorlaufphase
	79 Projekte Förderkampagne	301.220	
85	**Gesamt**	**447.366**	

Stiftungsmittel – Direktanträge

Der Paritätische Berlin bietet Stiftungsmittelberatung und Antragsbegleitung für seine Mitglieder bei der Einreichung von Direktanträgen an. Trotz Rückgang der Einspielergebnisse bei den Stiftungen, der Zunahme von akribischen Kontrollen formaler Voraussetzungen bei Beantragung und der langen Wartezeiten auf Entscheidungen bleibt die Nachfrage nach Stiftungsmitteln ungebrochen.

Über 4,5 Millionen Euro wurden für 165 Direktanträge bei innovativen Vorhaben bewilligt.

Mitgliedsorganisationen aus allen Bereichen des Paritätischen wie der Behindertenhilfe; der Kinder- und Jugendhilfe; Suchthilfe; Gesundheitsförderung/Aids; Familie/Frauen/Mädchen; Migration; Altenhilfe; Hospize; Psychiatrie/Queere Lebensweisen; Straffälligen-/Opferhilfe und Soziales erhielten umfassende Beratung zur Antragsgestaltung für ihre Projektvorhaben.

Das Spektrum der Beratung beginnt bei der Anfangsidee, umfasst die Suche nach der passenden Stiftung und geht bis zum Finanzrahmen und den organisatorischen Voraussetzungen. Zunehmend umfangreicher wird der Aufwand für die sogenannten Anlagen zur Rechtsform, die Unterlagen zur Organisationsstruktur des Antragstellers. Der Paritätische Landesverband fungiert für die Stiftungen der Wohlfahrtspflege wie Aktion Mensch e. V. und Deutsches Hilfswerk als die den Antrag annehmende Stelle.

Erfolgreich bei Stiftungen

Der Löwenanteil erfolgreich akquirierter Projektanträge liegt traditionell bei Aktion Mensch e. V. 145 bewilligte Anträge mit über 3 Millionen Euro stellen unter den oben genannten Bedingungen eine beachtenswerte Summe dar.

Drei Projekte mit der Höchstsumme von 300.000 Euro beim Deutschen Hilfswerk bilden mit 900.000 Euro den zweithöchsten Anteil an eingeworbenen Stiftungsmitteln.

Die Akquirierung eines Antrags auf Revolvingfonds mit 500.000 Euro für ein Projekt im östlichen Teil Berlins für Berliner Kinder stellt den dritthöchsten Anteil von Stiftungsmitteln im Berichtszeitraum dar.

Das Kuratorium Deutsche Altershilfe bewilligt 16 Anträge von Mitgliedsorganisationen für Konzeptentwicklung, Quartiersentwicklung und spezielle Qualifizierung im Altenhilfebereich mit über 38.000 Euro (siehe Grafik 1).

Anzahl begleiteter Direktanträge

Im Zeitraum 2012 und im ersten Halbjahr 2013 stellen insgesamt 38 Paritätische Mitgliedsorganisationen einen Antrag über das Onlineportal von Aktion Mensch. Von 54 Mitgliedern werden komplette Anträge zum Paritätischen Gesamtverband innerhalb des Online-Portals weitergeleitet. Diese Projektvorhaben sind meistens über eine längere Beratungsphase begleitet worden. Ähnlich verhält es sich bei den eingereichten und weiterge-

Tabelle 2: Aktion Mensch – Online-Anträge insgesamt
01.01.2012 – 30.06.2013, bewilligte Beträge in Euro

Anträge	Anzahl	Bewilligt	Anträge	Anzahl	Bewilligt
Inklusion	4	133.075	Starthilfe	1	48.600
KJH-Projekte	5	705.396	Projekte	1	169.4228
Fahrzeuge	3	74.235	Ferien	56	50.340
Investiv	5	755.920	Zins	1	128.062
»Miteinander gestalten«	60	228.110	Bildung	3	3.040
IF Osteuropa	2	53.499			
IF Arbeit	4	717.003	**Gesamt**	**145**	**3.066.708**

Stiftungsmittel, Direktanträge
Margita Bodrow
Telefon: (030) 860 01-125
Fax: (030) 860 01-210
bodrow@paritaet-berlin.de

Christiane Helbig
Telefon: (030) 860 01-145
Fax: (030) 860 01-210
helbig@paritaet-berlin.de
Fotos: Alke Lüderitz

leiteten Projektvorhaben von 13 Mitgliedsorganisationen an das Deutsche Hilfswerk, das Kuratorium Deutsche Altershilfe und den Revolvingfonds.

Inklusion – neuer Förderschwerpunkt

Der neue Förderschwerpunkt »Inklusion« wird von Mitgliedsorganisationen des Paritätischen Berlin mit großem Interesse angenommen.

Mit der Kampagne »Miteinander gestalten« fördert Aktion Mensch e. V. vorrangig den Inklusionsgedanken bei innovativen, kleineren Veranstaltungen und Vorhaben. Für die Aktivitäten eines ganzen Jahres können zum Beispiel 4000 Euro beantragt werden. 79 Mitgliedsorganisationen machen von diesem Angebot seit Förderbeginn im Jahr 2011 erfolgreich Gebrauch und werben für die unterschiedlichsten Veranstaltungen zum Thema Inklusion über 300.000 Euro ein. Bei vielen Antragstellern berät der Paritätische kurzfristig.

Mehrere Vereine des Paritätischen machen sich auf den Weg, inklusive Projekte in ausgewählten Regionen von Berlin zu starten und durchzuführen. Hier gibt es die Möglichkeit über eine Vorlaufphase mit 15.000 Euro zu einem Hauptprojekt mit 250.000 Euro das Thema Inklusion anzugehen. Im Berichtszeitraum wird ein Hauptantrag zum Schwerpunkt Inklusion im Stadtteil Pankow bewilligt. Damit kann ein Antragsteller, der schwerpunktmäßig nicht aus der Behindertenhilfe kommt, Menschen mit Lernschwierigkeiten in seine Arbeit einbeziehen. Drei weitere Vorlaufprojekte zum Thema Inklusion können ebenfalls im Bezirk Pankow und in der Region Tempelhof/Schöneberg/Kreuzberg erfolgreich umgesetzt werden.

Gleichzeitig werden ein weiteres Hauptprojekt und ein Projektantrag für die Vorlaufphase im Inklusionsförderbereich nach umfangreicher Beratung an den Aktion Mensch e. V. über den Paritätischen Gesamtverband weitergeleitet.

Der Landesverband Berlin ist mit insgesamt 6 bewilligten Vorlauf- und Hauptanträgen im neuen Förderbereich Inklusion der Aktion Mensch seit Beginn der Förderung relativ erfolgreich und innovativ. 7 weitere Antragsteller sind dabei die Idee der Aktion Mensch zum Thema Inklusion in die Praxis umzusetzen (siehe Tabelle 1).

Beispiele bewilligter Projekte

Im Zeitraum 2012/13 sind 145 Projektvorhaben von Paritätischen Mitgliedsorganisationen vom Kuratorium des Aktion Mensch e. V. bewilligt worden. Darunter sind 5 Kinder- und Jugendhilfeprojekte wie zum Beispiel das Vorhaben der Sinneswandel gGmbH »Die hohe Kunst der Inklusion – Kinder und Jugendliche entdecken Klänge und Gebärden« und das Projekt von Hilfe für Jungs e. V. »MuT – Mobile unterstützende Traumatherapie«.

Mit 4 Vorhaben im Bereich der »Impulsförderung Arbeit« akquirieren Mitgliedsorganisationen aus der Behindertenhilfe über 717.000 Euro für Initiativen hin zum ersten Arbeitsmarkt. Paritätische Mitglieder wie die Schwulenberatung Berlin e. V. und die VIA Verbund für Integrative Angebote Berlin gemeinnützige GmbH sind besonders erfolgreich.

Große Vorhaben von Mitgliedsorganisationen wie zum Beispiel des

- Humanistischen Verbands Landesverband Berlin-Brandenburg e. V. für das Kinderhospiz Berliner Herz
- der Zuhause im Kiez gGmbH für Pflegeapartments

können mit Mitteln des Deutschen Hilfswerks realisiert werden.

Die Mitglieder des Paritätischen Landesverbandes bemühen sich über den gesamten Zeitraum intensiv um Stiftungsmittel. Durch das Online-Antragsverfahren greifen mehr und mehr Mitglieder auf die Möglichkeit einer Antragstellung zu. Das große Interesse der Mitglieder spiegelt sich in den über 190 Direktberatungen sowie in den davor oder danach stattfindenden Beratungen per Telefon oder per E-Mail wider.

Stiftungsmittel, Festsummen
Sabine vom Böckel
Telefon: (030) 860 01-121
Fax: (030) 860 01-240
boeckel@paritaet-berlin.de
Foto: Gisela Schuster

Tabelle 2a: Stiftungsmittel für Mitgliedsorganisationen
über den Paritätischen Landesverband Berlin, Stand 01.07.2013

	Bewilligungen 2012	Betrag in Euro	Bewilligungen 2013	Betrag in Euro
Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin	286	893.564	207	738.416
Stiftung Frauengabe	0	0	3	3.120
Lotterie GlücksSpirale	3	105.585	1	32.022
Stiftung Hilfswerk Berlin	6	110.900	4	95.000
Summe	295	1.110.049	215	868.558

Stiftungsmittel – Festsummen

Der Paritätische Landesverband Berlin wirbt wiederum finanzielle Mittel von anderen Stiftungen in Form von festen Summen, sogenannten Kontingenten, ein.

Fördersumme von rund 2 Millionen Euro ermöglicht rund 510 Zuwendungsbescheide

Vergleichsweise kurzfristig und unkompliziert werden zur Unterstützung der laufenden sozialen, wohlfahrtspflegerischen Arbeit in Berlin nach fachlichen Kriterien – meist haushaltsjahrbezogen – Fördersummen bewilligt, umgesetzt und abgerechnet.

Der Paritätische Berlin erhält im Berichtszeitraum sowohl für Projektvorhaben der Mitgliedsorganisationen als auch für übergreifende Projekte knapp 2 Millionen Euro Stiftungsmittel von der Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin, der Lotterie GlücksSpirale, dem Hilfswerk Berlin und der Stiftung Frauengabe. Durch diese Mittel werden kurzfristige finanzielle Hilfen ermöglicht.

Ziel der Vergabe dieser Stiftungsmittel ist es, die laufende soziale Arbeit in Berlin durch Bezuschussung verschiedenster Projekte und Maßnahmen der Mitgliedsorganisationen zu unterstützen und fortzuführen, oft auch nur zu überbrücken. Es werden hiermit zusätzliche, außerhalb der Regelfinanzierung laufende und häufig kleinteilige Maßnahmen realisiert. Die Mittel stehen nach entsprechenden Beantragungen über den Landesverband Berlin als Gesamtsumme – sogenannte Kontingente – für das jeweilige Haushaltsjahr zur Verfügung. Sie werden mit Einzelanträgen von Mitgliedsorganisationen untersetzt und realisiert oder mit übergreifenden Projekten, vom Paritätischen Berlin selbst administriert, umgesetzt.

Anzahl der Bewilligungen auf hohem Niveau

Im Berichtszeitraum werden 510 Zuwendungsbescheide aus diesen Mitteln vergeben, somit wird die hohe Anzahl beibehalten.

Der wesentliche Unterschied dieses Drittmittelbereiches zu den Aufgaben des Landesverbandes bei der Beratung und Betreuung der Mitgliedsorganisationen zu Direktanträgen bei der Aktion Mensch und dem Deutschen Hilfswerk (siehe »Stiftungsmittel – Direktanträge« auf Seite 102) besteht darin, dass diese Mittel möglichst kurzfristig, schnell und zeitnah bewilligt werden können. Die Bearbeitungsprozesse beinhalten zusätzlich jeweils ein Bewilligungs-, Abrechnungs- und Prüfungsverfahren und werden vollständig begleitet. Häufig beginnt der Prozess allerdings bereits mit Hilfestellungen bei der Beantragung. Als Reaktion auf Änderungen des laufenden Prozesses wird die Beratung fortgesetzt, zum Beispiel bei eventuell zwischenzeitlich notwendigen Anpassungen sowie durch Hinweise zur Unterstützung der Abrechnung.

Sämtliche Bearbeitungsschritte werden in enger Zusammenarbeit mit den Referenten und den Mitgliedsorganisationen durchgeführt.

Die Zuschüsse umfassen Beträge in Höhe von 200 Euro bis zu maximal 25.000 Euro je Projekt und Mitgliedsorganisation.

Direkte Förderung

Bewilligungen an Mitgliedsorganisationen direkt reichen von Anschub- und Überbrückungshilfen für einzelne Träger, Bezuschussungen ehrenamtlicher Arbeit, direkter Hilfe für Bedürftige im Rahmen der offenen Fürsorge, Kursen jeder Art für Betreute wie Schularbeitshilfen und Selbsthilfegruppen, juristische Beratungen, gezielte Fortbildungen für Mitarbeiter bis zur Bezuschussung von öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen wie Tagungen, Kampagnen, Jahrestagen und Jubiläen, Kongressen, internen Qualitätsmanagementprozessen und IT-Entwicklungen.

Indirekte Förderung

Weiterhin erfolgen indirekte Bezuschussungen der wohlfahrtspflegerischen Arbeit durch übergreifende Projekte, die der Paritätische als Dachverband meist selbst initiiert und administriert. Hierzu zählen beispielsweise die Bereitstellung kostenloser Beratungskapazitäten für Mitgliedsorganisationen im Personalbereich, speziell auch zu tarif- und sozialrechtlichen Fragen, gezielte Unterstützung der Stadtteilarbeit, Beratungen zu arbeitsrechtlichen Fragen, Evaluationen in unterschiedlichen Bereichen. Ermöglicht werden auch gezielte Erarbeitungen von rechtlichen Gutachten zur Klärung von Sachverhalten als Grundlage für Verhandlungen mit verschiedenen Partnern, Kos-

Tabelle 2b: Weitere Stiftungs- bzw. Verfügungsmittel für Paritätische Mitgliedsorganisationen
Antragsteller beantragt direkt bei der Stiftung bzw. entsprechendem Geldgeber, Stand 01.07.2013

	Bewilligungen 2012	Betrag in Euro	Bewilligungen 2013	Betrag in Euro
Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin	16	3.940.300	13	3.365.600
PS-Sparen und Gewinnen	73	411.327	25	153.450
Senat Justiz – Bußgelder	152	371.680	32	95.083
Summe	241	4.723.307	70	3.614.133
Gesamt	536	5.833.356	285	4.482.691

Chris Wachholz
Telefon: (030) 86001-273
Fax: (030) 86001-240
wachholz@paritaet-berlin.de
Foto: Anett Bußler

tenträgern und anderen Geldgebern. Die Beratung und Begleitung von Qualitätsgemeinschaften verschiedener Fachbereiche wird ebenso unterstützt.

Im Jahr 2012 stellen Mitgliedsorganisationen rund 650 Anträge und erhalten über den Paritätischen Berlin 295 Zuwendungsbescheide. Nicht bewilligte Anträge können zum Teil zur Antragstellung an weitere Stiftungen und Geldgeber wie PS-Sparen und Gewinnen, für Bußgelder bei der Senatsverwaltung für Justiz und andere weitergeleitet und von dort bezuschusst werden.

Die gute Zusammenarbeit mit verschiedenen Förderinstitutionen in Berlin, besonders mit der Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin und dem PS-Sparen und Gewinnen über die Senatsverwaltungen, zeigt sich nicht zuletzt an den hohen Bewilligungszahlen und Zuschusssummen.

Im ersten Halbjahr 2013 werden bisher 215 Zuwendungsbescheide an Mitgliedsorganisationen vergeben.

Weitere Stiftungs- und Verfügungsmittel

Der Paritätische Berlin fungiert bei diesen Geldern als reiner Vermittler. Er unterstützt Einzelanträge mit Hinweisen zur Antragstellung und hilft durch die Erarbeitung und Erstellung von fachlichen, unterstützenden Stellungnahmen.

2012 werden mehr als 4,7 Millionen Euro und 2013 bereits mehr als 3,6 Millionen Euro akquiriert!

Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin

Die Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin bezuschusst im Jahr 2012 erfreulicherweise 16 Direktanträge von Mitgliedsorganisationen mit rund 3,9 Millionen Euro sowie im ersten Halbjahr 2012 bereits 13 Anträge aus unserem Mitgliederbereich mit rund 3,4 Millionen Euro!

Die Stiftung blieb mit diesen Entscheidungen im Vergleich zum letzten Berichtszeitraum dankenswerterweise auf dem sehr hohen Zuschussniveau.

PS-Sparen und Gewinnen

Inhaltlich konzentriert sich die Vergabe der Mittel aus dem Zweckertrag der Lotterie PS-Sparen und Gewinnen der Landesbank Berlin durch den Senat nach wie vor schwerpunktmäßig auf Einrichtungs- und Ausstattungsgegenstände inklusive IT-Ausstattungen. Die Lotterie unterstützt aber auch verschiedenste Maßnahmen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit wie auch Jubiläen, Tagungen und Kongresse, was eine Erweiterung des Förderspektrums bedeutet. In Ausnahmefällen sind auch Zuschüsse zu Fahrzeugen möglich.

Im gesamten Jahr 2012 werden 73 Mitgliedsorganisationen mit 411.327 Euro auf Antrag unterstützt. Im ersten Halbjahr 2013 werden bereits 25 Anträge von Mitgliedsorganisationen mit 153.450 Euro bezuschusst. Noch fehlen für 2013 die Zahlen aus der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft; zusammen mit deren Förderungen kommt der Paritätische, trotz des Rückganges der Gewinne, voraussichtlich wieder auf eine sehr hohe Ausschüttungssumme für den Mitgliederbereich.

Bußgelder

Auch im Jahr 2012 werden aus den Bußgeldern über die Senatsverwaltung für Justiz Berlin Mittel zur Verfügung gestellt – erfreulicherweise werden 152 Anträge von Mitgliedsorganisationen mit einer Summe von rund 371.680 Euro bewilligt. Diese hohe Fördersumme wurde erstmalig erreicht.

Im ersten Halbjahr 2013 sind bereits 32 Bewilligungen für Mitgliedsorganisationen mit einer Fördersumme von 95.083 Euro zu verzeichnen.

Arbeitsstelle Fundraising

Mitgliedsorganisationen des Paritätischen Berlin konnten im Berichtszeitraum Beratung zum Thema Fundraising in Anspruch nehmen. Das Angebot dient seit 1998 der Professionalisierung bei der Mittelbeschaffung aus privaten Quellen.

Basisberatung

Die Basisberatung steht den Mitgliedern grundsätzlich kostenlos zur Verfügung. Unter anderem werden konkrete fachliche Fragen erörtert oder erste Fundraising-Kenntnisse vermittelt. Auf Nachfrage finden Informationsgespräche in den Fachgruppen des Verbandes statt. Interviews und Artikel in Fachmedien transportieren das Thema in den Verband. Ein wichtiges Anliegen ist es, kollegialen Austausch von Verantwortlichen in den Mitgliedsorganisationen anzuregen.

Auf großes Interesse stießen die Vortragsthemen beim regelmäßigen Berliner Fundraising-Treff, unter anderem eine Bestandsaufnahme zum Online-Marketing; eine Fragestellung, die häufig in den Beratungen thematisiert wird.

Prozessberatung

Jede Organisation, die erfolgreich private Mittel akquirieren möchte, benötigt eine Strategie, bei der Fundraising mit Öffentlichkeitsarbeit und Ehrenamt unter Marketinggesichtspunkten verzahnt wird.

In begrenztem Umfang können Mitgliedsorganisationen daher auch eine weitergehende Fundraising-Prozessberatung in Anspruch nehmen. Eine systematische Organisationsanalyse bildet die Basis für erfolgreiche Fundraising-Strategien. Spendenbriefe, Online-Fundraising, Nachlass- und Anlassspenden, Großspendenwerbung, Sponsoring oder Antrags-Fundraising sind Beispiele für Instrumente, die in den beratenen Mitgliedsorganisationen zum Einsatz kommen. Das Qualitätsmanagement-System (TQE) und die Lehrinhalte der Fundraising Akademie Frankfurt bieten ein fundiertes methodisches Gerüst, das auch die Organisationsentwicklung in den beratenen Mitgliedsorganisationen als wichtiges Ziel der Arbeitsstelle Fundraising berücksichtigt.

Transparenz

Ein hohes Maß an Transparenz ist von großer Bedeutung für die Außenwahrnehmung sozialer Organisationen, die Anforderungen der Öffentlichkeit sind sogar gestiegen. Transparenz und ein Mindestmaß an nachweislich »guter Unternehmensführung« sind unerlässlich, denn Vertrauen von Spendern und Spenderinnen, Stiftungen, Medien und öffentlichen Zuwendungsgebern ist ein wesentlicher Fundraising-Erfolgsfaktor. Die verschiedenen Anspruchsgruppen erwarten außerdem den Nachweis von Wirkung ihrer Spenden und Zuwendungen, was in den Beratungen vermehrt angesprochen wird.

Die Selbstverpflichtung der »Initiative Transparente Zivilgesellschaft« (ITZ) wurde im Berichtszeitraum von zahlreichen weiteren Mitgliedsorganisationen unterzeichnet. Mit einem Klick auf das Logo der Initiative, die auf einem Fragenkatalog beruht, der von »Transparency International Deutschland e. V.« entwickelt wurde, können Interessenten wesentliche Basisinformationen zu einer Organisation einholen, wenn sich diese an der Initiative beteiligt.

Ehrenamt und Fundraising

Mitgliedsorganisationen, die regelmäßig auf Unterstützung Ehrenamtlicher bauen können, verfügen über eine gute Ausgangsposition, um Freiwilligenmanagement mit Fundraising zu verbinden. Freiwillige und Mitglieder können beispielsweise aktiv dabei unterstützt werden, in ihrem Umfeld bei privaten Anlässen wie Jubiläen, Geburtstagen oder Hochzeiten um Spenden zu bitten. Zahlreiche Aktivitäten wie zum Beispiel Sponsorenläufe oder die Organisation von Benefiz-Veranstaltungen wären mit bezahlten Kräften allein nicht zu realisieren.

Internet

Diverse Spendenplattformen bieten die Möglichkeit, erste Schritte im Online-FR zu gehen. Soziale Medien wie zum Beispiel Facebook, Youtube oder Twitter bieten darüber hinaus die Möglichkeit, Netzwerke aufzubauen, Informationen zu teilen, Kontakte zu pflegen und Freiwillige einzubinden. Gerade mitgliederstarke Vereine und Verbände können sich hier im Wettbewerb um Spenden gut positionieren. Auch gegenüber etablier-

Ansprechpartner
Dr. Friedrich Haunert
Haus der Parität Prenzlauer Berg
Kollwitzstraße 94 – 96, 10435 Berlin
Telefon: (030) 21 75 55 26
info@haunert.com
www.haunert.com
Foto: Privat

ten Spendenorganisationen und Nichtregierungsorganisationen kann das gelingen, wenn sie das Online-Potenzial, das ihre Engagierten bieten, auch ausnutzen. Es bleibt aber für viele Mitgliedsorganisationen die Herausforderung, zunächst ihre Internetauftritte »Web-2.0-tauglich« zu machen, um zeitgemäße Marketingkonzepte zu etablieren. Die Entwicklung der entsprechenden Prozesse und Strukturen ist beratungs- und zeitintensiv.

Unter der Internetadresse www.fundraising-wiki.de ist eine nichtkommerzielle Informationsquelle zum Fundraising erreichbar. Nutzer und Nutzerinnen können sich an diesem sozialen Netzwerk beteiligen, indem sie eigene Artikel schreiben, fehlende lexikalische Stichworte eingeben, Fachtexte veröffentlichen, Fragen stellen beziehungsweise beantworten und somit das interaktive Angebot sukzessive selbst verbessern. Das Fundraising-Wiki flankiert die Fundraising-Beratung in sinnvoller Weise.

SEPA

Mit dem einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraum SEPA werden bargeldlose Zahlungen einfacher, es macht jedoch in vielen Organisationen etliche Änderungen erforderlich. Die Folgen der Einführung des SEPA-Verfahrens wurden rechtzeitig in den Beratungen angesprochen, um mit einer geeigneten Spenderkommunikation einen Spenderschwund zu vermeiden und alle gesetzlichen Anforderungen zu gewährleisten.

Gesellschaftliche Verantwortung der Wirtschaft

Die Beratung der Mitgliedsorganisationen bezüglich »Corporate Social Responsibility« konnte weiterentwickelt werden. Im Berichtszeitraum gab es erneut eine große Nachfrage nach Spenden aus der Wirtschaft. Bevor jedoch lukrative Spendenprojekte mit Unternehmen aus der Wirtschaft realisiert werden können, muss zunächst gegenseitiges Vertrauen aufgebaut werden. Testphasen und kleinere Projekte sollten zunächst erfolgreich abgeschlossen sein, bevor sich ein Unternehmen für Spendenprojekte oder Sponsoringangebote begeistern lässt. Viele wünschen sich oft auch zunächst einen ehrenamtlichen Einsatz bei sozialen Tagen. Im Vorfeld eines weiteren »Gute-Tat-Marktplatzes« wurden die Teilnehmenden konkret auf die Gespräche mit den Vertretern aus der Wirtschaft vorbereitet. Im professionalisierten Fundraising hält der Trend zur Spezialisierung an – infolgedessen sind auch Fundraising-Experten gefragt, die mit den Anforderungen kleiner und mittlerer Unternehmen aus der Berliner Wirtschaft vertraut sind.

Die »Initiative Mentoring« schließlich bringt kleine und mittlere Unternehmen mit »Social Business« zusammen, einem neuen Typ von Sozialunternehmern. Näheres hierzu unter www.initiative-ment.de

Fortbildung

In Zusammenarbeit mit der Paritätischen Akademie konnten im Rahmen des Master-Studiengangs »Sozialmanagement« und bei Tagesveranstaltungen die Grundkenntnisse des Fundraisings vermittelt werden.

Fazit

Fundraising ist für Organisationen der freien Wohlfahrtspflege eine Option im Finanzierungsmix, wenn die Einnahmen im Wesentlichen aus anderen Quellen wie Leistungsentgelten oder Zuwendungen gesichert sind. Organisationen, die zielstrebig ihre Fundraising-Professionalisierung vorantreiben, können auch Erfolge nachweisen. Beratung ist dabei eine flankierende Maßnahme. Die Erfahrungen der Fundraising-Beratung des Paritätischen belegen, dass der Praxistransfer den entscheidenden Erfolgsfaktor darstellt. Sofern keine Personalmittel vorhanden sind, müssen Freiwillige in das Fundraising eingebunden werden.

Regional tätige soziale Organisationen, die genauso offensiv um Spenden bitten wie die bekannten Katastrophenhilfe-Organisationen, können am Fundraising-Markt bestehen.

Pressestelle
Elfi Witten, Pressesprecherin
Telefon: (030) 860 01-181
witten@paritaet-berlin.de

Petra Engel
Telefon: (030) 860 01-107
engel@paritaet-berlin.de

Rita Schmid
Telefon: (030) 860 01-183
schmid@paritaet-berlin.de
Fotos: Privat | Walter Weber

Betriebswirtschaftliche Beratung und Vereinsgründung
Ursula Fischer
Telefon: (030) 860 01-111
Fax: (030) 860 01-240
fischer@paritaet-berlin.de
Foto: Walter Weber

Koordination Anerkennung von Praxisstellen und Anleitern
Chris Wachholz:
Tel: (030) 860 01-273
wachholz@paritaet-berlin.de

Weitere Dienstleistungen

Serviceleistungen Öffentlichkeitsarbeit

Die Paritätische Pressestelle bietet den Mitgliedsorganisationen folgende Serviceleistungen an:

- Versorgung mit aktuellen Informationen rund um die soziale Arbeit in Berlin
- Bereitstellung von Plattformen für die Mitglieder zur Werbung und Information über ihre Arbeit über verbandliche Printmedien wie Paritätischer Rundbrief, Themenheft, Sonderdrucke und Internetseite www.paritaet-berlin.de
- Qualifizierung der Öffentlichkeitsarbeit über ein PR-Forum (siehe Seite 38)
- Beratung der Mitglieder bei Vorhaben der Öffentlichkeitsarbeit
- Organisation von Pressekonferenzen von Fachgruppen und Trägergruppen
- Starthilfen für neue Pressereferenten bei Mitgliedsorganisationen
- Arbeitshilfen für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
- Themenhefte zu Versorgungsangeboten Paritätischer Trägergruppen
- Vermittlung von Presseanfragen sowie Rundfunk- und Fernsehinterviews an Mitglieder
- Stellenmarkt und Immobilienanzeigen im Rundbrief für Mitglieder
- Werbung für Veranstaltungen im Veranstaltungskalender der Paritätischen Website
- Versand monatlich aktueller Materialien zur sozialen Arbeit, der Themenhefte und weiterer Publikationen

Betriebswirtschaftliche Beratung

Der Paritätische berät seine Mitgliedsorganisationen in den betriebswirtschaftlichen Feldern Buchführung, Vereinsgründung und Umstrukturierung des Betriebs.

Beispiele der Beratungsfelder:

- betriebswirtschaftliche Beratung
- Buchführung: Einnahme-Überschussrechnung, doppelte Buchführung, buchhalterische Darstellung von Geschäftstätigkeiten, Einrichtung von Kontenplänen und Kostenstellen
- Vereinsgründung: Fragen der Gemeinnützigkeit und Satzungsberatung

Rechtsberatung

Für die Klärung von Rechtsfragen bei der Arbeit Paritätischer Mitgliedsorganisationen vermittelt der Paritätische im Einzelfall Rechtsanwälte, die mit den Problemen freier, gemeinnütziger Träger vertraut sind. Nähere Informationen dazu geben bei Bedarf die Paritätischen Fachreferenten.

Praktikanten, Praxisstellen, Datenbank der Praktikumsplätze

Der Paritätische Berlin stellt Mitgliedsorganisationen und Auszubildenden Informationen zur Verfügung über Anerkennungsverfahren und Praxisstellen für Praktikanten in den Berufsbereichen

- Erzieher
- Heilpädagogen
- Altenpfleger
- Heilerziehungspfleger
- Sozialarbeiter/Sozialpädagogen

Für Erzieher und Heilpädagogen führt der Paritätische eine Datenbank. Derzeit sind 924 Praxisstellen im Bereich der Mitgliedsorganisationen registriert. Mehrmals jährlich erhalten die Berliner Fachschulen für Erzieher und die Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung Auszüge aus der Praxisstellen-Datenbank. Mitgliedsorganisationen und deren Einsatzstellen sowie Praxisstellensuchende können Übersichten anfordern.

Der Paritätische Berlin erkennt Praxisstellen und Anleiter für Erzieher und Heilpädagogen an.

Zu den Berufsbereichen Heilerziehungspfleger, Altenpfleger, Familienpfleger, Sozialarbeiter/Sozialpädagogen stellt der Paritätische Informationen zum Anerkennungsverfahren und den dazugehörigen Kontakt zur Verfügung.

Geschäftsführer Paritätische Bundesakademie gGmbH
Prof Dr. Stephan Wagner
Tucholskystraße 11, 10117 Berlin
Telefon: (030) 246 36-440
Fax: (030) 27 59 41 44
paritaetische@akademie.org
www.paitaetische-akademie.de
Foto: Uli Schulte Döinghaus

Geschäftsführer PariPersonal GmbH
Thorsten Karge
Wittestraße 30 E, 13509 Berlin
Telefon: (030) 55 17 41 00
info@pari-personal.de
www.pari-personal.de
Foto: Privat

Geschäftsführer der Paritätischen Tarifgemeinschaft e. V.
Gerd Luttmann, Rechtsanwalt
Kollwitzstraße 94 – 96, 10435 Berlin
Telefon: (030) 423 88 06
info@ptg-berlin.org
Foto: Markus Pleyer

Fort- und Weiterbildung

Der Paritätische Landesverband Berlin e. V. hat im April 2013 die Gesellschafteranteile der Paritätischen Bundesakademie (Anteile des Gesamtverbandes sowie einiger Paritätischer Landesverbände) mit dem Ziel übernommen, die Akademie fortzuführen, um auch zukünftig Paritätische Fort- und Weiterbildung für den Landesverband zu ermöglichen. Ab dem 1. Januar 2014 wird der Name der Gesellschaft »Paritätische Akademie Berlin gGmbH« lauten. Als Geschäftsführer fungieren Prof. Dr. Stephan Wagner sowie Hans-Jürgen Wanke.

Die Paritätische Bundesakademie bietet in Seminaren Zusatzausbildungen, Fort-, Aus- und Weiterbildungen an. Hier einige Beispiele der Bereiche:

- fachliche Qualifizierung und Stärkung der Kompetenzen von Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen in der sozialen Arbeit
- angewandte Betriebswirtschaft
- Führung in der sozialen Arbeit und Entwicklung von Führungskompetenzen
- Personalentwicklung und Selbstmanagement
- Organisationsentwicklung (Change Management)
- Qualitätsentwicklung und -management

Ein Schwerpunkt der Arbeit der Akademie bezieht sich auf die Entwicklung und Umsetzung von wissenschaftlichen Studienangeboten, um den wahrnehmbaren steigenden Fort- und Weiterbildungsbedarf decken zu können. Die Akademie greift dabei auf ein gewachsenes Fundament an Erfahrungen zurück, denn seit Jahren werden in Kooperation mit der Alice-Salomon Hochschule für soziale Arbeit & Sozialpädagogik Berlin postgraduale weiterbildende Master-Fernstudiengänge durchgeführt.

Forum Personal

Der Paritätische Landesverband Berlin e.V. bietet seinen Mitgliedern in Zusammenarbeit mit der Pari-Personal GmbH in Form von Workshops Angebote zum Arbeitsrecht, zu Personalverwaltung, Personalentwicklung et cetera an (siehe Seite 39). Verantwortlich: Hans Jürgen Wanke (Paritätischer Wohlfahrtsverband Berlin) und Thorsten Karge (Pari Personal). Anschrift des Forums: kontakt@paritaetisches-personalforum.de

Pari-Personal GmbH

Folgende Dienstleistungen werden im Bereich des Personalservices für Mitgliedsorganisationen angeboten:

- Gehaltsabrechnungsservice einschließlich TVöD/TV-L
- Beratung zum Themenkomplex Outsourcing von Personaldienstleistungen
- Voll- und Teilservice im Bereich der Personalbuchhaltung
- allgemeine Beratungen im Bereich des Personalwesens

Der IT-Service von Pari-Personal umfasst alle Leistungen von der Planung der IT-Infrastruktur bis zur Ausführung des Projektes:

- Planung und Aufbau von serverbasierten Netzwerken
- Microsoft Certified Partner
- Beschaffung von Hard- und Software
- Betreuung und Wartung von IT-Infrastrukturen

Paritätische Tarifgemeinschaft e. V.

Die Paritätische Tarifgemeinschaft (PTG) berät und informiert Mitgliedsorganisationen in folgenden Bereichen:

- Beratung bei der Wahl des richtigen Arbeits- oder Tarifvertrags
- arbeitsrechtliche Beratung; von der Einstellung bis zur Kündigung
- Betriebsverfassungsrecht; konstruktive Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat
- Tarifrecht; Abschluss und Gestaltung von Tarifverträgen
- Arbeitsvertragsrecht; Gestaltung von Arbeitsverträgen, Betriebsvereinbarungen und allgemeinen Vertragsbedingungen
- Prozessvertretung vor den Arbeitsgerichten
- Vereinsrecht und GmbH-Recht
- Haftungsbegrenzung von Geschäftsführung und Vorstand
- allgemeine Rechtsauskünfte

Die PTG berät bei der einheitlichen Gestaltung von Arbeitsbedingungen, Betriebsvereinbarungen, AVBs, sowie der Anwendung und Gestaltung von Arbeitsverträgen.

Berater der Transparenz-Beratungsstelle
Dr. Friedrich Haunert,
Organisationsberater
info@haunert.com

Christoph W. Stange, Steuerberater und
Wirtschaftsprüfer
christoph.stange@web.de

Norbert Ellermann, Rechtsanwalt und
Steuerberater
n.ellermann@de-nell.de
Fotos: Privat

Die Transparenz-Beratungsstelle

Der Paritätische Berlin wirbt bei seinen Mitgliedern dafür, der Initiative Transparente Zivilgesellschaft beizutreten. Zur Unterstützung der Mitglieder richtete der Verband eine Beratungsstelle ein. Gemeinsam mit den Beratern (siehe Kontaktdaten und Fotos) können zum Beispiel Fragen zur Selbstverpflichtungserklärung und Fragen zu den zehn standardisierten Themenfeldern, die laut ITZ zu beantworten sind, beantwortet werden. Die Beratung umfasst weiterhin Themen der Gremienstrukturen sowie die Qualifizierung der Vorstands-, Steuerungs- und Kontrollstrukturen. Transparenz nach außen und die Führung und Steuerung auf der Grundlage von Corporate-Governance-Grundsätzen durch eine verantwortungsvolle Unternehmensführung sind für gemeinnützige Organisationen zwei Seiten einer Medaille. Die Beratung hierzu ist vor allem für Vorstände und Geschäftsführung der Mitgliedsorganisationen geeignet. Die drei Berater arbeiten unabhängig von der Geschäftsstelle des Landesverbandes und wahren Vertraulichkeit. Die Basisberatung ist für die Mitglieder kostenfrei.

Servicestelle Zuwendungsrecht und Finanzen

Die Servicestelle für Zuwendungsrecht und Finanzen ist ein Kooperationsprojekt des Paritätischen Berlin und des Verbandes für sozial-kulturelle Arbeit. Mitgliedsorganisationen des Paritätischen Berlin haben hier die Möglichkeit, sich über aktuelle Entwicklungen im Zuwendungsrecht zu informieren. Dreimal jährlich erscheint ein Rundbrief »Zuwendungsrecht aktuell«, der die Mitgliedsorganisationen per E-Mail erreicht. In Gesprächen mit den Zuwendungsgebern wird angestrebt, verwaltungsaufwändige Verfahren im Zuwendungswesen möglichst transparenter und einfacher zu gestalten. Regelmäßig werden von der Servicestelle Einzel- und Gruppenberatungen zu Themen des Zuwendungsrechts für freie Träger durchgeführt.

Bei Beratungsbedarf können sich Mitgliedsorganisationen an petra.kuebler@sozkult.de und beatrix.herkstroeter@sozkult.de wenden.

Die Servicestelle plant für das zweite Halbjahr 2013 eine Website einzurichten, die dann als sogenanntes Förderwiki, als freie öffentliche Informationsquelle für Interessierte und Ratsuchende nutzbar sein wird.

Verband für
sozial-kulturelle Arbeit e.V.
Geschäftsführerin: Birgit Monteiro
Tucholskystr. 11, 10117 Berlin
Telefon: (030) 861 01 91/92
Fax: (030) 862 11 55
berlin@sozkult.de

Immobilien- und Bauberatung

In Fragen des Immobilienerwerbs und bei der Planung und Durchführung von Bauvorhaben berät und unterstützt die Stattbau Stadtentwicklungsgesellschaft mbH, an der der Paritätische als Gesellschafter beteiligt ist.

STATTBAU Berlin
Stadtentwicklungsgesellschaft mbH
im Umweltforum Auferstehungskirche
Pufendorfstraße 11, 10249 Berlin
Telefon: (030) 690 81-0
Fax: (030) 690 81-111
berlin@stattbau.de
www.stattbau.de

Paritätische Beteiligungen

Der Paritätische Wohlfahrtsverband Berlin ist im Juni 2013 mit unterschiedlichen Anteilen an 12 Unternehmen beteiligt (siehe Übersicht auf Seite 115).

Paritätische Beteiligungen an Versorgungseinrichtungen

Mit den folgenden Beteiligungen ist der Paritätische Wohlfahrtsverband Träger von Einrichtungen, die zur Versorgung und Beratung von Menschen mit Hilfebedarf beitragen. Dazu gehören:

Paritätisches Seniorenwohnen gGmbH
Die Gesellschaft betreibt an fünf Standorten große vollstationäre Pflegeeinrichtungen mit insgesamt knapp 1000 Pflegeplätzen, darunter 20 Plätze Kurzzeitpflege. Hinzu kommen 31 betreute Seniorenwohnungen in verschiedenen Größen.

In den kommenden Jahren werden zwei Standorte in Lichtenberg (Vincent-van-Gogh und Aronstein) saniert. Die Altbauten werden durch moderne Neubauten ersetzt. Das Paritätische Seniorenwohnen plant die Eröffnung eines modernen Neubaus mit 144 Einzelzimmern in der vollstationären Altenpflege Anfang 2014. www.pswohnen.de

Paritätisches Haus Schöneberg gGmbH in Wyk auf Föhr
Das Paritätische Haus Schöneberg in Wyk auf Föhr betreut mehr als 100 Menschen mit Behinderung. Die überwiegende Zahl der Bewohnerinnen und Bewohner sind auf der Insel aufgewachsen und waren bis März 2011 im Hauptgebäude des ehemaligen Krankenhauses an der Gmelinstraße zuhause.

Haus Töft
Im Frühjahr 2011 erfolgte der Umzug in die neue Wohnstätte - ins »Haus Töft« an der Boldixumer Straße. Die neue Wohnstätte bietet insgesamt 75 Bewohnerinnen und Bewohnern in neun Wohngruppen ein neues, modernes Zuhause mit jeweils eigenem Zimmer und großzügigen Gruppenräumen mit Gartenanteil oder Dachterrasse. Die räumlichen Bedingungen sind barrierefrei und auf die Bedürfnisse von erwachsenen Menschen mit Behinderung zugeschnitten.

Wohngemeinschaft Haidweg in Wyk auf Föhr
Die Wohngemeinschaft im Haidweg bietet auf bis zu zwölf Plätzen vier Einzel- oder Paarwohnungen sowie eine Frauen- und eine Männer-WG für jeweils drei Personen. Die Angebote in der Wohngemeinschaft Haidweg stellen ein Bindeglied zwischen vollstationärer Betreuung und betreutem Einzelwohnen dar. Sie richten sich in erster Linie an Menschen mit geistiger Behinderung oder psychischer Erkrankung, die sich auf den Weg zu einem unabhängigeren Leben machen und auf längere Sicht ausschließlich ambulante Unterstützung wünschen.

Paritätische Werkstätten Föhr
Die seit 2004 bestehende Werkstatt für Menschen mit Behinderungen befindet sich in Övenum auf Föhr. Sie bietet 100 Plätze in den Bereichen Großküche, Wäscherei, Gartenservice und Kreativbereich und Tagesförderstätte. Im Arbeitsbereich arbeiten bis zu zwölf Kolleginnen und Kollegen und der Gruppenleiter in einer Arbeitsgruppe zusammen. www.haus-schoeneberg.de

Haus des Älteren Bürgers gGmbH
Die Gesellschaft ist Träger des Hauses in der Neuköllner Werbellinstraße 42. Die Gesellschaft vermietet die Räumlichkeiten des Hauses des Älteren Bürgers an Paritätische Träger der Seniorenbetreuung auf Basis umfassender Nutzungskonzepte und gestaltet Angebote offener Seniorenarbeit (siehe Häuser der Parität auf Seite 112). www.alter-nativ.org

Altenzentrum »Erfülltes Leben« gGmbH
An dieser Gesellschaft hält der Paritätische Landesverband Berlin 40 Prozent der Anteile, die Volkssolidarität 51 Prozent und der Verein »Miteinander Wohnen« 9 Prozent. Das Altenzentrum zog 2005 von einem Altbau in ein neu errichtetes Haus im Bezirk Lichtenberg um. Die Einrichtung verfügt über circa 100 Pflegeplätze auf vier Etagen mit jeweils eigenen Küchen. Mit 15 Plätzen in der Tagespflege werden wöchentlich circa 40 – 50 Menschen versorgt. www.erfuelltesleben.de

GVS – Gesellschaft für Verbraucher-und Sozialberatung
Die GVS ist eine 50-prozentige Tochter des Paritätischen Wohl-

Richtfest beim Neubau | Paritätisches Seniorenwohnen
Haus Vincent van Gogh in Berlin-Hohenschönhausen
Foto: Annette Klimsza-Schindler

fahrtsverbandes Berlin zusammen mit dem Deutschen Familienverband Berlin. Die Gesellschaft berät an zwei Standorten zu Energieschulden und deren Regulierung. Es gibt je eine Beratungsstelle in Neukölln, Leinestraße 9 und in Lichtenberg, Normannenstraße 2. Die GVS wird durch das Unternehmen Vattenfall Europe AG gefördert. www.gvs-beratung.de

Sana-Kliniken Berlin-Brandenburg GmbH – ehemals Paritätischer Unternehmensverbund
Seit Verkauf der Mehrheitsanteile des Paritätischen Unternehmensverbundes im April 2005 ist der Paritätische Anteilseigner an der Sana Kliniken-Berlin-Brandenburg GmbH.

Dazu gehören Kliniken und Betriebsteile in Berlin und Brandenburg sowie zahlreiche Gesundheitszentren, darunter die ehemaligen Polikliniken (siehe Seite 115). www.sana-bb.de

Paritätische Beteiligungen an Dienstleistungsgesellschaften

Darüber hinaus engagiert sich der Paritätische Wohlfahrtsverband Berlin in zentralen Dienstleistungsfeldern, um seinen Mitgliedern bedarfsgerechte Leistungen anzubieten. Folgende Dienstleistungsgesellschaften gehören zu seinen Beteiligungen:

Paritätische Bundesakademie gGmbH
Sie wurde 2013 zu 100 Prozent vom Paritätischen Berlin übernommen und wird ab dem 1. Januar 2014 unter dem Namen »Paritätische Akademie Berlin gGmbH« firmieren. Die Akademie bietet Fort- und Weiterbildungsangebote für Fachkräfte sozialer Arbeit. In Kooperation mit der Alice-Salomon-Hochschule für soziale Arbeit führt die Akademie postgraduale Master-Fernstudiengänge durch.
www.Paritaetische-akademie.de

Bürger aktiv gGmbH – Gesellschaft zur Förderung des Ehrenamts

Bei dieser 100-prozentigen Tochter des Paritätischen Berlin sind im Berichtszeitraum zwei Projekte im Engagementbereich angesiedelt: Die Förderung der Fundraising-Beratung für Mitglieder und die Begleitung des Berliner Krisendienstes.

Paritätische Agentur für Freiwilliges Engagement GmbH
Die Agentur ist eine Tochtergesellschaft des Paritätischen Berlin gemeinsam mit dem Paritätischen Brandenburg und den Internationalen Jugendgemeinschaftsdiensten IJGD in Berlin und Brandenburg. Sie dient der Umsetzung des Bundesfreiwilligendienstes bei den Paritätischen Mitgliedern in Berlin und Brandenburg. www.bundesfreiwilligendienst-berlin-brandenburg.de

Paritätische Gesellschaft für Qualität mbH
mit Angeboten zur systematischen Qualitätsentwicklung sozialer Anbieter. www.pq-sys.de

Stattbau Stadtentwicklungsgesellschaft mbH
mit Beratung im Immobilienbereich und der Beratungsstelle für generationenübergreifendes Wohnen in Berlin. www.stattbau.de

Gesellschaft für teilhabeorientiertes Qualitätsmanagement mbH (GETEQ)
Die Gesellschaft wurde im Mai gegründet.

Seit Januar 2013 ist sie Arbeitgeberin der 14 nueva-Evaluatoren, die bei der Lebenshilfe zuvor ausgebildet worden sind.

Mehr zu Geschäftssitz und Ansprechpartnern dieser Unternehmen unter »Weitere Dienstleistungen« ab Seite 108.

Häuser der Parität

Im Jahr 2013 verfügt der Paritätische über vier eigene Häuser der Parität. Zwei weitere Häuser der Parität bestehen in Trägerschaft von Mitgliedsorganisationen, gefördert über die Stiftung Parität Berlin.

Konzept

Das Konzept der Häuser der Parität verfolgt mehrere Ziele:

- die sozialen Ressourcen des Bezirks zu stärken
- ein preisstabiles Raumangebot für freie Träger zu bieten – vor allem für Mitgliedsorganisationen

› das knappe Angebot von Wohnraum für betreute Wohnformen zu erweitern
› mehr behindertenfreundliche Räume zu bieten
› soziale Angebote unter einem Dach zu bündeln
› verbandliche Präsenz im Bezirk zu zeigen

Haus der Parität in Wilmersdorf – Landesgeschäftsstelle

Das Haus in der Brandenburgischen Straße 80 beherbergt die Landesgeschäftsstelle mit der Geschäftsführung, dem Gros der Fachreferate und einer Reihe von Veranstaltungsräumen. Diese Räume werden von Paritätischen Fachgruppen, Arbeitsgruppen und von Mitgliedsorganisationen für eigene Versammlungen genutzt. Sie werden vom Verband unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Für Ratsuchende finden regelmäßig eine Mieterberatung und eine unentgeltliche Rechtsberatung statt.

Nach Umbauten in den Vorjahren stehen sechs moderne Besprechungs- und Versammlungsräume unterschiedlicher Größe für die Mitglieder zur Verfügung.

Haus der Parität Mitte

Das Haus in der Tucholskystraße 11 wurde im März 1999 eröffnet. Zuvor hatte der Verband das Gebäude grundlegend saniert, umgebaut und mit einem Anbau ergänzt. Das Haus vereint Wohnen für Menschen mit Hilfebedarf, Arbeit, Bildung und Nachbarschaftsarbeit in vier Stockwerken unter einem Dach.

Haus der Parität in Prenzlauer Berg

Das Haus in der Kollwitzstraße 94–96 wurde im März 2002 fertiggestellt und bezogen. Es bietet Raum für Angebote Paritätischer Mitgliedsorganisationen und der Paritätischen Bundesakademie. Menschen mit Hilfebedarf finden im Haus der Parität ihr neues, betreutes Zuhause. Der Paritätische Wohlfahrtsverband Berlin ist hier mit einigen Fachreferaten und seiner Geschäftsstelle Bezirke vertreten.

Haus des älteren Bürgers – Haus der Parität Neukölln

Das Haus des älteren Bürgers in der Neuköllner Werbellinstraße 42 hat sich in den beinahe 30 Jahren seines Bestehens zu einem sozialen und gesundheitlichen Zentrum entwickelt, das nicht nur für ältere Menschen ein breites Spektrum an Angeboten vorhält. Nach umfangreichen Umbaumaßnahmen wurde das Haus 1999 unter Paritätischem Dach mit Rainer Lachenmayer, dem damaligen Paritätischen Fachreferenten für Altenhilfe und stationäre Pflege, als Geschäftsführer wiedereröffnet.

Die Jüdische Gemeinde zu Berlin unterstützt das Vorhaben als Mitgesellschafter.

Im April 2013 übernahm Dr. Gabriele Schlimper die Geschäftsführung, die als Leiterin der Geschäftsstelle Bezirke auch für den Bereich der Stadtteilzentren zuständig ist.

In dem vom Untergeschoß bis zum Dach barrierefreien Haus engagieren sich aktuell 13 meist gemeinnützige Organisationen. Das Angebot umfasst vielfältige Möglichkeiten der aktiven Freizeitgestaltung wie Handarbeiten, gemeinsame Spaziergänge, Fotogruppe, Tanzveranstaltungen. Aber auch Englisch-, Gymnastik- oder Computerkurse können hier besucht werden. Nachdem der VITA Seniorentreffpunkt zum Ende 2012 seine Arbeit im Haus eingestellt hat, wurden die Gruppen von der Haus des älteren Bürgers gGmbH selbst übernommen und in die sonstigen Angebote integriert. Gemeinsam mit den ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist es so gelungen, für die Nutzerinnen und Nutzer auch weiterhin eine gute Anlaufstelle zu bieten.

Neben den Freizeitangeboten befinden sich im Haus des älteren Bürgers verschiedene Beratungsangebote wie zum Beispiel der Pflegestützpunkt, die Seniorenberatung im Auftrag des Bezirksamts Neukölln sowie das Interkulturelle Beratungs- und Begegnungscentrum, kurz IBBC genannt, das Beratungsmöglichkeiten auch in türkischer Sprache vorhält. In der Neuköllner Freiwilligenagentur »BIGBEN« engagieren sich seit vielen Jahren meist ältere Menschen ehrenamtlich und beraten Interessierte rund um das Thema Ehrenamt.

Das privat betriebene Café-Restaurant Atrium ist ein beliebter Treffpunkt für Menschen aller Altersgruppen. Kleingruppen können sich hier ungezwungen zum gemeinsamen Spielen treffen. Die Räumlichkeiten eignen sich sehr gut auch für geschlossene Veranstaltungen wie Jubiläen und Geburtstagsfeiern, die beiden seniorengerechten Kegelbahnen können ebenfalls gemietet werden und sind sowohl bei älteren Menschen als auch bei

Neu am Start: das sechste Haus der Parität in Kreuzberg
Foto: Petra Engel

Kindergruppen sehr beliebt. Das Café wird darüber hinaus auch regelmäßig für wechselnde Ausstellungen genutzt.

Eine Tagespflege für Menschen mit gerontopsychiatrischen Erkrankungen, eine Physiotherapie mit angeschlossenem Bewegungsbad sowie ein ambulanter Pflegedienst runden das Angebot des Hauses ab.

Haus der Parität in Pankow

Ein fünftes Haus der Parität existiert seit Juni 2009 in der Schönholzer Straße 10 in Eigentum des Bürgerhaus e. V. Es beherbergt das Stadtteilzentrum Pankow.
Der Verband unterstützt dieses Vorhaben mit einem einmaligen Zuschuss aus der Stiftung Parität Berlin.

Beim Betrieb des Stadtteilzentrums arbeiten drei Mitgliedsorganisationen zusammen: Der Frei-Zeit-Haus e. V., der Humanistische Verband Deutschland, Landesverband Berlin e.V. und der Bürgerhaus e. V.

Haus der Parität am Urban in Kreuzberg

Das Haus der Parität am Urban in der Grimmstraße 16 wurde im März 2013 eröffnet. Erhebliche Mittel der Stiftung Parität, der Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin und der ARD-Fernsehlotterie haben zum Neubau beigetragen. Das Haus steht unter der Ägide von Prowo e. V. Im Rahmen des Gemeinschaftsprojektes »Am Urban«, im Umfeld der historischen Backsteinbauten, die ehemals dem Urbankrankenhauses gehörten, steht jetzt ein Neubau, der den Mutter-Kind-Verbund des psycho-sozialen Trägers Prowo e. V. beherbergt und Platz schafft für kiezbezogene Angebote weiterer Träger aus dem Paritätischen Bereich.

Das Cafe »urbano« ist ein Treffpunkt im Kiez und schafft als Integrationsbetrieb Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung.

Die Bürgerhilfe Kultur des Helfens gGmbH bietet soziale Dienstleistungen für die Obdachlosen-, Wohnungslosen- und die Suchtkrankenhilfe.

Biffy Berlin – Big Friends for Youngsters e. V. organisiert Patenschaften für Berliner Kinder, die mehr Aufmerksamkeit benötigen.
Das nova pflegeteam bietet ambulante Hauskrankenpflege für Menschen mit psychiatrischen und gerontopsychiatrischen Erkrankungen.

Die FreiwilligenAgentur KreuzbergFriedrichshain steht mit Rat und Tipps bereit für Menschen, die sich engagieren möchten.

Übersicht: Beteiligungen des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Berlin

Stand: Juni 2013

Telefonverzeichnis

Der Paritätische Wohlfahrtsverband, Landesverband Berlin e. V.
www.paritaet-berlin.de – Stand: 30. Juni 2013

Landesgeschäftsstelle
Brandenburgische Straße 80 | 10713 Berlin | Telefon: (030) 860 01-0 | Fax: (030) 860 01-110 | E-Mail: info@paritaet-berlin.de

Name	Bereich/Funktion	Telefon (030) 860 01-	Fax (030) 860 01-	E-Mail …@paritaet-berlin.de	Raum
John, Prof. Barbara	Verbandsvorsitzende	182	260	john…	3.12
Abend, Roland	Catering	105	110	abend…	1.13
Bodrow, Margita	Stiftungsmittel	125	210	bodrow…	1.10
Böckel, Sabine vom	Drittmittel	121	240	boeckel…	4.10
Bußler, Anett	MO-Datenbank	154	240	bussler…	4.09
Drees, Heike	Referat Suchthilfe/Gesundheitsförderung/Aids	168	210	drees	1.09
Drusche, Angelika	Sekretariat Geschäftsführung	103	260	drusche…	3.11
Engel, Petra	Pressestelle	107	140	engel…	4.13
Everién, Yvonne	Sekretariat Kinder und Kindertagesstätten/Frauen, Familie, Mädchen	163	220	everien…	2.09
Fischer, Ursula	Verwaltungsleiterin	111	240	fischer…	4.11
Grof, Martina	Catering	105	110	grof	1.13
Gaubert/Rose-Kotsch	Sekretariat Behindertenhilfe	152/153	210	gaubert…	1.11
Gaudszun, Claudia	Referat Kinder und Kindertagesstätten	179	220	gaudszun…	2.11
Groß, Heike	Sekretariat Soziales	172	220	gross	2.13
Hartan Bärbel	Empfang	200	110	hartan…	Foyer
Helbig, Christiane	Stiftungsmittel	145	210	helbig…	1.08
Herchner, Claudia	Sekretariat Geschäftsführung	102	260	herchner…	3.10
Hoyer, Martin	Referat Kinder und Kindertagesstätten/Referat Schule	161	220	hoyer…	2.10
Köppe, Brigitte	Empfang	200	110	info…	Foyer
Kriebel, Elvira	Referat Schulbezogene Jugendhilfe/Bundeskoordinatorin Jugendsozialarbeit	166	220	kriebel	2.08
Krüger, Elke	Stv. Geschäftsführerin	101	260	krueger…	3.08
Luttmer, Marcus	Referat Kinder und Kindertagesstätten	178	220	luttmer…	2.11
Lüderitz, Alke	Sekretariat Suchthilfe/Gesundheitsförderung/Aids und Psychiatrie/Queere Lebensweisen	173	210	luederitz…	1.08
Menninger, Oswald	Geschäftsführer	104	260	menninger…	3.07
Mohr, Sabina	Sekretariat Jugendhilfe	165	220	mohr…	2.09
Purmann, Reinald	Referat Behindertenhilfe	151	210	purmann…	1.12

Landesgeschäftsstelle

Brandenburgische Straße 80 | 10713 Berlin | Telefon: (030) 860 01-0 | Fax: (030) 860 01-110 | E-Mail: info@paritaet-berlin.de

Name	Bereich/Funktion	Telefon (030) 860 01-	Fax (030) 860 01-	E-Mail …@paritaet-berlin.de	Raum
Reumschüssel-Wienert, Christian	Referat Psychiatrie/Queere Lebensweisen	122	210	reumschuessel…	1.07
Riesmeier, Yvonne	Finanzbuchhaltung	113	240	riesmeier…	4.08
Schmid, Rita	Pressestelle	183	140	schmid…	4.13
Schödl, Regina	Referat Soziales	171	220	schoedl	2.14
Schulz, Andreas	Referat Jugendhilfe	162	220	schulz…	2.07
Selinger, Evelyn	Referat Familie, Frauen, Mädchen	176	220	selinger…	2.12
Spöhr, Holger	Referat Migration	177	220	spoehr…	2.12
Wachholz, Chris	Drittmittel/Praktikanten	273	240	wachholz…	4.09
Wanke, Hans-Jürgen	Personal/Organisationsberatung	186	260	wanke…	3.13
Witten, Elfi	Pressesprecherin	181	140	witten…	4.13
Personalbüro	Personalverwaltung (Sprechtag Mittwoch)	135	240	personalbuero…	4.12

Außenstelle der Landesgeschäftsstelle

Haus der Parität | Kollwitzstraße 94 – 96 | 10435 Prenzlauer Berg | Telefon: (030) 31 59 19-0 | Fax: (030) 31 59 19-29

Name	Bereich/Funktion	Telefon (030) 31 59 19-	E-Mail …@paritaet-berlin.de
Kalla, Karina	Sekretariat Stationäre Pflege und Altenpflege, Ambulante Pflege und Hospize	13	kalla…
Zentgraff, Ute	Referat Ambulante Pflege und Hospize	34	zentgraff…
Zobel, Dr. Oliver	Referat Stationäre Pflege und Altenhilfe	30	zobel…

Geschäftsstelle Bezirke

Haus der Parität | Kollwitzstraße 94 – 96 | 10435 Prenzlauer Berg | Telefon: (030) 55 67 05-0 | Fax: (030) 55 32 44-5

Name	Bereich/Funktion	Telefon (030) 55 67 05-	E-Mail …@paritaet-berlin.de
Hilla-zur Horst, Renate	Bezirksbeauftragte für Steglitz-Zehlendorf, Pankow, Spandau, Marzahn-Hellersdorf	19	hilla…
Kelp, Angelika	Bezirksbeauftragte für Charlottenburg-Wilmersdorf, Mitte, Reinickendorf, Friedrichshain-Kreuzberg	17	kelp…
Pleyer, Markus	Geschäftsstelle Bezirke/Pflege	23	pleyer…
Schilling, Dagmar	Bezirksbeauftragte für Lichtenberg-Hohenschönhausen, Neukölln, Tempelhof-Schöneberg	16	schilling…
Schlimper, Dr. Gabriele	Leiterin der Geschäftsstelle Bezirke, Bezirksbeauftragte für Treptow-Köpenick	18	schlimper…
Schoene, Erika	Sekretariat	10	schoene…

Impressum

Herausgeber
Paritätischer Wohlfahrtsverband
Landesverband Berlin e. V.
Brandenburgische Straße 80
10713 Berlin
Telefon: (030) 86001-0
Fax: (030) 86001-110
info@paritaet-berlin.de
www.paritaet-berlin.de

Vorsitzende
Prof. Barbara John

Geschäftsführer
Oswald Menninger

Stellvertretende Geschäftsführerin
Elke Krüger

Text- und Bildredaktion für den Geschäftsbericht
Paritätische Pressestelle

Elfi Witten, Gesamtredaktion: witten@paritaet-berlin.de

Rita Schmid: schmid@paritaet-berlin.de
Petra Engel: engel@paritaet-berlin.de

Layout und Satz
www.polyform-net.de

Druck
KönigsDruck
gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Naturpapier

Auflage
1700 Exemplare
Berlin, Oktober 2013

Fotos
Im Auftrag des Verbandes fotografierten Sharon Adler, Eberhard Auriga, Uli Schulte Döinghaus, Walter Weber und das ehrenamtliche Fotoreporter-Team.

Wir danken den ehrenamtlichen Fotografen:
Frederic Brueckel, Michael Janda, Rais Khalilov, Heike Sievers, Gisela Schuster, Andreas Thiele, Martin Thoma, Volker Tosch, Kerstin Wüstenhöfer-Loges

und den Kollegen und Kolleginnen Anett Bußler, Alke Lüderitz, Marcus Luttmer, Sabina Mohr, Markus Pleyer.

Danke an die Mitgliedsorganisationen, die Fotos zur Verfügung gestellt haben.

Für Mitgliedsorganisationen fotografierten:
Cathrin Bach, Jörg Hanusch, Kalle Henkel, Annette Klimsza-Schindler, Martin Kurtenbach, Gerhard F. Ludwig, Ina Malunat, Magda Richiusa, Malte Sängerer, Lothar Schiffler-Dusyma, Agnes Wischhöfer.

Zur Fotoausstellung »Portraits ehrenamtlicher Betreuerinnen und Betreuer« und zur visuellen Gliederung des Geschäftsberichtes 2012/2013 danken wir besonders den ehrenamtlichen Betreuern und ihren Betreuten sowie den vier ehrenamtlichen Fotoreportern Michael Janda, Rais Khalilov, Martin Thoma und Kerstin Wüstenhöfer-Loges.